

13. Jahrgang 2003 Heft 3

**Volks-(An)Ordnung  
Einschließen, ausschließen,  
einteilen, aufteilen!**

**C**

**COMPARATIV**

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

---

**COMPARATIV**  
**Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte  
und vergleichenden Gesellschaftsforschung**

Herausgegeben im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V.  
von Matthias Middell

Wissenschaftlicher Beirat:

Lluís Roura Aulinas, Barcelona \* Alberto Gil Novales, Madrid \* Wolfgang Küttler,  
Berlin \* Wojciech Kunicki, Wrocław \* Hans-Jürgen Lüsebrink, Saarbrücken \*  
Horst Pietschmann, Hamburg \* Ljudmila A. Pimenova, Moskau \* Edoardo Tortarolo,  
Turin

Redaktion:

Gerald Diesener, Hartmut Elsenhans, Wolfgang Fach, Eckhardt Fuchs,  
Katharina Middell, Matthias Middell, Hannes Siegrist, Michael Zeuske

Anschrift der Redaktion:

Zentrum für Höhere Studien  
Universität Leipzig  
Augustusplatz 10/11, 04109 Leipzig  
Tel.: (0341) 9730230 Fax: (0341) 9605261  
middell@rz.uni-leipzig.de

Herstellung:

Leipziger Universitätsverlag GmbH  
Oststr. 41, 04317 Leipzig  
Tel./Fax: (0341) 99 00 440  
info@univerlag-leipzig.de  
www.univerlag-leipzig.de

Bezugsbedingungen:

Die Zeitschrift erscheint sechsmal jährlich mit einem Umfang von jeweils 140 Seiten.  
Einzelheftpreis € 8,00; Doppelheft € 15,00; Jahresabonnement € 40,00;  
ermäßigtes Abonnement € 18,00. Abonnement für Mitglieder der Karl-Lamprecht-  
Gesellschaft e. V. € 25,00 (im Mitgliedsbeitrag enthalten).  
Bestellungen richten Sie bitte an den Buchhandel oder an den Verlag.  
Zuschriften und Manuskripte senden Sie bitte an die Redaktion.

---

**Volks-(An)Ordnung**  
**Einschließen, ausschließen,**  
**einteilen, aufteilen!**

Herausgegeben von  
Petra Overath und Daniel Schmidt



Leipziger Universitätsverlag 2003

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

ISSN 0940-3566

Jg. 13, H. 3. Volks-(An)Ordnung. Einschließen, ausschließen, einteilen, aufteilen! – 2003

**Volks-(An)Ordnung. Einschließen, ausschließen, einteilen, aufteilen!** Hrsg. von Petra Overath und Daniel Schmidt – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2003

(Comparativ ; Jg. 13, H. 3)

ISBN 3-937209-17-4

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2003

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 13 (2003) 3

ISSN 0940-3566

ISBN 3-937209-17-4

---

## Inhaltsverzeichnis

### Aufsätze

<i>Petra Overath/ Daniel Schmidt</i>	Einleitung	7
<i>Wolfgang Fach/ Rebecca Pates</i>	Die drei Körper des Volks	14
<i>Alexander Pinwinkler</i>	„Grenze“ als soziales Konzept. Historisch-demographische Konstrukte des „Eigenen“ und des „Fremden“	31
<i>Daniel Schmidt</i>	„Volk“ und „Bevölkerung“	49
<i>Petra Overath</i>	Zwischen Kriegsdeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Deutschland und Frankreich (1870–1918)	65
<i>Alain Deneault</i>	Die demografische Ordnung und die Frage des Volks. Philosophische Elemente für eine Geschichte der Bevölkerungspolitik	80
<i>Patrick Kury</i>	Der „Ostjude“ als Zeichen des „ganz Anderen“. Ausschlussprozesse in der Schweiz der Zwischenkriegszeit	98
<i>Dieter Koop</i>	Umgang und Verwendung des Begriffs „Volk“ nach 1945 in der DDR	114

### Buchbesprechungen

Claire Gantet, <i>La paix de Westphalie (1648). Une histoire sociale, XVIIe-XVIIIe siècles</i> , Paris 2001 ( <i>Matthias Middell</i> )	133
Geneviève Roche, <i>Les traductions-relais en Allemagne au XVIIIe siècle. Des lettres aux sciences</i> , Paris 2001 ( <i>Matthias Middell</i> )	134
Martina Winkler, <i>Karel Kramář (1860–1937): Selbstbild, Fremdwahrnehmungen und Modernisierungsverständnis eines tschechischen Politikers</i> , München 2002 ( <i>Julia Brandt</i> )	135

Stefan Breuer, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001 ( <i>Manfred Hettling</i> )	138
Birgit Kletzlin, Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung, Münster 2000 ( <i>Ingo Haar</i> )	139
Laura Engelstein/Stephanie Sandler (Hrsg.), Self and Story in Russian History. Ithaca/London 2000 ( <i>Martina Winkler</i> )	141
Gilbert M. Khadiagala/Terrence Lyons (eds.), African Foreign Policies. Power and Process, Boulder/CO, London 2001 ( <i>Ulf Engel</i> )	147
1900–2000. Cent ans de regard français sur l'Allemagne, hrsg. von François Genton, Grenoble 2002 ( <i>Matthias Middell</i> )	149
May T. Yeung/Nicholas Perdikis/William A. Kerr, Regional Trading Blocks in the Global Economy. The EU and ASEAN, Cheltenham/Northampton, Mass. 1999 ( <i>Matthias Middell</i> )	150
Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden (Hrsg.), Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland, Berlin 2002 ( <i>Uwe Pfullmann</i> )	152
Heidemarie Salevsky, Translationswissenschaft. Ein Kompendium. Unter Mitarbeit von Ina Müller und Bernd Salevsky, Frankfurt am Main 2002 ( <i>Wolfgang Schwanitz</i> )	155
Willy Sanders, Gutes Deutsch. Stil nach allen Regeln der Kunst, München 2002 ( <i>Wolfgang Schwanitz</i> )	155
Jörn Rüsen (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein. Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde, Köln/Weimar/Wien 2001 ( <i>Matthias Middell</i> )	159
Susan A. Crane (Hrsg.), Museums and Memory, Cultural Sitings. A series ed. by Elazar Barkan, Stanford, California 2000 ( <i>Anke Hollwedel</i> )	160
Autorinnen und Autoren	163

## Einleitung

Das Ende scheint nahe: Die Völker Europas schwinden, drohen gar auszustarben. Die Bevölkerungen nehmen zahlenmäßig ab und „vergreisen“. In Zeitungen und diversen Publikationen lesen wir von der „demographischen Katastrophe“<sup>1</sup>, von „Bevölkerungsschrumpfung“<sup>2</sup>, davon, dass „Europa schrumpft, die USA wachsen“<sup>3</sup> und schließlich von der Wirtschaft, die in der „Altersfalle“<sup>4</sup> stecke. Angesprochen wird hier jeweils das Verschwinden der „Volkssubstanz“, also der allgemein zählbaren oder gar speziell der jungen, leistungsfähigen Bevölkerungsteile. Die Beschwörung dieser vermeintlichen Gefahren scheint inzwischen omnipräsent – sie ebnet das Terrain für politische Interventionen, etwa in den Sozialversicherungssystemen. Biopolitik ist allerorten *en vogue*.

Aus anderer, demokratietheoretischer, Perspektive werden Diskurse, die vorzüglich um die Bevölkerungszahl kreisen, misstrauisch betrachtet. Die Diagnose ist zwar gleichlautend: – „Volksschwund“ –, meint aber etwas anderes als die Abnahme der Zahl der Köpfe. Vielmehr geht es hier um die Gefahr des Verschwindens „des Volkes“ als politischem Subjekt, das den politischen Kampf gerade der „Nichtzählenden“ – das heißt: derjenigen, denen keine politische Relevanz zugeschrieben wird – führt und sich von „der Bevölkerung“ unterscheidet, die – grob gesagt – lediglich als Summe ihrer Teile gedacht ist. Es geht aus dieser Sicht um die Gefahr, dass die demokratische Idee des Volks aufgegeben wird; jenes Volks, das in symbolischen Formen des Andersseins (wie zum Beispiel im Klassenkampf des neunzehnten Jahrhunderts) seine Teilung austrägt. Im einundzwanzigsten Jahrhundert könnte es zum Beispiel darum gehen, für das Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten einzutreten.

Der französische Philosoph Jacques Rancière etwa denkt in diesem Sinne; er betrachtet Volk und Bevölkerung als Antagonismus, der im Gegensatz von Demokratie und Polizei seine politische Entsprechung finde. Dieses doppelte System von Gegensätzen soll so aufgebaut sein: Die Polizei stellt

---

1 Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München/Zürich 2001, Prolog 9.

2 Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2000, 100.

3 Rainer Münz in dem gleichnamigen Artikel in der ZEIT vom 9. Januar 2003, 6f.

4 Tichy, Pyramide (Anm. 1), Untertitel und 61ff (zur „Grey Economy“).

eine Form des Aufteilens der Welt – eine (An-) Ordnung – dar, „wo es nur gesellschaftliche Gruppen, ‚objektive‘ Funktionen und eine Regelung des Gleichgewichts zwischen diesen Gruppen und Funktionen gibt. Die Polizei ist diejenige Art der Aufteilung des sinnlich Wahrnehmbaren, die weder die Leere noch ein Zusätzliches gelten läßt“<sup>5</sup>. Aus der Perspektive der Polizei gibt es, so Rancière, ausschließlich die Bevölkerung als Summe ihrer Teile, sie ist vor allem zählbar und eins mit dem Volk. Im Gegensatz dazu eröffnet das Volk, dieser Sichtweise nach, in der Demokratie die „Rechnung der Nichtzählenden“, die jede „exakte Berechnung“ sprengt, „jede Gleichung zwischen den Teilen der Gesellschaft und politischen Instanzen“ unmöglich macht. Die Demokratie<sup>6</sup>, als Institution der Politik, beginne „wenn das Volk – in der Form des griechischen ‚demos‘ oder des modernen Volkes – als das erscheint, was die Bevölkerung von sich selbst dissoziiert“<sup>7</sup> und den politischen Kampf führe.<sup>8</sup>

Wo vermutet Rancière nun die Gefahr des „Volksschwunds“, also des Zurücktretens des Volks als politischem Subjekt und dessen Auflösung in der Bevölkerung als Summe ihrer Teile? Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind dabei die Anteillosen („sans-part“) und die Ausgeschlossenen („exclus“). Unter Anteillosen versteht Rancière die symbolische Funktion jener, die in einem Gemeinwesen keinen Anteil an der Regierung haben. Im neunzehnten Jahrhundert gehörte zum Beispiel der Proletarier, nicht aber der Fabrikarbeiter, zu den Anteillosen. Der Proletarier ist derjenige, „der einfach nur geboren ist und der – in der traditionellen Ordnung – in der Regierung des Gemeinwesens nichts zu suchen hat.“<sup>9</sup> Damit symbolisiert der Anteillose oder Nichtzählende die Grenze innerhalb der Ordnung, zwischen jenen, die innerhalb und außerhalb des Gemeinwesens stehen. Gegenwärtig aber sei, so Rancière, diese symbolische Schranke aufgehoben. Statt dessen herrsche die Polizei-Fiktion einer Gesellschaft vor, in die alle eingeschlossen seien, und in welcher der Staat die Interessen der verschiedenen Gruppen ausgleiche. In dieser Fiktion sind Ausgeschlossene lediglich „die Restemenge dieser Einschließung“; die Existenz der Anteillosen/Nichtzählenden wird verleugnet. In Rancières Worten: „Der politische Anteil der Anteillosen ist nur mehr das soziale Unglück der Ausgeschlossenen, die Sozialmediziner sind aufgerufen, die Ausgeschlossenen mit einzuschließen. Aber nur der politische Kampf hat

5 Jacques Rancière, Die Demokratie als politische Form. Ein Gespräch zwischen Jacques Rancière, Jean-François Chevrier und Sophie Wahnich, in: *Poetics*, 800-804, 800.

6 Als Demokratieformen fasst Rancière weniger verfassungsmäßige ‚Rechts‘-Formen als „Konstitutionsformen einer polemischen Öffentlichkeit, Demonstrations- und subjektive Äußerungsweisen eines Streits“ auf. Ebd., 802.

7 Ebd. 800.

8 Ausführlich dazu: Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, Frankfurt a. M. 2000, 27, 41f.

9 Rancière, *Die Demokratie* (Anm. 5), 801; ders., *Das Unvernehmen* (Anm. 8), 50ff.

die Macht, die Ausgeschlossenen mit einzuschließen. Wo er verschwindet, bleibt diese Einschließung eine unlösbare Paradoxie.<sup>10</sup> Die politische Dimension der Anteillosen/ Nichtzählenden wird demnach reduziert auf soziale Probleme, die Expertinnen und Experten (Pädagoginnen und Pädagogen, Medizinerinnen und Mediziner, Sozialreformerinnen und -reformer) lösen sollen.

Rancières Volksbegriff ist offensichtlich ein emanzipatorischer. Es ist der, der auf den Barrikaden entstanden ist: Endlich strömt die Volksmenge zusammen, wird zu Einem, um Despoten oder fremde Eroberer davon zu jagen. Ist die Schlacht geschlagen, wird geordnet und angeordnet. Staatlichkeit wird (wieder) hergestellt, eine Staatlichkeit deren politische Institutionen sich des Volksbegriffs zu ihrer Legitimierung bemächtigen, unter der Oberfläche aber die vermeintliche neu gewonnene Einheit wieder auflösen. Das Wissens- und Interventionsobjekt „Bevölkerung“ erscheint und droht, in seiner Anwendung, alles Gewonnene zunichte zu machen. Aber genau das sichert sein Überleben. Das Volk wird zu einer wirkmächtigen Imagination und weist Züge eines religiösen Mythos' auf, der auf „die existentiellen Fragen nach Ursprung, Identität, Konstanz, Sinn, Kontingenz und Zeitlichkeit“ antwortet.<sup>11</sup> Diese „Struktur“, die unscharfe Verbindung zwischen Differenz und Einheit, macht(e) Volks- und Bevölkerungsideen erfolgreich.

Die politischen, administrativen und wissenschaftlichen Ordnungsbemühungen erfanden drei wesentliche Techniken der Differenzierung – Einschluss, Ausschluss und Fraktionierung –, die ordnen und „neue Angebote“ für Einheitsvorstellungen machen. Die ersten beiden Strategien, die in der Umsetzung mehr sind als Wahrheitsspiele, Ideen oder Konstrukte, legitimieren den Begriff des „Volks“ und werden durch ihn legitimiert. Ein Volk, definierten die Autoren von Meyers Konversationslexikon 1908, sei „ein nach Abstammung u. Sprache, Sitte und Bildung zusammengehöriger Teil der Menschheit.“ Das gleiche gelte für die „Nation“, doch verstehe man „unter ersterm die Gesamtheit der Angehörigen eines Staates.“<sup>12</sup> Mithin findet das „Volk“ seine Grenzen – und damit die roten Linien für Exklusions- und Inklusionsmaßnahmen – an jenen Mark-Steinen, die das Territorium eines Staats von dem eines anderen trennen, wohingegen hier die Grenzen der Nation lediglich kulturell, ethnisch und moralisch bestimmt werden können.<sup>13</sup>

10 Rancière, *Die Demokratie* (Anm. 5), 800.

11 Peter Berghoff, ‚Volk‘ und ‚Nation‘ als Schlüssel-symbole moderner politischer Religion, in: Ulrike Jureit, *Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassistischer und ethnischer Gemeinschaften*, Münster 2001, 182-198, 190.

12 Meyers Großes Konversations-Lexikon, 6. Auflage, Leipzig/Wien. Bd. 20 (1908), 223.

13 Zu wissenschaftlichen Nationsvorstellungen siehe den Sammelband von Ralph Jessen/ Jakob Vogel (Hg.), *Wissenschaft und Nation in der europäischen Geschichte*, Frankfurt a. M. 2002.

Für die Fraktionierung ist der Bevölkerungsbegriff zuständig. Die „Bevölkerung“ werde, so die Enzyklopädie, „gewöhnlich nur für ein geschlossenes Staatsgebiet oder einen administrativen Teil desselben statistisch erhoben, und zwar als innerlich durch Abstammung, Sprache, Sitte und andre Gemeinsamkeiten verbundene Einheit“ – da steckt wieder das „Volk“ drin – „deren Glieder nach physiologischen und sozialen Merkmalen, wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Wohnplätze etc., sich gruppieren lassen.“<sup>14</sup> Die Metapher vom „Volkkörper“ und dessen Gliedern organisiert die Einheit nach der Fraktionierung.

Also, ein „Volk“ wird imaginiert und wirkmächtig auf Schlachtfeldern, Barrikaden, Balkons und sonstigen politischen Bühnen inszeniert. Nimmt der Staat es dann in seine administrative Zange, liegt es auf den Labortischen der Statistiker, Populationisten und sonstiger Wissenschaftler, wird es mithin zum Gegenstand des Denkens und der Intervention, so zerfällt dieses fragile Gebilde sogleich. Die Ideen von der Einheit des „Volks“ könnten, dieser Gedanke liegt nahe, an der Wissenserhebung scheitern. Solange man *glaubt*, existiert ein Volk, sobald man *wissen* will, gibt es nur noch Fraktionen innerhalb administrativer Grenzen. Das Gegenteil aber ist der Fall: Die Fraktionierung bietet die Grundlage für Einheitsvorstellungen vom Volk; sie setzt das „Volk“ erneut in Szene.

Die Texte, die wir in diesem Heft versammelt haben, widmen sich exemplarisch den (An-)Ordnungs-Strategien und -Techniken, die in den letzten zweihundert Jahren entwickelt worden sind.<sup>15</sup> Es fällt auf, dass die um „Volk“ und „Bevölkerung“ kreisenden Diskurse nicht auf abgeschlossene Institutionen oder hermetische Kreise von Akteuren beschränkt geblieben sind. Fast immer ufern sie aus; Politiker, Ideologen, Wissenschaftler, Verwaltungsbeamte verhandeln über die Deutungsmacht. Die Begründung dafür findet sich sicher in dem seit mindestens zweihundert Jahren gängigen Epistem von Staatlichkeit. Ein „Volk“ zu machen und eine „Bevölkerung“ zu ordnen heißt, sich um „das große Ganze“ zu sorgen. Das heißt auch: Das Leben zu sichern, wozu es „fortlaufender, regulierender und korrigierender Mechanismen“ bedarf, „...um das Lebende in einem Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren“<sup>16</sup>.

14 Meyers Großes Konversations-Lexikon, 6. Auflage, Leipzig/Wien. Bd. 2 (1903), 787.

15 Vgl. dazu auch die Publikationen des DFG-Schwerpunktprogramms „Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts ‚Bevölkerung‘ vor, im und nach dem ‚Dritten Reich‘“, z. B. Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933*, Opladen 2002.

16 Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt a. M. 1977, 171.

*Die Herstellung der Einheit.* Der Beitrag von Wolfgang Fach und Rebecca Pates zeichnet die vereinheitlichenden Vorstellungen vom „Volkskörper“ ideengeschichtlich nach. Dieser folge den untergehenden „zwei Körpern des Königs“ und mache seinerseits eine Metamorphose in drei Körper durch – einen natürlichen, einen sozialen und einen politischen. Schon dieses Denkmodell findet seine Indikatoren in den verschiedenen Arten und Stufen der Integration.

*Innen und außen.* Das oben angedeutete Spannungsverhältnis zwischen „Volk“, „Nation“ und „Bevölkerung“ taucht in Alexander Pinwinklers Analyse von historiografischen Diskursen auf. „Grenzüberschreitungen“ wie Wanderungsbewegungen oder das Bewohnen von „Grenzregionen“ wurden und werden auf der Folie eines eigentlich essentialistischen Staatsverständnisses zu wissenschaftlichen Problemen, deren Lösung „zwangsläufig“ den „Staat“ zugunsten etwa der „Rasse“ oder der „Kultur“ als Beschreibungskategorie zurückdrängen muss. Gewollt oder nicht wurden einige von Pinwinkler vorgestellte Historiker somit zu wissenschaftlichen Legitimatoren nationalsozialistischer Ideologie in Deutschland.

*Ökonomische Differenzierung.* Dass die Wissenschaft von der „Bevölkerung“, speziell die Statistik, ebenfalls nicht ohne ideologische Voraussetzungen an ihr Untersuchungsobjekt heran gegangen ist, versucht Daniel Schmidt zu zeigen. Um seinen Verdacht zu belegen, zieht er jedoch nicht den idealistischen vereinheitlichenden Volksbegriff, wie er oben zitiert ist, heran. „Volk“ diene vielmehr in liberalistischer Verwendung auch als ökonomisch-moralische Kategorie. Und so verwendet findet er sich auch in den Diskursen zur statistischen Bewältigung der so genannten „Sozialen Frage“ wieder.

*Bevölkerungspolitik und Krieg.* In der Darstellung von Petra Overath erscheinen Krieg und Konflikt als Matrix für Einheitsvorstellungen von „Volk“ und „Bevölkerung“. Zwischen dem Deutsch-Französischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg wurde offenbar die Idee populär, dass militärische Siege oder Niederlagen durch bevölkerungspolitische Interventionen zu beeinflussen seien. Verfolgt man diese Diskurse und vergewissert man sich der praktischen Konsequenzen, findet man den Ansatzpunkt für jene Maßnahmen in den „klassischen“ Bevölkerungskategorien Geschlecht, Alter, Familienstand, Klasse, Gesundheitszustand und so weiter.

Alain Deneault weist in seiner Replik besonders auf die Geschlechterdifferenzierung hin; zweifelsohne ist sie der „Knackpunkt“ aller Bevölkerungspolitiken. Deneault deutet die militärische Front zwischen Deutschland und Frankreich in ein Bündnis um, dass sich gemeinsam gegen Feminismus, Anarchismus und Neomalthusianismus wendet. Ausgehend von der Protagonistin in Apollinaires Theaterstück „Die Brüste des Tiresias“

verfolgt er Anordnung, Subversion und Zähmung von „Geschlecht“. So dann verknüpft er diese Bewegungen mit der Frage nach Zeitlichkeit (*temporalité*) und narrativen Intensitäten.

*Kulturelle und „rassische“ Differenzierung.* Auch multiethnische Gesellschaften wie die der Schweiz kennen Ausschließungsprinzipien. Patrick Kury erklärt das mit dem Zeichen des „ganz Anderen“. Das gesamte zwanzigste Jahrhundert über schwelte in der Alpenrepublik ein Überfremdungsdiskurs. Dort, wo sich ethnische Grenzen nicht aufbauen ließen, musste man kulturelle Grenzen erfinden. Der „Ostjude“ war zwar auch jüdisch wie die angestammten Schweizer Juden. Dennoch wurde er als kulturell, oder gar rassisch, „zu fremd“ definiert, als dass man ihn hätte einbinden können. Seine „doppelte Fremdheit“ sollte eine Integration in den – wie auch immer vorzustellenden – helvetischen „Volkskörper“ unmöglich machen.

*„Demographisches Klima“.* In der DDR schließlich korrespondierte ein – sicherlich sehr stark strapazierter – Volksbegriff mit dem Bemühen um eine optimierte Bevölkerungspolitik. Wie Dieter Koop zeigt, reichten selbst hier alle herkömmlichen Maßnahmen zur Regulierung der Bevölkerung nicht aus, um den Reproduktionsfaktor auf 1,0 zu halten. Man musste versuchen, direkt die individuelle Motivation zum Kinderkriegen zu beeinflussen.

Wir sehen, dass alle diese Diskurse sich über größere Zeiträume erstrecken und sich mindestens über die letzten zweihundert Jahre verteilen. Wenn sie das „Volk“ bedrohen, indem sie seine Einheit aufheben, entsteht eine Dynamik, die neue Einheitsvorstellungen aufbaut. Nun liegt es nahe, nach Konjunkturen zu suchen sowie nach Bedingungen, die zu diesen Konjunkturen führen. Das „Volk“ mag die ganze Zeit über bemüht worden sein, doch besonders auffällig immer dann, wenn die Integrität des Staates gefährdet war. Das drückt sich beispielsweise darin aus, dass Gerichtsurteile „Im Namen des Volkes“ symbolisch legitimiert werden.

Ein anderes Beispiel ist ebenso auffällig. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die Zahl der Einwohner eines Landes beziehungsweise die Größe der Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen zum Anreizen oder Eindämmen der Zeugung und des Austragens von Kindern zu regulieren sei. Im 18. Jahrhundert deklamierte die Policywissenschaft, der Regent müsse alles tun, seine Untertanen zu vermehren. Um 1800 geboten dem die ökonomistischen Prognosen eines Malthus Einhalt und lenkten den Blick auf die innere Differenzierung der Bevölkerung. Siebzig Jahre später erwiesen sich andere Probleme offenbar als dringlicher: die Wehrkraft und die gesunde Regeneration der „Bevölkerung“. Sicher hatten sich die Bevölkerungswissenschaftler nicht gänzlich von der „relativen Bevölkerungsgröße“ verabschiedet, jedoch rückte die absolute Zahl wieder ins Blickfeld – zumal sich die Palette der biopolitischen Instrumente (vermeintlich) enorm erweitert hatte. Zu Beginn

des 20. Jahrhunderts kam der Neomalthusianismus auf, und kurze Zeit später versuchten Faschisten und Nationalsozialisten, die Inhomogenität des „Volkskörpers“ sozial- und rassenpolitisch zu lösen. Während die Ideen vom „Volk ohne Raum“ die räumliche Expansion legitimierten, boten die Ideen vom „Volk ohne Jugend“ eine wichtige Grundlage für die Eingriffe am „Volkskörper“, dessen biologisches Erbe oder „die Rasse“ durch Überalterung gefährdet schien.<sup>17</sup>

Mittlerweile dominiert wieder die Ökonomie die Bevölkerungsdiskurse – wir haben es zu Beginn dieser Einleitung gesehen. Allerdings ganz anders als bei Malthus. Angeblich werden die Völker Europas langfristig dezimiert, weil sich ihre Glieder der Vermehrung verweigern. Das führe – so die Argumente – zur „Vergreisung“, zur Überlastung des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung und vor allem zum Arbeitskräftemangel. Abgesehen davon, dass diese Art von Ökonomismus an seine analytischen Grenzen zu stoßen scheint,<sup>18</sup> baut er Fraktionierungen auf, die neue, subtile Regulierungsideen hervorbringen. Die Bevölkerungen erscheinen nicht nur gefährdet und veraltet, vielmehr wird dem Volk angeordnet, sich zu vermehren, um jung und leistungsfähig zu sein.

---

17 Zur Verknüpfung und politischen Implikation der Vorstellungen vom „Volk ohne Raum“ und vom „Volk ohne Jugend“ (bei Friedrich Burgdörfer) siehe Florence Vienne, *L'invention du Juif, de l'homme héréditairement sain et de la femme apte à enfanter dans les écrits du démographe nazi Friedrich Burgdörfer*, in: Hervé Le Bras, *L'invention des populations. Biologie, idéologie et politique*, Paris 2000, 81-105, besonders 87ff.

18 Vgl. etwa Viviane Forrester, *Der Terror der Ökonomie*, München 1998.

## Die drei Körper des Volkes

Die „zwei Körper des Königs“<sup>1</sup> tauchen, wiewohl ein Relikt des feudalen Mittelalters, seit einiger Zeit wieder häufiger in einschlägigen Diskursen auf.<sup>2</sup> Wenn es darum geht, den *funktional notwendigen* und relativ *enttäuschungsfesten* Mythos des Regierens und der Regierenden zu charakterisieren, scheint ein Rekurs auf das antiquierte Bild nahe zu liegen – selbst wenn sich seit langem das *Volk* in Gestalt seiner Repräsentanten zum Souverän aufgeschwungen hat.

Von eben dieser Veränderung in der Kontinuität handelt die folgende Analyse.

### 1. Körper, König, Volk

Die Rede von den „zwei Körpern des Königs“ geht auf eine historisch spezifische, strategisch spezielle Situation zurück. Es geht um eine „mystische Rede“, die „englische Kronjuristen“ verwandt haben, um den König rechtlich unangreifbar zu machen. Etwa der Art: Jeder

„König hat in sich zwei Körper, nämlich den natürlichen (*body natural*) und den politischen (*body politic*). Sein natürlicher Körper ist für sich betrachtet ein sterblicher Körper, der allen Anfechtungen ausgesetzt ist, die sich aus der Natur oder aus Unfällen ergeben, dem Schwachsinn der frühen Kindheit oder des Alters und ähnlichen Defekten, die in den natürlichen Körpern anderer Menschen vorkommen. Dagegen ist der politische Körper ein Körper, den man nicht sehen und nicht anfassen kann. Er besteht aus Politik und Regierung, er ist für die Lenkung des Volkes und das öffentliche Wohl da. Dieser Körper ist völlig frei von Kindheit und Alter, ebenso von den anderen Mängeln und Schwächen, denen der natürliche Körper unterliegt. Aus diesem Grund kann nichts, was der König in seiner politischen Leiblichkeit tut, durch einen Defekt seines natürlichen Leibs ungültig gemacht oder verhindert werden.“<sup>3</sup>

---

1 Ernst H. Kantorowicz, *Die zwei Körper des Königs*, München 1990.

2 Wolfgang Ernst/Cornelia Vismann (Hrsg.), *Geschichtskörper. Zur Aktualität von Ernst H. Kantorowicz*, München 1998; Wolfgang Fach/Wolfgang Lutz, „König Kurt“. Über eine neue Politik der Persönlichkeit, in: Michael Müller u. a. (Hrsg.), *Der Sinn der Politik*, Konstanz 2002, 239-254; Thomas Frank u. a., *Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft*, Frankfurt a. M. 2002; Koschorke/Michalzik, *Die zwei Körper des Präsidenten*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24.3.1998.

3 Zit. nach Kantorowicz, *Die zwei Körper* (Anm. 1), 31.

Ein anderes Traktat führt im gleichen Sinne aus: Es

„ist keine Macht dort, wo man sündigen oder Böses tun kann, wo man krank und alt werden kann, wo man sich verletzen kann. Denn alle diese Eigenschaften kommen von der *impotentia*“ – weshalb „die heiligen Geister und Engel, die nicht sündigen, alt oder krank werden oder sich verletzen können, mehr Macht haben als wir, die wir uns durch alle diese Mängel schaden können. So ist des Königs Macht mehr.“<sup>4</sup>

Später erneuert und modernisiert (säkularisiert, „demokratisiert“) Thomas Hobbes das hermetische Konstrukt samt seines juristischen Witzes:

„Da jeder Untertan durch diese Einsetzung [via fiktivem] Gesellschaftsvertrag Autor aller Handlungen und Urteile des eingesetzten Souveräns ist, so folgt daraus, dass dieser durch keine seiner Handlungen einem seiner Untertanen Unrecht zufügen kann, und dass er von keinem von ihnen eines Unrechts angeklagt werden darf.“<sup>5</sup>

Sowie von einer Seite her (Politik > Natur) die *völlige Einheit* behauptet wird, so besteht man in umgekehrter Richtung (Natur > Politik) auf *völliger Trennung*: Welche Makel auch immer dem natürlichen Körper anhaften, der politische bleibt von ihnen ganz und gar unberührt. Beide Postulate haben ihre „Aufklärung“, wenngleich nicht mühelos, überstanden: Immunität kann heute immer noch, doch nicht mehr überall und unter allen Umständen reklamiert werden – Chirac oder Berlusconi gelten durchaus als skandalöse Fälle; andererseits müssen sich die Clintons dieser Welt nachsagen lassen, ihre Eskapaden hätten „das Amt beschädigt“.

Dass kein größerer Schaden entstanden ist, verdanken die Staatsfreunde hierzulande wenigstens in erster Linie der dogmatischen Schadensbegrenzung Hegels. Man müsse, schreibt er in seiner Rechtsphilosophie, „den Staat wie ein Irdisch-Göttliches verehren“<sup>6</sup> – doch nicht darum, weil sich seine real existierenden Repräsentanten wie Engel aufführen; darauf kommt es überhaupt nicht an, denn:

„Der Staat ist kein Kunstwerk, er steht in der Welt, somit in der Sphäre der Willkür, des Zufalls und des Irrtums; übles Benehmen kann ihn nach vielen Seiten defigurieren. Aber der hässlichste Mensch, der Verbrecher, ein Kranker oder Krüppel ist immer noch ein lebender Mensch; das Affirmative, das Leben, besteht trotz des Mangels, und um dieses Affirmative ist es hier zu tun.“<sup>7</sup>

Das sei zwar, meint Hegel, „unendlich herb“ zu verstehen – doch ohne diese Vorleistung seiner Bürger steht der Souverän auf dem schwankenden Boden

4 Zit. nach ebenda, 32.

5 Thomas Hobbes, *Der Leviathan*, Frankfurt a. M. 1994, 138.

6 G. W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*. Frankfurt a. M. 1993, 434.

7 Ebenda, 404.

eines konditionalen, sprich: launischen und „vernünftelnden“ *Gehorsams auf Widerruf*.

Der „irdisch-göttliche“ Mythos des Souveräns als eines „sterblichen Gottes“ (Hobbes) blieb indessen nicht auf den Monarchen beschränkt – dem andererseits ein Publikum gegenüber steht, das nur so in Schach gehalten werden kann. Das *Volk* selbst stieg zum Objekt dieser Verherrlichung auf: was zur Formel von den „zwei Körpern des Volkes“ geführt hat.<sup>8</sup>

In ihren Anfängen ist die Volkskörper-Rhetorik allerdings nicht eingesetzt worden, weil man den mangelhaften Zustand der *natürlichen* „Masse“ *politisch* aufheben wollte. Ganz im Gegenteil, das Verhältnis wurde exakt umgedreht: Der defekte Natur-Körper sollte nun den Politik-Leib so gründlich infiziert haben, dass dieser außer Stand sein würde, sich souverän selbst zu regieren. Statt der kleinen Leute mit ihrer fatalen Neigung zu „licentiousness, mischief, mere Anarchy and Confusion“<sup>9</sup> mussten daher bis auf weiteres (mehr oder minder) selbst-ernannte Repräsentanten im Namen der „defigurierten“ Basis das Szepter schwingen.

Diese *negative Integration* funktionierte, solange sie funktionierte, dadurch, dass ein organisatorischer Ausschluß ideologisch begründet wurde: dem empirischen wurde ein ideales Volk vorgehalten, und die Differenz zwischen beiden legitimierte die Herrschaft ohne das Volk – aber in dessen Namen, daher mit dem Anspruch auf *Akzeptanz* verknüpft. Diese (zweite) Seite der Medaille akzentuiert der Körper-Typus, den Thomas Hobbes ikonographisch (der „Leviathan“ als großer Staats-Leib, zusammengesetzt aus vielen kleinen Menschen-Leibern) und methaphorisch nachgelassen hat: „Denn“, klärt Hobbes auf,

„durch Kunst wird jener große *Leviathan* geschaffen, genannt *Gemeinwesen* oder *Staat*, auf lateinisch *civitas*, der nichts anderes ist als ein künstlicher Mensch, wenn auch von größerer Gestalt und Stärke als der natürliche, zu dessen Schutz und Verteidigung er ersonnen wurde.“<sup>10</sup>

Auf der Hand liegt, dass sich hier etwas verändert hat: Die Menschen sind in den Staat *positiv integriert*, also organisatorisch, ja sogar „organisch“ eingeschlossen – ohne ihre aktive Mitwirkung, den kleinen Beitrag jedes einzelnen, gäbe es keine politische Großmacht. Kann es sich aber dann noch um jenes pöbelhafte Volk handeln, welches seiner schlechten Natürlichkeit wegen von den Hebeln der Macht möglichst fern gehalten werden musste? Nun ist Hobbes nicht gerade dafür bekannt, dass er von der menschlichen Natur Wunderdinge (auch im wörtlichen Sinne) erwartet hätte: Wo „natürliche“ Subjekte

8 Edmund S. Morgan, *Inventing the People*. New York/London 1988.

9 S. ebenda, 79.

10 Hobbes, *Der Leviathan* (Anm. 5), 5.

aufeinander treffen, herrscht „beständige Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes – das menschliche Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz“.<sup>11</sup> Gegen seine Natur und ihre Folgen kann der Mensch nur eines machen: sie erkennen und Vorkehrungen gegen die Folgen treffen. Deshalb kommt es zum Staat, dessen perfekte Einheit nicht dadurch entsteht, dass *natürliche Körper* miteinander verschmelzen, sondern *vernünftige Willen*. Diese dezisionistische Kombination im (fiktiven) Gesellschaftsvertrag

„ist mehr als Zustimmung oder Übereinstimmung: Es ist eine wirkliche Einheit aller in ein und derselben Person“.<sup>12</sup>

Anders gesagt: Der Mensch überlistet seinen natürlichen Körper (*body natural*) durch die Erschaffung eines politischen (*body politic*). Das geht, weil wir mit unseresgleichen nicht nur „Triebe, Begierden und Neigungen“ (Hegel) teilen, sondern auch die Vernunft. Deren Gesetze machen uns klar, dass gegen Natur Politik gesetzt werden muß: Jedermann unterwerfe sich *einzel*n (daher die Vertragsfiktion) dem Ganzen – dessen Gestalt freilich noch offen bleibt. Die sachliche Konvergenz der vernünftigen Willen sagt zunächst noch nichts darüber aus, was genau sie eigentlich wollen. Einen Staat, ja – aber welchen?

Kurzum, Idee und Institution des *body politic* fallen, anders als beim Monarchen, auseinander, sobald das Volk – eine Vielheit von *bodies natural* – als Souverän auf die Bühne der Geschichte tritt. In diesem Augenblick ist vieles möglich. Aber nicht alles taugt: das Problem der angemessenen *Repräsentation*.

## 2. Die „Härtung“ des politischen Körpers

Hobbes hat feste Vorstellungen davon, auf was sich Menschen institutionell einlassen müssen, um vor einander verlässlich sicher zu sein. Bekanntlich entsteht jene „Einheit aller in ein und derselben Person“ dadurch, dass der *ideelle Einschluss* aller (positive Integration) in einen *institutionellen Ausschluss* aller (negative Integration) mündet, also in die absolute Monarchie. Interessanter als das Faktum ist seine Begründung:

„Der Unterschied zwischen diesen drei verschiedenen Staatsformen“, d. h. Demokratie, Aristokratie und Monarchie,

„liegt nicht in der Verschiedenheit der Gewalt, sondern in der unterschiedlichen Angemessenheit oder Eignung für den Frieden und die Sicherheit des Volkes, dem Zweck, zu dem sie eingesetzt worden sind. Und zum Vergleich der Monarchie mit den beiden anderen Staatsformen sollten wir folgende Gesichtspunkte beachten: Erstens: Jeder, der die Person des Volkes verkörpert oder Mitglied der verkörpernden Versammlung ist, verkörpert auch seine eigene natürlich Person.

11 Ebenda, 96.

12 Ebenda, 134.

Und selbst wenn er als politische Person sich sorgfältig um das Gemeinwohl kümmert, so kümmert er sich doch mehr, oder mindestens nicht weniger, um sein Privatwohl“ – „und wenn das öffentliche Interesse zufällig dem privaten in die Quere kommt, zieht er meistens das private vor, denn die Leidenschaften des Menschen sind gewöhnlich mächtiger als ihre Vernunft. Daraus folgt, dass dort, wo das öffentliche und das private Interesse am meisten zusammenfallen, das öffentliche am meisten gefördert wird. Nun fällt in der Monarchie das Privatinteresse mit dem öffentlichen zusammen. Reichtum, Macht und Ehre eines Monarchen ergeben sich allein aus dem Reichtum, der Stärke und dem Ansehen seiner Untertanen.“ In „einer Demokratie oder Aristokratie dagegen trägt der öffentliche Wohlstand zum Privatvermögen eines korrupten oder ehrgeizigen Menschen weniger bei als oftmals ein hinterlistiger Rat, eine verräterische Handlung oder ein Bürgerkrieg.“<sup>13</sup>

Menschenvernunft überwindet Menschennatur nur *abstrakt*; daher empfiehlt es sich, den guten Willen gegen mächtige Anfeindungen resp. die Idee gegen das Interesse organisatorisch zu „härten“.

Das zugrunde liegende Problem ist ja nicht neu. Der vormoderne König (die Hauptfigur bei Kantorowicz) konnte auch korrupt, ehrgeizig, hinterlistig, verräterisch oder auf andere Weise „defiguriert“ sein; alles kam dann darauf an zu verhindern, dass er dafür haftbar gemacht wurde. Unverantwortlichkeit, legale wie legitime, war das Ziel: weil andernfalls, so kalkulierten juristische Experten, die Architektur der Herrschaft zusammenbrechen würde. Darum, und nicht einfach deshalb, weil sie von Gott gesandt wurden, durften Könige einfach nicht irren (noch sterben: „Der König ist tot, es lebe der König!“). Diesen Technokraten ging es primär um politische Stabilität per se. Hobbes hingegen will mehr – Herrschaft soll auch den zivilisatorischen Fortschritt ermöglichen. Das enervierende Leben ohne staatliche Souveränität kritisiert er vor allem deswegen, weil solche Umstände Wachstumsprozesse blockieren:

„In einer solchen Lage ist für Fleiß kein Raum, da man sich seiner Früchte nicht sicher sein kann; und folglich gibt es keinen Ackerbau, keine Schifffahrt, keine Waren, die auf dem Seewege eingeführt werden können, keine bequemen Gebäude, keine Geräte, um Dinge, deren Fortbewegung viel Kraft erfordert, hin- und herzubewegen, keine Kenntnis von der Erdoberfläche, keine Zeitrechnung, keine Künste, keine Literatur, keine gesellschaftlichen Beziehungen ...“<sup>14</sup>

Deswegen präferiert Hobbes eine politisch-institutionelle Ordnung, die nach seiner Überzeugung nicht allein Stabilität sichert, sondern darüber hinaus das Schicksal des Souveräns an jenes seiner Untertanen bindet. Seiner Meinung nach ist diese Koppelung am ehesten dann gewährleistet, wenn *einer* herrscht, die Einheit des Volkes also monarchisch hergestellt wird. Mit anderen Wor-

---

13 Ebenda, 146f.

14 Ebenda, 96.

ten: Systematisch gesehen folgt auf den ideellen Einschluss des Volkes der institutionelle Ausschluss – und auf diesen ein erneuter, „interessierter“ Einschluss.

Hobbes' Konstruktion reflektiert ein neues (liberales) Denken, dem Einheit (Kollektivität) ohne Einzelheit (Individualität) suspekt wird. Menschen können zwar, ohne dass sie übereinkommen, sich bedingungslos *repräsentieren* zu lassen, nicht miteinander leben, d.h. als „Volk“ existieren. Doch wollen sie zugleich die Risiken ihres „kategorischen“ Gehorsams dem allmächtigen Repräsentanten – ihrem „sterblichen Gott“ – gegenüber begrenzen. Es trifft sich glücklich, dass beide Imperative, wiewohl auf den ersten Blick im Widerspruch, genauer betrachtet einander stützen: Das exklusivste Regime ist gleichzeitig das „sensibelste“ und wirkt integrativer als jedes andere, in dem mehr oder gar alle Menschen das Sagen haben. Regiert nur einer (rational), bindet er sein Schicksal zwangsläufig ans Wohl aller; mit jedem zusätzlichen „Souverän“ steigt auch die Menge der herrschenden Partikularitäten (was sehr viel später unter dem Stichwort der „Versäulung“ neu thematisiert worden ist), bis es am extremen Ende zur demokratischen Selbstauflösung des *body politic* kommt. Prima facie sicher keine unsinnige Erwartung.

Dass dennoch der demokratische Impuls den politischen Körper nicht pulverisiert und damit sich selbst zerstört hat, ist daher ein erklärungsbedürftiger Sachverhalt. Wer sich versagt, das Hobbes-Dilemma, die fallible Vernunft, einfach idealistisch zu „lösen“ (ein Versuch, an dem Rousseau verzweifeln sollte), der muss darauf setzen, dass es auch andere Formen gibt, die Idee des (ganzen) Volkes institutionell so zu „härten“, dass sie im massenhaften Stimmengewirr praktisch überleben kann.

Die Antwort war so einfach wie überraschend: Hobbes' Problem, das Blockade-Risiko, verwandelte sich unter dem Zugriff seiner Nachfolger zur Lösung, gefeiert als List der *Gewaltenteilung*: „checks and balances“ hieß das neue Allheilmittel.<sup>15</sup> Es versteht sich von selbst, dass diese Operation nur darum glücken konnte, weil sie sich, bei Lichte besehen, ein *anderes* Problem gestellt hat.

Der neue Themenzuschnitt lässt sich im Grunde auf eine Frage zuspitzen: Welche Verfassung „vereinheitlicht“ das Volk politisch so, dass die „natürlichen“ Leute voreinander sicher sind – auch und gerade dann, wenn sich einige von ihnen zusammenrotten wollten, um andere, *mehrheitlich* zu „regieren“? Motive dafür lagen gewissermaßen auf der Straße – alle Schwarzen waren versklavt, viele Weiße waren verarmt. Jener entledigte man sich außerhalb des

15 John Locke, *Über die Regierung*, Stuttgart 1988; Alexander Hamilton/George Madison/John Jay, *Die „Federalist“-Artikel*, Stuttgart 1994.

„demokratischen Konsenses“, diese freilich galt es, weil Fleisch vom eigenen Fleische, pfleglicher zu behandeln.

Wenige haben den Paradigmenwechsel dermaßen illusionslos durchexerziert wie James Madison – ausgerechnet in dem Moment, da er und seine Mitstreiter ihre Unabhängigkeit im Namen des Volkes revolutionär erstritten hatten: „Die Vielfalt der menschlichen Fähigkeiten“, so kommt er schnurstracks zur Sache,

„in denen die Eigentumsrechte ihren Ursprung haben, bildet ein ebenso unüberwindliches Hindernis für die Gleichheit der Interessen. Der Schutz dieser Fähigkeiten ist die vornehmste Aufgabe von Staaten. Aus dem Schutz der unterschiedlichen und ungleichen Fähigkeiten beim Erwerb von Eigentum ergeben sich unmittelbar verschiedene Arten und Mengen von Eigentum; und aus dem Einfluß, den diese auf die Gefühle und Ansichten der jeweiligen Eigentümer haben, ergibt sich die Einteilung der Gesellschaft in unterschiedliche Interessen und Parteien.“

Woraus folgt: Die

„vorherrschend und permanente Ursache für die Existenz unterschiedlicher Faktionen liegt in der vielfältigen und ungleichen Eigentumsverteilung. Die Besitzenden haben schon immer getrennte gesellschaftliche Interessen gebildet.“<sup>16</sup>

„Zwei Nationen“ werden *organisatorisch* verklammert, weil das *ideologische* Band für eine zu schwach ist.

Hinter dem veränderten Szenario stecken drei „diskursive“ Neuerungen. Erstens hatte, von Tocqueville einige Jahr später hellsehtig resümiert<sup>17</sup>, unwiderruflich das demokratische Zeitalter begonnen – der Drang nach (politischer) Gleichheit ließ sich vom Recht auf (private) Freiheit nicht mehr bezähmen. Wenn man so will, war Hobbes' Empfehlung in den Wind geschlagen worden, und nun begannen die Ereignisse ihre Organisatoren offensichtlich zu überrollen. In dieser Situation schien es, zweitens, sicherer, überhaupt nicht mehr auf die Vernunft zu setzen – Kontrolle war schon damals besser. Bezeichnenderweise kommt der „Federalist“ ganz ohne die Idee des Gesellschaftsvertrags aus – den Hobbes ja beschworen hatte, um klarzumachen, dass vernünftige Individuen, ihre „natürliche“ Borniertheit vor Augen, sich zu einem *body politic* zusammenschließen und auf dessen Verfassung einigen können.

Drittens endlich, besonders gravierend: Die Vernunft „schwächelte“ eben deshalb ganz besonders, weil nicht einzelne „Naturen“ im *bellum omnium contra omnes* einander das Leben schwer machten. Madisons „factions“ reflektieren, dass kollektive Naturen, sprich: Standes-, Gruppen- oder Klasseninteressen, wahrgenommen werden. Freilich muß das nicht a priori ein Grund

16 Ebenda, 396f.

17 Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, München 1976.

sein, am gesellschaftlichen Integrationspotential der menschlichen Vernunft zu verzweifeln. Hegel etwa hält diese Art einer „geklumpten“ Partikularität – selbst wenn sie (Hobbes' „worst case“) organisiert, *korporativ*, auftritt, keineswegs für gemeinschaftsschädigend. Im Gegenteil – sie produziert sogar „familiäre“ Effekte:

„Zur Familie macht die Korporation die zweite, die in der bürgerlichen Gesellschaft gegründete sittliche Wurzel des Staats aus. Die erste enthält die Momente der subjektiven Besonderheit und der objektiven Allgemeinheit in substantieller Einheit; die zweite aber diese Momente, die zunächst in der bürgerlichen Gesellschaft zu in sich reflektierten Besonderheit des Bedürfnisses und Genusses und zur abstrakten rechtlichen Allgemeinheit entzweit sind, auf innerliche Weise vereinigt, so dass in dieser Vereinigung das besondere Wohl als Recht und verwirklicht ist. Heiligkeit der Ehe und die Ehre in der Korporation sind die zwei Momente, um welche sich die Desorganisation der bürgerlichen Gesellschaft dreht.“<sup>18</sup>

Korporationen („Interessenverbände“) *vermitteln* zwischen Subjekt und Staat, überbrücken die Distanz kleiner Leute zum großen Leviathan, verhelfen Interessen zu besserer Geltung, die zwar noch nicht „allgemein“, aber immerhin schon „gemeinsam“, also nicht mehr rein persönlich sind. Es gibt freilich eine Voraussetzung dafür, dass diese „Mediation“ funktioniert: sie wirkt nur bei Menschen, die in der Korporation ihre „Ehre“ finden. Dazu aber sind nicht alle fähig – manche werden zusätzlichen Schub nur dafür nutzen, um ihre partikularen Standpunkte mit aller Macht und auf Kosten Dritter durchzudrücken. Von wem diese Gefahr ausgehen würde? Von den *Armen*; darüber bestand damals Einverständnis, da bildete Madison keine Ausnahme.<sup>19</sup>

### 3. Die „Heilung“ des sozialen Körpers

Hegel resümiert den Common sense der Anständigen – und differenziert ihn zugleich:

„Die niedrigste Weise der Subsistenz, die des Pöbels, macht sich von selbst: dies Minimum ist jedoch bei verschiedenen Völkern sehr verschieden. In England glaubt auch der Ärmste sein Recht zu haben; dies ist etwas anderes, als womit in anderen Ländern die Armen zufrieden sind. Armut allein macht keinen zum Pöbel: dieser wird erst bestimmt durch die mit der Armut sich verknüpfende Gesinnung, durch die innere Empörung gegen die Reichen, gegen die Gesellschaft, die Regierung usw. Ferner ist damit verbunden, daß der Mensch, der auf die Zufälligkeit angewiesen ist, leichtsinnig und arbeitsscheu wird“.

Somit

<sup>18</sup> Hegel (Anm. 6), 396.

<sup>19</sup> Gertrude Himmelfarb, *The Idea of Poverty*, New York 1985.

„entsteht im Pöbel das Böse, daß er die Ehre nicht hat, seine Subsistenz durch seine Arbeit zu finden, und doch seine Subsistenz zu finden als sein Recht anspricht. Gegen die Natur kann kein Mensch ein Recht behaupten, aber im Zustande der Gesellschaft gewinnt der Mangel sogleich die Form eines Unrechts, was dieser oder jener Klasse angetan wird. Die wichtige Frage, wie der Armut abzuhelfen sei, ist eine vorzüglich die modernen Gesellschaften bewegende und quälende.“<sup>20</sup>

Es gibt also „natürliche“ und „politische“ Armut, *poverty* und *pauperism*; jene meint eine absolute Knappheit, diese eine relative – verglichen mit dem, was andere (mehr) haben, wobei diese Differenz, weil sie den Minderbemittelten als Skandal gilt, im Handumdrehen die „pöbelhafte“ Forderung provoziert, ein umverteilender Staat möge ausgleichende Gerechtigkeit walten lassen.

Dabei wird ein ganz neuer Akzent gesetzt, kommt doch zu den bekannten Volkskörpern, *body natural* resp. *politic*, ein dritter: der *social body*.<sup>21</sup> Während das natürliche Volk, d. h. die „serielle“ (Bourdieu) Anordnung seiner einzelnen Glieder, bisher *politisch* zusammengefasst worden ist (durch Anerkennung oder Durchsetzung derselben Souveränität – König, Volk, Verfassung), konstruiert Hegel das Gemeinwesen (auch und im Falle der Armut nur *vorpolitisch*, mittels einer sozialen Fiktion: als Einheit aller arbeitenden Ehrenmänner in Absetzung gegen jene Ehrlosen, die ihre Armut auf unanständige Weise in Anspruch und Abhängigkeit verwandeln.<sup>22</sup>

Daher war nur Hegels zweite, „ehrlose“ Armut für die moderne Gesellschaft eine „bewegende und quälende“ Frage. Niemand hat diese Sorge früher und zynischer charakterisiert als Bernard Mandeville, der, Hegel an Kaltschnäuzigkeit noch überbietend, jene bewegende Qual selbst zum eigentlichen Problem erklärt:

„Ein Übermaß von harter und schmutziger Arbeit muß getan werden, bei der man sich in ein einfaches Leben einfügen muß. Wo sollten wir für diese Notwendigkeiten einen besseren Nachwuchs finden als unter den Kindern der Armen? Sicher steht niemand dieser Art Leben näher und ist dafür geeigneter. Außerdem ist es so, dass die Dinge, die ich hart nannte, solchen Leuten weder hart scheinen, noch für solche Leute eine Last sind, die mit ihnen aufwachsen und nichts besseres kennen.“ „Dies“, so Mandeville weiter, „sind unbestreitbare Wahrheiten. Trotzdem weiß ich, dass es wenig Menschen gibt, die sie gerne verbreitet sehen. Diese Wahrheiten werden verabscheut, weil überall ... eine unvernünftige Neigung zu einer Art Verehrung für die Armen grassiert, die einer Mischung von Mitleid, Albernheit und Aberglauben entspringt.“

Und um die Sache endgültig auf den Punkt zu bringen:

20 Hegel (Anm. 6), 389f.

21 Vgl. Mary Poovey, *Making a Social Body*, Chicago/London 1995.

22 Anständige Frauen sind ein anderer Fall – sie retten ihre Ehre zwar, doch ausschließlich „im Haus“; s. Ilona Ostner, *Hegels Dilemma*, in: Ute Gerhard u. a. (Hrsg.), *Differenz und Gleichheit*, Frankfurt a. M. 1990, 311-317.

„Wo die Barmherzigkeit allzu sehr überhand nimmt, fördert sie häufig Trägheit und Müßiggang und leistet für das Gemeinwesen kaum mehr, als daß sie Nichtstuer großzieht.“<sup>23</sup>

Anders gesagt: Will eine Gesellschaft die „Spaltung der Ehre“ vermeiden, muss sie absolute Armut in ihren Reihen akzeptieren und stabilisieren, massenhaft. Mit den Reichen verbindet diese Elenden nichts, beide Klassen leben in unterschiedlichen Welten, die alleine *funktional* integriert sind: Ohne Arme gäbe es keine Reichen.

Es ist daher nur konsequent, wenn Mandeville unter Gesellschaft einen „politischen Körper“ – genauer müsste es heißen: einen politisch hergestellten sozialen Körper – versteht, in

„dem die Menschen, entweder durch überlegene Gewalt unterworfen oder durch Überredung aus dem Zustande der Wildheit emporgehoben, zu disziplinierten Wesen geworden sind, die in der Arbeit für andere ihr persönliches Interesse finden können.“<sup>24</sup>

Also ein rudimentäre Form der „Arbeitsteilung“, in deren Rahmen die Vielen für die Wenigen arbeiten „wollen“, weil sie, um zu überleben, eben müssen, jedenfalls unter einem geeigneten Regime von Repression und Religion (Mandevilles Überredungskunst).

Dass jene quälende Bewegtheit, von der Hegel berichtet, dieser kühlen Berechnung das „mentale“ Feld nicht überlassen musste, sondern sich hartnäckig halten, ja zunehmend steigern sollte, lag freilich kaum daran, dass eine fehlgeleitete Sentimentalität immer in „hausgemachte“ Probleme verstrickt worden wäre. Schließlich war die bürgerliche Mentalität nicht eindimensional gefühlig, und jene Epoche konnte erleben, wie parallel zum – so rasanten wie kurzlebigen – Aufstieg des „sentimental man“<sup>25</sup> der „homo oeconomicus“, das nutzenmaximierende Menschenkind, seinen Siegeszug antrat.<sup>26</sup> Deshalb empfiehlt es sich, nach „mixed motives“ zu suchen, präziser: einer vernünftigen Rücksicht auf oder *funktionalen* Sorge um die Gesundheit des sozialen Körpers.

Fündig wird man an zahllosen Stellen.<sup>27</sup> Zum Beispiel: Sir James Kay-Shuttleworth<sup>28</sup>, ein seinerzeit einflussreicher, inzwischen fast vergessener Vordenker des rationalen Mitleids, den die bedenkliche „moralische und kör-

23 B. Mandeville, Die Bienenfabel, Frankfurt a. M. 1980, S. 343 bzw. 299.

24 Ebenda, 377.

25 Henry Mackenzie, The Man of Feeling, New York/Toronto 1967 [1771]).

26 Albert O. Hirschman, Leidenschaften und Interessen. Frankfurt a. M. 1980; s. auch Thomas L. Haskell, Capitalism and the Origins of Humanitarian Sensibility I/II, in: Journal of American History 90 (1985) 339-361, 547-566.

27 S. etwa Himmelfarb, The Idea of Poverty (Anm. 19), 19.

28 S. Poovey, Making a Social Body (Anm. 21), 55ff.

perliche Verfassung der arbeitenden Klassen von Manchester“ zur Feder greifen ließ.<sup>29</sup> Seine spezielle Sorge galt der sich epidemisch ausbreitenden Cholera: „Die Tatsache“, notiert er 1832,

„dass eine extrem bösartige und ansteckende Krankheit in unser Land eingeschleppt worden ist, hat das öffentliche Interesse auf die Lage der Armen gelenkt. Denn diese Seuche, wiewohl sie sich ihre Opfer in allen Ständen der Gesellschaft sucht, wütet am schlimmsten unter jenen, deren Gesundheit schon geschwächt ist: durch Krankheit, Angstzustände oder elende Lebensbedingungen. In Manchester wurden darum in allen vierzehn Polizeidistrikten Gesundheitsbehörden eingerichtet, die den Zustand der Straßen und Häuser genau inspizieren sollen.“

Da diese

„Untersuchung gleichermaßen dem Anliegen des Mitleids, der persönlichen Sicherheit und des allgemeinen Wohls dient, kann man annehmen, dass ihre Ergebnisse so akkurat wie unter den gegebenen Umständen möglich ausfallen werden.“<sup>30</sup>

So gesehen ist die Seuche für den *sozialen* Körper Fluch und Segen zugleich. Einerseits spaltet sie ihn, in zwei – bekannte – Segmente der Betroffenheit. Arme Menschen („paupers“) sind per se anfällig (schlechte Gesundheit, verdorbene Sitten, „kaputtes“ Milieu), den Wohlhabenden passiert praktisch nichts. Ein Thomas Malthus hätte angesichts dieser Lage verkündet, dass das schon seine Bewandnis habe – alle Mäuler ließen sich nun einmal nicht stopfen, daher würden die Überzähligen eben von der Sichel des Todes weggemäht, so oder so.<sup>31</sup>

Allerdings und andererseits: Cholera ist ansteckend („contagious“), ihre Erreger kennen keine Klassen, auf seiner „miasmatischen“ Reise macht das fatale „Partikel“ vor dem Schloss so wenig Halt wie vor den Hütten. Ansteckung *verbindet*, fester als es Nächstenliebe vermöchte. Kay-Shuttleworths „triadischer“ Befund lässt sich jetzt weiter entschlüsseln: die Seuche als Sache des Mitleids mit dem Armen, der Sicherheit für den Reichen und des gemeinsamen Wohls beider Klassen – eben der Kohärenz des *social body*.

Eine negative Integration ganz anderer Art findet mithin statt: Die Menschen leben deswegen nicht einfach nebeneinander her, weil ihre empirischen Schicksale nolens volens so aneinander gekoppelt sind, dass kaltherzige Rücksichtslosigkeit à la Malthus selbstzerstörerisch wäre. Wer andere um-

29 James K. Kay-Shuttleworth, *The Moral and Physical Condition of the Working Class of Manchester in 1832*, o. J. (<http://dspace.dial.pipex.com/town/terrace/adw03/peel/p-health/mterkay.htm>).

30 Ebenda, 1.

31 Thomas R. Malthus, *An Essay on the Principle of Population*, New York/London 1976 [1798].

kommen lässt, kommt selbst um. Also eine Art „Krankheit aller gegen alle“? Diese Hobbes-Reminiszenz liegt nahe, führt aber, genauer besehen, kaum weiter, da die Seuche eine „soziale Tatsache“ (im Sinne Durkheims) ist, also Merkmal der Gesellschaft, nicht des Menschen (wie etwa Angst oder Aggressivität).

Leute wollen sich (unter bestimmten, „natürlichen“ Umständen) umbringen, aber – im Allgemeinen jedenfalls – nicht anstecken, sondern tun das einfach, unabsichtlich, schlimmstenfalls fahrlässig. Und weil ihr Wille keine Rolle spielt, kann seine (Selbst-)Aufklärung, anders als bei Hobbes, auch keine Rettung bringen. Vordringlich müssen *Verhältnisse*, nicht Menschen geändert werden, daher hat man in Manchester damals Straßen und Häuser inspiziert, desgleichen andere widrige Umstände wie „prolonged and exhausting labour, continued from day to day, from year to year“, „the dull routine of ceaseless drudgery“ oder „the paucity of the amount of means and comforts“ etc. pp.<sup>32</sup> Kurzum: Der soziale Körper war nur durch soziale Reformen wieder zu „heilen“.

Was hätte Hegel dazu gesagt – und seinen „policywissenschaftlichen“ Epigonen<sup>33</sup> mit auf den Weg gegeben? Einerseits hat er sich ja gegen jede Art von öffentlicher Armutsbekämpfung ausgesprochen, die den (Arbeits-)Willen des Empfängers lähmen und ihn selbst „entehren“ würde – „die Armen ihrem Schicksal zu überlassen und sie auf den öffentlichen Bettel anzuweisen“<sup>34</sup> galt ihm in diesem Falle als das angemessenste Verfahren. Andererseits wusste er genau von den strukturellen Defekten privater Nächstenliebe – weshalb staatliche Infrastrukturmaßnahmen des Manchester-Typs durchaus seine Billigung gefunden haben:

„Das Zufällige des Almosens, der Stiftungen, wie des Lampenbrennens bei Heiligenbildern usf., wird ergänzt durch öffentliche Armenanstalten, Krankenhäuser, Straßenbeleuchtung usw. Der Mildtätigkeit bleibt noch genug für sich zu tun übrig, und es ist eine falsche Ansicht, wenn sie der Besonderheit des Gemüts und der Zufälligkeit ihrer Gesinnung und Kenntnis diese Abhilfe der Not allein vorbehalten wissen will und sich durch die verpflichtenden allgemeinen Anordnungen und Gebote verletzt und gekränkt fühlt. Der öffentliche Zustand ist im Gegenteil für um so vollkommener zu achten, je weniger dem Individuum für sich nach seiner besonderen Meinung, in Vergleich mit dem, was auf allgemeine Weise veranstaltet ist, zu tun übrig bleibt.“<sup>35</sup>

Im eigenen Land allerdings sollte der Prophet Kay-Shuttleworth bald nicht mehr viel gelten. Denn dort hat sich eben jene „falsche Ansicht“ durchgesetzt,

32 Kay-Shuttleworth, *The Moral and Physical Condition* (Anm. 29), 2.

33 Hans Maier, *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre*. München 1986.

34 Hegel (Anm. 6), 391.

35 Ebenda, 388f.

wonach allein das „besondere Gemüt“ berufen sei, den sozialen Körper zu heilen, während die „allgemeine Anordnung“ nichts als Unheil anrichte.<sup>36</sup>

#### 4. Die „Häutung“ des natürlichen Körpers

Viele haben die infrastrukturelle Sorge für das Wohlergehen des *social body* attackiert, manche vergleichsweise ausgewogen (etwa Tocqueville<sup>37</sup>), andere scharf (wie Malthus), doch niemand resoluter als Herbert Spencer. Sein schlagkräftigstes, weil empirisches, daher „wertfreies“ Argument gegen staatlichen Eingriff war: dass er in einer komplexen, unkontrollierten Welt einfach nicht funktionieren könne und statt der gewünschten Resultate notorisch unabsichtliche Schäden produziere.

Londons reformiertes Baurecht etwa spricht für Spencer Bände. Erlassen wurde es in der hehren Absicht, die skandalös schlechten Wohnverhältnisse der Armutbevölkerung ein für allemal abzuschaffen. Doch sehr schnell sollte sich herausstellen,

„dass Mietshäuser, die nach den neuen Vorschriften gebaut und zu marktüblichen Mieten vermietet wurden, alles andere als eine vernünftige Geldanlage waren. Investoren haben sich daher darauf beschränkt, Häuser in besseren Wohnvierteln zu errichten“ –

wo sie die gesetzlich induzierten Mehrinvestitionen in höhere Mieten umsetzen konnten. In der Folge sind

„für die große Masse keinen Wohnungen mehr entstanden, mit Ausnahme in jenen Vororten, wo die sanitären Verhältnisse weniger katastrophal waren. In den Elendsvierteln hingegen ist die Überbelegung der Wohnungen noch weiter fortgeschritten – ein halbes Dutzend Familien pro Haus und in jedem Raum zwanzig Menschen. Manchmal ist es sogar noch schlimmer. Die baufälligen Behausungen der Armen sind in einen derart miserablen Zustand geraten, weil keine neuen Häuser existieren, mit denen sie konkurrieren müßten.“<sup>38</sup>

Man wollte mehr und bessere Wohnungen schaffen – am Ende sind *deshalb* keine neuen entstanden, und die alten verkommen *darum* stärker als nötig: augenscheinlich ein „perverser Effekt“.<sup>39</sup>

Allerdings ist Spencer weit davon entfernt, die „rosarote Brille“ seiner geistigen Nachfahren aufzusetzen: durch deren Gläser betrachtet löst der Eingriffsverzicht das Armutproblem *schmerzfrei*. Gute Nerven halten viel Elend aus – und müssen es, denn bis auf weiteres

36 Albert O. Hirschmann, Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, München 1992.

37 Alexis de Tocqueville, Memoir on Pauperism, Chicago 1997.

38 Herbert Spencer, The Man versus the State, Indianapolis 1981, 83.

39 Hirschmann, Denken gegen die Zukunft (Anm. 36).

„werden das Wohl der Menschheit und ihre Steigerung zur letzten Vollendung von eben der segensreichen, wiewohl strengen Disziplin gesichert, der die belebte Schöpfung im Ganzen unterliegt: eine Disziplin, die gnadenlos das Gute durchsetzt, nach einem Gesetz des Glückverwirklichung, das sich vom gegenwärtigen Leiden eines Teils der Menschheit nicht beirren lässt. Die Armut des Unfähigen, die Not, die den Unvorsichtigen heimsucht, der Hunger des Müßiggängers und jene Verdrängung des Schwachen durch den Starken, die so viele in Not und Elend stürzt – all das sind Imperative weitsichtigen, wohlthätigen Prinzips.“<sup>40</sup>

Am Ende werden einmal Übermenschen stehen, Exemplare dessen, was Spencer „the ideal man“ nennt<sup>41</sup>; doch heute machen der Gesellschaft die Untermenschen zu schaffen, jene also, deren Moralität oder Vitalität nicht hinreicht, um das gegenwärtige Leben zu meistern. Sie bilden jenen Teil des Volkskörpers, der verendet, sofern ihm niemand hilft: „Laissez-mourir“<sup>42</sup>. Damit entsteht eine neue Spaltung – zwischen *Lebenden* und *Sterbenden*.

„Ob Mensch oder Tier“, verkündet Spencer, „Hindernisse müssen weggeräumt werden.“<sup>43</sup>. Das ist eine negative Integration der extrem verschärften Art. Wer ihr unterliegt und als Hindernis endet, dies entscheiden die Anlagen des „natürlichen“ Körpers; ihre Potenz reicht fürs Überleben entweder aus oder nicht: *survival of the fittest*<sup>44</sup>.

Spencer stellt den „Körper-Bau“ gewissermaßen vom Kopf auf die Füße. Am Beginn stand ja das Projekt, Differenzen und Defekte des *body natural* (eines souveränen Königs oder Volkes) politisch-mythologisch – vollkommen einzuhüllen. Sie wurden negiert, zumindest neutralisiert, damit niemand den Eindruck gewänne, auf der anderen Seite nur seinesgleichen vorzufinden. *The king can do no wrong*, was auch immer er anstellt; *one man one vote*, selbst wenn es dem Herrn schwer fällt, wie ein Knecht behandelt zu werden. Am Ende aber regiert ausschließlich der natürliche Körper – er streift seine politische Haut ab, Differenzen und Defekte treten nackt zu Tage, damit zählen sie; alles andere wird Makulatur.

Die Rede von dem *einen* Volkskörper setzt unter diesen mehr als unter allen anderen Umständen ein fiktives, „geistiges“ Band voraus. Doch lässt sich auch nur ein Grund denken, warum die Starken mit den Schwachen, die Perfekten mit den Defekten, die Besten mit dem Pöbel oder selbst die Proletarier mit den Lumpen<sup>45</sup> sich verbunden fühlen sollten? Sobald der trübe Schleier

40 Spencer, *The Man versus the State* (Anm. 38), 107.

41 Ebenda.

42 Rolf Peter Sieferle, *Die Krise der menschlichen Natur*, Frankfurt a. M. 1989, 59.

43 Herbert Spencer, *Social Statics*, London 1868, 455.

44 Spencer, *The Man versus the State* (Anm. 38), 109.

45 Michael Schwarz, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte*, 42 (1994), 537-570.

des falschen Mitleids weggezogen wird, ist das nicht einmal mehr eine Frage. Nietzsche zieht ihn weg und vollendet damit, was Malthus begonnen hatte.<sup>46</sup>

Den biologischen Ausschluss begleitet der ideologische Schnitt – aus Armen (Schwachen, Dummen) werden *Andere*. Michel Foucault spricht in diesem Kontext von einer „Umschreibung“ des Klassen- in den *Rassenkampf* – hier liege eine „entscheidende Verzweigung“ vor: Jene „Polarität und binäre Spaltung, die wir in der Gesellschaft beobachten“, reflektiert „die Verdoppelung ein und derselben Rasse in eine Überrasse und eine Unterrasse.“<sup>47</sup>

Allerdings, der „meritokratische“ Rassismus ist kein Selbstläufer. Einerseits verlangt seine Herren-Moral, Spencer hat es ja angedeutet, gute Nerven, weil ihre vielen Opfer – allesamt „Volksgenossen“, zu denen politische und soziale Bande bestehen – dabei gnadenlos hinweg gerafft werden: der *Tod* als Schranke. Andererseits verbraucht er, darin dem Hobbes'schen Kriegszustand gleich, alle Energien und lässt den Kriegern kaum je Zeit durchzuatmen: das *Leben* als Schranke. Wohl nicht von ungefähr endet selbst Darwins dynamisches Selektionsspektakel im oligopolistischen Ruhezustand – mit mancherlei Arten, die leben und leben lassen.<sup>48</sup>

Der Trend zum bequemeren Rassismus war daher erwartbar – einem „genealogischen“ Rassismus der Zuschreibung („ascription“) und nicht der Leistung („achievement“). Noch einmal liefert die Cholera dafür das passende Beispiel. Wie gesehen propagierte Kay-Shuttleworth einen (politisch- und sozial-)hygienischen Ansatz der infrastrukturellen Sorge. Diese schloss indes keineswegs alle Armen gleichermaßen ein. Unter ihnen stach eine Gruppe dadurch hervor, dass sie selbst „ansteckend“ war und *moralische* Krankheitserreger ins Land eingeschleppt hatte: *the Irish*. Über ihr Auftreten heißt es: „Die Iren haben den arbeitenden Klassen unseres Landes eine fatale Lektion beigebracht.“ Nämlich:

„Demoralisiert durch ihre Unwissenheit und ihr Elend haben sie, den Wilden gleich, herausgefunden, wie hoch der minimal notwendige Lebensstandard ist.“

Dieses Wissen sei in einer „zivilisierten Bevölkerung unbekannt, und das Geheimnis haben die Iren unseren Arbeitern weiter gegeben“. Mit dem schlimmen Effekt,

„dass das ansteckende Beispiel der Ignoranz und einer barbarischen Vernachlässigung der Lebensvorsorge, wie es von den Iren vorgelebt wurde, sich ausgebreitet hat.“<sup>49</sup>

46 Friedrich Nietzsche, *Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral*, München 1999.

47 Michel Foucault, *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1999, 74.

48 Dolf Sternberger, *Panorama oder Ansichten vom 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1974.

49 Kay-Shuttleworth, *The Moral and Physical Condition* (Anm. 29), 2.

Die eigene „Unterrasse“ (Foucault) steht in Kontakt mit einer fremden „Außenrasse“, dem eigentlichen Objekt „herrischer“ Verachtung. Sie ist genuin schlecht, das unverbesserliche Naturprodukt eines anderen Lebens. Woher dessen Attraktivität rührt, bleibt dahingestellt; jedenfalls steckt es den heimischen Armen an, der dadurch selbst moralisch verkommt und den Seuchen dann keine Abwehrkräfte mehr entgegen setzen kann. Daher müßten Manchesters schlimme Viertel wohl auch von ihren Iren gereinigt werden, damit Infrastrukturmaßnahmen greifen können.

Die Iren waren im Übrigen keine persönliche Obsession dieses speziellen Beobachters. Auch andere vermeinten, bei dieser „Rasse“ Verhaltensstörungen auszumachen, die auf besondere Natur- oder naturalisierte Kultureigenschaften schließen ließen. Ein halbes Jahrhundert früher hatte Crèvecoeur schon festgestellt, dass selbst Amerikas urgesundes Ambiente nicht vermochte, das irische Handikap auszugleichen: „Keine Ahnung warum“, bemerkte er ratlos, „aber von zwölf Einwandererfamilien schaffen es sieben schottische, neun deutsche und vier irische.“ Zum Verdacht aber reichte sein Wissen: „Die Iren trinken und raufen gern; sie sind streitsüchtig und greifen gern zur Waffe, was der Anfang vom Ende ist.“<sup>50</sup> Offenkundig eine amerikanisierte Form von *Irishness*. Unter englischen Verhältnissen hingegen hielt sich die antriebschwache Variante. Einige Jahre nach Kay-Shuttleworths Diagnose entdeckte Henry Mayhew in Londons Armenquartieren „irische Nester“ voller merkwürdiger Menschen, deren vorzügliches Kennzeichen der „extreme Mangel an Energie“ war. Ihn erinnerten Iren daher an – „Neger“<sup>51</sup>, ein leicht hinkender Vergleich allerdings, weil die irische Untermenschlichkeit nicht einfach abstoßend, sondern ansteckend wirkte. Nur deswegen konnten Iren, darin den Juden ähnlicher, als „ultimate scapegoat“ funktionieren.<sup>52</sup>

Am Rande sei vermerkt: Der Cholera-Schock hat – unter anderen Umständen und in anderen Kreisen – auch Stellungnahmen provoziert, denen abzulesen war, dass bereits die Klassenzugehörigkeit als natürliches (biologisches) Merkmal eingestuft wurde; solchen Zeitgenossen galt das Proletariat als minderwertige *Rasse*.<sup>53</sup> Von Foucaults „Unterrasse“ unterscheidet sie sich diese Spezies dadurch, dass sie nicht demselben Volkskörper organisch angehört, folglich keineswegs durch „Verdoppelung“ entsteht, sondern gleich einem Fremd-Körper abgestoßen wird und schließlich gänzlich abstirbt. Was aber

50 J. H. St. John de Crèvecoeur, *Letters From an American Farmer*, New York 1986.

51 H. Mayhew, *London Labour and the London Poor*, London 1985.

52 Lisa Connell, *The Ultimate Scapegoat. A Study of the Irish in England During the Early Nineteenth Century*, o.J. (<http://www.gober.net/victorian/reports/irish.html>)

53 François Delaporte, *Disease and Civilization. The Cholera in Paris 1832*, Cambridge/London 1986.

wäre der „Ober“ ohne „Unter“, der Herr ohne Knecht (Hegel) oder Sklave (Nietzsche)?

### 5. „Körpersprachlogik“

Die drei Weisen, über den Volkskörper zu sprechen, sind historisch nacheinander aufgetreten. War das *die* zwangsläufige Reihenfolge, Ausdruck einer inneren „Logik“?

Zwei Linien scheinen sich abzuzeichnen, beide freilich gegenläufig zur historischen Sequenz. Die erste, *expressive Logik* reflektiert Erfahrungen: Das Denken des natürlichen Körpers impliziert eine Beschwörung der beiden anderen. Giorgio Agambens Untersuchung über den Zusammenhang von „soveräner Macht“ und „nacktem Leben“<sup>54</sup> deutet jedenfalls darauf hin, dass eine derartige Konvergenz auftritt: Das Natürliche verlängert sich ins Soziale und mündet ins Politische – dessen Höhepunkt der Rassenkrieg ist.<sup>55</sup>

Die zweite, *funktionale Logik* beschreibt Erwartungen: Danach formiert das Politische den Raum des Sozialen und okkupiert schließlich auch das Natürliche. In diese Richtungen zielt jedenfalls der „bio-politische“ Diskurs seit seiner jüngsten, „gentechnischen“ Wende.<sup>56</sup> Demnach bleibt uns, da alle kulturellen Zivilisationsstrategien gescheitert sind, nichts anderes übrig, als die Politik zu ermächtigen, eine stabile Sozialordnung durch gezielte Natureingriffe herzustellen: eben „Gott zu spielen“.<sup>57</sup>

---

54 Giorgio Agamben, *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt a. M. 2002.

55 Cornelia Vismann, *Formeln des Rechts – Befehle des Krieges*, in: Ernst/Vismann (Hrsg.), *Geschichtskörper (Anm. 2)*, 129-143.

56 Peter Sloterdijk, *Regeln für den Menschenpark*, Frankfurt a. M. 1999.

57 Ronald Dworkin, *Die falsche Angst, Gott zu spielen*; in: *Die Zeit*, 16.9.1999.

## „Grenze“ als soziales Konzept: Historisch-demographische Konstrukte des „Eigenen“ und des „Fremden“<sup>1</sup>

Einleitung: Demographie und soziale Differenz

Die Verfügungsgewalt über Außengrenzen, die völkerrechtlich garantiert sind, ist bis heute ein entscheidendes Wesensmerkmal des modernen europäischen Nationalstaats. Der Staat definiert sich einerseits räumlich-territorial, andererseits über die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung, die auf seinem Gebiet lebt. Bereits seit dem 19. Jahrhundert hatten Wissenschaftler neben Politikern, Beamten und Künstlern einen Anteil an der Entwicklung des Selbstverständnisses der europäischen Nationalstaaten und ihrer kulturellen Abgrenzung nach außen, der kaum überschätzt werden kann.<sup>2</sup> Ethnographen, Geographen, Geschichtswissenschaftler, Soziologen und Statistiker entwarfen historische, politische und räumliche Legitimationen von Grenzen. Daneben wurden aber auch soziale und insbesondere sozio-demographische Konstrukte entworfen, um das „Innere“ und das „Äußere“ von Staaten und Nationen voneinander abgrenzen zu können. „Soziales“ wurde hierbei statistisch über spezifische „Kollektiv-Identitäten“ wie „Familie“, „Volk“, „Nation“ oder „Rasse“ zu bestimmen versucht. Demographische Strukturmerkmale wie „Alter“, „Beruf“, „Geschlecht“ oder „Wohnort“ sollten die einzelnen sozialen Gruppen „eindeutig“ voneinander unterscheidbar machen.<sup>3</sup> Gelehrte und staatliche Beamte erfassten die demographische Binnengliederung als klar distinkt erachteter sozialer Gruppen. Sie schufen damit die Voraussetzung, um soziale Abgrenzungen „wissenschaftlich“ konstruieren zu können. Indem sie die Grenzen dieser Gruppen nach außen hin zogen, wurde zudem

- 1 Die folgenden Ausführungen gehen auf ein Referat zurück, das ich bei dem Workshop „Leben an der Grenze – Grenzen und Grenzerfahrung in der historischen Forschung“ am 24. und 25. April 2003 am Centre Marc Bloch, Berlin, gehalten habe. Für ergänzende und weiterführende Hinweise, die ich den Teilnehmern/-innen dieser Tagung verdanke, möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.
- 2 Vgl. David I. Kertzer/Dominique Arel (Hrsg.), *Census and Identity. The Politics of Race, Ethnicity, and Language in National Censuses*, Cambridge 2002, bes. 1-42.
- 3 Auf die „Fiktion des Zensus“, dass „jedermann erfaßt ist, und daß jeder einen – und nur einen – eindeutigen Platz einnimmt“, insistiert auch Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt/Main/New York 1996, 166.

aus „Gesellschaft“ „Bevölkerung“, die vom Staat administrativ durchdrungen werden konnte. Die Kategorien, die dabei zur Anwendung kamen, wurden „vom Staat produziert und [dienten] gleichzeitig dazu, staatliche Tätigkeit zu denken“<sup>4</sup>.

An der Diskussion um die Art und Weise, wie die „Nation“ statistisch repräsentiert werden und aus welchen Elementen sie zusammengesetzt sein sollte, beteiligten sich auch deutsche Historiker, deren Texten im folgenden mein Augenmerk gelten soll, im Vergleich zu ihren oben genannten Nachbardisziplinen allerdings in einem eher geringeren Ausmaß. Der „Mainstream“ der Historiographie war nämlich fast ausschließlich auf den Staat und die politische Ereignisgeschichte hin orientiert. In Kontexten der Abgrenzung des eigenen „Volks“ von anderen europäischen Nationen und der Entstehung einer deutschnationalen sogenannten „Volksgeschichte“ gerieten jedoch zunehmend Migrationen, zahlenmäßige Proportionen zwischen den Nationalitäten, später auch Fertilität, Mortalität und Heiratsverhalten, mithin „demographische“ Fragestellungen und Theoreme, in den Blick der Geschichtswissenschaftler. Die „Bevölkerungsgeschichte“ befasst sich mit „sozialen“ Strukturen und Prozessen. Obwohl sie innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft eine verhältnismäßig „junge“ Disziplin ist, reichen ihre Anfänge in die 1860er und 1870er Jahre zurück. Damals entstand eine „historische Bevölkerungsstatistik“, die methodische Anleihen aus der Bevölkerungsstatistik nahm.<sup>5</sup>

In der historischen Forschung der jüngeren Vergangenheit stößt die Entstehung und Bedeutung von Grenzen als symbolische Trennlinien zwischen Staaten und Gesellschaften auf ein zunehmendes Interesse. Dieses Thema sei in der deutschen Geschichtswissenschaft, wie Hans Medick im Jahr 1991 feststellte, während des „Kalten Krieges“ aus politischen Gründen „gleichsam tabuisiert“ gewesen. Den Sammelband „Deutschlands Grenzen in der Geschichte“<sup>6</sup> bezeichnete Medick als eine der wenigen Ausnahmen.<sup>7</sup> Dieser Band ist überwiegend aus politikgeschichtlicher Perspektive geschrieben. Die neuere, sozial- und kulturgeschichtlich orientierte Erforschung von Grenzen baut hingegen auf einem breiten Ensemble von methodischen Zugangsweisen

4 Rémi Lenoir, Die Erfindung der Demographie und die Bildung des Staates, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1997), 400-444, hier 401.

5 Wichtige Vertreter dieser Richtung waren u.a. Karl Bücher, Karl Czoernig und Karl Theodor v. Inama-Sternegg.

6 Alexander Demandt (Hrsg.), Deutschlands Grenzen in der Geschichte. 2., verb. u. erw. Aufl., München 1991.

7 Vgl. Hans Medick, Zur politischen Sozialgeschichte der Grenzen in der Neuzeit Europas, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 20 (1991), 157-163, 157.

auf.<sup>8</sup> Grenzen erscheinen in dieser Sicht nicht allein als politische Konstrukte, die als Folge der Formierung von Territorialstaaten entstanden und die „lineare“ Abgrenzungen zwischen Staatswesen mit sich brachten, die sich als Nationalstaaten verstanden. Grenzen und „Grenzräume“<sup>9</sup> erscheinen vielmehr (auch) als Vermittlungs-, Kontakt- und Konfliktzonen zwischen Staatsangehörigen verschiedener Sprache und ethnischer Zugehörigkeit.<sup>10</sup>

Eher weniger scheinen mir hingegen Konstruktionen von Grenzen in wissenschaftsgeschichtlicher Sicht untersucht zu sein. Mit der Rolle der Geographie und der Kartographie bei der „wissenschaftlichen“ Legitimierung von Grenzziehungen beschäftigte sich jedoch eine Reihe von Studien. So konnte beispielsweise jüngst Iris Schröder anhand der Geographen Friedrich Ratzel und Paul Vidal de la Blanche zeigen, wie um 1900 geographische Repräsentationen vorgestellter nationaler Einheiten auf Kategorien wie Raum, Grenzen und Bevölkerung beruhten und in welcher widersprüchlicher Weise Staaten nach wechselnden politischen Bedürfnissen voneinander abgegrenzt wurden.<sup>11</sup>

- 
- 8 Nicht zuletzt in Kontexten der Erforschung lokaler und regionaler Identitäten konnte rekonstruiert werden, wie die Entstehung frühneuzeitlicher Staaten mit der Bildung politischer Grenzen zusammenfiel. Der Anspruch, eine „Grenzlinie“ zwischen Staaten festzulegen, ließ sich jedoch meist nur schrittweise durchsetzen. Nicht selten überlagerten einander divergierende Herrschaftsrechte, die sich zudem mit politischen Grenzziehungen nicht deckten, wodurch widersprüchliche Loyalitäten erzeugt wurden. Vgl. dazu Peter Sahlin, *Boundaries. The Making of France and Spain in the Pyrenees*, Berkeley 1989. Vgl. ferner als begriffsgeschichtlichen Zugang Lucien Febvre, *Das Gewissen des Historikers*, Frankfurt a. M. 1990, 27-37, bes. 36.
- 9 Für räumliche Übergangszonen dies- und jenseits politischer, kultureller oder naturräumlich determinierter Grenzen wurde etwa von F. Ratzel verwendet („Der Grenzsaum ist das Wirkliche, die Grenzlinie die Abstraktion davon. Diese kann man zeichnen, in das Gedächtnis einprägen und messen, jener ist seinem Wesen nach unbestimmt.“ Zit. n. Thomas Serrier, „Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark“. *Der Mythos vom deutschen Vorrang und die Grenzproblematik in der Provinz Posen (1871–1914)*, in: Michael G. Müller/Rolf Petri (Hrsg.), *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*, Marburg 2002, 13-33, hier 29f.) und später in Diskursen der „Volksgeschichte“ und der „Ostforschung“ häufig der Begriff „Grenzsaum“.
- 10 Vgl. etwa Annette Maas, „A l'extrême frontière...“ Grenzerfahrung in Lothringen nach 1870, in: *Grenzenlos. Lebenswelten in der deutsch-französischen Region an Saar und Mosel seit 1840*, Dillingen 1998, 55-77.
- 11 Vgl. Iris Schröder, *Die Nation an der Grenze. Deutsche und französische Nationalgeographien und der Grenzfall Elsaß-Lothringen*, in: Ralph Jessen/Jakob Vogel (Hrsg.), *Wissenschaft und Nation in der Europäischen Geschichte*, Frankfurt a. M. 2002, 207-234. Auf den Zusammenhang zwischen deutschem Revisionismus, territorialen Expansionsbestrebungen und kartographischen Legitimationen außenpolitischer Konzepte in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ machte G. H. Herb schon 1997 aufmerksam: Vgl. Guntram Herb, *Under the Map of Germany. Nationalism and propaganda 1918–1945*, London/New York 1997.

In der vorliegenden Studie werden Konstruktionen von „sozialen“ Grenzen in Texten deutscher Historiker zum Thema gemacht. Ich werde dabei versuchen, Relationen zwischen „demographischen“ Argumentationsmustern und dem deutschzentrierten geschichtswissenschaftlichen Ordnungsdenken in diesen Texten aufzuspüren. Dabei gehe ich von der These aus, dass „Bevölkerung“ und „Ordnung“ so aufeinander bezogen wurden, dass erst durch diese semantische Verbindung Sinnstrukturen entstanden, die im Verständnis zeitgenössischer, völkisch orientierter Wissenschaftler Kohärenz und Plausibilität erzeugten. Im Blick auf diese Fragestellung werde ich folgende Leitfragen diskutieren:

Entlang welcher historiographischer Argumentationslinien wurden sozial-ethnische Grenzen gezogen, und welche methodischen Instrumentarien wurden verwendet, um diese „demographisch“ sichtbar werden zu lassen? Lassen sich jene etwa als methodisch innovativ beschreiben? Wie waren die Bilder des „Eigenen“ und des „Fremden“ qualitativ beschaffen, und wie wurden diese bevölkerungsgeschichtlich begründet? Welche Argumentationsmuster und dichotomen historischen Modelle – z. B. „Gleichgewicht“ vs. „Chaos“; „Untervölkerung“ vs. „Übervölkerung“ – entwarfen Historiker dies- und jenseits der von ihnen imaginierten Grenzen, um deren behauptete reale Existenz plausibel zu machen? Im Lichte der genannten Fragestellungen untersuche ich die Texte, anhand welcher Begriffe und in welcher argumentativer Gestalt in ihnen a) Migrationen b) Assimilation und Dissimilation bzw. Ethnizität und Mehrsprachigkeit und c) Fertilität und Heiratsverhalten (im Kontext diskursiver Konstruktionen von Ost-West-Dichotomien) behandelt werden.<sup>12</sup>

All diese Problemstellungen lassen sich im Rahmen dieser Studie nur exemplarisch und keineswegs erschöpfend beantworten. Ebenso wenig ist es hier möglich, abschließend zu klären, in welchem Verhältnis „Geschichtswissenschaft“, „Demographie“ und (völkisches) „Ordnungsdenken“ zueinander standen. Wenn oben und im folgenden von spezifischen „demographischen Argumentationsmustern“ in den Geschichtswissenschaften die Rede ist, soll aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass damit Fragen der Reproduktion (Heiratsverhalten, Fertilität) und der Bevölkerungsstruktur und -bewegung angesprochen werden sollen. Letztere stieß bei den von mir ausgewählten Autoren im Kontext von Nationalitätenfragen auf großes Interesse.

Texte und Autoren sind Diskursen der deutschen „Volksgeschichte“ und „Ostforschung“ in einem weiteren Sinn zuzuordnen. Die Gruppe jener Historiker, von denen ausgewählte Texte hier zur Diskussion stehen, war durchaus

<sup>12</sup> Ich beschränke mich dabei auf inhaltsanalytische Untersuchungen der Texte in einem weiteren Sinn und verweise jeweils nur ausnahmsweise auf kontextuelle bzw. rezeptionsgeschichtliche Aspekte.

heterogen, und sie verstand sich – bei aller partiellen Gleichgerichtetheit ihrer generationellen Lagen und bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung in ihren „völkischen“ Ansichten – auch nicht als eine politisch-soziale Einheit.<sup>13</sup>

Zeitlich konzentriere ich mich auf die Weimarer Republik und das „Dritte Reich“, örtlich auf die deutsch-polnischen Grenzregionen. Probleme der Kontinuität und Diskontinuität werden anhand des vorliegenden Quellenkorpus nicht erörtert. Ohne den teils subtilen Wandel von Begriffen, Theoremen und historiographischen Konzepten im Untersuchungszeitraum negieren zu wollen,<sup>14</sup> weise ich doch darauf hin, dass historisch-demographische Argumentationsmuster und begriffliche Zuschreibungen wie jene, die im folgenden behandelt werden, bereits vor 1933 (und nach 1945 neuerlich) in historiographischen Diskursen aufzufinden waren und dass daher von einem nicht zu unterschätzenden Maß an begrifflich-methodischer Kontinuität auszugehen ist.

## Sozio-demographische Grenzziehungen in Texten deutscher Historiker, ca. 1918–1945

### *Migrationen*

Innerhalb der Geschichtswissenschaft standen „Migrationen“ besonders in jenen Teildisziplinen, die „landes-“ und „volksgeschichtlich“ ausgerichtet waren, im Zentrum des Interesses an „Bevölkerung“.<sup>15</sup> Auch in die „klassische“, ereignis- und politikbezogene Geschichtsschreibung fand das Thema der Migrationen früher und sehr viel stärker Eingang als Themen der Reproduktion, also der Fertilität und des Heiratsverhaltens – die entweder nicht oder nur im Kontext von Migrationen thematisiert wurden.<sup>16</sup> Gerade in den sprachlichen Mischgebieten Preußens, etwa in Posen-Westpreußen sowie in einer Reihe von Provinzen der Habsburgermonarchie, etwa in Böhmen, Galizien und in der Untersteiermark, wurden ethnische bzw. nationale Unterschiede historiographisch zu einem wesentlichen Differenzierungsmerkmal von „Bevölkerung“ gemacht.

13 Inwieweit die hier genannten Historiker von Nachbarwissenschaften, insbesondere der Soziologie (Gunther Ipsen), beeinflusst wurden, ist hier nicht zu entscheiden und bleibt zum Teil noch weiteren Untersuchungen vorbehalten. Ebenso wenig kann hier auf den Grad der gegenseitigen Vernetzungen oder auch der Konkurrenz innerhalb des Feldes „Volksgeschichte“/„Ostforschungen“ eingegangen werden.

14 Zu dieser schwierigen Frage gibt es in der Tat noch einen erheblichen Forschungsbedarf.

15 Vgl. hierzu auch den Reader von Werner Lausecker/Alexander Pinwinkler (Red.), Mehr und weniger machen. Zur Konstruktion von Bevölkerungsfragen, Salzburg 2002 [ungeedr. Manuskr.], 95f., in dem sich dieses Thema durch nahezu alle Beiträge zieht.

16 Vgl. beispielsweise Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bde. 1-5, 4, Leipzig <sup>3</sup>1907, hier 598-609; Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bde. 1-4, 3, München 1987 [zuerst Freiburg i. Br. 1934], hier 354-364.

Das historiographische Interesse an Migrationen konzentrierte sich in dem Zeitraum, der hier behandelt wird, auf die Geschichte der sogenannten deutschen „Ostkolonisation“. <sup>17</sup> Dabei ist aus demographiehistorischer Sicht besonders bemerkenswert, welche Erscheinungen oder Kräfte als Ursachen für die Siedlung vermutet wurden: So wurde etwa in einer Darstellung der „Geschichte des Deutschtums“ in Posen das (wirtschaftliche) „Aufnahmebedürfnis der polnischen Länder“ der „wagemutige[n] Bereitwilligkeit“ seitens der deutschen Kolonisten gegenüber gestellt, „sich vom Volksganzen loszulösen und sich neue Heimstätten zu gründen“. <sup>18</sup> Der Siedlungsvorgang selbst wurde in dieser Studie, einer gleichsam naturwissenschaftlichen Denkfigur folgend, „mit der anscheinend wirren Regellosigkeit eines Naturvorganges“ verglichen. Dieser hätte sich „etwa so“ abgespielt, als ob „die Luft von allen Seiten auf ein Vakuum zustürzt“. Erst später seien „Ordnung“ und „Organisation“ in die Bewegung hineingekommen. <sup>19</sup>

Neben derartigen Argumentationsmustern, die sprachlich oft recht suggestiv waren, fand besonders die Vorstellung, wonach es ein überzeitliches, Migrationen unmittelbar auslösendes „Kulturgefälle“ zwischen West und Ost gebe, weite Verbreitung. So beispielsweise bei Walter Kuhn (1903–1983), der in der schlesischen Sprachinsel Bielitz/Bielsko geboren und dort politisch sozialisiert worden war: Folgt man Kuhn, sei die „Kolonisation eines Volkes im Gebiet eines anderen [...] nur dann möglich, wenn beide auf verschiedenen Reifestufen stehen.“ Kuhn unterschied zwischen „echten“ Sprachinseln, die auf eine „geschlossene“ Kolonisation zurückgingen, und „unechten“ Sprachinseln, die aufgrund individueller Wanderungen entstanden seien. Jene „unechten“ Sprachinseln, die im 19. und 20. Jahrhundert entstanden seien, schloss er aus seinen Untersuchungen aus, da sie auf den „Menschenaustausch zweier Völker mit gleicher Entwicklungsreife“ zurückgingen. <sup>20</sup> Mit dieser Unterscheidung wurden die überseeischen deutschen Siedlungen ausgeklammert. Favorisiertes Untersuchungsobjekt völkischer Siedlungsforschungen blieb hingegen der sogenannte deutsche „Volks- und Kulturboden“ in Ostmitteleuropa.

17 Kritisch reflektiert, aber nicht verworfen, wurde dieser Begriff von W. Schlesinger, einem der ersten westdeutschen Historiker, der in den 1960er Jahren traditionelle wissenschaftliche Positionen der „Ostforschung“ auf ihren deutschzentrischen Gehalt hin untersuchte. Vgl. Walter Schlesinger, Zur Problematik der Erforschung der deutschen Ostsiedlung, in: ders. (Hg.), Die deutsche Ostsiedlung als Problem der europäischen Geschichte. Reichenau-Vorträge 1970–1972, Sigmaringen 1975 (=Vorträge und Forschungen. Hg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte; 18), 12–30.

18 Erich Schmidt, Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft, Bromberg 1904, 93.

19 Ebd., 93, 94.

20 Walter Kuhn, Versuch einer Naturgeschichte der deutschen Sprachinsel, in: Deutsche Blätter in Polen 3 (1926), 65–140; 629–634; hier 71f.

Ähnlich wie Kuhn vertrat auch Hermann Aubin (1885–1969) die Idee, dass die Beziehungen zwischen germanischen und slawischen Völkern wesentlich durch ein kulturelles „Gefälle“ strukturiert seien. Aubin, der an der Universität Breslau tätig war, sah den wesentlichen Auslöser für Wanderungsbewegungen in der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte der einzelnen Länder. Aus diesem Grund sei „der Osten“ durch die Slawen im Frühmittelalter „nur sehr unvollkommen wieder besiedelt worden. Weithin streckte sich hier vor den Deutschen ein dünn bevölkertes Gebiet, in welchem ihr Kinderüberschuß ein Unterkommen finden [...] konnte.“<sup>21</sup>

Erich Keyser (1893–1968), Historiker und Archivar in Danzig, war einer der wenigen Geschichtswissenschaftler, die während der dreißiger Jahre explizit dafür eintraten, die „Bevölkerungsgeschichte“ zu einer eigenständigen Disziplin innerhalb der Geschichtswissenschaft auszubauen.<sup>22</sup> Die „Bevölkerungsgeschichte Deutschlands“ fasste Keyser im Zusammenwirken dreier Strukturen im zeitlichen Verlauf, der „Bevölkerungszahl“, der „Bevölkerungsart“ und des „Bevölkerungsraums“. Dieses Modell trug Keyser in seiner 1939 erschienenen „Geschichte des Weichsellandes“<sup>23</sup> exemplarisch vor. Er sah die wirtschaftlich-naturräumliche Einheit des Raums, der von der beherrschenden Flusslandschaft des sogenannten „Weichsellandes“ geprägt sei, als gegeben und gleichsam als unwandelbar an. Politisch-soziale Gegensätze zwischen den Völkern der Region seien „ein Gesetz des Raumes“. Sie seien daher in diesem von vornherein angelegt. Keyser versuchte neben und im Zusammenhang mit der Konstruktion einer überzeitlichen Raumeinheit des Weichsellandes auch zu erweisen, dass dieses kontinuierlich germanisch-deutsch besiedelt gewesen sei. Die germanischen „Nordmänner“ [Normannen, Wikinger, Anm. d. Vf.], die er als „Menschen nordischer Rasse“ bezeichnete, hätten der Region durch ihre Siedlung und Kulturarbeit erstmals „ein einheitliches Gepräge“ aufgedrückt.<sup>24</sup>

Keyser setzte die vorgeblich stetige Auseinandersetzung zwischen „Deutschen“ und „Polen“ mit der politischen Geschichte des Weichsellandes in eins. „Volk“ und „Raum“ schienen von Anfang an – jedenfalls vom Beginn einer aus Schriftzeugnissen rekonstruierbaren Geschichte an – als unwandelbar miteinander verknüpft. Die „soziale“ Konstruktion des deutschen „Volks“ wurde notwendig mit Hilfe von historisch-geographischen Raumbezügen

---

21 Hermann Aubin, Die historisch-geographischen Grundlagen der deutsch-polnischen Beziehungen, in: Albert Brackmann (Hrsg.), Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen, München/Berlin 1933, 13-25, hier 15.

22 Vgl. Erich Keyser, Bevölkerungswissenschaft und Geschichtsforschung, in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft (Volkskunde) und Bevölkerungspolitik 5 (1935), 145-161.

23 Ders., Die Geschichte des deutschen Weichsellandes, Leipzig 1939.

24 Ebd., 12, 15, 14.

vermittelt. Der permanente Bezug auf den „Raum“ sollte dem „Volk“ eine eng mit „Boden“ und „Raum“ verknüpfte Identität geben, die stets zugleich eine „soziale“ Abgrenzung gegenüber dem nicht diesem „Raum“ Zugehörigen, dem „Fremden“, beinhaltete.

Im „Dritten Reich“ beteiligten sich viele deutsche Ethnohistoriker an der Formulierung und praktischen Umsetzung der nationalsozialistischen Utopie, einen ethnisch abgrenzbaren und rassistisch homogenen Staat zu schaffen. Dieser sollte die „Volksgemeinschaft“ als Dogma ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen über den Einzelnen stellen. Bevölkerungsforscher und Historiker entwickelten „Sozialtechniken“ „des Eingliederns und Ausgrenzens einzelner Personen- und Bevölkerungsgruppen“. Konstruktionen des „Eigenen“ und des „Fremden“ und rassistisch begründete Unterscheidungen zwischen „Deutschen“, „Slawen“ und „Juden“ sollten ein Ordnungsmodell für künftige Sozial- und Raumplanungen abgeben.<sup>25</sup>

### *Assimilation und Dissimilation*

Weitere Aspekte, die in der Historiographie besonders zu multiethnischen Regionen breite Beachtung fanden, waren die vermuteten Zusammenhänge zwischen Assimilation und Dissimilation einerseits und sprachlichen und konfessionellen Zuordnungen andererseits.<sup>26</sup> Max Weber hatte diese Fragen am Beispiel der wirtschaftlich-sozialen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen in Westpreußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgezeigt. Weber sah zwei Möglichkeiten, wie sich „die Verschiebung einer Nationalitätengrenze“ vollziehen könne: „Einmal so, daß nationalen Minderheiten [...] Sprache und Sitte der Mehrheit allmählich oktroyiert wird, daß sie ‚aufgesogen‘ werden“, andererseits in der wirtschaftlichen Verdrängung, welche „hier“ [in Westpreußen, Anm. d. Vf.] vorliege.<sup>27</sup> In der Absicht, die 1919 in Versailles gezogenen Grenzen des Deutschen Reiches im Osten zu Gunsten des deutschen „Volkstums“ zu revidieren, wurde diese Thematik dann in der Weima-

25 Vgl. dazu beispielsweise Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt a. M. 1993; Ingo Haar, *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2002 (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 143).

26 Schon die erste bevölkerungsgeschichtliche Buchreihe in Deutschland, die von dem Tübinger Ökonomen Julius Neumann herausgegeben wurde und die in sieben Bänden zwischen 1883-1903 erschien, liefert dafür Beispiele. Neumanns bevölkerungsgeschichtliche Interessen waren verwoben mit der Beschreibung von „Germanisierung“ und „Polonisierung“ als konkurrierende Tendenzen in den als „deutsch“ betrachteten preußischen Ostgebieten.

27 Max Weber, *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik* (1895), in: Max Weber, *Schriften 1894-1922*. Ausgewählt u. hrsg. von Dirk Kaesler, Stuttgart 2002, 22-46, hier 25.

rer Republik und im „Dritten Reich“ vorwiegend von Volkstumsforschern und -politikern erörtert.<sup>28</sup> Gegen „Juden“ und „Slawen“ innerhalb und außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches gerichtet, wurde das dichotomische Konzept der „Umvolkung“/„Entvolkung“ dazu herangezogen, um zu klären, welche Gruppen potentiell für das deutsche „Volkstum“ wiedergewonnen werden könnten, und welche aus dem Raster der zugeschriebenen Volkstumszugehörigkeit fallen und folglich der „Dissimilation“ überantwortet werden sollten.<sup>29</sup>

Hans Joachim Beyer (1908–1971) war einer der ersten deutschen Historiker, der den vermuteten Ursachen, Verlaufsformen und Folgen von „Ent-“ und „Umvolkung“ nachging. Er verknüpfte dabei seine dezidiert rassistisch geprägten Sichtweisen mit direkten Bezugnahmen auf Studien, die dem Umfeld der angloamerikanischen Soziologie zuzuordnen waren. Sprachwechsel und Akkulturation mit Denkmustern aus eugenisch-biologistischen Diskursen miteinander verwebend, bildete für Beyer die Erforschung der Zusammenhänge von „Umvolkung“ und „Leistungsauslese“ – als verdeckte „Rassenauslese“ – ein methodisches Instrument, um „die Überlegenheit des deutschen Erbes“ zu belegen und rassistisch „wertvolle“ Elemente des deutschen „Volkstums“ heuristisch aus seinem „fremdvölkischen“ Umfeld zu isolieren. Dabei schien es nahezu gleichgültig zu sein, ob die von ihm „rassistisch“ als deutsch eingestuften Volksgruppen tatsächlich „deutsch“ gesonnen waren oder nicht. Aus Beyers Sicht war allein entscheidend, dass diese ihre „rassistische“ Eigenart gegenüber ihren Nachbarn bewahrt hätten.<sup>30</sup> „Umvolkung“ beginne stets als „Gesinnungswandel“ und vollziehe sich für die Deutschen sozial als „Aufstiegsassimilation“. Sie werde dann unumkehrbar, sobald Mischehen, etwa zwischen „Deutschen“ und „Juden“, eingegangen würden. Dieser Praxis müsse im Wege einer entschiedenen, radikal antisemitisch gedachten „Dissimilationspolitik“ ein Ende bereitet werden.<sup>31</sup>

Während völkische Historiker der 1920er bis 1940er Jahre den „Volkstumskampf“ als wesentliche Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung Ost-

28 Vgl. Karl C. v. Loesch, *Eingedeutschte, Entdeutschte und Renegaten*, in: ders. (Hrsg.), *Volk unter Völkern*, Breslau 1925, 213-241; Max Hildebert Boehm, *Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften*, Göttingen 1932, bes. 77ff.

29 Vgl. Haar, *Deutsche Historiker* (Anm. 25), bes. 208-223.

30 Vgl. Hans Joachim Beyer, *Rassistische Kräfte in der Umvolkung*, in: *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung* 6 (1942), 1-16, hier bes. 3ff.

31 Karl Heinz Roth, *Heydrichs Professor. Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtungen: Der Fall Hans Joachim Beyer*, in: Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 21999, 262-342, hier 273f., 283. Beyers Habilitationsschrift „Umvolkungsstudien zur Frage der Assimilation und Amalgamation in Ostmitteleuropa und Übersee“ konnte noch Anfang 1945 in Brünn erscheinen. Die Studie ist heute verschollen. (Roth, 282.)

mitteleuropas paradigmatisch hervorhoben, ist sich die gegenwärtige Geschichtsschreibung weitgehend darüber einig, dass etwa Schlesien, in einem geringeren Ausmaß auch die Provinz Posen,<sup>32</sup> geradezu als multiethnische Regionen bezeichnet werden können. Das nationale Selbstverständnis war variabel, von unterschiedlichen Faktoren abhängig und konkurrierte zudem mit regional verankerten Identitätsangeboten. Die auf ethnische Abgrenzung und soziale Homogenisierung abzielenden deutschen und polnischen Nationalbewegungen stießen gerade in Schlesien auf ihre Grenzen.<sup>33</sup>

Volksgeschichtlich orientierte Sozial- und Kulturwissenschaftler der Zwischenkriegszeit vertraten die Auffassung, dass es sogenannte germanisierte Polen und polonisierte Deutsche geben würde. Manche von ihnen argumentierten vergleichsweise abgeschwächt nationalistisch, wie etwa der Berliner Neuzeithistoriker Arnold Oskar Meyer (1877–1944), der 1933 schrieb: „[...] Die Bevölkerung des Landes ist in ihrer großen Masse eine in jahrhundertelanger friedlicher Durchdringung entstandene deutsch-slawische Mischung.“ Bezeichnenderweise formulierte Meyer aber als Nachsatz: „Und alles, was aus Oberschlesien geworden ist, hat sie [=die Bevölkerung] Preußen und Deutschland zu verdanken.“<sup>34</sup> Hans Rothfels (1891–1976), der Leiter des historischen Seminars der Universität Königsberg, stellte zur gleichen Frage allgemein fest, dass die Gleichungen „deutsch“ = „evangelisch“ und „polnisch“ = „katholisch“ so nicht aufgingen. Als Beispiel nannte Rothfels das überwiegend katholische Ermland, das trotz dreihundertjähriger polnischer „Fremdherrschaft“ seinen „deutsch-bäuerlichen Charakter rein bewahrt“ habe. Viele Menschen, die in multinationalen Regionen lebten, würden sich einer systematisierenden Zuordnung zu einer bestimmten ethnischen Großgruppe entziehen.<sup>35</sup> „Germanisierung“ und „Polonisierung“ bildeten aber bloß ideologisch verbrämte Etiketten, die der Vielschichtigkeit von Assimilation und Akkultu-

32 Vgl. Serrier, „Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark“ (Anm. 9), hier 19f.

33 Vgl. für Oberschlesien Philipp Ther, *Schlesisch, deutsch oder polnisch? Identitätswandel in Oberschlesien 1921–1956*, in: Kai Struve/Ph. Ther (Hrsg.), *Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit*, Marburg 2002, 169–201, hier 170.

34 A. O. Meyer, *Die neuere Entwicklung Schlesiens, insbesondere Oberschlesiens*, in: Brackmann (Hrsg.), *Deutschland und Polen* (Anm. 21), 162–171, 171. – Die Problematik der Zweisprachigkeit und „Zwischen-den-Ethnien-Stehenden“ beschäftigte immer wieder auch deutsche und polnische Statistiker. Die deutschen Volkszählungen listeten die „kaschubische“ und „masurische“ Sprache getrennt neben der polnischen auf, wodurch in den Augen polnischer Statistiker die Zahl der ethnischen Polen durch die preußische amtliche Statistik unzulässig verringert wurde. Vgl. Roland Gehrke, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges*, Marburg 2001, 174f.

35 Hans Rothfels, *Das Problem des Nationalismus im Osten*, in: Brackmann (Hrsg.), *Deutschland und Polen* (Anm. 21), 259–270, hier 262.

ration nicht gerecht werden konnten. Soziale Prozesse, die auf diese Begriffe verwiesen, wurden von völkischen Historikern nahezu deterministisch mit historischen Veränderungen der politischen Grenzen verknüpft: Der Umbau von Siedlungsstrukturen entlang angenommener ethnischer Kriterien und die Entstehung des modernen, geographisch „eindeutig“ abgrenzbaren Flächenstaats erschienen als historische Prozesse, die kausal miteinander verbunden gewesen wären. Ein Ergebnis dieser langfristig zielgerichteten Entwicklung sei „eine gewisse Entmischung der nationalen Wohngebiete in Angleichung an die Staatsvölker“, wie Hermann Aubin mit Bezug auf das Verhältnis von Deutschen und Polen schreiben konnte.<sup>36</sup>

Widersprüche zwischen sozialer Schichtung, individuellen Ausprägungen von Identitäten und konfessionellen Abgrenzungen wurden häufig mit Begriffen wie „Renegaten“/„Renegatentum“<sup>37</sup> oder „schwebendes Volkstum“ umschrieben, die negativ konnotiert waren. So galt der „Renegat“ im Wortsinn als ein von seinem „Volkstum“ Abgefallener, der weder seiner ursprünglichen, noch der von ihm später angenommenen Nationalität sicher zugeordnet werden konnte. Prozesse von sprachlich-kultureller Assimilation und Dissimilation und von sozialer Mobilität wurden somit nur unter einem sehr einseitig wertenden Blickwinkel erörtert. Germanozentrische Fixierungen auf die „eigene“ Volksgruppe und die damit verbundene bloß schablonenhafte Wahrnehmung des „Fremden“ verhinderten in vielen Fällen eine differenziertere Betrachtung dieser Thematik. Dagegen standen das diffuse „Wesen“ und der vage „Wert“ des gegenwärtigen „Deutschtums“ im Vordergrund. Um diese historisch zu erfassen, war beispielsweise für Erich Keyser die Frage nach dem rassenbiologischen „Kern“ des Deutschtums und in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Zeitpunkt, zu dem „fremde“ Bestandteile in den deutschen „Volkskörper“ eingedrungen seien, von grundlegender Bedeutung. 1943, im Jahr der Zuspitzung und der Wende des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs im Osten, schrieb Keyser wörtlich, dass „der Wille, das deutsche Volk von unerwünschten rassischen Bestandteilen zu säubern“<sup>38</sup>, die wesentliche Triebkraft für die Untersuchung dieser Zusammenhänge darstellen würde.

Soziale Fragen wurden in den dreißiger Jahren zunehmend in eine Rassen- und in eine Abstammungsfrage umgedeutet. Dies zeigt auch das Beispiel des Historikers und Soziologen Wilhelm Brepohl (1893–1975), der die polnische Arbeitsmigration ins Ruhrgebiet zum Anlass nahm, um die Bildung eines „industriellen Volkstums“ *sui generis* an der Ruhr zu konstatieren. In seiner Studie „Die Eindeutschung der Polen an der Ruhr, Deutsche Arbeit verwandelt

36 Hermann Aubin, Die historisch-geographischen Grundlagen, 21.

37 Vgl. u.a. v. Loesch, Eingedeutschte, Entdeutschte und Renegaten, 213ff.

38 Erich Keyser, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Leipzig 31943, 2.

fremdes Volkstum“ aus dem Jahr 1939, die Hermann Aubin angeregt hatte, analysierte Brepohl exemplarisch die Bedingungen für eine potentielle Germanisierung des „Ostraums“: „Eindeutschung“ setzte für ihn notwendig voraus, dass die Zuwanderer ihre national-kulturellen Eigenschaften vollständig aufgeben müssten.<sup>39</sup>

### *Ost-West-Dichotomien und das „European Marriage Pattern“*

Migrationen und Erscheinungen von Assimilation und Dissimilation nahmen in der Historiographie der sogenannten „Volksgeschichte“ – unter germanozentrischen Vorzeichen – breiten Raum ein. Themen wie Heiratsverhalten und Geburtenentwicklung wurden demgegenüber in einem eher geringeren Ausmaß behandelt.<sup>40</sup> Dies überrascht umso mehr, als dem Schlagwort „Volk ohne Raum“, das auf den gleichnamigen Roman Hans Grimms zurückging,<sup>41</sup> in den dreißiger Jahren das wirkungsmächtige Wort vom „Volk ohne Jugend“<sup>42</sup> beigegeben und gleichsam entgegengesetzt wurde.

Dazu muss freilich gesagt werden, dass nur wenige Historiker methodische Entwicklungen innerhalb der Demographie in einem engeren Sinn, also der Bevölkerungsstatistik (die in Deutschland ihrerseits prononciert „völkisch“ orientiert war) rezipierten und in ihren eigenen Studien verarbeiteten. Selbst der „Sprachinselforscher“ Walter Kuhn, der das gängige Frageraster der Demographen ansonsten weitgehend übernahm, bediente sich in seinen Arbeiten einfacheren, „rohen“ demographischen Maßzahlen wie der Geburten- und der Sterbeziffer. Kuhns statistische Befunde standen seinen zum Teil vorgefassten Bildern über das „Kulturgefälle“ zwischen West und Ost gegenüber, das seinen Ausdruck in der höheren Geburtenrate unter den slawischen Völkern im Vergleich zu den Deutschen finde: Die im Vergleich zu Mittel- und Westeuropa insgesamt höhere slawische Geburtenrate galt ihm als Ausdruck der kulturellen Rückständigkeit der „Slawen“. Zugleich musste er aber feststellen, dass frühe Heiraten bei den Slawen wie bei den Deutschen in Galizien ähnlich weit verbreitet seien. Die durchschnittliche „Geburtenüberschusziffer“ der deutschen Kolonien von 15 würde „sowohl die Slawen der Umwelt wie das Mutterland“ übertreffen. Wenn Kuhn dieses Verhalten bewertete, so erschie-

39 Stefan Goch, *Wege und Abwege der Sozialwissenschaft: Wilhelm Brepohls industrielle Volkskunde*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 26 (2001), S. 139-176, hier 160.

40 Diese Thematik wurde aber zunehmend von Bevölkerungsbiologen und „Sippenforschern“ untersucht, deren Studien meist eine deutlich historisch-genealogische Perspektive aufwiesen.

41 Vgl. Hans Grimm, *Volk ohne Raum*, München 1934.

42 Vgl. Friedrich Burgdörfer, *Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. Ein Problem der Volkswirtschaft, der Sozialpolitik, der nationalen Zukunft*, Berlin 1932 (Neuauf. 1938).

nen die schollengebundenen, geburtenfreudigen, „tüchtigen“ deutschen Kolonisten kulturell in einem für sie vorteilhaften Licht.<sup>43</sup>

Was das Verhältnis zwischen Bevölkerungsentwicklung und „kulturellen“ Wertzuschreibungen anbelangt, argumentierte Hermann Aubin ähnlich widersprüchlich. Aubins Denkfiguren lagen Vorstellungen eines sich natürlich regelnden demographischen „Gleichgewichts“ zwischen Deutschen und Polen einerseits und eines west-östlichen „Menschengefälles“ zwischen diesen Völkern andererseits zugrunde.

Letzteres bezog Aubin unmittelbar auf die zahlenmäßige und kulturelle Überlegenheit der Deutschen in der Zeit ihrer mittelalterlichen „Ostbewegung“. Dieses biologisch gedachte „Menschengefälle“ habe sich aber infolge der polnischen Westwanderung „geradewegs umgekehrt“. In einem eigentümlichen Gegensatz zu dieser These stand Aubins Schlussfolgerung, wonach „das Grundelement des umgekehrten Menschengefälles“ im Verhältnis zwischen den beiden Völkern trotzdem „latent“ weiter bestehen würde. Damit zielte er offensichtlich nicht auf die zahlenmäßigen Proportionen zwischen Deutschen und Polen ab, sondern er meinte die kulturell-zivilisatorische Dimension des deutsch-polnischen Verhältnisses.<sup>44</sup>

Die demographischen Krisen des 14. und des 17. Jahrhunderts sowie die spätere deutsche Auswanderung nach Amerika hatten Aubin zufolge verhindert, dass neuerlich größere Wellen deutscher Kolonisten nach Osten gegangen seien. Erst seit dem 19. Jahrhundert habe sich dieses Bild verändert. Die polnische Wanderung nach Westen schien sein Modell zu bestätigen, das von „Bevölkerungsdruck“ und langfristigem demographischem Ausgleich induziert wurde. Aubins höchst ambivalenter Gedanke des deutsch-polnischen „Menschengefälles“, der die Vorstellung implizierte, dass die Slawen unfähig seien, den ihnen zugefallenen Raum auszufüllen und sich dort staatlich zu organisieren, war genuiner Bestandteil dieses Denkmusters.

Das Denken in Kategorien der Ost-West-Dichotomie spielte im deutschen historischen Denken insgesamt und in der deutschen historischen Bevölkerungsforschung im besonderen eine zentrale Rolle. Anfang der 1960er Jahre fanden sich in dem Paradigma des „European Marriage Pattern“ und eines „Eastern European Pattern“, das in England von John Hajnal entworfen wurde, wiederum spezifische Muster von Ost-West-Dichotomien.<sup>45</sup> Hajnals These lautete – hier stark verkürzt wiedergegeben –, dass in der Neuzeit westlich

43 Walter Kuhn, Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien. Ein Beitrag zur Methode der Sprachinselforschung, Münster 1930, 110, 106.

44 Aubin, Die historisch-geographischen Grundlagen (Anm. 20), 20f., 25.

45 Vgl. John Hajnal, European marriage patterns in perspective, in: D. V. Glass/D. E. C. Eversley (Hrsg.), Population in History: Essays in Historical Demography, Chicago 1965, 101-143.

entlang einer Linie St. Petersburg-Triest die Eheschließung spät und nicht bei allen Personen erfolgte.<sup>46</sup> Dieses Modell der vorindustriellen „agrарischen Bevölkerungsweise“ basierte auf der Denkfigur, dass die Verhehlichung auf der Verfügbarkeit einer ökonomischen „Vollstelle“ beruht habe. Die östlich dieser Linie ansässigen Bevölkerungen hätten dieses Vollstellenprinzip nicht gekannt. Da sich bei ihnen aus diesem Grund Bevölkerung und Nahrungsspielraum nicht im „Gleichgewicht“ befunden hätten, seien sie beständig zu Vermarmung und Verelendung tendiert.<sup>47</sup>

Die nicht immer explizit ausgesprochene Vermutung, dass „überlegene“ Wirtschaftsformen und Sozialstrukturen, die deutsche Siedler in die Zielgebiete ihrer „Ostkolonisation“ mitgebracht hätten, dort verbreitete Familienformen und „Agrarverfassungen“ überformt<sup>48</sup> und partiell wohl auch ersetzt hätten, dürfte noch in der Rezeption Hajnals eine wichtige Rolle spielen. In die Richtung dieser Annahme geht jedenfalls die Studie „Ostkolonisation und Familienverfassung“ des Wiener Sozialhistorikers Michael Mitterauer. Dieser steht dichotomischen Modellen von „West“ und „Ost“ erklärter Weise kritisch gegenüber. Mitterauer referiert die Kritik an Hajnals Modell ausführlich und differenziert. Dass derartige Modelle sich möglicherweise in ganz bestimmte Traditionen von Konzeptualisierungen einer Geschichtsregion „Ost-“ oder „Ostmitteleuropa“ fügen, die stets auch wissenschaftsgeschichtlich herleitbar und in dieser Sicht zu dekonstruieren sind,<sup>49</sup> wird jedoch nicht deutlich. Ebenso wenig erörtert Mitterauer die Frage, ob die „Ostkolonisation“ als geschichtswissenschaftlicher Fachbegriff, auch wenn dieser nicht explizit „deutsch“ konnotiert wird, in Bezug auf Migrationen in Ostmitteleuropa nicht längst obsolet geworden ist.<sup>50</sup>

Dies ist umso problematischer, als die so genannte „deutsche Ostkolonisation“ in Diskursen der „Volksgeschichte“ die Vorstellung implizierte, wonach

46 Vgl. dazu auch Karl Kaser, Der Erbfall jenseits der „Hajnal-Mitterauer-Linie“. Historische Haushaltsformierungsmuster im Südosten Europas, in: Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien (Hrsg.), Wiener Wege der Sozialgeschichte, Wien/Köln/Weimar 1997, 163-182, hier 166, 167f.

47 Hermann Zeitlhofer, Gerhard Mackenroths Konzept einer vorindustriellen „agrарischen Bevölkerungsweise“, in: Lausecker/Pinwinkler (Red.), Mehr und weniger machen (Anm. 15), 95f.

48 Vgl. Michael Mitterauer, Ostkolonisation und Familienverfassung. Zur Diskussion um die Hajnal-Linie, Wien 1999, z. B. 6f.: Die „Regeln der Haushaltsformierung, die für den ‚European Pattern‘ charakteristisch sind“, sollten mit jenen sozialen Strukturen „kausal“ verknüpft werden, „die im Zuge der großen Siedlungsbewegung [sic!] von Mittel- nach Osteuropa verpflanzt wurden.“ Vgl. jetzt auch Michael Mitterauer, Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, München 2003, 88.

49 Inwieweit Beziehungen zu früheren derartigen Denkfiguren, etwa in der „Volksgeschichte“, bei Hajnal feststellbar sind, müsste allerdings noch untersucht werden.

50 Vgl. Mitterauer, Ostkolonisation (Anm. 48), hier bes. 4f. Vgl. dazu auch Anm. 16.

in sich geschlossene „Massen“ deutscher Kolonisten einheitlich, zielstrebig und in Form von periodisch wiederkehrenden „Wellen“ „gen Osten“ wandern würden. Autoren/-innen derartiger Denkmuster und Konzepte neig(t)en dazu, „Räume“ und bestimmte sozial-ethnische Gruppen reziprok aufeinander zu beziehen. Dabei werden diesen Gruppen ganz bestimmte kollektive Verhaltensmuster und Agrar- bzw. Familien„verfassungen“ zugeschrieben. Individuelle Verhaltensausrägungen finden dagegen keine ausreichende Berücksichtigung, und Sichtweisen und Handlungsoptionen der migrierenden „Akteure“ werden kaum oder gar nicht thematisiert.

Für die Fragestellung der vorliegenden Studie ist vor allem der Umstand von Interesse, dass in historisch-demographischen Forschungen räumliches Denken und Zuschreibungen von sozialen Verhaltensmustern entlang ethnischer Grenzziehungen einen wirkungsmächtigen Zusammenhang entfalteten. Dabei muss die bislang kaum untersuchte Frage, welche konkreten Rezeptionsprozesse hinter der Ausprägung von Hajnals „European Marriage Pattern“ standen, hier eine untergeordnete Rolle spielen. Kaum geklärt scheint bisher auch zu sein, inwieweit dieses Modell sich nicht doch in erster Linie auf „Räume“ bezog. Ob Hajnals „Marriage Pattern“ auch eine Dichotomie zwischen „Deutschen“ und „Slawen“ beinhaltete, muss vorerst offen bleiben.

Historiker neigten jedenfalls dazu, zwischen Geschichtsregionen im Westen und Osten Europas, die als wirtschaftlich bzw. kulturell grundlegend voneinander verschieden wahrgenommen wurden, Grenzen zu ziehen. Bei allen Unterschieden, die diesen Modellen im einzelnen innewohnen, ist allen jedoch eigen, dass sie – wohl zu Recht – in einem hohen Maß umstritten waren und sind.

Dies galt schon für Albrecht Pencks Theorem des „Volks- und Kulturbodens“, auf das sich Volkstumsforscher der Zwischenkriegszeit so häufig bezogen. Walter Kuhn betonte, dass für eine Abgrenzung des „Volksbodens“, die sprachlichen Kriterien folgte, in der Forschung weitgehende Einigkeit bestehe. Die Anschauungen über den Begriff des „Kulturbodens“, der über den „Volksboden“ hinausgehe, seien hingegen erkennbar disparat.<sup>51</sup> An Hajnals „European Marriage Pattern“<sup>52</sup> wurde kritisiert, dass es eine Vielfalt von „Heiratsmustern“ zusammenfasse, die sich kaum in ein übergeordnetes Mo-

51 Vgl. Walter Kuhn, Zur Abgrenzung des Begriffs des deutschen Volks- und Kulturbodens, in: Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung (1933), 65-71, hier bes. 69. Kuhn nahm in seine Abgrenzungsversuche geographische und vor allem kulturelle bzw. volkskundliche Kriterien auf. Unterschiedliche Haushaltsformierungs- und Heiratsmuster zog er nicht heran, um zwischen „Deutschen“ und „Slawen“ zu unterscheiden.

52 Zur Kritik vgl. Josef Ehmer, Marriage, in: David Kertzer/Marzio Barbagli (Hrsg.), Family Life in der Long Nineteenth Century 1789-1913 (=The History of the European Family, vol. 2), New Haven/ London 2002, 282-321, hier 301ff.

dell pressen lassen. Werden der äußerste Westen und der äußerste Osten Europas herangezogen, um jeweils ein idealtypisches Heiratsmuster zu bilden, behält Hajnals Modell nach Josef Ehmer seine grundlegende Gültigkeit bei.

### Zusammenfassung: Bilder des „Eigenen“ und des „Fremden“ im Lichte historisch-demographischer Argumentationen

Die dichotomische Gegenüberstellung zwischen „Deutschen“ auf der einen und „Slawen“, „Polen“ oder „Juden“ auf der anderen Seite hatte in Texten deutscher Historiker der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ einen zentralen Stellenwert.

Welche beträchtlichen politischen Auswirkungen diese Differenzkonstruktionen zeitigen konnten, war zwar nicht unmittelbar Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Den überaus engen Zusammenhang zwischen performativen „wissenschaftlichen“ Konzeptionen von „Bevölkerung“ und „Migration“ einerseits und totalitären Bevölkerungspolitiken andererseits möchte ich aber doch zumindest erwähnen: Auf diese Problematik haben etwa Michael Fahlbusch und Ingo Haar für das „Dritte Reich“ und Michael G. Esch darüber hinaus im deutsch-polnischen Vergleich hingewiesen.<sup>53</sup> Exemplarisch sei ich nur auf einen bestimmten Aspekt „wissenschaftlicher“ Expertisen eines einzelnen Forschers verwiesen, der hier mehrmals zitiert wurde: Walter Kuhn etwa trat als Berater der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft (NOFG) während des Zweiten Weltkriegs dafür ein, den Wolhyniendeutschen ihre angenommenen spezifischen Eigenschaften oder Fähigkeiten als Kolonisten auch nach ihrer geplanten Umsiedlung zu bewahren. Dies schien nur möglich zu sein, indem für ihre Ansiedlung ein spezifisches naturräumliches Umfeld gesucht werden sollte, das ihrer vermuteten „Stammesart“ entsprechen sollte.<sup>54</sup>

Begriffliche Kategorien und methodische Instrumentarien, die dazu geeignet schienen, sprachliche und soziale Unterschiede innerhalb bestimmter Bevölkerungsgruppen zu „ethnischen“ und teils zu „rassischen“, unübersteigbaren Grenzen zu überhöhen, fanden sich in großer Zahl aus dem Reservoir „demographischer“ Argumentationsmuster: Die zahlenmäßigen Proportionen zwischen den europäischen Nationen zu erfassen und deren innere Gliederungen vergleichend einander gegenüber zu stellen, schien Historikern einen Er-

53 Vgl. Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienste der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*, Baden-Baden 1999; Haar, *Deutsche Historiker* (Anm. 25); Michael G. Esch, „Gesunde Verhältnisse“: deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998 (=Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung; 2).

54 Vgl. Fahlbusch (Anm. 53), 516.

folg versprechenden Weg zu weisen, um angenommene Gegensätze und Konflikte zwischen den Nationen angemessen darzustellen.

Historiker bedienten sich dabei jedoch nicht einfach einem gegebenen Fundus von Argumentationen. Vielmehr verbanden sie in je individueller Weise Zuschreibungen von „Migration“, „Geburtlichkeit“ oder „Heiratlichkeit“ mit bestimmten Denkmustern, die historiographischen Diskursen in einem engeren Sinn zuzuordnen waren: Hermann Aubins Denken, das sich in „Räumen“ und „Kulturlandschaften“ bewegte, verband sich etwa in spezifischer Weise mit Vorstellungen autoregulativer Ausgleichsmechanismen zwischen „Unter-“ und „Übevölkerung“. Erich Keyser amalgamierte in seinem Bestreben, „Herkunft“ und „Wesen“ des deutschen „Volkes“ zu ergründen, Ideologeme der Rassenkunde mit bevölkerungsgeschichtlichen Kategorien: „Bevölkerungen“ wurden auf wirtschaftlich, geographisch und klimatisch determinierte Räume, „Völker“ auf biologistisch gedeutete „Lebensräume“ bezogen.

Die einzelnen Autoren amalgamierten somit Denkschemata und Argumentationsmuster aus unterschiedlichen Diskurszusammenhängen völkischer Wissenschaften, wobei sie jeweils individuell verschieden voringingen. Begriffe, Theoreme und methodische Versatzstücke bildeten konstitutive Bestandteile komplexer Sinn- und Deutungszusammenhänge historiographischer Texte; sie können nicht von den historiographischen Argumentationsmustern getrennt und in erster Linie ex post für die These einer methodischen „Innovation“<sup>55</sup> in den Dienst genommen werden. Völkisches Ordnungsdenken und Bezugnahmen auf das methodische Reservoir von Statistik und Demographie waren nämlich untrennbar miteinander verwoben. Stichhaltig wird eine derartige kritische Sicht auf behauptete „Innovationen“ innerhalb der „Volksgeschichte“ umso mehr, als hier mit Walter Kuhn ein Historiker (ein vor 1945 disziplinar verankerter Volkskundler) zur Sprache kam, der sich mehr als manche anderen Volkstumsforscher „statistischer“ Methoden bediente, denen zuweilen mit Verve innovative Potentiale zugeschrieben wurden<sup>56</sup>. Selbst bei Kuhn ist es aber, wie oben mit Blick auf seine durchgängig unterschiedliche Bewertung „deutscher“ und „slawischer Geburtlichkeit“ angedeutet, wenig weiterführend, von „Innovation“ zu sprechen. Entscheidend ist, dass die Ver-

---

55 Eine exemplarische Kritik dieser These liefert am Beispiel einer Studie Hans Lindes Axel Flügel: Ambivalente Innovation. Anmerkungen zur Volksgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), 653-671.

56 So von Oberkrome, der mittlerweile seine diesbezüglichen Auffassungen allerdings abgeschwächt hat. Vgl. Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1993 (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 101), 99-101, 225f.

wendung innovativer statistischer Methoden die aufgezeigten Ordnungsmodelle unterstützte.

Welche Kategorien kamen nun bei der Konstruktion ethnischer Grenzen ins Spiel? Hierbei ist zwischen „qualitativ“ und „quantitativ“ wertenden Kategorien zu unterscheiden: „Arbeit“, „Bodenständigkeit“, „Tüchtigkeit“ usw., also in einem weiteren Sinn soziokulturelle, positiv „deutsch“ konnotierte Begriffe korrespondierten mit Kategorien wie „Fruchtbarkeit“ oder „Heiratlichkeit“ und wurden vielfach miteinander verwoben. „Tüchtigkeit“ konnte z.B. sowohl auf „kulturelle Leistungen“ bezogen werden, als auch auf die „körperliche Tüchtigkeit“ deutscher Kolonisten mit erhöhter Geburtenrate. Umgekehrt konnte die Fähigkeit, den gegebenen „Raum“ mit Menschen zu durchdringen, mit der Fähigkeit zur Staatsbildung verkoppelt werden. Mittelalterliche deutsche Kolonisten schienen somit um vieles geeigneter zu sein, differenzierte Staatswesen zu begründen als „die Polen“ dieser Zeit, die kulturell als rückständig und zahlenmäßig als schwach erachtet wurden. Deutsche standen vielfach für „Ordnung“, Polen für „Chaos“ und „Unordnung“.

Die verschiedenen Kategorien, die Historiker heranzogen, um Grenzen zwischen Gruppen zu ziehen, die geschichtlich als getrennt erachtet wurden, waren häufig wider Erwarten durchlässig. Die konstruierten Grenzen wurden somit vielfältig durchkreuzt und transzendiert. In den Schlussfolgerungen, die Historiker aus ihrem Material zogen, tendierten sie aber eher dazu, soziale Grenzen zu verfestigen als sie aufzulösen. Innere Widersprüche und Ambivalenzen, die sich aus dem von ihnen untersuchten Quellenmaterial ergaben, wurden von ihnen nicht explizit thematisiert oder „geglättet“. Es war im Gegenteil der besonderen semantischen Struktur und der verqueren inneren Logik des von Historikern gepflegten Ordnungsdenkens zuzuschreiben, dass die dichotomen Bilder, die sie vom „Eigenen“ und vom „Fremden“ entworfen hatten, eine ausgeprägte Kohärenz entfalteten, die es ihnen erlauben sollte, „Kohärenzsysteme“ nahezu bruchlos fortzuschreiben.

## „Volk“ und Bevölkerungsstatistik

Gemeinhin werden heute unter dem Begriff „Bevölkerung“ die auf einem eingegrenzten Gebiet, zum Beispiel einem Staatsterritorium, lebenden Menschen subsumiert. Man kann durch Zählung ihre Größe bestimmen, sie territorial auflgliedern und nach Klasse, Rasse, Geschlecht und so weiter fraktionieren, ferner Wechselwirkungen zwischen einzelnen Gruppen und deren durchschnittlichem Zustand oder Verhalten ermitteln sowie Korrelate herstellen. Das macht die Bevölkerungsstatistik, institutionalisiert in Wissenschaft und beim Staat, also in Statistik-Ämtern. Sie konstruiert oder malt ein Bild der „Bevölkerung“, das unter Umständen als Voraussetzung für staatliche Interventionen dient, welche man – hier ganz holzschnittartig – als Bevölkerungspolitik bezeichnen könnte. Dazu gehören etwa soziale Sicherungssysteme, sämtliche Maßnahmen zur Familienförderung, Migrations- und Staatsbürgerschaftsregelungen, Kriminalitätsprävention, Gesundheitsfürsorge.

Gemeinhin sehen wir aber auch in der „Bevölkerung“, diese Annahme erheischt die diskursive Verwendung, einen egalisierenden Begriff. Dadurch, dass *alle* Menschen auf einem Gebiet gemeint sind, scheinen wir ein politisch neutrales *nomen* gefunden zu haben: alle Gruppen sind angesprochen, keiner wird ausgeschlossen, jedes Individuum stellt – wenn man so will – das gleiche Glied einer statistischen Gemeinschaft dar. „Bevölkerung“ wäre mithin der *terminus technicus* in der Sprache einer bürokratisierten und verwissenschaftlichten Staatsgesellschaft.

Diese beiden Dimensionen des Bevölkerungsbegriffs sind zunächst einmal plausibel. Doch kratzt man an der diskursiven Oberfläche und legt die genealogischen und funktionalistischen Schichten frei, wird man noch ganz andere Muster erkennen. Als Frage formuliert: Welches „Volk“ steckt(e) in „Bevölkerung“, und wie ist es da hinein gelangt? Um das zu ergründen, untersuchte ich die Wendung des Bevölkerungsbegriffs im 19. Jahrhundert, die Motive für die Institutionalisierung der amtlichen Bevölkerungsstatistik, speziell im Königreich Sachsen (1850) sowie die intensive statistische Beobachtung der Arbeiterfamilien. Denn gerade diese letzte Erscheinung weckte in mir den Verdacht, dass die scheinbar rein naturwissenschaftliche, neutrale statistische Tätigkeit hinterrücks weltanschaulich penetriert worden ist – und zwar von einer liberal-konservativen „Volks“-Vorstellung.

## Ökonomische Wendung

Michel Foucault hat das Auftauchen der „Bevölkerung“ im Zuge der policeylichen Regierung lokalisiert: „Die Regierungen entdecken, daß sie es nicht nur mit Untertanen, auch nicht bloß mit einem ‚Volk‘, sondern mit einer ‚Bevölkerung‘ mit spezifischen Problemen und eigenen Variablen zu tun haben wie Geburtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankheitshäufigkeit, Ernährungsweise und Wohnverhältnissen.“<sup>1</sup> In der Folge seien dann die Techniken zur Untersuchung der Zustände und Entwicklungsgesetze der Bevölkerung und zur Steuerung dieser Prozesse, insbesondere der Fortpflanzungsaktivitäten entwickelt worden – die „Bio-Politik“ der Bevölkerung. Diese Techniken der Macht innerhalb einer modernen rationalen Regierungskunst würden tatsächlich die Alltagstheorie vom ideologiefreien Bevölkerungsbegriff stützen. Ergänzt man aber die Genealogie um einige historiografische Methoden, dann ergibt sich ein noch differenzierteres Bild.

Bei Johann Heinrich Gottlob von Justi, den Foucault als Kronzeugen bemüht, war die „Bevölkerung“ nämlich noch gar kein Objekt, sondern eine staatliche Praxis. Die Zahl der Menschen gehörte ebenso zum Reichtum des Staats wie die Bodenschätze oder das fruchtbare Ackerland. Es sei Aufgabe der klugen Regierung, diese Ressourcen zu kultivieren und zu vermehren (§ 10).<sup>2</sup> Die Fähigkeiten und der Fleiß der Einwohner vergrößerten das allgemeine Vermögen, weshalb „ein Land nie zu viele Einwohner haben kann“ (§ 97). Das Bevölkern des Landes, bei Justi „Bevölkerung“ geheißen, müsse

„vornämlich durch dreyerley Wege geschehen, als 1) durch Herbeyziehung der Fremden in das Land, 2) durch Mittel, welche die Vermehrung der Eingebornen des Landes befördern, und 3) durch Gegenmittel wieder die Krankheiten und den frühzeitigen Todt der Unterthanen.“ (§ 11)

Und August Ludwig Schlözer, der in Göttingen die deutsche (non-numerische, beschreibende) Universitätsstatistik betrieb, unterstrich:

„Bevölkerung ist Zweck des Staats und muß es sein. Jeder Bürger, der da ist, will erhalten sein, und es ist Pflicht des Staats, darauf zu sehen. Jeder Bürger hat einen 3fachen Wert. a. einen militärischen. [...] b. Einen ökonomischen. [...] c. Einen kameralistischen, seitdem Akzise und Lizent entstanden sind.“

(Mit der letzten Wertzuschreibung wandte er sich gegen „deutsche Landesherren [, die] ihre Leute für 40 Sterling verkaufen“.<sup>3</sup>) Es ist entscheidend, bei der Analyse der kameralistischen Quellen zu beachten, dass die Begriffe „Be-

1 Michel Foucault, *Sexualität und Wahrheit*. Bd. 1: *Der Wille zum Wissen*; Frankfurt a. M. 1983; S. 37f.

2 Johann Gottlob Heinrich von Justi, *Grundsätze der Policy-Wissenschaft in einen vernünftigen, auf den Endzweck der Policy gegründeten, Zusammenhänge und zum Gebrauch Academischer Vorlesungen*; Göttingen 1756.

völkerung“ und „Ökonomie“ anders konnotiert sind als heute. Aus ihrer Verwendung ergibt sich gerade, dass „Bevölkerung“ immer das Gegenteil von „Entvölkerung“ meint; und die kameralistische Ökonomie unterlag einem Ordnungsprinzip, das u. a. keine temporale Dynamik berücksichtigte.<sup>4</sup>

Dieser Staatszweck oder diese policeyliche Regierungspraxis der möglichst unbeschränkten Vermehrung der Einwohner eines Landes wurde ab 1798 radikal in Frage gestellt. In einem epistemologischen Umfeld, das den Menschen in den Mittelpunkt der politischen Ideen und der wissenschaftlichen Forschungen rücken ließ, veröffentlichte Thomas Robert Malthus seinen *Essay on the Principle of Population*. Diese Abhandlung erlangte eine über Jahrzehnte währende Prominenz. 1803 baute Malthus sie zu einem Buch aus, das fünf Jahre später ins Deutsche übersetzt war. Das so genannte „Bevölkerungsgesetz“ behauptete das genaue Gegenteil von dem, was die Kameralisten propagiert hatten: eine ungehemmte Vermehrung der Menschen führe zu gewaltigen ökonomischen, hygienischen und politischen Problemen. Anhand einer äußerst unsicheren Datenbasis, nämlich des Wachstums der Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten, prognostizierte Malthus für die Zukunft ein geometrisches (exponentielles) Ansteigen der Population bei einem nur arithmetischen (linearen) Wachstum der verfügbaren Nahrungsmittel.<sup>5</sup> Da eine solche Entwicklung nur so lange gut gehen kann, bis sich die beiden Wachstumskurven, auf eine Zeitachse abgetragen, überschneiden, würden „Bevölkerungshemmnisse“ eine weitere Vermehrung der Einwohner stoppen. Die „direkten“ Hemmnisse stellten sich praktisch von alleine ein:

„Hierher gehören also alle ungesunden Beschäftigungen, aber auch allzu heftige Arbeit, mangelnder Schutz der Bedeckung und Wohnung, äußerste Dürftigkeit, falsche Ernährung und Behandlung der Kinder, große Städte, Ausschweifungen aller Art, das ganze Heer gewöhnlicher sporadischer und epidemischer Krankheiten, Krieg, Pest und Hungersnoth.“<sup>6</sup>

Die „zuvorkommenden Hemmnisse“ könnten diesen politisch und sozial unerwünschten Folgen vorbeugen: „Ich verstehe darunter Enthaltbarkeit von der Heirath, seys immerhin aus Gründen der Klugheit, verbunden mit völlig reinem Wandel während der Periode der Enthaltbarkeit.“<sup>7</sup> Obwohl die deut-

3 Zit. nach Bernd Warlich, August Ludwig von Schlözer, 1735–1809, zwischen Reform und Revolution. Ein Beitrag zur Pathogenese frühliberalen Staatsdenkens im späten 18. Jahrhundert; Diss. Universität Erlangen-Nürnberg 1972, S. 151.

4 Wenn ich hier von der „ökonomischen Wendung“ spreche, meine ich freilich den modernen Ökonomiebegriff. Vgl. Michel Foucault: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften; Frankfurt a. M. 1974.

5 Thomas Robert Malthus, Versuch über die Bedingung und die Folgen der Volksvermehrung, Altona 1807, 1. Bd., S. 13f.

6 Ebenda, S. 18.

7 Ebenda, S. 19.

sche Übersetzung von „population“ mit „Bevölkerung“ noch synonym mit „Volksvermehrung“ gebraucht wurde, deutete sich bereits eine Objektivierung der Gesamtheit der Einwohner zur „Bevölkerung“ an. War erst einmal der ökonomische Diskurs eröffnet, musste in der weiteren Konsequenz die soziale Schichtung als Differenzierungsmerkmal aufgemacht werden. Denn: Wer vermehrte sich wohl am stärksten? Es waren die Armen. Und öffentliche Fürsorge wie private Wohltätigkeit unterstützten und bestärkten sie in diesem verhängnisvollen Tun. Malthus:

„Ist die wahre Quelle der Armut einmal von dem Dunkel, worin die Spende gezeimäßigter und freiwilliger Almosen sie gehüllt hat, befreit, so muß schlechterdings jedermann seiner Verpflichtung inne werden. Wenn er seine Kinder nicht erhalten kann, so müssen sie Hungers sterben und wenn er trotz der Wahrscheinlichkeit, sie nicht unterhalten zu können, heirathet, so verschuldet er alles Uebel, worin er nebst seiner Frau und ihren Leibesfrüchten schmachten wird.“<sup>8</sup>

Das erste und dringlichste Problem der Bevölkerung war jenes Segment, das die Armen bildeten. Der englische Liberalismus versuchte es mit ökonomischen Sanktionen, Wohlfahrtsabbau, zu lösen. Die Aufgabe des Staats in dieser Angelegenheit, so Malthus weiter, sei die Tugendbildung, nämlich „jedes Mittel zu ergreifen, welches vom Laster abzumahnern, die Tugend aber zu befördern verspricht [...]“. <sup>9</sup> Malthus' „Bevölkerungsgesetz“ und seine Ableitungen haben das britische Armengesetz von 1834, das die öffentliche Unterstützung von Arbeiterfamilien massiv einschränkte, unübersehbar beeinflusst.<sup>10</sup>

Der liberale Politiker und Gelehrte Robert Mohl bezeichnete das „Werk dieses berühmten Engländers“ vierzig Jahre später als „Wendepunkt in der Lehre von der Bevölkerung“.<sup>11</sup> Er verteidigte Malthus gegen seine Angreifer, obwohl er seine harte Prognose nicht teilte. Generell aber legte er ihn seiner Bestimmung des Bevölkerungsbegriffs im „Staats-Lexikon“ von Rotteck und Welcker zugrunde. Das heißt, die ökonomische Segmentierung war vielleicht die bedeutendste Kategorie der „Bevölkerung“, auch wenn sich der erste Abschnitt des Artikels mit rassischen oder ethnischen Zusammensetzungen beschäftigte („Die Abstammungsverhältnisse der Bevölkerung eines Staats“).<sup>12</sup> Der zweite Abschnitt handelte von der „Eintheilung der Bevölkerung in Beschäftigungsklassen“. Dabei ging es um das richtige, also: „naturgesetzmäßi-

8 Ebenda, 2. Bd., S. 173.

9 Ebenda, S. 177.

10 Steinmann, Thomas Robert Malthus (1766–1834); in: Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften, hrsg. vom Institut für Demographie der Humboldt-Universität, Berlin 1991, S. 60.

11 Robert Mohl, Bevölkerung; in Rotteck/Welcker (Hrsg.), Staats-Lexikon. Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, Bd. 2: Altona 1846; S. 480.

12 Ebenda, S. 458.

ge“ Verhältnis etwa von solchen, die Rohstoffe fördern, solchen, die sie verarbeiten, solchen die damit handeln und schließlich denen, die rein intellektuelle Tätigkeiten oder Dienstleistungen verrichten. Diese Proportionen zu ermitteln und zu entwickeln sei Aufgabe der „Polizeiwissenschaft, soweit sie sich mit dem Vermögen der Bürger beschäftigt (die Volkswirtschaftspflege)<sup>13</sup> – Kameralismus also. Das politische Pendant zu dieser Analyse hieß in der Mitte des 19. Jahrhunderts „Gewerbefrage“. Dabei ging es darum, wie stark der Staat in die Industrialisierung intervenieren solle: Musste die Ansiedlung von industriellen Etablissements gefördert werden? War die mittelalterliche Zunftordnung abzuschaffen? Sollten Handel und Gewerbe frei sein?

Parallel dazu und teilweise damit verknüpft wurde die „Soziale Frage“ oder „Arbeiterfrage“ diskutiert. Sollte mit der Gewerbefrage das Verhältnis von Staat, Industrie und Handwerk geklärt werden, bezog sich die Arbeiterfrage vielmehr auf die politischen und sozialen Probleme, die das rasch wachsende Proletariat erzeugte. Interessant ist dabei, dass sich hier immer ökonomische und Sittlichkeitsdiskursen überlagerten. Mohl schnitt dieses Problem in seinem Lexikon-Artikel unter der Überschrift: „Die relative Größe der Bevölkerung“, soll heißen: Bevölkerungsdichte an. Entscheidend sei nicht, ob eine Bevölkerung absolut gemessen groß oder klein sei, sondern wie dicht die Menschen zusammen lebten und welches Verhältnis zwischen dem Entwicklungsstand von Handel und Gewerbe sowie der Volkszahl bestehe. Wenn Mohl das „Bild einer relativ allzugroßen Bevölkerung“ malte, „d. h. eines solchen Zustandes, in welchem mehr Menschen auf einem bestimmte Staatsgebiete zusammengedrängt sind, als sich aus den in demselben vorhandenen Reichthumsquellen gut ernähren können“<sup>14</sup>, dann beschrieb er damit etwa die Verhältnisse, wie sie kurz vor 1848 in sich schnell industrialisierenden Ländern wie Sachsen oder Württemberg herrschten:

„Selbst unter sonst ganz günstigen Verhältnissen kann vorübergehend sehr große Gefahr entstehen, wenn der Austausch der Fabrikwaren gegen die zur Erhaltung des Ueberschusses der Bevölkerung durchaus nothwendigen Lebensmittel unterbrochen ist oder sich mindert, was ja aus tausend Ursachen auf kürzere oder längere Zeit geschehen kann und wird. Ein solcher wirthschaftlicher Zustand bringt aber auch dem sittlichen und intellectuellen Wohle die tiefsten Wunden bei. Der darbende Proletarier muß von den entsittlichendsten Gesinnungen gegen den Staat und gegen alle Besitzenden erfüllt, oder zur ekelhaften Niederträchtigkeit herabgedrückt werden. Zu Verstandesbildung hat der verzweifelnde Bettler keine Luft und kein Mittel. Rohheiten und Verbrechen aller Art müssen somit die Einen verderben, die Andern bedrohen. [...] Eine solche Bevölkerung ist eine Last

---

13 Ebenda, S. 464.

14 Ebenda, S. 469.

und keine Macht, und Ueberbevölkerung ein Inbegriff fast aller Uebel, welche die menschliche Gesellschaft zu tragen haben kann.“<sup>15</sup>

Die liberalistische Logik schlang einen Gordischen Knoten um (Un-) Sittlichkeit als moralische und Bildungs-Kategorie sowie Proletariat als ökonomische Kategorie. Wenn also die Bevölkerung relativ zu groß war, mussten – so Mohls Forderung – sowohl Gewerbe und Industrie belebt werden, um die ökonomische Lage der Arbeiter zu heben. Andererseits mussten letztere auch davon abgehalten werden, etwa „unvorsichtige Ehen“ einzugehen. Allerdings, so räumte er ein, sei dies nur schwer zu erreichen:

„Von einer directen officiellen Belehrung kann natürlich keine Rede sein; höchstens mag noch die Bekanntmachung sicherer statistischer Nachrichten, aus welchen sich die offenbare Ueber[be]setzung einzelner Nahrungszweige ergibt, einen entfernten und vereinzelt Nutzen bringen. Mehr natürlich würde theils durch eine entsprechende Richtung des Volksunterrichtes [...] bewerkstelligt werden. Die hauptsächlichste Wirkung wird von der möglichsten Steigerung der allgemeinen Volksbildung und überhaupt von einer Hebung der unteren Classen erwartet werden können.“<sup>16</sup>

Dieser Artikel im „Staats-Lexikon“ war enzyklopädisch angelegt; Mohl hatte – wie angedeutet – noch weitere (rassische und hygienische) Aspekte der „Bevölkerung“ beleuchtet. Jedoch deutete sich die herrschende Bevölkerungsvorstellung des 19. Jahrhunderts an: Eine „Bevölkerung“ war zunächst ein zusammengesetztes Ganzes mit gewissen Eigengesetzlichkeiten. Sie zu regieren bedeutete aber vor allem, eine gewisse ökonomische Schicht (Proletariat), ein bestimmtes Fortpflanzungsverhalten (ungehemmte Vermehrung), bestimmte moralische Einstellungen (Unbildung, geringe Tugendhaftigkeit) zu regieren.

## Angst und Abscheu

Das Auftauchen ökonomisch marginalisierter Gesellschaftsschichten hat auch die Konnotation des Volksbegriffs entscheidend verändert. Nach dem Wiener Kongress idealisierten viele bürgerliche Gelehrte das „Volk“. Sie verbanden damit einen Einigungs- oder Emanzipationsgedanken. Nachdem das Königreich Sachsen beispielsweise wegen der politisch fatalen Taktiererei seines Monarchen während der napoleonischen Kriege beinahe unter den Siegern verteilt worden wäre, war es dem Staatswissenschaftler Pölitz angelegen, „ein während der funfzigjährigen Regierung seines Königs mündig gewordenen“ sächsisches Volk zu konstruieren. Seine Selbstständigkeit beruhe

<sup>15</sup> Ebenda, S. 469f.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 478.

„auf dem rechtlichen Besitze des ihm eigenthümlichen Landes; auf der Bewohnerzahl, welche einen besondern, von allen andern Völkern verschiedenen, Volksnamen führt; auf der an der Spitze stehenden eingebohrnen Dynastie; auf der in den Rechtsverhältnissen zwischen dem Fürsten und dem Volke gegründeten eigenthümlichen Verfassung, womit die einzelnen Zweige der Verwaltung in der genauesten Verbindung stehen; auf dem eigenthümlichen Geiste und Charakter eines jeden selbstständigen Volkes, wodurch es, bei bei aller Aehnlichkeit mit ursprünglich verwandten Volksstämmen, sich doch nach Sprache und Lebensweise, und oft selbst nach der öffentlichen Ausübung der Religion und nach mannigfaltig verschiedenen Formen des häuslichen und öffentlichen Lebens von jedem andern, zu einem besondern Staate verbundenen, Volke des Erdbodens unterscheidet.“<sup>17</sup>

Man sollte sich nicht täuschen lassen: Pölitz' Definition betont weniger die Regentschaft des Königs als vielmehr das mündig Gewordensein des Volks und die vertragliche Beschränkung der Macht der Krone. Eine Verfassung und formalistische Verwaltung existierte 1818 in noch keinem deutschen Staat. Das „Volk“ diente hier als kulturelle Selbstvergewisserung und war gegen Fürstenwillkür gerichtet.

Diese idealistische Volks-Vorstellung wurde spätestens Ende der Vierzigerjahre des 19. Jahrhunderts schwer getrübt. Die Liberalen bemerkten, dass jenes „Volk“ dazu in der Lage war, das mit der Industrialisierung schnell aufgestiegene Bildungs- und Besitzbürgertum von unten anzugreifen. Auf der Straße und hinter den Barrikaden der „Revolution“ wurde das „Volk“ zum „Mob“, zum „Pöbel“, zur „Masse“.

Die Frage, ob den unteren Schichten politische Mitwirkung zugestanden werden sollte, führte denn auch den deutschen Liberalismus in seine erste schwere Krise. Der Historiker Johann Gustav Droysen, der im Paulskirchenparlament saß, schrieb damals (29.04.1848):

„Endlich täusche man sich nicht über die nationalen Stimmungen; sie sind provinziellerer Art als man glaubt, nicht bloß die Gewohnheit und Erinnerung und der ächt deutsche Neid, sondern die Confessionen, die Interessen, die typischen Anschauungen trennen sie in allem Positiven; und der triviale Begriff der Volkssouveränität würde uns am wenigsten zu einer wirklichen anstättlichen Einheit führen, wie sie der wahre Volksgeist fordert und die verwandelte Lage der europäischen Verhältnisse nothwendig macht.“<sup>18</sup>

An anderer Stelle formulierte er es noch drastischer:

„Volk ist überhaupt wenig oder nichts, im besten Fall eine Staubwolke, die Luft zu füllen und den Blick zu hemmen, bis ein gelinder Regen all das Aufgewirbelte

17 Karl Heinrich Pölitz, Das sächsische Volk, oder ein während der funfzigjährigen Regierung seines Königs mündig gewordenes Volk, Leipzig 1818, S. 21f.

18 Johann Gustav Droysen, Denkschrift, die deutschen Angelegenheiten betreffend; in: Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte, Braunschweig 1849, S. 53f.

in die zähmäßige Gestalt zurückversetzt, welche man gewöhnlich Dreck nennt... Volk ist jedenfalls keine Adresse, an die man einen Brief oder ein Buch richten kann. Und das ist immer das Wichtigste.“<sup>19</sup>

Diese elitäre Abscheu und diese Angst vor dem „Mob“, der nicht nur ungebildet und sittenlos war, sondern auch jederzeit bereit schien, die Auflösung des Staats zu betreiben, wurde – wie James Sheehan schreibt – zu einem „Leitmotiv im Denken vieler Liberaler“.<sup>20</sup> Dabei kamen sie selbst in Konflikt mit ihren Idealen von bürgerlicher Emanzipation und Aufklärung. So etwa Friedrich Nurhard:

„Selbst bürgerlich geboren, dem Interesse des Bürgers mit ganzer Seele zugethan, der Sache des Bürgers treu bis zum letzten Atemzuge, ist mir kein Anblick widerlicher, als wenn ich sehe, daß der plumpe Pöbel stolz sich an die Stelle des anständigen Fürstenstolzes setzen will.“<sup>21</sup>

Im Zweifelsfall stützten die (rechten) Liberalen lieber die Reste einer feudalistischen Staatsordnung als das Proletariat politisch partizipieren zu lassen.

Da sie die Arbeiter nun aber nicht abschaffen konnten, ökonomisch gar auf sie angewiesen waren, versuchten sie, sie mit Erziehung und Bildung sowie mit einigen ökonomischen Maßnahmen besser kontrollieren und dadurch befrieden zu können. Und gaben sich dabei öffentlich altruistisch. Der Ökonom und Statistiker Victor Böhmert nannte seine Zeitschrift: „Der Arbeiterfreund“. Friedrich Harkort unterschied in seinem „Brief an die Arbeiter“ eben diese von den „Proletariern“. Da heißt es:

„Nicht aber rechne ich zu den Proletariern den braven Arbeiter, dem Gott durch die Kraft seiner Hände und den gesunden Menschenverstand ein Kapital verlieh, welches ihm Niemand rauben kann, es sei denn Krankheit und Alter... Diesen ehrenwerthen Leuten muss geholfen werden, durch Hebung der Gewerbe, Vorschußkassen, guten Unterricht für die Kinder und Sicherstellung gegen Krankheit und Invaldität.“<sup>22</sup>

Der deutsche Wohlfahrtsstaat war im 19. Jahrhundert bekanntermaßen ein liberalistisches Konzept. Die Proletarierfamilien waren offensichtlich arm,

19 Johann Gustav Droysen, Briefwechsel, Bd. 2, S. 188, zit. nach Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland; Frankfurt a. M. 1988; S. 69.

20 James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770–1914, München 1983, S. 57. Vgl. auch Richard J. Bazzillion, Modernizing Germany. Carl Biedermann's Career in the Kingdom of Saxony, 1835–1901, New York 1989, S. 7: „Germany's liberals distrusted the 'the mob' and placed little faith in the wisdom of the people, believing that power should belong only to those fitted to wield it by virtue of their education or ability to administer property.“

21 Zit. nach Sheehan (Anm. 20), S. 57.

22 Friedrich Harkort, Brief an die Arbeiter, in: Schriften und Reden zu Volksschule und Bildung, S. 103, zit. nach Johann Baptist Müller, Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1978, S. 199.

weil die Verhältnisse sie niederdrückten. Die ökonomische Ordnung zu ändern hieße aber, die Errungenschaften des besitzenden Bürgertums anzugreifen. Folglich mussten Wege gefunden werden, *innerhalb* dieser Ordnung Armut, Pauperismus zu bekämpfen. Und das war eine Aufgabe, für die die Proletarier selbst verantwortlich sein sollten. Die Ideologie des Liberalismus aber liegt darin, dass er ihnen unterstellt, weder ausreichend vernünftig, noch tugendhaft handeln zu können. Und dieser Umstand verschlimmere ihre Lage noch. Folglich bestünde die größte Anstrengung darin, die „unteren Klassen“ geistig und sittlich zu bessern, sie zu erziehen. Gäbe man ihnen dann einige kleine Mittel in die Hand, etwa vorzusorgen (Sparkassen) oder ihre Arbeit teilweise selbst zu organisieren (Vorschusskassen, Genossenschaften), ließe sich das Problem des Pauperismus lösen.

Die liberalistische Ideologie hatte gegenüber anderen Weltanschauungen unbestreitbare Vorteile: Sie ließ sich mit staatswissenschaftlicher Erkenntnis verknüpfen, denn die einflussreichsten Staatswissenschaftler waren Liberale; ihre Konzepte ließen sich administrativ umsetzen, zumindest in jenen deutschen Staaten, deren Ministerialverwaltungen von liberal eingestellten Bürokraten dominiert wurden; und man hatte ein Instrument in der Hand, ihre Annahmen empirisch zu überprüfen – die Statistik.

### Institutionalisierung

Die „Bevölkerung“, die doch etwas anderes war als das „Volk“ oder die „Untertanen“, kennenzulernen, wurde bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem dringenden Bedürfnis fast aller deutschen Staaten. Zu diesem Zweck richteten die Regierungen zwischen 1805/10 (Preußen) und 1919 (Mecklenburg-Strelitz) Statistische Bureaus oder Ämter ein.<sup>23</sup> Ihre Vorläufer hatte sie in der Politischen Arithmetik, die sich seit dem 17. Jahrhundert von England aus entwickelt hatte. Ein Pionier der amtlichen Statistik war der belgische Astronom und Mathematiker Adolphe Quetelét, der mit „Großen Zahlen“ und dem „Mittleren Menschen“ die Grundlagen schuf, mehr erforschen zu können als nur die Zahl der Einwohner. Einer seiner größten Bewunderer und eifrigsten Schüler war Ernst Engel, der 1850 Leiter des Statistischen Bureaus im sächsischen Innenministerium und zehn Jahre später Vorsteher des preußischen Bureaus wurde. Auf ihn werde ich später zurück kommen.

Bereits 1831 hatte sich ein „Statistischer Verein für das Königreich Sachsen“ etabliert, der laut Gründungsaufwurf eigentlich „Verein für vaterländische Staatskunde“ heißen sollte. Diese Bezeichnung wäre auch passender gewesen,

<sup>23</sup> Vgl. Egon Hölder/Manfred Ehling, Zur Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland, in Fischer/Kunz (Hrsg), Grundlagen der historischen Statistik von Deutschland, Opladen 1991, S. 15-31.

denn das ursprüngliche Anliegen war, eine Staatskunde *von unten* zu betreiben. Allerdings geriet dieser Anspruch alsbald in Wegfall, nachdem dem Verein allerhand administrative Aufgaben zugedacht worden waren: Bei den Gründungskonferenzen des Deutschen Zollvereins war eine dreijährliche Volkszählung in allen Vereinsstaaten verabredet worden, um die Zolleinnahmen an den Außengrenzen des Vereinsgebiets proportional zur jeweiligen Bevölkerungszahl unter den Mitgliedsstaaten verteilen zu können. Mit dieser Aufgabe war der Statistische Verein ziemlich ausgelastet, und er stieß endgültig an seine Grenzen, als er 1846 eine umfassende Gewerbezahlung vorbereiten und auswerten sollte. Die ersten Ergebnisse lagen erst zwei Jahre später vor; sie waren teilweise veraltet und ohnehin streckenweise falsch oder irrelevant.<sup>24</sup>

Vor allem waren sie nicht geeignet, Informationen zu liefern, die dringend benötigt wurden, als einige Regionen unter Nahrungsmittelknappheit litten, die Dynamik der Industrialisierung erstmals ins Stocken kam und Aufruhr die staatliche Ordnung bedrohte. Die sächsische Regierung, speziell der Leiter der II. Abteilung des Innenministeriums (Polizei, Medizinalwesen, Armenversorgung, Wirtschaftsangelegenheiten etc.), der „liberal eingestellte Bürokrat“ Albert Christian Weinlig<sup>25</sup>, war der Auffassung, dass die durch Industrialisierung und Zollvereinigung verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen nur durch eine gründliche Reform der Gewerbeverfassung abgefangen werden konnten. Dadurch würde zudem den politischen Angriffen der durch Kommunisten und Sozialisten aufgehetzten Arbeiter, Gesellen und kleinen Handwerker der Boden entzogen und die Staatskrise abgewendet. Kurz nach den Märzauftänden, am 3. April 1848, ließ Weinlig in sächsischen Tageszeitungen einen rhetorisch dramatisierten Appell mit der Überschrift „Was thut vor Allem Noth in der Arbeiterfrage?“ abdrucken.<sup>26</sup> Darin hieß es, in dem „Sumpfe“ von irrlichternden Ideen („Organisazion und Garantie der Arbeit“)

„drohen alle noch vorhandenen Begriffe von Ordnung und Eigenthum unterzugehen und darum gesellen sich zu den selbst irre geleiteten, fantastischen Freunden der Arbeiter auch noch die verlarvten Feinde derselben, deren Element die Verwirrung und die Zerstörung ist. Es wird Zeit, hohe Zeit, daß man zur Besinnung kommen, daß die Arbeiter über ihre wahren Interessen und den wahren Weg zu ihrem Heile aufgeklärt, daß die Fantasten und Enthusiasten in dem kalten Bade der praktischen Erwägung abgekühlt, daß die unberufenen Aufreizer entlarvt werden.“

24 Vgl. Arno Pfüze, Die Entwicklung der amtlichen Landesstatistik in Sachsen. Zum 100jährigen Bestehen der statistischen Landeszentrale Sachsens 1831–1931. Dresden 1931.

25 „[...] liberal-minded bureaucrats, such as Albert Christian Weinlig in Saxony [...]“, Bazillion (Anm. 20), S. 5.

26 Dresden Journal, 3.04.1848.

Zu diesem Zweck sollten einerseits „Alle, welche die Interessen der Arbeiter verstehen und sich wahrhaft für deren Wohlfahrt interessiren“, dieselben in Schrift und Wort belehren und andererseits die Regierung deutlich machen, „daß sie sich der Arbeiterinteressen aufrichtig annehmen wird, und zu gleicher Zeit, in welcher Form und welcher Richtung.“ Da die Regierung das zu diesem Zeitpunkt aber noch gar nicht wusste, inszenierte sie eine Mischung aus „Bündnis für Arbeit“ und sozialer Enquête. Sie gründete eine „Commission für Erörterung der Lage der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse“, in der Unternehmer, Handwerker, Arbeiter und Regierungsbeamte vertreten waren und die umfangreiche Fragebögen ins Land schickte, die von 1.957 Ausschüssen zu beantworten waren. Auf diese Weise hoffte man, Aufschluss über die ökonomischen Verhältnisse und die Wünsche der einzelnen Interessengruppen zu gewinnen. Die „Commission“ zerbrach Ende 1849 an der Unvereinbarkeit der Forderungen der verschiedenen Akteure, auch konnten die großenteils nicht-numerischen Informationen aus den Fragebögen nicht publizierbar ausgewertet werden. Möglicherweise flossen einige Eindrücke in das Gewerbegesetz ein, an dem Weinlig noch bis 1861 arbeiten sollte.<sup>27</sup>

Die Ereignisse von 1848/49 hatten der Regierung deutlich vor Augen geführt, dass die Arbeiter und kleinen Handwerker, wenn sie der Staat sich selbst überließ, ein Gefahrenpotential darstellten – und zwar für die politische Ordnung einerseits und für das mit der Industrialisierung sozial und ökonomisch aufgestiegene besitzende Bürgertum andererseits. Weinlig, der aus bürgerlichen Verhältnissen stammte und Medizin studiert hatte, bündelte in seiner Person diese gefährdeten Formationen. In gewisser Weise agierte er aus eigenem Interesse. Zudem war er dem Einfluss des mächtigen Industrievereins ausgesetzt, einer Art Lobbyorganisation, die ihre ökonomische Macht einsetzen konnte, um Druck auf die Regierung auszuüben.

Jedenfalls haben die Furcht vor den „arbeitenden Classen“ und das Scheitern der „Commission“ die Einrichtung eines Statistischen Bureaus im Königreich Sachsen wesentlich voran getrieben. Hatten sich Regierung und Stände aus Kostengründen lange Zeit gegen diesen Schritt gewehrt, hatte nun die Einsicht Platz gegriffen, dass der Staat nicht länger blind im ökonomischen Dunkel umher tappen konnte. Es musste regiert werden, und dazu brauchte man ein Regierungswissen. Der sächsische Innenminister von der Pfordten deklamierte bereits Anfang 1849:

„Zur Förderung der Gewerbestatistik sind zwar umfänglichere Arbeiten unter Mitwirkung des statistischen Vereins ausgeführt worden; indessen hat man sich überzeugt, daß der wichtige Zweck einer Gewerbestatistik nur durch die Einrichtung eines

27 Vgl. Bazillion (Anm. 20), S. 256f. sowie Hubert Kiesewetter, *Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert*, Köln 1988, S. 181f.

besondern officiellen statistischen Bureaus erreicht werden kann. Ein diesfalliger Plan wird bei Gelegenheit der Budgetberathung vorgelegt werden.<sup>28</sup>

Am 1. August 1850 war es soweit: Das Innenministerium etablierte ein Statistisches Bureau unter der Leitung Weinligs und mit Ernst Engel als Bureau-Vorstand. Die sächsische Bevölkerung konnte nun professionell und bürokratisch untersucht werden.

### Statistische Identifizierung

Mit Statistiken kann man identifizieren und Identifikation herstellen. In einem Denken, das als Medium die statistische Sprache nutzt, ist nur das wirklich, was gezählt wird. Und der Statistiker wird – wenn seine Ressourcen begrenzt sind, nur das zählen, was er a) für existent und b) für relevant in Bezug auf Staat, Volkswirtschaft und so weiter hält.

Zwei Beispiele zur Verdeutlichung. Der sächsische Volkszählungsfragebogen von 1855 etwa sah nur sechs Konfessionen vor: Lutheraner, Deutsch-Katholische, Römisch-Katholische, Griechisch-Katholische, Reformierte und Israeliten. Sollte es zu dieser Zeit zum Beispiel einige Muslime im Königreich gegeben haben, waren sie für den Staat nicht existent. Er wusste – bevölkerungsstatistisch – nichts von ihnen und hatte damit vermutlich auch kein Problem. Sie wurden als Bevölkerungsteil nicht identifiziert. Das war schon zwölf Jahre später anders. Da waren nämlich mit Anglikanern, Mennoniten, Baptisten und „Muhamedanern“ vier Konfessionen hinzugekommen. Bevölkerungsgruppen können also statistisch „hergestellt“ werden. Im positiven Fall hilft ihnen diese staatliche Identifizierung bei der Selbst-Identifikation; negativ würde die Identifizierung zur Exklusion führen. So kannten die sächsischen Volkszählungen von Anfang an in der letzten Spalte die Kategorie „Wenden“ (Sorben). Die Wenden verweigerten sich allerdings der Identifizierung, indem teilweise „in ausschließlich wendischen Dörfern sich niemand als Wende eingetragen hat“, wie ein wendischer Abgeordneter des Landtags beobachtet hatte.<sup>29</sup> Die Regierung hatte offensichtlich ein besonderes Interesse an den ethnisch, kulturell und konfessionell abweichenden Wenden; und dieses Interesse dürfte nicht nur wohlwollend gewesen sein.

Eine solche statistische Identifizierung sollte nun auch helfen, das politische und ökonomische Problem der „arbeitenden Classen“ zu lösen. Die ersten Standardisierungsbemühungen wurden auf dem ersten internationalen Statistischen Kongress 1853 in Brüssel unter Leitung Adolphe Quetelets gemacht. Aufschlussreich ist hier die thematische Ausrichtung des Kongresses:

28 Mittheilungen über die Verhandlungen des Ordentlichen Landtags im Königreiche Sachsen, 1. und 2. Kammer, 18.04.1849.

29 Landtags-Mittheilungen, 1. Kammer, 6./10.02.1850.

Obwohl den Berichten der Abgesandten der einzelnen Staaten zu entnehmen ist, dass die amtliche Statistik sich vielerorts gerade erst zu etablieren begann (manche Bureaus hatten wenig mehr gemacht, als metereologische Messungen zu dokumentieren), beschäftigte sich schon eine der drei Sektionen mit dem „Budget der arbeitenden Klassen“ sowie – in dieser Reihenfolge – mit der „Zählung der Nothleidenden“, der „Statistik des Unterrichts und der Erziehung“ und der „Criminalstatistik“.<sup>30</sup> Wer mir bis hierher gefolgt ist, wird in dieser Agenda schwerlich einen Zufall erkennen können.

Zu dieser Zeit liefen bereits die großen Enquêtes LePlays in Frankreich und Ducpétiaux' in Belgien zur Ermittlung der durchschnittlichen Einnahmen und Ausgaben von Arbeiterfamilien; ihre Ergebnisse konnten aber erst zwei Jahre später publiziert werden.<sup>31</sup> Der Kongress „äußerte den Wunsch, es möchten in jedem Lande die Mitglieder der Versammlung auf die Mittel bedacht sein, um das öconomische Budget der arbeitenden Classen nach dem beschlossenen Schema aufzunehmen“.<sup>32</sup> Dieses sah vor, drei Durchschnittsfamilien zu bestimmen, die aus Vater, Mutter und vier Kindern bestanden, und zwar

- a) eine Familie notleidender Arbeiter, die von öffentlicher Unterstützung abhängig war,
- b) eine Familie wenig bemittelter Arbeiter und
- c) eine Familie wohlhabender Arbeiter.

Von diesen Familien sollten jeweils die Einnahmen und Ausgaben ermittelt werden. Letztere wurden unterteilt in

- 1) „Ausgaben für das physische und materielle Bedürfniss“ (Nahrung, Wohnung, Wäsche etc.),
- 2) „Ausgaben für das religiöse, moralische und intellectuelle Bedürfniss“ (Schule, Bücher, Sparen etc.) und
- 3) „Luxusausgaben oder die aus Mangel an Vorsicht entspringen“ (Gasthäuser, Tabak, Spiel, Schmuck, Vergnügung, Leihhaus).

Diesem ganzen Bestreben, die Budgets der Arbeiterfamilien zu ermitteln, lagen zwei wesentliche Annahmen zugrunde:

1. Industriearbeit erzeugt Armut, indem die Löhne immer weiter gedrückt werden und den Arbeitern am Ende kaum die Mittel zur Ernährung ihrer Kinder bleiben, geschweige denn zur Zukunftsvorsorge:

„So ist dann der Pauperismus in der That eine nothwendige Folge des Industriesystems. Hierzu bemerken wir aber auch gleich noch, daß die logische Conse-

30 Fallati, Der statistische Congress in Brüssel; in: Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Jg. 1853, S. 676ff.

31 LePlay, Les ouvriers européens, Paris 1855; Ducpétiaux, Budgets économiques des classes ouvriers in Belgique, Brüssel 1855.

32 Fallati (Anm. 30), S. 700.

quenz, mit welcher der Pauperismus aus der herrschenden Ordnung im Industriestaate hervorgeht, die Mutter der sozialistischen und communistischen Systeme zur Aenderung dieser fatalen Zustände ist.“<sup>33</sup>

Da man die Inhaber der Fabriken nicht ohne Weiteres zwingen konnte, höhere Löhne zu zahlen, propagierten Ernst Engel und andere die Bildung von „Associationen“, also Genossenschaften, als drittem Produktionssegment. – *Das Einnahmehudget.*

2. Viele der Arbeiter verschlimmern diese Situation noch, indem sie nicht genügend Anstrengungen unternehmen, ihre Lage zu verbessern. Sie vertrinken und verspielen ihr Geld, anstatt es für schlechtere Zeiten aufzusparen. Dieser Umstand ist ihrem geringen Bildungsstand und damit ihrer niedrigen sittlichen Festigkeit geschuldet. Engels späterer Nachfolger in Sachsen, Victor Böhmert, stellte fest:

„Ohne Zweifel tragen die bestehenden Gesetze und mangelhaften Einrichtungen des Staates auch ihre Schuld an vielen Uebelständen unserer wirthschaftlichen Entwicklung; aber die Grundursache des socialen Uebels liegt in der Natur der endlichen Dinge und in dem Wesen der Menschen selbst, in dem Mangel an Einsicht und Willen, in den *Sitten* und Leidenschaften und in der Natur einer Weltordnung, welche auch die Noth zu einer Lehrmeisterin des Menschengeschlechts gemacht hat.“<sup>34</sup>

Mittel zur ökonomischen Besserung der Arbeiter bestanden in der Bereitstellung von Möglichkeiten zum Vorsorgen (Sparkassen und Versicherungen) und in einer breit angelegten Volkserziehung. – *Das Ausgabebudget.*

Die Statistiker verwendeten also einen Großteil ihrer Zeit und Energie darauf, die Lage der Arbeiter möglichst detailliert zu erforschen. Und Ernst Engel formulierte 1857 einen Maßnahmenkatalog zur Lösung der Sozialen Frage, den er als „Bevölkerungspolitik“ bezeichnete. Demnach müsse der Staat die Zahl der produktiven Kräfte sinnvoll verteilen, nämlich „nach Maßgabe des aliquoten Verhältnisses unter den einzelnen Consumtionszwecken“. Das bedeutete eine aktive Wirtschaftsförderungspolitik, vor allem um das Nahrungsmittelangebot aus eigener Produktion sicher zu stellen. Weiter hieß „Bevölkerungspolitik“ die Etablierung von Vorsorgeeinrichtungen und die Einschränkung des privaten wie öffentlichen Luxus<sup>7</sup>. Zu letzterem zählte übrigens auch die öffentliche Sicherheit, die „zu dem wohlfeilsten Preise und mit den geringsten persönlichen Opfern hergestellt“ werden müsse. Dann seien die

33 Ernst Engel: Der Wohlthätigkeitscongrèß in Brüssel im September 1856 und die Bekämpfung des Pauperismus; in: Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königl. Sächsischen Ministeriums des Innern, No. 10/1856; S. 159.

34 Victor Böhmert, Ueber die Methoden der socialstatistischen Untersuchungen, mit besonderer Rücksicht auf die Statistik der Löhne und Preise; in: Zeitschrift für schweizerische Statistik, 10. Jg.; Zürich 1874; S. 142.

Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und öffentlichen Hygiene zu verstärken, um die Lebensdauer zu erhöhen. Wenn die Menschen durchschnittlich länger lebten, könnten sie auch länger produzieren und ein ökonomisch günstigeres Verhältnis gegenüber der unproduktiven Lebenszeit erreichen: „Wie in der Landwirthschaft die intensive Cultur besser als die extensive ist, so auch in der Bevölkerungswirthschaft.“ Endlich sei die „Bevölkerungspolitik ohne Statistik [...] ein Schiff ohne Compaß“, sie erfordere

„die genaueste und zuverlässigste Kenntniß der Zahl und Beschaffenheit der Bevölkerung nach ihrem Stand und ihrer Bewegung, nicht minder aber auch die Kenntniß der Größe der Consumption in den einzelnen Berufs- und Bevölkerungsklassen und des daraus abgeleiteten Mittelmaßes der Consumption“.<sup>35</sup>

Ernst Engel hatte noch ein recht organisches Verständnis von der „Bevölkerung“, weshalb er auch die Verhältnisse *aller* Klassen ermitteln wollte. Sein Plan von einer holistischen „Physik der Gesellschaft“ musste wenigstens konzeptionell jene Schichten einbeziehen, die nicht als die „unteren“ galten. Noch 1882 äußerte er die Hoffnung, dass die Statistiker „ausser der Erforschung der Lage der arbeitenden Klassen auch die der übrigen und namentlich auch der bemittelten Klassen der Bevölkerung sich angelegen sein lassen“.<sup>36</sup> Damit stand er zu diesem Zeitpunkt allerdings ziemlich allein da. Man sah schlicht keine Veranlassung, diese Forschungen zu betreiben, so lange die „Bemittelten“ kein Problem darstellten.

Victor Böhmert, der sich mit dem Vorschlag, überall im Lande „socialstatistische Beobachtungsstationen nach Art der metereologischen Stationen“ zu installieren, für die Leitung des sächsischen Statistischen Bureaus empfohlen hatte,<sup>37</sup> richtete sein Wirken deutlich auf die Lösung der Sozialen Frage aus:

„Die neuere Medizin hat schon längst erkannt, dass man zwar den menschlichen Körper als Ganzes erfassen, aber ihn gleichzeitig auch in seinen einzelnen Theilen und Funktionen sorgfältig studiren muss, und dass man die Krankheiten nicht auf spekulativem Wege, sondern nur am Krankenbette selbst, durch sorgfältige eigene Beobachtungen und Erfahrungen, durch Experimente und Sektionen, durch Behandlung von Fall zu Fall zu erforschen vermag, und nur durch viele Erfahrungen und Vergleichen zu neuen Theorien und Heilmethoden gelangen

35 Ernst Engel: Die vorherrschenden Gewerbszweige in den Gerichtsämtern mit Beziehung auf die Productions- und Consumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen, in: Zeitschr. Stat. Bureau Sachsen, No. 8,9/1857; S. 181f.

36 Ders., Das Rechnungsbuch der Hausfrau und seine Bedeutung im Wirthschaftsleben der Nation; in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 24; Berlin 1881.

37 Victor Böhmert, Die Aufgaben der statistischen Bureaux und Zeitschriften in ihrer Verbindung mit Hochschulen und Lehrstühlen für Nationalökonomie und Statistik; in: Zeitschr. Stat. Bureau Sachsen, No. 1,2/1875, S. 2.

kann. Der Volkswirth hat zur Erforschung und Heilung der socialen Uebelstände eine ähnliche Methode einzuschlagen [...].<sup>38</sup>

Dieses Bild von der Krankheit (Soziale Frage), die den Gesellschaftskörper befallen habe, ist nicht ungewöhnlich. Es rekurriert auf den spätestens seit Hobbes in der Ideengeschichte virulenten Volkskörperbegriff. Böhmer forderte in „Resolutionen“, die „wirklichen Zustände der Bevölkerung [...] nach drei Richtungen hin zu überprüfen“:

1) in sanitärischer Beziehung (Wohnverhältnisse, öffentliche Gesundheitspflege, Arbeitsschutz);

2) in ökonomischer Beziehung (Lohnverhältnisse, Sparkassenwesen etc.);

3) in intellektueller und moralischer Beziehung (Familie, Erziehung, „Aufrechterhaltung von Ordnung, Nüchternheit und Sitte“, Gemeinsinn etc.).

Bei diesen sozialstatistischen Beobachtungen müsse unterschieden werden, was

a) die Arbeitnehmer,

b) die Unternehmer,

c) das gemeinnützige Publikum und

d) der Staat zur Verbesserung der Zustände unternommen hätten.<sup>39</sup>

Ich unterstelle, dass Böhmer die einzelnen Akteure bewusst so angeordnet hat; der Staat müsse sich, so weit es geht, zurück halten, während die Arbeiter zunächst einmal selbst für die Verbesserung ihrer Lage verantwortlich seien.

Es ist letztendlich nicht zu entscheiden, ob der gewendete „Volks“-Begriff der Liberalen die wissenschaftlichen Problemstellungen und Erkenntnisse der Bevölkerungsstatistiker beeinflusst hat oder ob die letzteren nach sorgfältiger Erforschung der „wahren Zustände“ die liberalen Programme mitformuliert haben. Diskurse dieser Art und Tragweite beschränken sich in der Regel nicht auf einzelne Funktionssysteme oder Institutionen. Auffällig ist nur, dass eine bestimmte Vorstellung von dem, was „Volk“ ist, zur selben Zeit mit der Vorstellung korrespondierte, was die primäre Aufgabe der Beschäftigung mit der „Bevölkerung“ sei. Insofern erscheint die deutsche Statistik des 19. Jahrhunderts, die doch proklamierte, eine Naturwissenschaft, eine „Physik der Gesellschaft“ (Engel) zu sein, als politische Wissenschaft im engeren Sinne – als politisierte und politisierende Wissenschaft.

38 Böhmer, Ueber die Methoden der socialstatistischen Untersuchungen (Anm. 24), S. 142.

39 Ebenda. S. 172.

## Zwischen Krisendeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Deutschland und Frankreich (1870–1918)<sup>1</sup>

Im Berliner Tageblatt vom 22. März 1914 schrieb Werner Sombart einen ausführlichen Artikel mit der Überschrift „Abnahme der Bevölkerung, ein praktisch-politisches Problem in wissenschaftlicher Beleuchtung“. Der Ökonom räumte in dem Artikel der Wissenschaft eine Leitfunktion für die Politik ein und meinte, dass „es ein Segen ist, wenn die Praktiker sich möglichst viel um die Ergebnisse der Forschung kümmern“, überhaupt bedürfe „zielsichere Politik der Wissenschaft.“ Anschließend veranschaulichte Sombart seine These am Problem der Bevölkerungsabnahme und betonte die kritische und systematisierende Aufgabe der Wissenschaft insbesondere für dieses politische Problem. Ähnlich wie Sombart hatte ein Vierteljahrhundert früher der französische Soziologe Arsène Dumont argumentiert. In dem Buch *Dépopulation et Civilisation* aus dem Jahr 1890 behauptete Dumont, dass die neuen Sozialwissenschaften, darunter vor allem die Soziologie, als Leitwissenschaften der praktischen Politik dienten. Im Zentrum der Soziologie stecke, so Dumont, immer eine Theorie der *Natalité*, also der Geburtenziffer<sup>2</sup>.

In den Beispielen zeichnete sich gleichermaßen – ganz allgemein gesprochen – der Anspruch zweier Wissenschaftler ab, in Bevölkerungsfragen beratend in die Politik einzugreifen. In beiden Fällen deuteten die Wissenschaftler die Bevölkerungsentwicklung als zentrales wissenschaftliches und politisches Problem der Zeit. Die zwei Stellungnahmen lassen sich in eine breite Diskussion über den Geburtenrückgang einordnen, die sowohl in Deutschland als auch in Frankreich – wenn auch zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Form – geführt wurde. Im folgenden möchte ich vergleichend für Frankreich und Deutschland untersuchen, welche Ordnungsvorstellungen an

---

1 Der Aufsatz basiert auf einem Vortragsmanuskript, das ich erstens auf der Tagung des DFG-Schwerpunktprogramms „Das Konstrukt der Bevölkerung vor, während und nach dem Nationalsozialismus“ vom 6.-8. März 2003 in Bayreuth und zweitens auf dem Workshop „Akteure und Institutionen. Methodische Fragen zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft“, Frankreich-Zentrum/Berlin, 30.-31. Mai 2003, vorgestellt habe. Ich danke den TeilnehmerInnen für die zahlreichen Anregungen und Sylvia Kesper-Biermann, Patrick Krassnitzer sowie Daniel Schmidt für das Korrekturlesen des Manuskripts.

2 Arsène Dumont, *Dépopulation et civilisation. Etude démographique*, Paris 1890, VII-X.

der Schnittstelle von Wissenschaft, Verwaltung und Politik Bevölkerungsfragen strukturierten und welche politischen Handlungsräume sich damit eröffneten. Ich werde dabei die These entwickeln, dass die Interpretation militärischer Niederlagen, die Antizipation zukünftiger Konflikte sowie Kriegsrhetorik die Formulierung von Bevölkerungsfragen entscheidend prägten. Am Beispiel von verschiedenen Kommissionen<sup>3</sup>, die zwischen 1870 und 1918 in beiden Staaten zur Diskussion über Geburtenrückgang, Mortalitätsraten und Raum zusammentraten, zeige ich, wie Wissenschaftler, Verwaltungsbeamte und Politiker um das Deutungsmonopol in Bevölkerungsfragen konkurrierten. Daran schließt sich die Untersuchung, welche Aufgabe und Reichweite bevölkerungspolitischen Maßnahmen eingeräumt wurde und was überhaupt im Untersuchungszeitraum unter Bevölkerungspolitik – ein Begriff der zunächst in Deutschland nach 1900 verstärkt auftauchte –, verstanden wurde.

Die Darstellung gliedert sich in drei Abschnitte: Erstens geht es um verschiedene Expertenkreise in Frankreich, in denen die *dépopulation* als wissenschaftliche Fragestellung und politisches Argument eine zentrale Rolle spielte. Zweitens wird dargestellt, in welchem Kontext die Idee der „Entvölkerung“ in Deutschland aufgegriffen und mit einem bevölkerungspolitischen Programm verknüpft wurde. Im dritten Abschnitt fasse ich die Ergebnisse zusammen.

### 1. *Dépopulation* als Krisendeutung und -antizipation.

#### Der Fall Frankreich

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts diskutierten Verwaltungsfachleute, Ökonomen und Mediziner in zahlreichen Schriften über die Größe der französischen Bevölkerung. Nicht selten interpretierten sie dabei Tabellen der *Statistique Générale de France*, also des staatlichen Zensusbüros, das regelmäßig detaillierte Statistiken veröffentlichte, die unter anderem die Geburten- und Sterbeziffern dokumentierten<sup>4</sup>. In der Regel äußerten sich die Wissenschaftler und Verwaltungsbeamten dabei in neutralen oder sogar positiv besetzten Termini über die Bevölkerungsentwicklung; sie sprachen etwa über das Bevölkerungswachstum (*augmentation de la population*) oder über den Rückgang der Sterblichkeit (*diminution de la mortalité*)<sup>5</sup>. Gleichwohl existierte vor 1870, insbesondere unter den Medizinern, eine Strömung, die einen Zusammenhang

3 Im Mittelpunkt der Darstellung stehen jeweils Expertenkreise als institutionalisierte, zeitlich begrenzt zusammentretende Zusammenschlüsse sowie Expertennetzwerke, die längerfristig existierten.

4 Alain Desrosières. *La Politique des Grands Nombres. Histoire de la Raison Statistique*, Paris 1993, 182.

5 Siehe zum Beispiel Paul Broca, *Sur la prétendue dégénérescence de la population française*. Paris 1867, 1.

sah zwischen Schwankungen im Bevölkerungswachstum und Dekadenz, Degeneration oder Verfall (*déperissement*). Der Arzt Jules Guérin führte zum Beispiel in den sechziger Jahren den Nachweis, dass die Rekruten – wie die Bevölkerung insgesamt – zunehmend kleiner seien und führte die „Dekadenz der französischen Rasse“ auf chronische Krankheiten zurück. Diese pessimistische Sicht war allerdings eher marginal und umstritten; neben anderen vertrat der Anthropologe Paul Broca<sup>6</sup> die Ansicht, dass die Schwankungen in der Entwicklung der Größe der Bevölkerung kaum bedenklich seien, da die Franzosen nach Niederlagen immer wieder die Fähigkeit zur Regeneration gezeigt hätten. Überhaupt, so meinte Broca wie viele andere, existiere gar kein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang<sup>7</sup>.

Nach dem deutsch-französischen Krieg trat diese optimistische Interpretation der Bevölkerungsentwicklung in den Hintergrund. Das zeigte sich zum Beispiel auf dem Medizinischen Kongress von Lyon, einem Expertenkreise für Bevölkerungsfragen, im Jahre 1872. Dessen Organisatoren setzten auf ihre Tagesordnung an zentrale Stelle den Punkt „Gründe der *dépopulation* in Frankreich und Mittel, um dieser entgegenzuwirken“<sup>8</sup>. Entsprechend gingen die Redner dieser Sektion, deren Beiträge kurze Zeit später veröffentlicht wurden, auf das Problem der *dépopulation* ein und brachten damit einen Begriff in Umlauf, der zwar zuvor bekannt gewesen war, von nun an aber eine subtile Erklärungskraft, vor allem für die militärische Niederlage Frankreichs, entwickeln sollte. Obwohl bis 1870 lediglich ein Geburten-, nicht aber ein Bevölkerungsrückgang nachweisbar gewesen war<sup>9</sup>, rückte mit dem Kongress in Lyon das Phänomen der Entvölkerung als Fakt und wissenschaftliche Fragestellung ins Zentrum der Aufmerksamkeit; die Vorsilbe der Wortschöpfung *dé-population* erinnerte dabei an negative Erscheinungen wie Degeneration, Dekadenz oder *Déperissement* (Verfall).

Mit der *dépopulation* formulierten die Mediziner vergleichsweise früh eine für die Zeitgenossen nachvollziehbare Erklärung für die Kriegsniederlage<sup>10</sup>. Dabei verwundert es kaum, dass sich ausgerechnet die Mediziner dazu in der

6 Der Mediziner Paul Broca gründete im Jahre 1859 die Anthropologische Gesellschaft von Paris, dazu: Laurent Mucchielli, *La découverte du social. Naissance de la sociologie en France*, Paris 1998, 28ff. und 53-55.

7 Zur Auseinandersetzung Brocas mit Jules Guérin: Broca, *Sur la prétendue* (Anm. 5), 2ff.

8 A. Caron, *Des causes de la dépopulation en France et des moyens d'y remédier*, Lyon 1873.

9 Zu statistischen Daten, politischen und wissenschaftlichen Debatten über Geburtenregelung etc. liegt das materialreiche, ausführliche Werk von Christiane Dienel vor. Christiane Dienel, *Kinderzahl und Staaträson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918*, Münster 1995, 26.

10 Neben der *dépopulation* existierten auch andere Erklärungen für die Kriegsniederlage, dazu: Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française (1870–1914)*. Paris 1959, besonders 74ff.

Lage sahen: Ihr Urteil war wesentlich bei der Musterung der Rekruten; somit verfügten sie aus ihrer Sicht über intime Kenntnisse, was die militärische Stärke der Nation anbelangte. Im einzelnen griffen die Ärzte Argumente auf, die teilweise bereits vor 1870 verwandt worden waren, nun aber neue Überzeugungskraft gewannen. A. Caron warf zum Beispiel der französischen Elite tiefgreifende Dekadenz vor, die sich am unmäßigen Alkohol- und Tabakkonsum junger Männer ebenso wie an der verbreiteten Abtreibungspraxis junger Paare ablesen lasse. Der Blick des Mediziners richtete sich demnach keineswegs nur auf die jungen Männer und Rekruten, sondern mindestens ebenso intensiv auf junge Frauen, die rechtzeitig auf die Säuglingspflege vorbereitet und vor allem in die „wahren weiblichen Freuden“ eingeführt werden müssten<sup>11</sup>. Andere Redner empfahlen sich in ihrer Kompetenz als Mediziner, die allein in der Lage seien, „das soziale Problem der *dépopulation*“ zu lösen<sup>12</sup>. Mit dem Verweis auf soziale Probleme hatten die Experten konkret die Organisation der Säuglingsfürsorge vor Augen – ein zentrales Experimentierfeld der Mediziner zu dieser Zeit<sup>13</sup>. Mit dem diffusen Begriff der Entvölkerung benannten die Mediziner also nicht nur einen Grund für die Kriegsniederlage, sondern auch – erfolgreich – politische Handlungsfelder: Im Jahre 1874 wurde zum Beispiel das sogenannte Gesetz Roussel verabschiedet, mit dem das Ammenwesen von Grund auf neu organisiert und streng kontrolliert wurde. 1878 kam es zur Wiedereinführung von Drehtüren in karitativen Einrichtungen, wo ledige Mütter ihre Kinder anonym abgeben konnten<sup>14</sup>. Sämtliche Maßnahmen dienten der Verbesserung der Säuglingsfürsorge, was eine spezifische Verantwortung der Frauen für die Wehrkraft der Nation implizierte. In jedem Fall diente die medizinische Expertise „der nationalen Regeneration“ und dem Schutz vor einer „deutschen Invasion“. Somit unterstützten sowohl die Gesellschaftsdiagnose der Mediziner als auch die vorgeschlagenen Maßnahmen ein Revanchedenken, das in der III. Republik weit verbreitet war.

11 Caron, *Des causes* (Anm. 8), 12.

12 Brochard, *Des causes de la dépopulation en France et des moyens d'y remédier*. Mémoire lu au congrès médical de Lyon, Lyon 1873, 10.

13 Ebd., 11ff., vgl. auch den Bericht des Präsidenten der Kinderschutzgesellschaft von Lyon und Ex-Chirurgen A. Rodet, *Des causes de la dépopulation en France et des moyens d'y remédier*, Paris 1873.

14 Diemel, *Kinderzahl* (Anm. 9), 79. Repressive Maßnahmen waren zu dieser Zeit noch eher schwach ausgebildet: Zwar konnte die Werbung für Verhütungs- oder Abtreibungsmittel auf der Grundlage des Gesetzes vom 2. August 1882 verfolgt werden, das die Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit mit Gefängnis- oder Geldstrafe belegte. Am 16. August wurde das Gesetz auf nichtöffentliche Werbung ausgedehnt und das Strafmaß erhöht. Die Rechtsprechungspraxis blieb aber tendenziell milde. Erst das Gesetz vom 31. Juli 1920 erklärte neomalthusianische Propaganda für illegal. Dazu Diemel, 66-68.

Für Bevölkerungsfragen im Zeichen der „nationalen Regeneration“ interessierten sich allerdings nicht nur Mediziner. Das zeigte sich besonders deutlich an der Einrichtung einer Kommission zur Bekämpfung der *dépopulation* nach der Jahrhundertwende. Die Initiative zur Bildung der Kommission ging von politischer Seite aus: Am 22. November 1901 nahm der französische Senat auf Antrag des Radikalsozialisten G. Bernard den Vorschlag an, eigens eine Kommission zur Untersuchung der *dépopulation* einzurichten. Am 21. Januar 1902 benannte der fortschrittlich-liberale Ministerpräsident Pierre Waldeck-Rousseau 67 Kommissionsmitglieder, die sich Ende Januar zum ersten Mal trafen. Die Kommission vereinte Parlamentarier, Mediziner, Vertreter staatlicher Einrichtungen, Akademien, Universitäten und privater Vereine, darunter eine Reihe von Personen, die sich in dem inzwischen weit verzweigten Netzwerk von Experten zur *dépopulation* einen Namen gemacht hatten: Emile Levasseur, Jacques Bertillon, Lucien March, Arsène Dumont und viele mehr<sup>15</sup>.

Im Jahre 1902, also zum Zeitpunkt des Zusammentretens der Kommission, stellte die Partei der Radikalsozialisten – eine spezifisch französische Variante des linken demokratischen Flügels –, die stärkste Fraktion im Parlament. Die Partei zeichnete sich unter anderem durch ihre Kritik am liberalen Parlamentarismus der III. Republik und an sozialer Ungleichheit sowie durch ihren militanten Laizismus aus<sup>16</sup>. Die Initiative Bernards zur Einrichtung der Kommission ist daher als Versuch zu werten, soziale Probleme – wie sie zum Beispiel bei kinderreichen Familien beobachtet wurden –, durch staatliche Intervention zu regulieren. Allerdings gestaltete sich die konkrete Zusammenarbeit in der Kommission, die sich in eine Unterkommission zur *natalité* und zur *mortalité* aufgliederte, schwierig: Die versammelten Experten hatten große Mühe, sich auf ein Verfahren zu einigen sowie eine klare Zielsetzung der Kommission zu definieren. Vor allem blieb umstritten, ob es in erster Linie um die theoretische Erklärung der *dépopulation* oder um deren Bekämpfung gehen sollte<sup>17</sup>. Ferner scheiterte eine effektive Zusammenarbeit mit dem Parlament, das der Kommission Gesetzesvorlagen zur Beratung vorlegte. Im Hinblick auf konkrete bevölkerungspolitische Maßnahmen bewirkte die Kommission entsprechend wenig. Nichtsdestotrotz oder gerade deshalb ist ihre Arbeit aus zwei Gründen aufschlussreich: Die Sitzungsprotokolle belegen erstens, dass sich nach 1900 über Partei- und Disziplinargrenzen hinweg nahezu ein Konsens dar-

---

15 Ebenda, 72ff.

16 Dazu jüngst: Klaus-Peter Sick, Vom Opportunisme zum Libéralisme autoritaire. Die Krise des französischen Parlamentarismus 1885–1940, in: Geschichte und Gesellschaft 2003/1, 66–104, 72.

17 Gedruckte Protokolle der Commission de la dépopulation, sous-commission de la natalité, z. B. séance du 12 février 1902, 4ff., vor allem séance du 5 mars 1902, 7.

über herausgebildet hatte, welche Ursachen der Geburtenrückgang in Frankreich hatte. In diesem Zusammenhang spielte der eingangs erwähnte und in die Kommission berufene Soziologe Arsène Dumont mit seiner Theorie der *capillarité sociale* eine wichtige Rolle<sup>18</sup>. Dumont hatte durch empirische Untersuchungen in kleineren Städten und Orten den Konnex von Geburtenrate, Sterblichkeit, Landflucht und Wohlstandsentwicklung“ studiert<sup>19</sup>. Unter *capillarité sociale* verstand Dumont den Wunsch der Menschen, einer höheren sozialen Klasse als der eigenen anzugehören. In einer egalitären Demokratie könne sich, so Dumont, die *capillarité sociale* ungebremst entfalten, in einer Monarchie sei sie reglementiert. Entsprechend strebten in einer egalitären Demokratie mit ökonomischer Ungleichheit nahezu alle danach, den Lebensstil der reichen Familien – die in der Regel wenige Kinder hätten –, nachzuahmen<sup>20</sup>. Dumont zählte, wie bereits erwähnt, zu den Wissenschaftlern, die den Anspruch erhoben, die Politik leiten zu können. Dabei forderte er die Vorherrschaft der Soziologie in Bevölkerungsfragen ein, die bislang vornehmlich in der Ökonomie behandelt worden seien<sup>21</sup>. Er vertrat die Ansicht, dass eine soziologisch orientierte Demographie zur „wahren Demokratie“ führe, in der die *capillarité sociale* sinnvoll kanalisiert werde. Die gleichmäßige Verteilung von kleinem Eigentum durchbreche die Oligarchie reicher Familien, führe das Prinzip der Solidarität für das Kollektiv und damit ein gleichmäßiges Bevölkerungswachstum ein<sup>22</sup>.

Nicht alle Kommissionsmitglieder hatten eine gleichermaßen ambitionierte politische Vision wie Dumont; aber fast alle erkannten – wenn auch aus unterschiedlichen Positionen – die Anziehungskraft des Wohlstands als zentrale Ursache für den Geburtenrückgang an. Ohne die Positionen Dumonts bis in alle Einzelheiten zu teilen, leitete Jacques Bertillon – Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Paris und Mitbegründer des pro-natalistischen Vereins *Alliance pour l'accroissement de la population française* –, aus Dumonts Theorie eine „soziale Pflicht zur Geburt“, ab – eine Formel auf die sich sämtliche Experten einlassen konnten<sup>23</sup>. Um einen Anreiz zu schaffen, die soziale Pflicht

18 Ebd., z. B. 10ff. Ein zentrales Werk von Dumont wurde bereits oben erwähnt.

19 Dumont, *La dépopulation* (Anm. 2), VII, siehe auch ders., *Essai sur la natalité au Massachusetts*. Extrait du *Journal de la Société de Statistique de Paris*, Nancy 1898, insbesondere 38ff.

20 Dumont, *La dépopulation* (Anm. 2), 127. Die Idee der *capillarité sociale* wurde auch von Emile Zola durch den Roman *La Fécondité*, Paris 1899 verbreitet. Dessen Einfluß auf die Diskussion über den Geburtenrückgang ist noch genauer zu untersuchen. Zu Zolas Frankreich-Visionen nach 1870: Digeon, *La crise allemande* (Anm. 10), 284ff.

21 Dumont, *La dépopulation* (Anm. 2), 15-17.

22 Ebenda, 130f.

23 Zur Anerkennung der Position Dumonts: Protokolle der Commission de la dépopulation, sous-commission de la natalité, séance du 12 mars 1902. 9-25. Zur sozialen Pflicht,

zur *natalité* auch tatsächlich zu erfüllen, schlug die Kommission eine Reihe von Maßnahmen „zur Stärkung des Familiensinns“ vor<sup>24</sup>. Konkret gemeint war damit die finanzielle Entlastung von kinderreichen Familien oder zuge-spitzt formuliert, eine Familienpolitik, wie sie auch von den zahl- und einflussreichen privaten Vereinigungen zur Bekämpfung der *dénatalité* gefordert wurde. Die Expertenkommission setzte die ausgearbeiteten Maßnahmen allerdings nicht durch. Zum einen hing dies mit wechselnden Parlamentsmehrheiten, zum anderen mit finanziellen Engpässen zusammen, die durch die Einführung der Alters- und Invalidenrente sowie die Gesetze zur kostenlosen medizinischen Versorgung entstanden waren<sup>25</sup>. Die Experten traten ferner – und das ist der zweite Punkt, warum die Kommissionsarbeit gerade wegen ihres geringen Einflusses auf die konkrete Politik aufschlussreich ist – in einer Phase zusammen, in der das Revanchedenken eher hinter innenpolitischen Querelen zurückstand. Zwar verwiesen sämtliche Kommissionsmitglieder auf die Bedeutung der Bevölkerungsgröße für die Stärke des Vaterlandes; aber der mobilisierende Faktor des Revanchedenkens griff in dieser Phase kaum.

Das änderte sich schlagartig im Jahre 1912, in dem das Revanchedenken in eine neue Phase trat: Präsident Poincaré kündigte in diesem Jahr eine aggressive Revanchepolitik gegen Deutschland an und unterbreitete den Vorschlag, das Heer durch die Einführung einer dreijährigen Dienstpflicht zu vergrößern. Zunächst stieß er damit auf großen Widerstand: Erstens stand dieser Schritt der republikanischen Idee der *nation armée* entgegen, zweitens bedurfte es einer umfassenden Steuerreform zur Finanzierung des Projektes<sup>26</sup>. Um die Akzeptanz für die umstrittene Heeresvorlage zu vergrößern, nutzte Poincaré propagandistisch die Nachricht, dass 1911 erstmals seit langer Zeit wieder die Geburten- unter der Sterblichkeitsrate geblieben war. Parallel zur Planung der militärischen Mobilmachung wurde 1912 per Dekret angeordnet eine interministerielle Kommission zur Bekämpfung der *dépopulation* einzurichten, die auf Arbeitsvorlagen und Verfahrensweisen der ersten Kommission zurückgreifen konnte. Beim dritten Expertenzirkel, der nur kurz behandelt wird, spielten militärische Fragen explizit eine wichtige Rolle<sup>27</sup>. Poincaré nutzte die Kommission, um die skeptische Bevölkerung von der Notwendigkeit Heeresvorlage zu überzeugen. Dabei stützte er sich auf den nationalen Konsens, der

---

das Vaterland nicht nur militärisch, sondern auch durch Geburten zu stärken: Ebd., Séance du 2 Juillet 1902, 24.

24 Ebenda, Séance du 2 juillet 1902 insgesamt.

25 Diemel, Kinderzahl (Anm. 9), 80.

26 Zu Heeresvorlage und Steuerreform: Gerd Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914, Wiesbaden 1980, insbesondere 54, 121ff, 163ff.

27 Ausführlicher zur Kommissionsarbeit Diemel, Kinderzahl (Anm. 9), 75.

sich in der Frage der *dépopulation* seit 1870 über Parteigrenzen hinweg und in der Bevölkerung herausgebildet hatte. Als die Heeresvorlage schließlich nach zähem Ringen verabschiedet wurde, gingen damit als „Nebenprodukt“ einige familienpolitisch relevante Gesetze einher: In das Finanzgesetz von 1914 wurden Kredite zur Unterstützung bedürftiger Familien mit mindestens vier Kindern aufgenommen, ferner legte das Parlament mit der neu eingeführten Einkommenssteuer einen geringen Steuerfreibetrag für Kinder fest<sup>28</sup>. Hier zeichnete sich vage die Verschiebung von der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hin zu einer Familienförderung ab. Während des Ersten Weltkriegs rückten bevölkerungspolitische Maßnahmen dann eher in den Hintergrund – die inhaltlichen Positionen der Experten für Bevölkerungsfragen änderten sich kaum<sup>29</sup>.

## 2. Erfahrungsvorsprung und Bevölkerungspolitik. Der Fall Deutschland

Als die französische Regierung 1912 die zweite Kommission zur Erforschung der *dépopulation* einrichtete und die Revanche-Politik ankündigte, erschienen in Deutschland eine Reihe von Zeitungsartikeln, die beide Ereignisse in einen Zusammenhang brachten. In der Schlesischen Volkszeitung vom 7. Juli 1912 schrieb ein anonymer Journalist unter dem Titel „Deutschlands sittlicher Verfall“ folgenden Zeilen:

„Eine erschütternde Trauerbotschaft ist dem französischen Volke verkündet worden. Im Jahre 1911 hat die Bevölkerungsbewegung nicht wie seit Jahrzehnten stagniert, nein die Zahl der Todesfälle hat die der Geburten übertroffen. Mit einem Defizit von 35.000 Seelen ist Frankreich in das neue Jahr eingetreten. Die ‚grande nation‘ droht auszusterben, die Großmachtstellung gerät ins Wanken, der Revanchegedanke muß verblassen... Als Frankreich und Deutschland 1871 Frieden schlossen, zählten beide Nationen die gleiche Bevölkerung. Seitdem hat Deutschland seinen Erbfeind um 25 Millionen Menschen überflügeln können. Alljährlich, wenn die Statistik das geringe Fortschreiten oder gar die Stagnation des französischen Volkes meldete, gab man bei uns berechtigter Freude Ausdruck. Wir waren ein enorm wachsendes Volk, unsere Nation war kerngesund, wir kannten keine moralische Dekadenz.“<sup>30</sup>

28 Ebenda, 81.

29 Das gilt vor allem für die Regierungs-, Ministerial-, und parlamentarische Ebene. Ungeklärt ist bislang, wie die Diskussion in den pronatalistischen Vereinen, in den Zeitungen und in der Bevölkerung verlief. Erst wenn diese Quellen ausgewertet sind, ist eine gesicherte Aussage darüber möglich, ob sich Bevölkerungsfragen in Frankreich während des Ersten Weltkriegs tatsächlich weniger oder auf andere Weise radikalisierten als in Deutschland.

30 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2011. Weitere Artikel zu dem Thema befinden sich ebd., z. B. im Leipziger Tageblatt vom 15. Juni 1912 oder in der Berliner Morgenpost vom 23. Juni 1912.

Nun zeigten sich aber auch in Deutschland, so der Journalist, seit einigen Jahren Spuren des „Verfalls“. Der Artikel belegt exemplarisch, wie genau man auf deutscher Seite die Bevölkerungsentwicklung in Frankreich beobachtete. Die letzten Zeilen, in denen von „Dekadenz und Verfall“ die Rede ist, zeigen ferner den Transfer von Deutungsmustern in Bevölkerungsfragen, die von Frankreich ausgehend in Deutschland übernommen wurden. Unter dem Eindruck der äußeren Gefahr durch Frankreich und der inneren Bedrohung durch vermeintlichen „Verfall“ begannen Politiker und Bevölkerungstheoretiker, die drohende „Entvölkerung“ zum ersten Mal auch in Deutschland umfassend zu untersuchen, wobei die seit Jahrzehnten beobachtete französische Diskussion eine wichtige Rolle spielte.

Eine medizinische Expertenkommission des preußischen Innenministeriums von 1912 prognostizierte die vermeintliche Gefahr der Entvölkerung für Deutschland und machte sie allgemein bekannt. Auf Einladung des Innenministers von Dallwitz traten im Oktober 1911 die Mitglieder der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zusammen, um über die Ursachen des Geburtenrückgangs in Deutschland zu beraten. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass in Frankreich in diesem Jahr seit längerer Zeit zum ersten Mal wieder die absolute Geburtenziffer unter jener der Sterblichkeitsrate lag<sup>31</sup>. Aus drei Gründen nahm man die Nachricht zum Anlaß, auch den Geburtenrückgang in Deutschland genauer zu untersuchen: Erstens war bekannt, dass der französische Nachbar aufgrund der *dépopulation* den Krieg verloren zu haben meinte, zweitens drohte ein neuer Konflikt, drittens vermochte die neomalthusianische Bewegung, den Geburtenrückgang zusätzlich zu verstärken<sup>32</sup>. Auch die Bevölkerungstheoretiker entdeckten zu dieser Zeit den Geburtenrückgang als ernstzunehmendes wissenschaftliches Problem<sup>33</sup>. Sowohl die politische Initiative des Innenministeriums als auch die neue wissenschaftliche Strömung kamen somit einem Paradigmenwechsel gleich: Bislang hatte man sich in erster Linie mit dem Problem der Überbevölkerung und Nahrungsmittelknappheit beschäftigt<sup>34</sup> – obwohl sich der Abstand zwischen Geburten- und

31 Rückblickender Aktenvermerk von Krohne vom 27. April 1917, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2000.

32 Zu der kontroversen neomalthusianischen Diskussion: Ursula Ferdinand, *Das Malthusische Erbe. Entwicklungsstränge der Bevölkerungstheorie im 19. Jahrhundert und deren Einfluß auf die radikale Frauenbewegung in Deutschland*, Münster 1999, v. a. 225ff.

33 Ein prominentes Beispiel ist Julius Wolf, *Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit*, Jena 1912. Zur Legitimierung des neuen Untersuchungsobjektes „Geburtenrückgang“ warf man nicht selten den Kathedersozialisten vor, die Bevölkerungsentwicklung nicht ausreichend wissenschaftlich berücksichtigt zu haben. Vermutlich steht der Paradigmenwechsel auch in einem Zusammenhang mit der Ablehnung der Sozialdemokratie, die 1912 zur stärksten Reichstagsfraktion wurde.

34 Zum Paradigmenwechsel mit weiterführenden Literaturhinweisen: Ursula Ferdinand, *Geburtenrückgangstheorien in der Nationalökonomie Deutschlands zwischen 1900 und*

Sterbeziffer bereits seit 1900 verringert hatte und seither ein Geburtenrückgang feststellbar war<sup>35</sup>. Offensichtlich nahmen Bevölkerungstheoretiker und Politiker den demographischen Knick aber erst im Kontext der äußeren Bedrohung als gravierendes Problem wahr, wobei sie die Verknüpfung von Kriegsniederlage und *dépopulation* aufgriffen und neu einordneten.

Insofern ist es keineswegs ein Zufall, dass die preußische Kommission parallel zu der interministeriellen Kommission in Frankreich tagte: Beide Expertenkreise hatten im Zeichen zwischenstaatlicher rhetorischer Konfliktverschärfung einheitsstiftende Wirkung nach innen und eine mobilisierende Wirkung nach außen. Allerdings spielten explizit militärische Fragen in Frankreich zunächst eine größere Rolle als in Deutschland. Auf preußischer Seite bemühte man sich, überhaupt erst einmal eine kohärente Erklärung für das Phänomen zu formulieren. Zu diesem Zweck führte das Innenministerium 1912 eine Umfrage in den Regierungsbezirken durch, bei der Kreisärzte und Gynäkologen die Gründe für einen Geburtenrückgang benennen sollten<sup>36</sup>. Die im Ministerium eingegangenen Berichte hatten im wesentlichen einen Tenor: Ähnlich wie in Frankreich schlossen die Mediziner Entartung und Degeneration als Ursache für die rückläufige Bevölkerungsbewegung aus. In zahlreichen Berichten griff man Arsène Dumonts Idee der *capillarité sociale* auf; im allgemeinen, so berichteten die Ärzte, habe der „Wille zur Kinderlosigkeit“ aus materiellen Interessen von den oberen auf die unteren sozialen Schichten übergegriffen<sup>37</sup>.

Der ministerielle Runderlaß bot den Medizinem nicht nur die Gelegenheit, eine Gesellschaftsdiagnose zu formulieren und den Geburtenrückgang als soziales Phänomen zu deuten. Darüber hinaus trug er erfolgreich dazu bei, die Gefahr der Entvölkerung – zumindest in Preußen – allgemein bekannt zu machen. Ein Journalist stellte in den Berliner Neuesten Nachrichten vom 5. Februar 1912 fest, „dass die Umfrage die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das wichtige Thema gelenkt und aus der bisherigen Gedankenlosigkeit aufgestört habe“. Zugleich unterstützte er die mobilisierende Wirkung der Enquête zur Abwehr einer diffusen Gefahr, indem er schrieb:

„Leider ist ja die Erkenntnis, dass der Geburtensturz, von dem man bereits jetzt sprechen muß, unser nationales Verhängnis werden kann, noch nicht überall durch-

---

1930, in: Rainer Mackensen (Hrsg.), *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933*, Berlin 2002, 135-158.

35 Diemel, *Kinderzahl* (Anm. 9), 26.

36 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 1998.

37 Vgl. zum Beispiel Punkt V der Tagesordnung, Sitzung der westpreußischen Ärztekammer vom 10.11.1912, Referent Heynacher-Graudenz, in ebd., Nr. 2006.

gedrungen, aber die gewaltige Mehrheit scheint doch davon überzeugt zu sein, dass wir hier vor einer gewaltigen Gefahr stehen“<sup>38</sup>.

Etwas weniger dramatisch schätzte vor dem Ersten Weltkrieg Julius Wolf, Nationalökonom, die Gefahr der Entvölkerung ein: Wolf stand in engem Kontakt mit dem preußischen Innenministerium und betonte, dass Deutschland der französischen Entwicklung etwa ein Jahrhundert hinterher sei<sup>39</sup>. Daraus ergab sich für ihn zunächst die Forderung, durch politische Maßnahmen – und zwar nach dem Vorbild Frankreichs im Bereich der Säuglingssterblichkeit – die Bevölkerungsentwicklung nachhaltig zu beeinflussen<sup>40</sup>. Julius Wolf war an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft eine zentrale Figur. Er zählte zu den ersten Wissenschaftlern, die sich vom Paradigma der Überbevölkerung ab- und dem Geburtenrückgang zuwandten<sup>41</sup>. Entsprechend stützten sich die Referenten der medizinischen Deputation von 1911 in erster Linie auf Wolfs Werk – seine Expertise zum neu entdeckten Phänomen des Geburtenrückgangs in Deutschland entfaltete große Wirkung.

Das zeigte sich auch in der Denkschrift des Medizinalrats Krohne<sup>42</sup>, in der die Ergebnisse der preußischen Enquête zusammengefasst und nach Kriegsbeginn veröffentlicht wurden. Der Referent für Bevölkerungsfragen der preußischen Medizinalabteilung stellte darin die ermittelten Ursachen für den Geburtenrückgang zusammen und stützte sich im wesentlichen auf Wolfs Argumentation. Unter dem Eindruck des Krieges nahm er allerdings auch neue Deutungsmuster auf. Zum einen wertete er den Kampf gegen den Geburtenrückgang nunmehr als „Kampf der Völker“ untereinander. Zum anderen beschrieb Krohne die Verhältnisse in Frankreich und Deutschland in medizinischen Metaphern. Den Geburtenrückgang in Frankreich beschrieb er als „chronisch gewordene Krankheitserscheinung“, die nicht mehr zu heilen sei, womit der militärische Gegner dem Untergang geweiht schien. Mit der Auffassung, dass der Staat ein „Organismus“ sei, der erkranken kann, verknüpfte Krohne die Diagnose, dass die deutsche Volksseele ebenfalls bereits infiziert, jedoch noch nicht verloren sei. Vor allem aber forderte er die Staatsregierung

38 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2011.

39 Wolf, *Der Geburtenrückgang* (Anm. 33), 179ff.

40 Ebenda, 189ff. und Anhang zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

41 Ferdinand, *Geburtenrückgangstheorien* (Anm. 34), 143.

42 Otto Krohne (1868–1928) wurde 1911 Beamter der Medizinalabteilung des preußischen Innenministeriums als Bevölkerungsreferent. Im Jahre 1926 wurde er Leiter der Abteilung für Volksgesundheit des preußischen Volkswohlfahrtsministeriums. In den 20er Jahren arbeitete er nebenamtlich u. a. als Vorsitzender des preußischen Landesausschusses für hygienische Volksbelehrung und als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene. Zu Krohne: Paul Weinding, *Die preußische Medizinalverwaltung und die „Rassenhygiene“ 1905–1933*, in: *Medizin im Faschismus*, hrsg. von Achim Thom und Horst Spaar; Berlin (Ost) 1985, 48–56, 49.

auf, umfassende Maßnahmen im Bereich des Wohnungswesens, der Empfängnisverhütung, der Säuglingssterblichkeit und der Volksaufklärung zu ergreifen, um den Volkskörper nicht dem Verfall zu überlassen<sup>43</sup>.

Nach Veröffentlichung der Denkschrift entwickelte sich zwischen dem preußischen Verwaltungsbeamten Krohne und dem Nationalökonom Wolf ein Konkurrenzverhältnis – jeder versuchte, die besten Mittel gegen den Geburtenrückgang zu anzubieten. Der Konflikt entfaltete sich im Rahmen eines Expertennetzwerkes für Bevölkerungsfragen, das eine Interministerielle Kommission und private Vereine umfasste. Krohne war ein zentrales Bindeglied zwischen der preußischen Verwaltung und verschiedenen Expertenkreisen, die sich mit der „Volks Gesundheit“ beschäftigten. Er referierte etwa auf Konferenzen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt oder des Vaterländischen Frauenvereins<sup>44</sup>. Gleichwohl existierte in den ersten Kriegsjahren ein Abgrenzungsbestreben zwischen dem Innenministerium, dem Krohne angehörte, und privaten Vereinigungen, die Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang formulierten. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Versuchen der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik, in Kooperation mit dem Innenministerium, einen umfassenden Maßnahmenkatalog gegen den Geburtenrückgang durchzusetzen. Julius Wolf gründete die Gesellschaft im Jahre 1915 mit dem Ziel, die „Gesetzgebung und Verwaltung (bei uns) mit populationistischen Rücksichten zu durchsetzen und durchtränken, ähnlich wie sie seit 25 Jahren mit sozialen Rücksichten durchgesetzt worden sind“<sup>45</sup>. Mit anderen Worten ging es Wolf während des Ersten Weltkriegs um eine umfassende Bevölkerungspolitik zur Hebung der „Volkskraft“<sup>46</sup>. Wolf forderte die enge Kooperation von Wissenschaftlern und Politikern zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs, wozu es erforderlich sei,

„dass die Vorschläge aus beiläufigen Anregungen zu brauchbaren Gesetzesentwürfen sich verdichten. Das eine wie das andere geht über die Kraft Einzelner weit hin-

43 Krohne, Denkschrift über den Geburtenrückgang und die dagegen vorgeschlagenen Maßnahmen. Bearbeitet im Innenministerium, Berlin 1915, 3, 49, 51, 68; ders., Die Beurteilung des Geburtenrückgangs vom volkshygienischen, sittlichen und nationalen Standpunkt, Leipzig 1914 (Vortrag beim Verein deutscher Studenten), 19, 42f. Zur Intensivierung des Gebrauchs medizinischer Metaphern seit dem Ersten Weltkrieg: Moritz Föllmer, Der „kranke Volkskörper“. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, 2001/1, 41-67.

44 Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt, München/Leipzig 1916 (Maßnahmen gegen den Krieg), Nr. 50, Spalte 1094f.

45 Rede von Julius Wolf im Preußischen Abgeordnetenhaus vom 18. Oktober 1915. In: Geheimes Preußisches Staatsarchiv, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2002.

46 Siehe dazu ausführlicher die Denkschrift von Wolf „Die Mittel moderner Bevölkerungspolitik“, die er am 31. Januar 1916 mit einem Schreiben an das Preußische Innenministerium sandte, in: ebenda.

aus (...) Jedenfalls hängt die Möglichkeit der Erhaltung der Volkskraft ganz und gar von der Möglichkeit der Betätigung einer Organisation in dem bezeichneten Rahmen ab. Die Misserfolge ähnlicher Versuche in Frankreich berechtigen keineswegs zur Skepsis auch für uns. Die Ohnmacht des bloßen Wortes brauchte durch ein Experiment nicht erst bewiesen werden. An uns Deutschen wird es sein, auch hier zu zeigen, dass die Phrase und die schöne Geste bei uns verhältnismäßig tief im Kurse stehen und dass wir durch Organisationskunst und Entschlossenheit zu leisten vermögen, was absterbenden Völkern versagt ist.“<sup>47</sup>

Wolf argumentierte also mit der negativen Erfahrung Frankreichs bei der Bekämpfung des Geburtenrückgangs, die er nicht zuletzt auf die Untätigkeit des Staates zurückführte.

Um sein anspruchsvolles Projekt zu verwirklichen, bemühte sich Wolf um die Unterstützung der Vereinsarbeit durch das Ministerium, allerdings zunächst vergeblich. Offiziell lehnte das Ministerium die Bitte in einem Brief mit der Begründung ab, dass die Ziele des Vereins nicht transparent seien. Inoffiziell, dies vermerkte Krohne in einer Aktennotiz, gab es die Regel, dass keine private Vereinigung zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs durch eine Staatsbehörde unterstützt werden dürfe<sup>48</sup>. Vermutlich stand dahinter der Anspruch, das wichtige Feld der Bevölkerungspolitik nicht aus staatlicher Hand zu geben. Dafür spricht auch der Befund, dass Krohne im Juli 1915 eine Ministerialkommission zur Beratung über den Geburtenrückgang einberief, in der (wissenschaftliche) Sachverständige lediglich gezielt „über besondere in der betreffenden Sitzung zu beratende Einzelfragen gutachtlich gehört werden sollten“<sup>49</sup>. Das Ziel der Ministerialkommission bestand darin, ähnlich dem Anspruch von Wolfs Gesellschaft, „eine umfassende Bevölkerungspolitik“ zu entwerfen, die in einer programmatischen Denkschrift dokumentiert werden sollte.

Erst als die Kommission tatsächlich eine eigene Vorlage ausgearbeitet hatte, entschloß sich Krohne zur Kooperation mit privaten Vereinen, wobei die Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik ausdrücklich betont wurde, der Wolf inzwischen nicht mehr vorstand. Im Juli 1917 legte Krohne schließlich die Denkschrift vor, die in weiten Teilen jener von Julius Wolf ähnelte. Neben den bereits in der Vorkriegszeit geforderten Maßnahmen hatte die Kommission nunmehr der „inneren Kolonisierung“ große Aufmerksamkeit gewidmet. Krohne merkte abschließend zu diesem Punkt an, „dass es auch vom Standpunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik als unerlässlich und als eines der wichtigsten Kriegsziele bezeichnet werden

47 Ebenda, 12.

48 Ursula Ferdinand danke ich für den Hinweis, dass man Wolf möglicherweise als Vorstand der Gesellschaft auch deshalb mied, weil er Jude war.

49 Rundschreiben von Krohne an sämtliche Ministerien vom 26. Juli 1915, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2000.

muß, beim Abschluß des Friedens umfangreiches Neuland zu gewinnen, das die ausgedehnte Ansiedelung vieler Tausend deutscher Bauernfamilien unter möglichst günstigen Bedingungen ermöglichen würde<sup>50</sup>. Die Aufgabe der Bevölkerungspolitik bestand demnach darin, die Kriegsschäden und den Verlust der Volkskraft zu kompensieren. Das Staatsministerium signalisierte Unterstützung für Krohnes Vorschläge und befürwortete am 17. Juni 1917, im Abgeordnetenhaus einen ständigen Ausschuss für Bevölkerungspolitik einzurichten, der 1918 seine Arbeit aufnahm<sup>51</sup>. Nach Kriegsende übertrugen die Väter der Weimarer Verfassung von 1919 in den Artikeln 7 und 8 die Gesetzgebungskompetenz über „Bevölkerungspolitik, Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder und Jugendfürsorge“ sowie über das „Gesundheitswesen“ auf das Reich<sup>52</sup>. Damit waren formal die Voraussetzungen für eine Bevölkerungspolitik auf Reichsebene geschaffen.

### 3. Zusammenfassung

In Frankreich boten medizinische Experten mit der *dépopulation* eine wissenschaftliche Erklärung für das politische Trauma der Kriegsniederlage von 1870, die in den folgenden Jahrzehnten eine große Überzeugungskraft über alle politischen Parteien hinweg erlangte. Das wissenschaftliche Untersuchungsobjekt der „Entvölkerung“ barg eine diffus bedrohliche Dimension – etwa des Verfalls –, die politische Handlungsräume eröffnete. Aus den Expertenkreisen, die sich mit Bevölkerungsfragen beschäftigten, gingen demnach nicht nur verbindliche Deutungen der sozialen Welt, sondern auch Vorschläge zur Gestaltung derselben – etwa auf der Ebene der Säuglingsfürsorge – hervor. Die komplizierten Mehrheitsverhältnisse im französischen Parlament verhinderten allerdings nach 1900 die Implementierung weiterer bevölkerungspolitisch relevanter Gesetze, wie sie in der Kommission von 1902 von verschiedenen Experten gegen die *dépopulation* ausgearbeitet worden waren. Vermutlich trug die Erfahrung des Misserfolgs dazu bei, dass die Expertisen der Verwaltungsbeamten und Wissenschaftler langfristig nicht auf eine umfassende „Bevölkerungspolitik“ hinausliefen. Als Poincaré die Expertenkompetenz in Bevölkerungsfragen im Vorfeld des Ersten Weltkriegs explizit einforderte, blieb sie letztlich – salopp gesagt – ein propagandistischer „Spielball“ der Politik zur Durchsetzung der Heeresvorlage. In diesem Fall

50 Anmerkungen von Krohne ohne Datum (nach der Verhandlung der Ministerialkommission über die Bedeutung der agrarpolitischen Maßnahmen für die Bekämpfung des Geburtenrückgangs vom 21. November 1916), in: ebenda.

51 Erklärung des Staatsministeriums zur Denkschrift vom 17. Juni 1917 und Unterlagen der 20. Kommission des Abgeordnetenhauses (Bevölkerungspolitik), in: ebenda.

52 Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 31. Juli 1919. Nach den Beschlüssen der National-Versammlung in Weimar, Langensalza 1920, 1. Hauptteil.

offenbarte sich besonders deutlich, wie sehr Bevölkerungsfragen emotional aufgeladen waren – die wissenschaftliche Expertise unterstützte hier vor allem ein politisches Gefahrenszenario, das sich mit dem weit verbreiteten Revanchedenken verband. Während des Ersten Weltkriegs gingen von französischen Experten in Bevölkerungsfragen wenig eigenständige Impulse aus; vermutlich, weil sie um die Grenzen ihres Einflusses wussten<sup>53</sup>.

Darin unterschieden sie sich von ihren deutschen „Kollegen“. In Deutschland beobachteten Wissenschaftler, Verwaltungsbeamte und Politiker über Jahrzehnte hinweg sehr genau die Diskussion in Frankreich über die *dépopulation*, ohne das Phänomen für sich selbst als bedrohlich einzuordnen. Erst ein Jahrzehnt nach dem Einsetzen des Geburtenrückgangs interpretierte man angesichts der Spannungen zwischen den beiden Ländern, auch in Deutschland bzw. vor allem in Preußen die Entvölkerung als nationales Problem. Die preußische Verwaltung orientierte sich, ähnlich wie eine Reihe von Wissenschaftlern des Kaiserreichs, an Deutungen des Geburtenrückgangs in Frankreich, wobei sie diese mit dem Bewusstsein um einen „Zeitvorteil“ einordneten. Seitens der Wissenschaft führte die Deutung zur Planung einer Bevölkerungspolitik, die der Untätigkeit des Staates in Frankreich mit ihren verheerenden Folgen entgegengesetzt wurde. Während des Ersten Weltkriegs griff die preußische Verwaltung die Idee auf. Der Gefahr der Entvölkerung setzte man den Plan einer umfassenden Bevölkerungspolitik entgegen, die im politischen Diskurs während des Krieges nicht nur eine präventive, sondern auch eine expansive Dimension umfasste und damit einen mobilisierenden Charakter hatte. Mehr noch: Der Plan für eine zukünftige Bevölkerungspolitik wurde im Krieg zum Symbol für nationale Einheit, militärische Stärke und vor allem für die Überlegenheit gegenüber Frankreich.

---

53 Dieser Aspekt wird in Zukunft noch zu präzisieren sein.

## **Die demografische Ordnung und die Frage des Volkes. Philosophische Elemente für eine Geschichte der Bevölkerungspolitik\***

Die Aufmerksamkeit von Historikerinnen und Historikern, die über die Geschichte der Bevölkerungswissenschaften und -politiken arbeiten, richtet sich oftmals auf die Werke von Simmel, Foucault, Derrida und Rancière.<sup>1</sup> Die Ausbeute der Beschäftigung mit zeitgenössischen Dossiers von Experten jeder Art, Mediziner, Nationalökonom, Politikern, Militärs, Demografen ... genügt nicht, um zu ermessen, was bei der rivalisierenden geburtenfördernden Politik Deutschlands und Frankreichs auf dem Spiel stand, als zwischen 1880 und 1918 die Intimität der Liebe und das Werden ihrer Sprösslinge auf eine Angelegenheit von Mutterschößen reduziert wurde, die man in den Dienst des Kriegs stellte. Die Liebe, die Befruchtung, die Reifung, das Gebären und das Mysterium des derartigen Erscheinens in der Existenz wurden zu ebenso vielen Etappen einer Kriegswirtschaft, die die Frau zum zusätzlichen Aderlass verpflichtete. Die Schützengräben von Verdun und Umgebung wurden so zur Bühne von Millionen von Totgeburten, und die Organisation dieser enormen Fehlgeburt beugte die eingeschüchterten Bevölkerungen, deren geschichtliche Rolle auf Null reduziert wurde, ihrer Logik. Der offizielle Diskurs gab vor, die Geschichte dieser Kinder, die im unaufhörlichem Sperrfeuer albraumhafter Schlachtfelder zu Grunde gehen sollten, zu denken, indem er sie unter Personifikationen einfacher nationaler Figuren subsumierte, ein großes Baby „Frankreich“ gegen ein großes Baby „Deutschland“, die gegenseitig ihre Geburt aufhoben.

Eine darauf gerichtete Untersuchung könnte nach meinem Dafürhalten vier Gruppen von Fragen betrachten.

### **1. Frankreich und Deutschland führen gemeinsam Krieg miteinander**

Die erste Frage besteht darin, ob das Aktantenmodell, das von Greimas inspiriert ist – dessen sich so mancher Historiker bedient, ohne es explizit zu for-

---

\* Übersetzt aus dem Französischen von Richard Steurer.

1 Dieser Text ist die ausgearbeitete Version eines Kofereats zu dem Vortrag von Petra Overath „Zwischen Krisendeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Deutschland und Frankreich (1870–1918)“ vom 16. Juni 2003 im Centre Marc Bloch, Berlin.

mulieren – erlaubt, das Problem eines Krieges zu denken, in dessen Namen man die *Bevölkerungspolitik* und die „politique démographique“ beförderte. Und wenn dies der Fall ist, in welchem Maße man dennoch dieses Modell wird überarbeiten und verbessern müssen, um es der Komplexität der Situation anzupassen.<sup>2</sup> Denn paradoxerweise agieren die französischen und deutschen Erfinder der geburtenfördernden Politik ebenso als „Helfer“ wie als „Opponent“. Für die Wiederaufnahme der Feindschaft, die sie sich gegenseitig geschworen haben, nehmen sie gemeinsam an denselben internationalen Kongressen über die Geburtenrate der Völker teil und inspirieren sich gegenseitig mit ihren jeweiligen Fortschritten und Strategien. Dem Aktantenmodell gemäß hing das Element des Antriebs der Geschichte (der „Adressant“ nach dem Modell von Greimas) von der militärischen Planung der zwei historischen Subjekte ab; als das teleologische Element gab sich die nationale Sicherheit aus, die die beiden Parteien durch den zu erringenden Sieg zu wahren gedachten; das Objekt der Situation bestand jeweils in der Steigerung der Bevölkerungsgröße, die die zu diesem Vorhaben notwendige Stärke sicherstellen sollte. Diese Politik der Geburtenanregung gewann auf spektakuläre Weise auf beiden Seiten der Grenze an Geltung und machte aus Deutschland und Frankreich paradoxe Verbündete.

Die Subjekte der geburtenfördernden Politik sind also Deutschland *und* Frankreich. Insofern beide ihre Politik der demografischen Situation des Rivalen anpassen, ist es notwendig, sie als *das* Subjekt des Modells zu denken. Das Verbindungswort *und* erhält dadurch die Besonderheit, sich ganz anders lesen zu lassen als in dem Ausdruck „Deutschland *und* Frankreich bekriegen sich.“ Was die demografische Frage betrifft, sind Deutschland und Frankreich durch ein verknüpfendes *und* miteinander verbunden, weil sie gemeinsam diese Politik ohne jedwede Form gegenseitiger Opposition führen. Sie führen diese Politik gemeinsam, um gemeinsam Krieg zu führen, in einem Sinne, der den Status ihres Verhältnisses unendlich kompliziert macht.

2 Zum Aktantenmodell siehe Algirdas-Julien Greimas, *Sémantique structurale*, 1966 (dt. *Strukturelle Semantik: methodologische Untersuchungen*, Braunschweig 1971). Das Aktantenmodell, wie es von Greimas definiert wird, nimmt an, dass jede Erzählung mit einer kontextuellen Motivation (Adressant) und einer konjunkturellen Absicht (Adressat) rechnet, die ein Subjekt und ein Objekt in Beziehung miteinander bringt (von den Umständen abhängiges Ziel des Subjekts in diesem Kontext) in Hinsicht auf Verbündete (Helfer) und Gegner (Opponent). Die Theorie von Greimas betrifft wesentlich literarische Erzählungen, und Anne Ubersfeld hat eine dramaturgische Version davon vorge schlagen (*Lire le théâtre*, Paris 1977), aber ihre breite Perspektive macht daraus einen wesentlichen Beitrag, um die Zuflüchte historischer Erzählung begrifflich zu übersetzen. In ganz anderer Weise hat auch Jacques Rancière sein Werk *Die Namen der Geschichte. Versuch einer Poetik des Wissens*, Frankfurt a. M. 1994) und seinen Artikel „Le Concept d’anachronisme et la vérité de l’historien“ (*L’Inactuel*, n° 6, Herbst 1996) den Bezügen zwischen Ästhetik und Poetik der historischen Erzählung gewidmet.

Das Aktantenmodell hat den Mangel, die Verhältnisse zwischen Akteuren nur als die von Helfern und Opponenten zu denken (die einzige Flexibilität, die es erlaubt, besteht im diachronischen Übergang von einem Status zum anderen). Die Betroffenen, Helfer wie Opponenten, haben hier jedoch beide Rollen *zugleich* inne. Der Kontext der Gegnerschaft verbietet nicht gewisse Formen der Solidarität, und die militärische Rechtfertigung, zu der beide Staaten jeweils beitragen, verdeckt andere, gemeinsame Absichten, die dem alleinigen kriegerischen Kontext fremd sind, jene zum Beispiel, ein Reservoir an Proletariern zu erhalten, das durch seine Überzahl eine billige Arbeitskraft garantiert.

Die Sache dreht sich also darum, was sich unmerklich verbindet und entgegengesetzt in diesem Verbindungswort, das zugleich verbindend und trennend ist. Hier, in Deutschland *und* Frankreich, bleibt uns zunächst zu verstehen, in welchem Maße Frankreich und Deutschland sich Rücken an Rücken gegenüberstehen und wie sich am Vorabend dieses Aufeinandertreffens paradoxe Bande abzeichnen zwischen denen, die umstandsbedingte Gründe haben, die ihren in die Schlacht zu werfen. Dies zwingt dazu, das Schlachtfeld auch als ein gewisses Feld des Einverständnisses zu denken, eine politische Grundlegung, die bedingt, dass man gemeinsam Krieg führen kann. Erkennt man diese Verbindung der Gegner im Kontext der schlimmsten Gegnerschaft an, wird man das Kapitel der unterirdischen und nicht artikulierbaren Einverständnisse zwischen Kriegsführenden aufschlagen.<sup>3</sup>

*Deutschland und Frankreich führen gemeinsam Krieg.* Dieser Ausdruck ist alles andere als glatt. Dass Deutschland *und* Frankreich im Krieg miteinander sind, nimmt eine andere Bedeutung an, je nachdem, ob man General, Politiker, einfacher Soldat oder Einberufener ist. Der Krieg impliziert einen gewissen Grad an Interesse bei denen, die ihn für notwendig erklären und dieser wird je nach Rang und Position des einzelnen variieren... An der Spitze der sozialen Leiter bezogen deutsche *und* französische Bürgerliche, deutsche *und* französische Ärzte, deutsche *und* französische Waffenproduzenten und -händler, deutsche *und* französische Generäle ... alle potentiell eine Bedeutung und eine soziale Macht im Kontext dieser Vorbereitungen. Es könnte daher, gestützt durch Dokumente, analysiert werden, in welchem Maße (ohne daraus eine Notwendigkeit zu machen) eine professionelle Körperschaft sich sowohl dem anderen entgegengesetzt als auch für diese Gegnerschaft mit dem anderen in Übereinstimmung befinden kann.

Die Apologeten des Krieges erleiden ihn selten am eigenen Leib. Diese glauben manchmal zu wissen, dass wenn sie sich ihm aussetzen, sie schlimm-

3 Jacques Derrida hat in einem ganz anderen Kontext über die versteckte Bedeutung dieser beordnenden Verknüpfung gearbeitet in *Foi et savoir*, Paris 2000.

schlimmstenfalls eine vorgezogene Pensionierung in einem Luxusgefängnis riskieren. Es sind ebenfalls jene, die am Ende der blutigen Auseinandersetzungen „Heldenfrieden“ unterzeichnen und es genießen werden, die diplomatischen Salons des Gegners zu besetzen und sich über den Respekt, den sie ihm schulden, lustig machen werden. Über die vertikale Opposition des Schlachtfelds läuft die Horizontale des unterirdischen Einvernehmens zwischen den Mächtigen, die den Krieg *zwischen ihnen* unterstützen, und es somit bewerkstelligen, dass er tatsächlich stattfindet. Diese zwei Achsen formen in ihrer Überschneidung ein Fadenkreuz, das historisch auf nichts mehr zielt und nichts mehr erzielt, wie es der *Très Grande Guerre* (der Erste Weltkrieg) durch seine Absurdität illustriert.

Im Gegensatz dazu werden, am unteren Ende der Leiter, die einberufenen Deutschen *und* Franzosen versuchen, das, was sie gemeinsam haben, in den Tönen einer *Internationale* zu affirmieren, die ebenfalls geeignet ist, die Logik der Opposition zu stören. Dies, bis sie der müde Refrain der armseligen Befriedigungen erreicht, das erbärmliche Trillern desjenigen, der in den Morast gerät, indem er die schlimmsten Notwendigkeiten zu Tugenden macht. Als fernes Echo zur Hymne des Generals, der seine Macht auf den Leichenfeldern der anderen errichtet, vernimmt man „Mutter Courage zu *Yvette*: Der ist keine Gesellschaft für meine Schweizerkas. Aber der Krieg läßt sich nicht schlecht an. Bis alle Länder drin sind, kann er vier, fünf Jahre dauern wie nix. Ein bisel Weitblick und keine Unvorsichtigkeit, und ich mach gute Geschäfte.“<sup>4</sup>

Man wird sich auf Elias Canetti beziehen, um außerdem die psychologischen Motivationen für den Krieg zu bedenken: der Überlebende des Schlachtfelds, hochdekoriert zumeist, fühlt eine besondere Freude, wenn er allseits über Leichen schreitet. Er *und* sein Gegenüber können sich nun zu den Unsterblichen zählen. Der Philosoph Olivier Remaud kommentiert diese Texte mit der Schlagfertigkeit, die sie verdienen: „Der „Überlebende“ fährt tatsächlich fort, den Tod zu verleugnen, weil er nicht an den persönlichen Tod glaubt. Ebenso geht der „Held“ mit dem „Überlebenden“ ein Bündnis ein, denn er muss sich dem Tod stellen, um sich wahrhaft leben zu fühlen. Je höher sich die Toten stapeln, desto mehr ist die Wahrnehmung seiner individuellen Existenz gerechtfertigt.“<sup>5</sup> Der Verfechter des Kriegs kann mit dem Rivalen seines Rangs ein gemeinsames „Gefühl der *Auserwähltheit*“ erleben, so spricht Canetti, weshalb er sich von der Masse der kleinen Kämpfer abzuhe-

4 Bertolt Brecht, *Mutter Courage und ihre Kinder*, Frankfurt a. M. 1963.

5 Olivier Remaud, *La Langue des temps sombres*, Canetti, Klemperer, Benjamin, in: *Dio-gène*, n° 189 (2000). Der Autor interessiert sich besonders für Masse und Macht von Canetti.

ben glaubt, die, auf allen Seiten, dem würdelosen Schrecken eines „identischen“ Todes bestimmt sind.<sup>6</sup>

Wir lassen die Frage, was außerdem die Menschen zum Krieg drängt, jenseits dieser Spaltungen und Trennungen, in ihrer ganzen Schwere stehen. Die historische Frage besteht zumindest darin, die Weise zu denken, wie mehrere sich widersprechende Aktantenschemata sich in derselben Gegebenheit überschneiden. Warum finden es die Kriegsführenden vorteilhaft, sich dem Tod stellen zu müssen? „Es gibt keine widersprüchlichen Wahrheiten in einem selben Hirn, sondern unterschiedliche Programme, die jeweils unterschiedliche Wahrheiten und Interessen umfassen.“<sup>7</sup> Das gewaltsame Teilhaben an gemeinsamen Interessen, das heißt der Krieg, *kündigt in seinem alleinigen Prozess der Vorbereitung* ausreichend von den privaten Interessen, um sich zu rechtfertigen. Die Voraussetzungen der Bevölkerungspolitik zeugen von der Verwirrung widersprüchlicher Überlegungen, darin bleibt die Geschichte oft eine paradoxe Entwicklung von Mentalitäten.

Wenn *als* Gegner Deutschland *und* Frankreich, nach dem verfeinerten Aktantenmodell, gegenseitige Verbündete einer Bevölkerungspolitik sind, bleibt die Frage: *wer ist der Gegner*, gegen den Deutschland *und* Frankreich sich streiten in ihrem Willen, eine geburtenfördernde Politik geltend zu machen? Die ersten Elemente einer Antwort werden uns von den Historikern Roger-Henri Guerrand und Francis Ronsin geliefert. Ihr Werk *Le sexe apprivoisé (Das gezähmte Geschlecht)* zeigt eine andere, innere, doppelte Front, welcher Deutschland und Frankreich gegenüberstehen: jene, die ihnen diejenigen gegenüber stellen, die sich gleichzeitig als Feministinnen und Feministen, Anarchistinnen und Anarchisten und Neumalthusianerinnen (Linksmalthusianer) vorstellen.<sup>8</sup>

Die Feministinnen sind die Gegnerinnen der Bevölkerungspolitik, und gegen diese Front verbündeten sich mittels ebenso trügerischer wie beeindruckender Dekrete, „wissenschaftlicher Kongresse“, Gesetze und Rede die angeblichen „Feinde“ eines angekündigten Krieges.

## 2. Thérèse und Tiresias

Einer aus einem dramatischen Gedicht hervorgegangenen Figur wird es eher gelingen, den Sinn und die Ausmaße dieser inneren, feministischen Fronten zu übersetzen, die mit so ausreichender Feinheit und Intensität gezeichnet

6 Zitiert von Olivier Remaud, ebenda, 16.

7 Paul Veyne, *Les Grecs ont-ils cru en leur mythe?*, Paris 1983, 96 (dt.: *Glaubten die Griechen an ihre Mythen?* Frankfurt a. M. 1987).

8 *Le Sexe apprivoisé*, Jeanne Humbert et la lutte pour le contrôle des naissances, Paris, 1990.

sind, dass man es in den Kreisen der Macht für notwendig erachtete, den Wert des Gesetzes und die Zwänge der demografischen Politik klar zu machen.

Aber man wird die historische Bedeutung dieser Front nicht mit der Handvoll Kämpferinnen und Kämpfer, die sie konstituieren, zusammenfassen können. Eine fiktive Figur, die Person der Thérèse, die aus der ersten sogenannten „surrealistischen“ Produktion der Geschichte der Ästhetik hervorgeht, nämlich aus dem Drama *Les Mamelles de Tirésias* (*Die Brüste des Tiresias*), das Guillaume Apollinaire für das Theater zwischen 1903 und 1917 verfasste, wird am besten deren Tragweite verdeutlichen.<sup>9</sup>

Dieses „surrealistische Drama“ geht aus Diskussionen neumalthusianischer Kreise hervor, an denen Apollinaire teilnahm. Ein langer Prolog versetzt uns genau in den Kontext der Jahrhundertwende: Frankreich muss beunruhigt sein, an seiner Seite einen Nachbarn zu haben, der so fruchtbar ist, dass er fähig ist, seine gesamte Kinderschar zu vernichten. Daher die brutale Schlussfolgerung: „Écoutez Français la leçon de la guerre/ Faites des enfants, vous qui n'en faisiez guère.“<sup>10</sup>

Es ist in diesem Stadium nicht erforderlich, die tatsächlich ideologische Umgestaltung, die dieses Stück im Laufe der vierzehn Jahre seiner Verfassung erlangt und die ironische Dimension, die nicht aufhört, es zu beleben, in Betracht zu ziehen. Es wird vielmehr darum gehen, die Analyse Apollinaires zu würdigen, die die geschichtlichen Veränderungen betreffen, die damals im Gang sind. In der Sache ist es eine feministische Figur des Widerstands, der sich der theoretische Diskurs Deutschlands und Frankreichs über die Geburtenrate entgegensetzte. Zwischen diese nationalen Logiken, die übereinstimmen, stellt sich tatsächlich Thérèse, die vom Anfangsatz des ersten Akts an hervorplatzt: „Ich bin Feministin und ich erkenne nicht die Autorität des Mannes an. [...] Ich möchte Krieg, nicht Kinder machen.“

Diese Thérèse ist nichts weniger als die ästhetische Übersetzung und als solche die politische Bedrohung dessen, was die bürgerlichen Verfechter der Bevölkerungspolitik unter dem Titel der „*Entartung und Degeneration*“ einer Epoche auffassten.<sup>11</sup> Sie ist weniger die Nachahmung einer historischen Persönlichkeit, die der festen Ordnung die Stirn geboten hätte, sondern die einer ungewissen und unförmigen *Front*. Man täuschte sich gewaltig, wenn man sie als Ausnahmefigur ansehen würde, als verbohrt Minderheit, die nicht mehr hat machen können, als einen Misston in das Konzert der Mehrheitsmeinungen einzubringen. Mehr als eine Person auf der schiefen Bahn ist Thérèse ein

9 Paris 1957. (*Die Brüste des Tiresias*, Frankfurt a. M. 1987.)

10 „Franzosen hört die Lektion des Krieges / Macht Kinder, ihr, die ihr kaum welche machtet.“

11 Vgl. den Artikel von Petra Overath in diesem Heft.

Volk, eine Figur und ein Versprechen der Umordnung der Bestandteile, die die geschichtliche Qualität eines Volks ausmachen.

Kinder machen und kochen, das ist zu viel.  
 Ich möchte Mathematiker, Philosoph, Chemiker  
 Page in den Restaurants, kleiner Telegrafist sein  
 Und ich will, wenn es mir gefällt, ein Jahr lang  
 Eine alte Tänzerin aushalten, die so viel Talent hat.

Es geht ihr nicht darum, ein Mann zu werden, sondern als Frau die Funktion zu besetzen, von der aus die phalokratische Autorität jedem seine sozialen Rollen, Funktionen und Plätze zuteilt.

Was in der Stimme Thérèses zu hören ist, ist die Idee des Volks, eine Idee des *Demos*, insofern sie ein ungleiches Verhältnis und eine Verrechnung inmitten der demografischen Bestandteile einschreibt. Man wird mit Jacques Rancière den Auftritt Thérèses darin als *demokratische* Handlung qualifizieren; als das Volk, das es unter ihren Zügen zu denken gilt, sich nicht von der Idee eines Volks abdecken lässt, das aus der genauen statistischen Summe von Teilen, die in einem kontinuierlichen Ganzen abgeteilt sind, berechenbar wäre. Die Demokratie nimmt in Thérèse die Züge einer Idee des Volks an, die keine Bevölkerungspolitik und keine demografische Logik aufzunehmen versteht. Die Demografie erschöpft nicht, was noch an demokratischen Fähigkeiten als Protest, als Neuverteilung und Neuberechnung der Mitglieder, der Aktivitäten, Funktionen und Anteile auftauchen kann. Sie stellt sich auch nicht als runde Summe dar, von der es gelte, an der Oberfläche ihrer Umrundung kratzend zu sehen, was dort wimmelt und sich regt. Die Demografie ist vielmehr das Ergebnis einer partiellen Methode der Ordnung. In diesem Sinne wandelt in der Verteilung der *Mamelles de Tirésias* diese stumme Figur umher, die alleine das „Volk von Zanzibar“ ist, das heißt die statistische Idee des Volks, die sich als solche auf der Bühne *in numerischer Unterlegenheit* im Vergleich zu denen befindet, die ihren Sinn, ihre Tragweite sowie ihre politische Bedeutung disputieren. Die Ideen des Volks stehen einander gegenüber und stellen permanent den Sinn, den „*Demos*“ haben soll, in Frage.

Thérèse steht also als Beispiel für eine Idee des Volks im Sinne Rancières, für den Volk „der Name eines politischen Subjekts ist, das heißt ein Supplement zu jeder Logik der Zählung der Bevölkerung, seiner Teile und seines Ganzen. Das bedeutet einen Abstand zu jeder Idee des Volkes als Versammlung der Teile, Kollektivkörper in Bewegung, in der Souveränität verkörperter idealer Körper, usw. Ich verstehe es im Sinne des ‚Wir sind das Volk‘ der Demonstranten von Leipzig, die offensichtlich nicht das Volk waren, sondern seine Aussage vollzogen, die mit der staatlichen Verkörperung brach.“<sup>12</sup> Volk ist „Supplement“, welches nicht auf den Derridaschen Begriff verweisen

kann, der in *Grammatologie*<sup>13</sup> entwickelt wurde, nämlich dass diese Idee des Volkes sich zum in den demografischen Kriterien eingefassten Volk hinzufügt (*elle lui supplée/sie ergänzt es*) und dazu tendiert, seine Bedeutung zu ersetzen (*elle le supplée/sie ersetzt es*).

Thérèse ist hierbei der „parodistische Name“ (Rancière *dixit*), der sich als Überzähliges aufstellt und die demografische Vorstellung von einer konkurrierenden Macht der Zuteilung der Anteile und Rollen inmitten der Gemeinschaft umschmeißt.

Sie ist umso schlagkräftiger, als sie nicht als Frau auf die Bühne tritt oder als Frau, die zu männlichen Funktionen befördert ist, sondern als eine Figur des Volks, die sich die Züge einer hochkomplexen mythologischen Instanz anmaßt, die des Tiresias. „Thérèse: Und doch bin ich Thérèse. [...] Aber Thérèse, die keine Frau mehr ist. [...] Ich werde von nun an den Namen eines Mannes tragen / Tiresias.“

Dass Apollinaire es wählt, eine selten zentrale Figur der griechischen Mythologie, die des Tiresias, auf die Bühne zu stellen, ist von größtem Interesse. Die Geisteshaltung, die zur Jahrhundertwende herrschte, ließ uns eher Antigone antizipieren. Hat sich Antigone nicht, als Emblem des Widerstands, damals überbordend kommentiert, wiedergespielt und neuübersetzt, gegen die juristischen Modalitäten, die in der Gemeinschaft in Kraft waren, aufgelehnt, da diese prinzipiell nur die Männer betrafen?<sup>14</sup>

Aber die Figur der Antigone hatte das Problem, dass sie *Frau blieb*, als sie Widerstand leistete, das heißt sie unterwirft sich noch immer einem offensichtlichen Gesetz der Weiblichkeit – selbst in ihrer Haltung als Widerständlerin. Sie stellt sich als Hüterin der Rolle und des Platzes dar, den die gesellschaftliche Organisation den Frauen zuteilt, wenn man sich zumindest an die klassisch gewordenen Interpretationen hält. „Die Pietät wird daher in einer der erhabensten Darstellungen derselben, der Sophoklischen *Antigone*, vorzugsweise als das Gesetz des Weibes ausgesprochen und als das Gesetz der empfindenden subjektiven Substantialität, der Innerlichkeit, die noch nicht ihre vollkommene Verwirklichung erlangt, als das Gesetz der alten Götter, des Unterirdischen, als ewiges Gesetz, von dem niemand weiß, von wannen es erschien, und im Gegensatz gegen das Offenbare, das Gesetz des Staates dargestellt – ein Gegensatz, der der höchste sittliche und darum der höchste

12 *Peuple ou multitude?*, in: *Multitudes*, n° 9, Mai/Juni 2002. Dieses Interview bezieht sich auf die Thesen Rancières über die Frage, die in *La Méésentente*, Paris 1995 (Das Unvernünftige, Frankfurt a. M. 2002) vertieft wurden.

13 Jacques Derrida, *Grammatologie*, Paris 1967 (Frankfurt a. M. 1974).

14 *Antigone*, Sophokles, Vers 61 bis 68. Ismene erinnert in diesem Abschnitt Antigone daran, dass ihr Frausein Gehorsam gegenüber den Männern, die befehlen, beinhaltet.

tragische und in der Weiblichkeit und Männlichkeit daselbst individualisiert ist.“<sup>15</sup>

Thérèse macht sich zu Tiresias, und „nicht mehr Frau seiend“ ist sie dennoch nicht Mann. Sie nimmt einen Männernamen an, um sich über die Attribute lustig zu machen, deren sich diejenigen brüsten, denen die Sorge zukommt, die Modalitäten der Verteilung der Funktionen und Plätze zu errichten. Und dieser Name ist nicht zufällig gewählt. Eine Analogie drängt sich auf, denn bevor er der Wahrsager wurde, den man kennt, war Tiresias ebenfalls eine Frau. Nicht alle Versionen des Mythos stimmen überein, aber die am meisten verbreitete behauptet, Tiresias sei Frau gewesen, sodann Mann und dass er somit in einem Leben die Erfahrungen beider Geschlechter machen konnte. Er wird von der Göttin der Ehe und der Frauen, Hera, blind gemacht, weil er ihr widersprach und behauptete, die Frau genieße neun mal mehr als der Mann während des Sexualaktes, während Zeus, zufrieden mit seiner Antwort, einen Wahrsager aus ihm machte.

Tiresias hat also das Glück, in mancher Weise die erlaubten Logiken, die das Leben der Gemeinschaft regeln, durcheinander zu bringen. Denn seine Bezeugung der weiblichen Lust allein befreit die griechische Frau aus ihrer ausschließlichen Rolle der leidenden Gebärenden, der allein der Schmerz der Geburt beschieden ist.

Außerdem markiert die doppelte Sexualität Tiresias' einen Widerstandspunkt in der Zuteilung der Funktionen, Rollen und Anteile in der Gemeinschaft, welche vor allem auf die Geschlechter zielt, um ihre Kriterien zu begründen. „Die strenge Trennung des Weiblichen vom Männlichen hat keinen anderen Platz, keine anderen Grenzen als das Politische“, schreibt Nicole Loraux in einem beachtenswerten Werk über die Figur des Tiresias, über das man noch lange meditieren wird.<sup>16</sup>

Es folgt daraus ein auf immer ungelöstes dialektisches Problem. Denn wenn die griechische Welt in Tiresias die Aneignung des Weiblichen durch die männliche Figur des Tiresias hat sehen wollen, zeigt Nicole Loraux auf, wie sehr die weibliche Andersartigkeit natürlich niemals gänzlich in dieser Anstrengung männlicher Überdeckung domestiziert werden konnte. Die Linien, die es zwischen Mann und Frau zu ziehen gilt, um die öffentlichen Ränge und Funktionen zu etablieren, wurden niemals klar gereiht. Die Philosophen waren zum Beispiel die ersten, die dieses Außen annahmen, das sie den Frauen vorwarfen: krank zu sein, verliebt oder kinderwüschend.

15 G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Werke 7, Frankfurt a. M. 1986, § 166, 319.

16 Nicole Loraux, *Les Expériences de Tirésias*, Paris 1989.

Das Genie Apollinaires besteht darin, die Situation umgedreht zu haben, da das Weibliche in seiner Version des Tiresias in gewisser Weise die festgesetzte Männlichkeit überbietet. Sein Tiresias ist der Name einer Figur, die eine Frau bleibt, welche sich der Integration in eine Ordnung verweigert. Von daher erfolgt eine Unordnung in der Verteilung der Funktionen, Rollen und Plätze, sowie der Instanzen der erlaubten Reden. „Tatsächlich tauchen, sobald die zivile Ordnung sich spaltet, die Frauen auf.“<sup>17</sup>

Diese Perspektivenumkehrung zieht die Umkehrung einer Serie von Metaphern nach sich, die der Bevölkerungspolitik zugrunde liegen. In ihrem Kapitel „Das Bett, der Krieg“ macht sich Loraux daran zu zeigen, dass die unterschiedlichen griechischen Kulturen oft die Anstrengung der Geburt sowie die Todesgefahren, die sie beinhaltet, mit den Leistungen der auf dem Feld der Ehre gefallenen Krieger verglichen haben. Insofern, als dass zahlreiche Diskurse diejenige Frau lobten, die im Schmerz tapfere Krieger gebiert, oder was den Ausdruck *Letho* betrifft, der etymologisch sowohl auf die „Gebärende“ verweist, als auf das Scharmützel, ja auf die bewaffnete Truppe; oder was die Kriegskontributionen betraf, die man *eisphora* nannte, um damit die Steuer des Mannes sowie die Nachkommenschaft der Frau zu bezeichnen; oder die Grabreliefs, die den Krieger, der das Feld der Ehre bedeckt und die im Kindbett verstorbene Mutter gleich darstellt; oder schließlich das Epitaph, das für den tödlich verwundeten Krieger und die im Kindbett verstorbene Mutter gleich lautete *en polémoi lékoi*; in all diesen Fällen wurde die Assoziation zwischen Gebären und Krieg immer auf einen männlichen Grund bezogen. Der Referenzbegriff musste immer der Krieger sein, dem zu ähneln sich die Frau begnügen musste. Die Frau musste sich also ideal auf ihre Funktion beschränken, die Männer zu gebären und sie auf ihre Bestimmung vorzubereiten. Man „assoziiert die Mutterschaft mit dem Krieg“, bemerkt Loraux, in dem Sinne, dass das Gebären eine „männliche Prüfung für die Frau“ sei.<sup>18</sup>

17 Les Expériences de Tirésias, op. cit., 22. Man kann um so leichter eine Verbindung zu unserem Thema herstellen und darlegen, dass das Monopol der Zuteilung der Funktionen und Plätze in der gesellschaftlichen Anordnung bei der Festlegung geburtenfördernder Politik wesentlich auf dem Spiel stand, als zumindest in Frankreich, das Gesetz vom 23. Juli 1920 vom französischen Parlament gegen die neomalthusianische Front beschlossen wurde, das die spezifisch für Frauen bestimmten Verhütungsmethoden als illegal erklärte. „Es wurden nur noch die männlichen Präservative verkauft, „selbst ohne Rezept“, unter dem Vorwand, dass sie die Risiken der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten reduzierten.“ In: *Le Sexe apprivoisé*, op. cit., 73. Man erklärt somit, dass Thérèse ihren eigenen Autor in Verlegenheit bringt, der sie am Ende des Stücks nur unter seine Fittiche bringt, indem er einen konservativen *deus ex machina* einführt, der „surrealistischer“ ist als alles vorhergehende.

18 In diesem Kapitel tendiert Nicole Loraux dazu, verschiedene Chiasmen aufzuspüren, die bereits in der griechischen Welt erlaubten, die Ausdrücke der Metapher umzudrehen, obwohl man formell noch nirgends diese Umkehrung anerkannt hatte.

Aber der oder die Tiresias Apollinaires dreht dieses Verhältnis um, bis es uns kalt den Rücken herunter läuft, als sein Prolog die zu gebärenden Kinder mit den Sternen vergleicht, deren Konstellation sich darauf vorbereitet, wie das Feuer, das die Schützengräben verwüstet, zu brennen.

Aber es gibt hier unten noch eine Feuersglut  
 wo man rauchende Sterne schlachtet  
 Und die sie wiederanzünden verlangen von euch  
 Euch zu diesen erhabenen Flammen zu erheben  
 Und auch Feuer zu fangen.

Plötzlich ist es der Mann, der auf den Schlachtfeldern wütet, der als derjenige gilt, der die Geschichte gebiert und sich somit wie eine Frau gebärdet. Die Gemetzel, die man sich bereit macht, im zwanzigsten Jahrhundert zu wiederholen, werden so als pathologische Sublimierung von Gebärakten erscheinen, pathologisch, weil man zu lange das Weibliche in hermetischer Weise vereinnahmen wollte.

Eine *Bevölkerungspolitik* stellt den Angelpunkt einer sozialen Architektur dar, die dazu bestimmt ist, diese Verhältnisse zu hierarchisieren und der phalokratischen Stimme allein die Sorge zu überlassen, „das Weibliche“, *sein* Weibliches, in Kriegsleiden zu übersetzen.

Jenseits dieser Spekulationen steht zumindest fest, dass der Auftritt *einer* Tiresias oder eines Tiresias, der seine Weiblichkeit nicht los wird, einen Augenblick des Bruchs mit der demografischen Ordnung bezeichnet. Diese Figur des Volks hält eine Reflexion über das aufrecht, was ihm unveräußerlich *gemeinsam* ist und bleibt, und verteidigt sie. Eine Instanz des Protests, der den Verteilungen von sexuellen Eigenschaften widerspenstig ist, verkompliziert die Aufgabe jener, die die definitiven, klaren und chirurgischen Aufteilungen der Anteile, Funktionen, Rollen und Plätze zu errichten wünschen.

### 3. Die Bahnen und Mächte der Zeitlichkeit

Wie also die Widersprüche des bezeichneten Zeitabschnitts denken? Wie denken, dass Apollinaire der Thérèse einer in den Kinderschuhen steckenden öffentlichen Bewegung die Züge des Wahrsagers Tiresias, einer hohen Figur der griechischen Mythologie, dem Präsidenten der Auguren und unfehlbarem Interpreten politischer Krisen, geben konnte?

Wie verstehen, was die andere Front anbelangt, dass Alfred Jarry schon 1896, ebenfalls von der ersten Zeile seines Stücks *Ubu cocu* einen Wissenschaftler präsentiert, der sich lächerlich macht, weil er sich für die Fruchtbarkeit interessiert?<sup>19</sup> „Achras: Oh, aber sie sehen es selbst, ich habe keinen Grund unzufrieden zu sein mit meinen Polyedern: sie machen Kleine alle

sechs Wochen, schlimmer als die Karnickel.<sup>19</sup> Achras unternimmt tatsächlich eine vergebliche Studie über den Grad der Reproduktion sonderbarer „Polyeder“, von denen man schwer einsieht, was sie mit einer Welt zu tun haben, die einem Krieg unterworfen ist, der sich wesentlich durch „die Maschine“<sup>21</sup> und durch die stupide Grausamkeit derer, die ihn führen, entscheiden wird. Zur gleichen Zeit, als wie eine Dampfwalze die offizielle geburtenfördernde Politik der Epoche wütet und ihre Kohorten von Experten aller Art fleißig am Werk sind, ist es für Jarry bereits offensichtlich, dass diese Untersuchungen dazu bestimmt sind, toter Buchstabe zu bleiben.

Zur selben Zeit, als die Bevölkerungspolitik und die *politique nataliste* die machiavellistische Strategie par excellence wiederaufnehmen, die darin besteht, den feministischen Gegner zu schlagen, während er schwach ist, bilden sich hie und da Theatervorstellungen heraus, die die Rollen umdrehen und die Feministinnen und Feministen als unaufhaltsame aufsteigende Macht darstellen und die dogmatischen Wissenschaftler der hocheingesessenen triumphierenden Bourgeoisie als obskure Forscher, die in Trugbildern ohne Konsequenzen verloren sind.

Das ruft ein Denken historischer Intensitäten auf den Plan, und nicht nur Betrachtungen der Momente und Zeitabschnitte. Ein historischer Zeitabschnitt ist nicht nur Angelegenheit von zeitlichen Segmenten, sondern auch von Bahnen, die sie durchdringen. Und die Subjekte, die in ihr handeln, sind nicht als konstituierte Entitäten, sondern als Möglichkeitswesen zu verstehen. Ob man den untersuchten Zeitabschnitt 1914 oder 1918 enden lässt, ändert daran wenig.<sup>22</sup> Man wird auf jeden Fall beachten müssen, dass diese zarten Verfechter des Feminismus, die zu dieser Zeit am Werk waren, bereits die große politische Bewegung des 20. Jahrhunderts in sich trugen; während die Unterzeichner geburtenfördernder Politik, die alleine die große Bühne der Macht besetzten, kränklich, ohne es zu wissen, ihre letzte Runde drehten, bevor sie in Vergessenheit gerieten. Die Herausforderung der Geschichte besteht darin, nicht nur zu denken, was von einer Zeit offenkundig ist, sondern auch die Mächte, die sie bearbeiten, unter dem Blickwinkel des Darauffolgenden. Die

---

19 Paris 1978 (dt. in: König Ubu, Stücke und Materialien, aus d. Franz. hrsg. u. eingel. v. Manfred Nöbel, Leipzig 1978 oder in: Alfred Jarry, Gesammelte Werke, hrsg. von Klaus Völker, Frankfurt a. M. <sup>3</sup>1993.

20 Der Anfang von Ubu cocu, 135.

21 Ebenda, 155, 160 und 163-165.

22 Es gibt meines Erachtens keine „historischen Epochen“. Wenn sich die Historiker zum Beispiel dafür interessieren, was Hitler zwischen 1914 und 1918 machte, so deshalb, weil man bereits die Folge die man kennt, antizipiert, und nicht deswegen, was sich tatsächlich ihn betreffend abgespielt hat in dieser Zeit. Die Wahl eines kurzen Zeitrahmens tritt immer in Resonanz zu einem langen, je nach den Intensitätsverhältnissen, deren Ausmessung an uns liegt.

lange Zeit, die die kurzen Zeiten durchquert, bedeutet: die Intensitätsgrade zu denken, die dieses Verhältnis strukturieren.

Die offiziellen Wissenschaftler sind wie Achras Opfer von Wahnvorstellungen. Währenddessen kündigt Thérèse eine Macht zum Protest an, die der embryonalen Bewegung, die in den 1910er Jahren mühsam Form annimmt, das Auftauchen von Jeanne Humbert, die Frechheit von Dada, die surrealistische Subversion, Rosa Luxemburg, den deutschen Freudomarxismus, sodann die siebziger Jahre, die Frauenrechte, die Kinderrechte vorwegnimmt.<sup>23</sup>

Thérèse wird einen solchen Erfolg erlangen, dass die Sphären der Macht des 20. Jahrhunderts, sich eher daran machen werden, sie vom rechten Weg abzubringen, als sie frontal zu bekämpfen. Die Situationisten werden die ersten gewesen sein, die den Widerspruch aufdeckten, in den sie dies brachte. Als Spontaneisten und Apologeten der Begierde, wie die ersten Neumalthusianer, erkannten sie plötzlich, dass ein karikaturhafter Doppelgänger, der einen Konfektionshedonismus und ein Supermarktepikeuräertum anpries, nunmehr die Werbung der Konsumprodukte ohne Anmut begleitete, sowie die kapitalistischen Schlagwörter, die sie versuchten, als reine Entfremdung zu denunzieren. Das Handels- und Werbungsestablishment brachte die Karten durcheinander, indem es sich diese Ideale des Protests anmaßte, um den Preis der Aufgabe seiner alten Familienmoral. Die erste Nummer der Revue *Internationale Situationniste* wird Zeugnis davon ablegen, indem sie auf ihren Seiten die Fotografien junger Frauen außerhalb ihres Werbekontexts anbietet mit dem Aufruf (eines zweifelhaften Feminismus übrigens) zu „wirklich gelebter“ Lust und zu Sex, der „wirklich befreit“ ist von jeder propagandistischen Implikation.<sup>24</sup> Die sexuelle Freiheit als Subversion wird ihre letzten Stunden zugleich mit der traditionalistischen Politik haben, die sie ansteckt. Der Mai

---

23 Die Spannung steigt in den Jahren um 1910. Der Philosoph Heinrich Rickert fühlt sich genötigt, die Verfechter einer vitalistischen Philosophie (Lebensphilosophie) anzugreifen, Schopenhauer und Nietzsche zitierend, an Simmel und wahrscheinlich an Freud denkend. Er tadelt heftig diese „Polyander“ „modisch“ wegen ihren Anmaßungen, die Fruchtbarkeit und die Geburt unter den Gesichtspunkten des Lebens zu betrachten. Das Leben zu schenken frühlicher Prinzipien wegen hielt man wieder einmal für ein schimärisches Unternehmen, das den ernsten Dingen, der geostrategischen Logik weichen müsse, die will, dass die Reproduktion der Völker von den Fragen der nationalen Sicherheit abhängt. „Ein Volk hat – dieser Grund reicht aus – mit anderen Völkern einen Kampf ums Dasein zu bestehen, und es wird trotz aller seiner sonstigen Kulturerrenschaften notwendig zugrunde gehen, wenn es seinen Konkurrenten nicht an Vitalität überlegen ist.“ („Lebenswerte und Kulturwerte“, 1911, wiederaufgenommen in: Philosophische Aufsätze, Tübingen 1999, 44.) Vier Jahre später dreht sich dieses Verhältnis dauerhaft um. Sigmund Freud machte aus der Triebökonomie das Fundament für die kriegerischen Motivationen und machte es unmöglich, dass man die Einsätze dieser Problematik anders anordnete (Zeitgemässes über Krieg und Tod, 1915, GW X, wiedergegeben in: Studienausgabe, Band IX, Frankfurt a. M. 2000.)

'68 wird in dieser Hinsicht weniger eine Provokation als eine Bestätigung einer neuen Ethik sein.

Michel Foucault dachte diese Widersprüche mit größerer Subtilität, indem er die klassische Opposition überwand, die das Begehren ausschließlich auf die Seite der Rebellion setzte, gegen die Strukturen, die strikt repressiv und in nichts von den Anwendungen der Lust beseelt wären.<sup>25</sup> Es bildete sich ein neues Verhältnis zwischen dem Geschlecht und der Macht aus. So wurde die Aufgabe geburtenfördernder Politik zugunsten von Figuren der abwegigen Freiheit und Effekten der Spontaneität in Frankreich durch das Gesetz besiegelt, das die regierende Rechte am 20. Dezember 1974 beschloss und das einen nie da gewesenen Fortschritt im Bereich der Abtreibung und der Verhütung darstellte. Die Familienmoral als privilegierter Rahmen des erlaubten Diskurses war von diesem Tag an ungültig. Man beobachtete von da an, was Pierre Klossowski die industrielle Sklaverei nannte, diese weibliche Figur des Genusses, die „lebendiges Zahlungsmittel“ wurde, die zum Versprechen der Befriedigung wurde<sup>26</sup>, an der jede Ausgabe zu messen sei, und die die Bewegung *Tiqqun* kürzlich als Produkt einer Ideologie des „Jungen Mädchens“ brandmarkte.<sup>27</sup> Das „Junge Mädchen“ ist der zeitgemäße Name, um Thérèse zu qualifizieren, die auf den Rang des Produkts abgefallen ist, es bezeichnet eine Thérèse, die einer verpflichtenden Kosmetik gehorcht, die gesellschaftlich einem symbolischem Zahlungsmittel gleichkommt. „Die ‚Freiheit‘ des Jungen Mädchens geht selten über den großtuerischen Kult der lächerlichsten Produktionen des Spektakels hinaus [und] entspringt dem Scheitern des Feminismus.“<sup>28</sup> So wie die Thérèse Apollinaires die Stimme eines ganzen Volks jenseits von zwanghaften demografischen Modalitäten verkörperte, so ist es ein ganzes Volk, und nicht nur die Gruppe der Frauen, die die Figur des „Jungen Mädchens“ in seinen ikonografischen Kanon einschließt. „Der Begriff des ‚Jungen Mädchens‘ ist natürlich kein geschlechtsspezifischer Begriff. Der Hecht der Disco ist ihm nicht weniger angepasst, als die Magrebinerin, die sich wie ein Pornostar schminkt. Der quicklebendige Rentner aus der Kommunikationsbranche, der seine Freizeit zwischen der Côte d'Azur und seinen Pariser Büros, in denen er noch einen Fuß drin hat, aufteilt, gehorcht ihm zumindest genauso wie die hauptstädtische *Single*, die zu sehr in ihrer Karriere

24 Nr. 1 vom Juni 1958, wiederabgedruckt in: Internationale Situationniste, Paris 1997 (Situationistische Internationale 1958–1969, Gesammelte Ausgabe des Organs der Situationistischen Internationale, Bd. 1-2, Hamburg, 1976/1977.

25 Michel Foucault, *Histoire de la sexualité. La Volonté de savoir*, Paris 1976 (dt.: Der Wille zum Wissen, Frankfurt a. M. 1992.)

26 Man lese vor allem das bewundernswert zusammenfassende letzte Kapitel von *La Monnaie vivante* (1970), Paris 1997 (Pierre Klossowski, *Die lebende Münze*, Berlin 1998.).

27 *Premiers Matériaux pour une théorie de la jeune fille, Mille et une nuits*, 2001.

28 Ebenda, 25 und 33.

im Consulting steckt, als dass sie bemerkte, dass sie darin bereits fünfzehn Jahre ihres Lebens gelassen hat. Und wie erklärte man die geheime Übereinstimmung, die den hippen-eitlen-homoverheirateten Homo des Marais mit der amerikanisierten Kleinbürgerin, die es sich in der Vorstadt mit ihrer Plastikfamilie eingerichtet hat, verbindet, wenn es sich um einen geschlechtsspezifischen Begriff handelte? In Wirklichkeit ist das Junge Mädchen nur der Modellbürger, wie ihn die Warengesellschaft seit dem Ersten Weltkrieg neudefiniert, in Antwort auf die explizite revolutionäre Gefahr.<sup>29</sup>

Weil man Thérèse in die Werbung einbringen konnte, konnten auch die traditionellen Akzente der geburtenfördernden Politik fallengelassen werden. Wer sich heute noch darauf beruft, ist sicherlich Gegenstand ätzenden Spotts. Die letzten, die so etwas Ende der neunziger Jahre riskierten, waren das Paar Catherine und Bruno Mégret der Gemeinde Vitrolles, deren Projekt zum Gebäranreiz für eingessene Franzosen im allgemeinen Spott endete, bevor selbst das Recht sich einmischte und diese ideologischen Altertümlichkeiten für verfassungswidrig erklärte.

Deshalb wird man heutzutage auch ohne Überraschung, bei einem Zahnarzt wartend, über eine Seite der *Newsweek* stolpern, die von jener Superfrau aus Manhattan erzählt, die reich und stolz ist, 70 Stunden in der Woche zu arbeiten, weil ohne Kind, und die vorgibt, vor allem nicht und überhaupt nicht depressiv zu sein. Man wird auch in keiner Weise vermuten, dass Kokain irgendeine Rolle spielte, und dass diese Effekte der Freiheit in irgendeiner Weise von einer neuen Form der Herrschaft zeugten.

Die Geschichte muss also die Genealogie und den Entwicklungskontext von bestimmten Mächten denken. Wenn Thérèse am Anfang des 20. Jahrhunderts nur das Detail eines fiktionalen Dramas ist, bleibt die Frage, „Was ist ein historisches Detail, was ist seine Tragweite?“ Wie misst man eine geschichtliche Macht, die später zu einer Anekdote herabgestuft wird, aber von der Fiktion als eine Macht bezeugt wird? Es wird darum gehen, da es um Feminismus geht, die Frage nach den Geschlechtern bis dahin zu treiben, und mit Derrida das Detail weiblich zu denken, als *la détaille* (die „Endgröße“). Die *Détaille* stammt daraus, dass das Detail sich jedem verhältnismäßigem Kriterium entzieht. Sie ist das kleine Ding, das wächst und größer wird und sich jedem Messen widersetzt. Das „historische Detail“ zwingt dazu, generell Elemente in Betracht zu ziehen, die man nicht auf die Form beschränken kann, in der sie sich zuerst banal zeigen.

---

29 Ebenda, 10.

#### 4. Narrative Intensitäten

Die Geschichte könnte sich von neuem an die Ästhetik anlehnen, wenn sie die vorliegende Qualität der *Möglichkeiten* einer gegebenen Zeit übersetzen möchte. Siegfried Krakauer evoziert dabei die Fotografie, nicht um ihr die naive Sorge anzuvertrauen, eine Szene physisch einzufangen – die ihr, so wie sie ist, vorliegt –, sondern im Gegenteil, indem er ihr die Fähigkeit zuerkennt, einer Intensität des Blicks Nahrung zu geben, die das nicht durch die Augen unterstützte Zeugnis nur schwer erlaubt. Das erst postum veröffentlichte Werk *History. The Last Things Before the Last* schreibt deswegen jedoch nicht die gesteigerte Verwendung der Fotografie in der Geschichte vor, sondern ein Fotograf-Werden der Geschichtsschreibung, eine Fähigkeit der geschichtlichen Zusammenfassung, das zu denken, was die Fotografie an der Beobachtung erleichtert, eine „intensity of vision“.<sup>30</sup> Intensität bezeichnet hier das von der Fotografie, was nicht in der Fotografie erscheint, wie das, was an der Geschichte teilhat, nicht in der Geschichte sichtbar ist.

Thérèse wird somit die Theaterbeschreibung einer Fotografie einer Feministin des Anfangs des 20. Jahrhunderts sein, der Jeanne Humbert zum Beispiel spät die figürlichen Züge leihen wird, wenn es darum gehen wird, davon eine Version zu geben, die unseren Modellen konform ist.

Die Fotografie isoliert einen Moment der Bewegung der Körper und der Zeiten, den der Blick nur schwer in dieser Vermittlung schätzen kann. Als Jean-Luc Godard zwei journalistische Fotos einer Montage unterzieht (wir sprechen noch nicht von 24 Bildern in der Sekunde), geht er durch eine Überschneidung von historischen Intensitäten durch ein Machtverhältnis vor, die die Geschichte machen. Godard wird zum Beispiel abwechselnd zwei Fotografien an der Front der Nelkenrevolution zeigen. Von der ersten zur zweiten übergehend, sodann von dieser zu jener und noch einmal umgekehrt, löst sich davon in gewisser Weise ein drittes Bild, unförmig und ungewiss, das daraus hervorquillt, das die ersten zwei nicht zeigen. Eine Zeit der Fotografie löst sich davon, die von der Art der Zeit ist, die die Geschichte bearbeitet, ohne sich in ihr beobachten zu lassen. Was die klassischen Formen der Möglichkeit der Figuration bewohnt, widersetzt sich der Figuration. Diese Kraft der Figuration betrifft mehr die Geschichte als ihre Figuren.<sup>31</sup>

Was die Zeit der Bevölkerungspolitik und der geburtenfördernden Politik betrifft, treffen die geschichtlichen Kräfte auf das Werden von zwei Fronten, die militärische und die feministische, um die herum Experten summen, Lie-

30 Siegfried Krakauer, *History. The Last Things Before the Last*, Oxford 1969, 55.

31 Der Vorgang ist klassisch bei Godard. Man wird ihn besonders in den Filmen *Six fois deux* (1976), *Comment ça va?* (1975–1978) und *Histoire(s) du cinéma* (1998) schätzen.

bespaare, religiöse Instanzen, Industrien, politische Parteien, plurielle Bilder der Völker, die sich um ihr Verständnis streiten.

Die Montage geschichtlicher Kräfte in der Gegenwart vorzuschlagen, diese geschichtlichen Kräfte zu konfrontieren, das könnte im Rahmen unserer Problematik bedeuten, diese Großeinstellung von *A Bout de souffle* (*Atemlos*) von Godard wiederaufzunehmen, als das Bild von links nach rechts verschiebend, uns einerseits Eisenhower und de Gaulle aufrecht stehend in einem Cabriolet die Menge der Champs-Élysées grüßend präsentiert, während in ihr die Protagonisten der Handlung, das französisch-amerikanische Paar, bestehend aus dem Kleinkriminellen Michel Poiccard (Jean-Paul Belmondo) und der konformistischen Journalistin Patricia Franchini (Jean Seberg), herumirren. Was Godard, der somit Historiker der Gegenwart ist, zu sehen gibt, liegt an einer doppelten historischen Front: militärisch in den Generälen der Parade, amourös im interkulturellen Paar, das die ganzen Ereignisse lang, sich Angst macht um die Frage zu habender oder nicht zu habender Kinder. Zwischen den beiden Tandems zeichnet sich direkt am Bild der in Frage stehende geschichtliche „Einsatz“, das Volk ab, das zweifach präsent ist: als gutmütige Masse, die pathetisch um ein ideologisches Spektakel versammelt ist, sich adäquat in der Weise präsentierend, wie die Minderheit der Machthaber es gerne hat, aber auch das Volk als Macht der Subversion, eine immer unsichere Variabel, die von unumgänglichen Polizeikordons begleitet ist. Das Ganze der Szene ist von den Prestigegeschäften der Pariser Avenue umrahmt, genau wie jene Ränder der offiziellen politischen Leistung ihr öffentliches Spektakel den Gliedern der Menge, dieses mal isoliert genommen, darbieten.

Das Bild ist mehr als eine simple Verteilung von Handelnden, es ist eine Art Vorschlag von Mächten und Intensitäten, die jedes Lager in der Geschichte, der kleinen wie der großen, bearbeiten.

Eine Geschichte unter ihren zahlreichen Perspektiven zu erzählen, bezieht sich auf einen Kubismus, der nicht abschätzend zu behandeln ist. Es handelt sich also darum, den Lauf des geschichtlichen Prozesses selbst in einem Brennpunkt zu repräsentieren (und nicht nach der Addition der Perspektiven, die Godard bevorzugt). Man müsste sich folglich auf Picasso beziehen und in den *Figuren am Meer* ein Werk sehen, das einen, man weiß nicht recht welchen, Kampf in Szene setzt, in dem das Erotische mit der Feindschaft im Streit liegt. Wenn die nichtfigurativen Formen nichts Präzisem ähneln (auch im geläufigen Sinne von: *das schaut nichts gleich*), so heißt das nicht, dass sie nichts bedeuten, sie sind das Zeichen einer Geschichte, die von der Konkurrenz der Werden (*les devenirs*) bearbeitet wird, von der aus die Figuren des Volks sich streiten und sich konstituieren.

Es folgt daraus eine beeindruckende Zahl von Fragen über die Modalitäten des Schreibens dieser geschichtlichen Kräfte, und die diese Begriffe des

Rhythmus zu denken erlauben können. Die Schrift von Georg Simmel wird in dieser Hinsicht beispielhaft sein für ein Denken, das den Sinn nicht in den Behauptungen und aufgefangen Begriffen seines Werkes legt, sondern in die Verhältnisse aufeinanderfolgender plurieller Beobachtungen, die, indem sie in einem bestimmten Rhythmus aufeinandertreffen, ein „Bild“ einer Zeit erzeugen, das keine konstituierte Formulierung seiner Arbeit zu enthalten vermag. Die formellen Ideen und figurativen Repräsentationen bleiben in der Simmelschen Perspektive missbräuchliche Formen der Synthese, die der geschichtliche Verlauf weiter verbessern wird. Man wird diese Mächte durch ihre Art schätzen, wie die Formen und *détailles* anscheinend ohne großen geschichtlichen Zusammenhalt, von ihrem besonderen Blickpunkt aus, die Gesamtheit der Bilder affizieren, die im Bewusstsein als die angemessene Synthese einer Epoche sich geltend machen wollen.

## **Der „Ostjude“ als Zeichen des „ganz Anderen“. Ausschlussprozesse in der Schweiz der Zwischenkriegszeit<sup>1</sup>**

„Überfremdung“, ein wirkmächtiger Begriff

Die Thematik der „Überfremdung“ hat die politische Kultur der Schweiz im 20. Jahrhundert entscheidend geprägt. Zahlreiche Volksinitiativen belegen dies ebenso wie die Gründung von politischen Organisationen, die dieses Thema zum programmatischen Schwerpunkt erhoben. Insbesondere in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte die schweizerische Stimmbevölkerung über verschiedene sogenannte „Ausländerinitiativen“ zu entscheiden. Unter der Führung des charismatischen Nationalrats James Schwarzenbach wurde damals mehrfach versucht, den Ausländeranteil und die Zahl der Einbürgerungen zu begrenzen, beziehungsweise zu halbieren; „Überfremdung“ war das alles beherrschende politische Schlagwort. Aus heutiger Sicht ist die damalige Bewegung vor allem als eine Art kultureller Reflex auf den raschen ökonomischen und sozialen Wandel der sechziger Jahre zu deuten.

Die Art und Weise des Sprechens über Fremde hat Tradition und beeinflusst den Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern bis heute. Letztmals war der schweizerische Souverän im September 2000 aufgerufen, über eine entsprechende Quoteninitiative abzustimmen. Die so genannte „18-Prozent-Initiative“, die sehr deutlich verworfen wurde, hatte jedoch bei weitem nicht mehr die Emotionen geweckt wie die früheren Abstimmungen. Ganz anders verlaufen die aktuellen Auseinandersetzungen über den richtigen Weg in der Asylpolitik. In diesen emotional aufgeladenen Debatten wird immer wieder versucht, mit Überfremdungsängsten Stimmung gegen Asylsuchende zu machen.<sup>2</sup> Im November 2002 legten beinahe 50 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einer Initiative der rechtsgerichteten Schweizerischen Volkspartei ein Ja in die Urne. Dies obwohl die beabsichtigten Verschärfun-

---

1 Im vorliegenden Aufsatz stütze ich mich auf meine Dissertation, die im September 2003 im Chronos-Verlag unter dem Titel „Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945“ erscheinen wird.

2 Vgl. URL: <http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi243.html> (20.04.2003).

gen des Asylrechts nach Meinung der Experten für nicht umsetzbar gehalten wurden.

Trotz dieser grossen gesellschaftspolitischen Bedeutung ist auch in der Schweiz selbst kaum bekannt, dass die Entstehungszusammenhänge der Überfremdungsdebatten in der Zeit um 1900 liegen. Der Überfremdungsdiskurs gestalte auch die schweizerische Politik der ersten Jahrhunderthälfte massgeblich mit. Der Begriff „Überfremdung“, der sich zu den wirkmächtigsten der politischen Sprache der Schweiz entwickelte und sich dank seiner Unschärfe bis heute als erstaunlich dauerhaft erwies, tauchte erstmals 1900 in der Literatur auf. Ein Jahr zuvor hatte die Zürcher Stiftung von *Schynder von Wartensee* ein höchst aktuell anmutendes Preisausschreiben auf dem Gebiete der Ausländergesetzgebung initiiert. Verlangt wurde eine Darstellung der Gesetzgebung, der Einbürgerungspraxis, eine Würdigung der Bedeutung der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz, Kritik an der bestehenden Rechtsprechung sowie Vorschläge zur Erleichterung der Naturalisation.<sup>3</sup> Das Preisausschreiben stellte den Versuch dar, auf die sozialen Herausforderungen jener Tage zu reagieren: steter Anstieg des Anteils der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung und eine überholte Rechtsprechung, die den Bedingungen einer beschleunigten Migration nicht mehr genügte. In einem Bericht des Eidgenössischen Politischen Departements vom 30. Mai 1914 fand der Terminus schliesslich Eingang in die Amtssprache.<sup>4</sup> Der Krieg führte zu einer Radikalisierung des Sprechens über Fremde, ermöglichte die Herausbildung einer Abwehrpolitik und veränderte auf diese Weise den Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern. Unter dem Einfluss des Kriegs konkretisierten sich protektionistische Ideen sowohl in wirtschafts- als auch in gesellschaftspolitischen Bereichen. Eine vorerst provisorische Niederlassungspolitik ersetzte die Freizügigkeit im internationalen Personenverkehr. Mit der Gründung der eidgenössischen Zentralstelle für die Fremdenpolizei im Jahr 1917, aus der nach Kriegsende die eidgenössische Fremdenpolizei hervorging, trat die Ausländerpolitik nach dem Ersten Weltkrieg in eine völlig neue Phase. Eine ihrer Hauptaufgaben erkannte die neue Amtsstelle in der „Überfremdungsbekämpfung“; eine institutionalisierte Form der Beschäftigung mit „Überfremdung“ hatte sich herausgebildet.<sup>5</sup> Mit der eidgenössischen Fremdenpolizei beziehungsweise mit deren Vorläuferin setzte zugleich eine bundesstaatliche Kontrolle der neuen Politik ein. Im Wechselspiel von polizeili-

3 Stiftung von Schynder von Wartensee, Bericht über die Jahre 1894 bis 1903, Zürich 1904, S. 5.

4 Bundesblatt (Bbl.), V/1920, S. 3.

5 Zur eidgenössischen Fremdenpolizei vgl.: Uriel Gast, Von der Kontrolle zur Abwehr, Die eidgenössische Fremdenpolizei im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft 1915–1933, Zürich 1997.

chen sowie wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Überlegungen wurde „Überfremdung“ zum Schlagwort, zum beherrschenden Begriff innerhalb der Ausländerpolitik. Als ursprünglich quantitative Abwehrstrategie verwendet, entwickelte sich „Überfremdung“ rasch zu einem qualitativen, kulturprotektionistischen Begriff mit den entsprechenden Praktiken. Dabei wurde von einer „inneren Geschlossenheit“, von einer „inneren Verbundenheit“, einer nationalen Verwandtschaft ausgegangen. Einheit wurde als Stärke, Differenz als Schwäche gesehen. Die Minderheit der Ostjuden war jene Bevölkerungsgruppe, die diese nationalen Homogenisierungsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg besonders stark zu spüren bekamen. Die damals verwendeten ausschliessenden Narrative wie „indésirables“, „nicht assimilierbar“, „volkswirtschaftlich unerwünscht“ und „ostjüdisch“ nahmen vor allem (ost-)jüdische Zuwanderer und Zuwandererinnen in den Blick. Die zugleich praktizierten Techniken der Abwehr nach dem Ersten Weltkrieg belegen sowohl in Zulassungs- als auch in Flüchtlingsfragen eine ausgeprägt antijüdische, antislawische, antiproletarische, gar antisozialistische Stossrichtung. So formte sich innerhalb des Überfremdungsdiskurses im Verlaufe der Jahre eine eigentliche antijüdische Fixierung lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland. Im Zweiten Weltkrieg wirkte sich diese Haltung auf die schweizerische Flüchtlingspolitik aus. Voraussetzung dieser Entwicklung war aber auch ein Wandel im nationalen Selbstverständnis.

### Politische Einheit und kulturelle Vielfalt im Zeitalter des Nationalismus

Im 19. Jahrhundert ist die Nation zum Synonym für den staatsorganisatorischen Rahmen der politischen Moderne schlechthin geworden. Doch die Ideen einer durch kollektive Souveränität legitimierten Herrschaft erfuhren im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einen gewichtigen Wandel. Die republikanische, am Gebiet des Territorialstaats und an politischer Partizipation orientierte Konzeption von Nation nach dem Vorbild der Französischen Revolution verlor an Boden gegenüber ethnisch-homogenen und essentialistischen Vorstellungen. Unter dem Einfluss naturwissenschaftlicher Theorien und insbesondere durch den Versuch, diese auf soziale Vorgänge zu übertragen, erfuhr der ethnisch begründete Nationalismus eine Aufwertung.<sup>6</sup> Vor allem in Folge der Rezeption von Charles Darwins Deszendenz- und Selektionstheorie durch Francis Galton, Ernst Haeckel, Carl Vogt, Jacob Moleschott und andere wurde der Biologie eine herausragende Bedeutung für die Lebensgestal-

6 In Anlehnung an Ernest Gellner wird Nationalismus „vor allem als ein politisches Prinzip“ verstanden, dessen Ziel es ist, „politische und nationale Einheit deckungsgleich“ zu machen. Ders., *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995, S. 8.

zung zugesprochen und auf verschiedenste Weise versucht, diese auf das Soziale zu übertragen.<sup>7</sup>

Die Suche nach dem „Ursprung“, nach dem „Wesen“, nach der „Einzigartigkeit“ von Entitäten wurde vorangetrieben. Zugleich erlangten Autoren, wie Julius Langbehn und Paul de Lagarde, die die Germanophilie hypertrophierten, eine grosse Popularität.<sup>8</sup> Neue Definitionsmerkmale wie Sprache und Kultur rückten die republikanischen Bestimmungsmerkmale wie Rechtssysteme und die Geschichte – treffender gesagt: „der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen“ – oder auch die Religion in den Hintergrund und bewirkten dadurch eine Ethnisierung des Politischen.<sup>9</sup> Unter dem Einfluss einer modernen Konzeption von „Rasse“ als neuem Zentralbegriff der Sozialwissenschaften wurden die Kriterien vermehrt als kollektive Substanzen oder als angelegte Wesensmerkmale (miss-)gedeutet. Auf die Spitze trieb dies vor allem Houston Stewart Chamberlain, der in Vermischung von Christologie und Rassismus eine hierarchische Ordnung entwickelte, mit den Germanen an der Spitze. Seine Schriften, insbesondere „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ erreichten hohe Auflagen und grösste Popularität.<sup>10</sup>

Wenn man den modernen Nationalismus als eine gigantische Homogenisierungsmaschine versteht, so standen die Gesellschaften des ausgehenden 19. Jahrhunderts häufig vor der Schwierigkeit, sich erst als Kollektiv zu erkennen. Das Problem dabei war, dass die Konkretisierung der Idee von der souveränen Nation immer das Eigene und das Fremde zugleich definieren musste. Über die Definitionsmerkmale – wie diese auch immer aussehen mögen – wurde ausgehandelt, wer sich zur „vorgestellten Gemeinschaft“ zählen durfte und wer nicht.<sup>11</sup> Benedict Anderson bezeichnet Nationen entsprechend als „imagined communities“, die sich untereinander durch die Art und Weise der kollektiven Vorstellungen unterschieden. Von den vormodernen Gemeinschaften habe sich die Nation dadurch abgehoben, dass ihr der face-to-face-Charakter, der frühere Gemeinschaftsformen ausgezeichnet habe, abhanden gekommen sei. Die Andersonsche Unterscheidung impliziert eine gewisse Verklärung vormoderner Gesellschaften. Zudem lassen sich spätmittelalterliche und früh-

---

7 Jürgen Sandmann, *Der Bruch mit der humanitären Tradition, Die Biologisierung der Ethik bei Ernst Haeckel und anderen Darwinisten seiner Zeit*, Stuttgart/New York 1990, S. 11–14.

8 Doris Mendlewitsch, *Volk und Heil, Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert*, Rheda-Wiedenbrück 1988, S. 74–146.

9 Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une Nation?*, in: ders. *Oeuvres complètes*, tome I, Paris 1947, S. 887–906, hier S. 903.

10 Houston Stewart Chamberlain, *Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts*, 2 Bde. München 1905.

11 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M./New York 1996, vgl. insbesondere: S. 14 ff.

neuzeitliche Grossstädte wie Paris, London oder Neapel nicht in dieses Zweierschema pressen. Dennoch eignet sich die Bezeichnung „imagined communities“, um den konstruktivistischen Charakter moderner Nationen zu beschreiben. Nationen werden „erfunden“, indem eine gemeinsame, nationale Chronologie geschaffen wird, Erinnern und Vergessen also auf gemeinsame Ereignisse fixiert werden, so dass symbolische und schliesslich auch reale Ordnungen daraus entstehen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Nationenverständnis und der Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts sich nicht auch auf frühere und ältere ethnische Substrate und Traditionen stützen konnten, so beispielsweise in den Niederlanden, in England, in Amerika oder auch im revolutionären Frankreich. Zudem bediente sich der Nationalismus auch des reichhaltigen Fundus alttestamentlicher und christlicher Mythen und Vorstellungen, um die nationalen Legitimationsfiktionen und angeblichen Abstammungslinien anzureichern. So beispielsweise bei den Angelsachsen oder den Magyaren, die sich zu den auserwählten Stämmen zählten.<sup>12</sup>

Der Andersonsche Ansatz bedeutet, dass die Suche nach dem nationalen Selbst Differenz verfestigt und die Verwirklichung der „eigenen“ Nation auf Inklusion und Exklusion von Individuen angelegt ist. Dieser Differenzierungsprozess vollzieht sich im wahrsten Sinne des Wortes hauptsächlich entlang den Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnie, was sich auch am Beispiel der Schweiz belegen lässt. Bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren Schweizerinnen von verschiedenen politischen Rechten ausgeschlossen. Im 19. Jahrhundert besaßen die Juden bis Ende der sechziger Jahre keine Niederlassungsfreiheit und je nach Gemeinde und Kanton waren den Armenengössigen wiederum die politischen Rechte verwehrt.<sup>13</sup>

Die Verschiebung der Definitionskriterien im ausgehenden 19. Jahrhundert brachte es mit sich, dass im grossen Stil über allgemeine Merkmale eines angeblichen „Nationalcharakters“, „nationalen Wesens“ oder „Volksgeistes“ spekuliert wurde und „rassische“ Kategorien zu leitenden Prämissen aufstiegen. Das nationalistische Denken privilegierte klar die Herkunft gegenüber der Faktizität des Aufenthaltsortes.

Der Nationalismus seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts brachte die „Willensnation“ Schweiz (Hilty) mit ihren unterschiedlichen Kulturen in einen Definitionsnotstand und warf die Frage nach dem „Wesen“ der nationalen Einheit auf. Angesichts der ungewöhnlichen kulturellen Heterogenität der Eidgenossenschaft hätte jede monothetische, kulturalistische – oder später biologistische – Beantwortung unweigerlich zur Zerreihsprobe geführt. Als Ausweg bot sich eine Selbstbestimmung ex-negativo an. Der schwammige

12 Hans-Ulrich Wehler, *Nationalismus, Geschichte, Formen, Folgen*, München 2001.

13 Vgl. Georg Lutz/Dirk Strohmann, *Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen*, Bern u. a. 1998.

Begriff der „Überfremdung“ war entsprechend für die Schweiz besonders geeignet, denn damit konnten Abwehrhaltungen umschrieben und später Abwehrpraktiken entwickelt werden, ohne einen Aspekt der nationalen Identität zu privilegieren. Die kulturelle Heterogenität der Schweiz musste nicht ernsthaft in Frage gestellt werden. So handelt es sich bei der Überfremdungskämpfung um eine äusserst unklar umschriebene, wenig stringente Strategie; viel eher könnte man von einer generell defensiven Modellierung „schweizerischer Art“ sprechen, denn „Überfremdung“ bildet einen imaginären Gegenpart zu der wünschenswerten Selbstsicht. Diese beruhte auf Projektionen von unerwünschten Zügen der eigenen Gesellschaft auf eine andere. Wen und was es auszuschliessen galt, musste immer wieder neu „ausgehandelt“ werden, doch dass die Gefahr von aussen kam, darüber herrschte zumindest seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein weitreichender Konsens. Zudem umfasste „Überfremdung“ ein Feld von Argumentationen und Praktiken, die im Zusammenhang mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen Angehörige bestimmter Gruppen hervorhoben, auszugrenzen versuchten und Strategien gegen diese entwickelten. „Überfremdung“ wirkte dank der begrifflichen Ungenauigkeit über politische Lager und soziale Schichten hinweg verbindend. „Überfremdung“ war während des 20. Jahrhunderts ein Signum kulturell-nationaler Identität, dessen sich immer wieder neue politische Kreise bedienten und zu Nutze machten.

Das einigende Band der Überfremdungsverfechter kann am ehesten als anti-liberal, in gewissen Teilbereichen auch als anti-modernistisch, als Beharren und dem sozialen Wandel trotzend bezeichnet werden. Das „Bekenntnis“ zur „Überfremdung“ hiess, dieses so bezeichnete Phänomen als vermeintliche Tatsache anzuerkennen, auch wenn Zahlen das Gegenteil bewiesen. Es bedeutete die Übernahme eines selbstverständlichen Systems von Ideen, ein Bündel von Präferenzen, Normen und Symbolen. Diese wurden internalisiert, zum Bestandteil der eigenen Sprache und somit wiederum zum Signum der Vertrautheit. So betrachtet trägt „Überfremdung“ alle Züge eines „kulturellen Codes“.<sup>14</sup>

---

14 Der Begriff „kultureller Code“ wurde von Shulamit Volkov entwickelt, um Merkmale des modernen Antisemitismus zu verstehen. Shulamit Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code*, in: dies., *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays*, München 1990, S. 13-36. Auch Urs Allematt und Stefan Mächler sprechen in ihren Studien zum Antisemitismus in der Schweiz von „Überfremdung als kulturellem Code“. Urs Allematt, *Katholizismus und Antisemitismus: Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen*; zur Kulturgeschichte der Schweiz 1918-1945. *Frauenfeld/Stuttgart u. a.* 1999, S. 132 ff.; Stefan Mächler, *Kampf gegen das Chaos: Die antisemitische Bevölkerungspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei und Polizeibehörde 1917-1954*, in: Aram Mattioli (Hrsg.), *Antisemitismus in der Schweiz 1848-1960*, Zürich 1998, S. 357-421, hier S. 374.

Einzelne Parteien und Interessenverbände drängten seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zunehmend danach, ausländische Minderheiten und Fremde stärker auszugrenzen, um eine vermeintlich homogenere Gesellschaft zu erlangen. Diesen Prozess einer nationalen Homogenisierung kann man als eigentliche „helvetische Ethnisierung“ bezeichnen – so paradox es auch klingen mag.

### Xenophobie und Antisemitismus: ein Schulterchluss

„Überfremdung“ war ein vielschichtiger und dehnbare Begriff. Grundsätzlich konnte er sich gegen alle Ausländerinnen und Ausländer richten. Doch die „Praktiken“ zielten nicht zwangsläufig auf die zahlenmässig grösste Gruppierung von Zugewanderten. Meist waren es nur einzelne Gruppen, gegen die sich die Argumente wirkungsmächtig richteten. In der Zwischenkriegszeit waren hauptsächlich ausländische Juden und Jüdinnen davon betroffen, obwohl sie unter den Ausländerinnen und Ausländern eine verschwindend kleine Minderheit bildeten. Weshalb jedoch ausgerechnet die kleine Gruppe der Juden, insbesondere der Ostjuden innerhalb des damaligen Integrations- und Ausschlussprozesses eine so zentrale Rolle einnahmen, ist mittels quantitativer Argumente nicht zu erklären. In den Überfremdungsdebatten erlangten die Ausländer aus den Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, die um 1920 immer noch über 95 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung ausmachten, nicht denselben Stellenwert wie die Jüdinnen und Juden Osteuropas. Eine Ausgrenzung der Ausländer, die aus den Nachbarstaaten stammten, hätte sicherlich zu diplomatischen Schwierigkeiten mit diesen Staaten geführt. Weit geeigneter waren Ostjuden. Aufgrund ihrer Kleidung häufig leicht erkennbar und ohne politische Vertretung im Rücken stellten sie den „Ideal-Fremden“ dar, den man ohne politische Konsequenzen diskriminieren konnte.

Das Hauptanliegen der neu entstandenen Fremdenpolizei war, die Zuwanderung durch eine „qualitative Auswahl“ zu steuern. Das Problematische dabei war nicht, dass eine Auswahl vorgenommen wurde – vor dieser Entscheidung stehen alle Einwanderungsgesellschaften –, sondern auf welcher Grundlage diese getroffen wurde. Der zentrale Begriff, von dem sich die Bundesbehörden nach dem Ersten Weltkrieg leiten liessen, war derjenige der „Auslese“. Er basierte auf sozialdarwinistischen Theoremen. Diese ermöglichten das Eindringen von diskriminierenden Diskursen mit antisemitischem, ethnisch hierarchisierendem und biologistischem Gehalt.

## Vom Ostjuden zur Negativkonstruktion „Ostjude“

Nach dem Ersten Weltkrieg warnte die eidgenössische Zentralstelle für die Fremdenpolizei die schweizerische Gesandtschaft in Wien vor einer bevorstehenden Massenauswanderung polnischer Juden in die Schweiz und nach Amerika. Aus Angst vor einer zunehmenden „Überfremdung“ riet die Bundesverwaltung „ganz besonders vorsichtig bei der Entgegennahme von derartigen Einreisegesuchen zu sein und diesen äusserst unerwünschten Elementen den Weg in die Schweiz zu sperren.“<sup>15</sup> Bereits am folgenden Tag gelangte die Zentralstelle mit dem gleichen Anliegen an die Polizeidirektoren der Kantone:

„Wir gestatten uns, Sie auf diese Vorkommnisse aufmerksam zu machen und ersuchen Sie, mit Rücksicht auf die drohende Überfremdung durch diese Ausländer, gegen derartige Gesuche namentlich aber gegen Verlängerungen des Aufenthaltes, ganz besonders vorsichtig zu sein. Wir benötigen unbedingt der Mithilfe sämtlicher kantonalen und lokalen Fremdenpolizeibehörden, damit der Zustrom dieser äusserst unerwünschten Elemente erfolgreich eingeschränkt werden kann.“<sup>16</sup>

Die antijüdische Haltung der Behörden bekam auch wenig später die Wiener Jüdin Anna Lorbeerbaum zu spüren, als sie im September 1920 mit Unterstützung des Supreme Economic Council versuchte, für eine grössere Zahl jüdischer Flüchtlinge Aufnahme in der Schweiz zu erwirken. Bei diesen handelte es sich, wie sie vermerkte, um

„unschuldigste Opfer des Kriegs, sparsame, nüchterne, ordentliche Menschen in geordneten Lebensverhältnissen, Handwerker, Arbeiter, Kaufleute etc., welche keinem Staate zur Last fallen und die dankbar wären, wenn sie in der Lage wären, sich irgendwo ansässig zu machen und ihrem Berufe nachzugehen, da sie hier sonst dem vollständigen Verderben und Untergang geweiht wären“.<sup>17</sup>

Auf dieses Schreiben an den schweizerischen Bundesrat antworteten die Schweizer Behörden – möglicherweise handelt es sich beim Verfasser um den Chefbeamten Max Ruth – bereits am 13. Oktober 1920 unmissverständlich:

„Leider sehen wir keine Möglichkeit, Ihrem Gesuch um Zulassung der Einwanderung einer bestimmten Zahl jüdischer Flüchtlinge in irgendeiner Weise zu entsprechen. Die Schweiz ist überbevölkert, sie ist dazu noch besonders mit Ausländern gesättigt wie kein anderes Land. Der Zudrang ist ungeheuer. Durch diese

15 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E 2110563, An die Schweizerische Gesandtschaft in Wien, 19. 11. 1919.

16 BAR, E 21 10563, An den Regierungsrat der Kantone, 20. November 1919. Vgl. auch: Aron Kamis-Müller, Antisemitismus in der Schweiz 1900–1930, S. 122.

17 BAR, E 21 20808 Jüdische Flüchtlinge, Eingabe von Anna Lorbeerbaum.

Umstände sind wir gezwungen worden, eine ganz strenge Praxis der Zulassung zur Niederlassung in der Schweiz ein- und durchzuführen. Seit längerer Zeit dulden wir nur die Niederlassung solcher Ausländer, die entweder uns in Handel und Gewerbe notwendig sind, insbesondere Spezialarbeiter – oder solcher, die unterstützungsberechtigte Angehörige in der Schweiz haben. Ausschlaggebend bei der Zulassung ist ferner die Assimilierbarkeit. Gerade die vornehmlich aus weiterer Ferne und aus von den unsrigen ganz verschiedenen Verhältnissen stammenden Juden haben sich als sehr wenig assimilationsfähig erwiesen. Wir hatten vor und seit dem Kriege eine ziemliche ostjüdische Einwanderung, deren Ergebnisse nicht erfreulich waren, so dass weite Kreise in unserem Lande sich darüber aufhielten.“<sup>18</sup>

Mit seinem Schreiben verwies der Verfasser auf das veränderte Zulassungsparadigma vor dem Hintergrund einer Art Bevölkerungspolitik der Schweiz. Für die behördliche Arbeit sei das Kriterium der nationalen Aufnahmefähigkeit als quantifizierbarer Grösse massgebend, ebenso die volkswirtschaftliche Nützlichkeit und Assimilierbarkeit des Einwanderers beziehungsweise der Einwandererin. Sowohl der aktuelle Ausländeranteil als auch die Herkunft der Gesuchsteller würden einen Einlass in die Schweiz nicht zulassen. Zudem bezeichnete der Verfasser des Briefs die Einwanderung von Ostjuden in die Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg als unerfreuliches Kapitel der Migrationsgeschichte. Für die gesamte Zwischenkriegszeit finden sich entsprechende Hinweise. Im Jahre 1939 schrieb Max Ruth, Adjunkt der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement in einem viel beachteten Handbuchartikel zur schweizerischen Bevölkerungsentwicklung:

„Man ist heute natürlich geneigt, über den Nachteilen des grossen Einwanderungsschubes vor 1914 dessen Vorteile zu übersehen. So verderblich der gleiche Vorgang heute wäre, so naturgemäss war er zu jener Zeit, da dem schweizerischen Agrarstaat in raschem Tempo eine hochentwickelte Industrie und ein weltumspannender Handel eingebaut wurde. Ohne den starken Zuzug aus den industrieärmeren Nachbargebieten der angrenzenden Staaten wäre das kaum möglich gewesen. Während der geschulte (und verschulte) Schweizer sich immer mehr von körperlicher Arbeit abwandte, füllten die Zuzüger die verlassen oder nicht begehrten Plätze aus, besonders im Handwerk und dem sich mächtig entfaltenden Baugewerbe. Meist tüchtige Menschen gesunden Blutes, aus ländlichen grenznahen Gebieten, assimilierten sie sich im Ganzen befriedigend. Durchaus unerfreulich war nur die um die Jahrhundertwende einsetzende ostjüdische Immigration. Sehen wir von dieser ab, so ist nicht zu verkennen, dass die Eingewanderten der Vorkriegszeit einen notwendigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes geleistet haben.“<sup>19</sup>

18 BAR, E 21 20808, Jüdische Flüchtlinge, Antwort auf die Eingabe von Anna Lorbeerbaum.

19 Max Ruth, Wanderungen, in: Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft I, Bern 1939, S. 289.

In dieser Form der Judenfeindschaft waren das fremdenfeindliche Element sowie soziale Ressentiments gegenüber der Masse der verarmten Ostjuden entscheidende Faktoren. Sie richtete sich, gegen die in Osteuropa beheimateten und insbesondere gegen die aus Osteuropa emigrierten Angehörigen des jüdischen Glaubens, die eigene religiös-kulturelle Formen besaßen, häufig aufgrund ihrer Kleidung leicht erkennbar waren und in aller Regel in ökonomisch bescheideneren Verhältnissen leben mussten. So stellten die Ostjuden in den kollektiven Vorstellungen der Zeitgenossen oft das Gegenbild zum emanzipierten, assimilierten, modern gebildeten Juden dar. Ostjudenfeindschaft war nicht nur ein Phänomen, das sich bei Christen festmachen liess; auch Westjuden konnten diese Haltung entwickeln.<sup>20</sup> So wurde in zeitgenössischen Schilderungen immer wieder sowohl die kulturelle wie die religiöse Andersartigkeit hervorgehoben. Es versteht sich jedoch von selbst, dass in der Feindschaft gegenüber Ostjuden auch Antijudaismus und Antisemitismus ihren Niederschlag fanden, ja dass Ostjudenfeindschaft eine spezielle Form des Antisemitismus darstellt. In der Ostjudenfeindschaft spielte auch der Ost-Westgegensatz eine Rolle.<sup>21</sup>

### *Doppelte Fremdheit* oder die Konstruktion des „ganz Anderen“

Benedict Anderson hat darauf hingewiesen, dass Nationen sich nicht nur durch territoriale Grenzen konstituieren.<sup>22</sup> Ebenso werden innerhalb der nationalen Räume Grenzen zwischen Klassen, Ethnien, Religionen und „Rassen“ gezogen. Die Gräben dieser *Grenzziehung zweiter Ordnung* waren in der mehrkonfessionellen, polykulturellen und auf Integration bedachten Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg im Vergleich zu anderen europäischen Staaten nicht

20 Vgl. Sander L. Gilman, Jüdischer Selbsthass Antisemitismus und die verborgene Sprache der Juden, Frankfurt 1993.

21 Die Begriffsbildung „Ostjude“ wird dem jüdischen Gelehrten Nathan Birnbaum zugesprochen, der den Terminus 1903 geprägt haben soll. Verbreitet hat sich der Ausdruck angeblich erst seit diesem Zeitpunkt, doch ist wahrscheinlicher, dass er bereits im Verlaufe des 19. Jahrhunderts Verwendung fand. Nicht gleichzusetzen ist das Oppositions-paar Ostjude – Westjude mit demjenigen von Aschkenasim und Sefardim. Das letztere Gegensatzpaar rekurriert auf die unterschiedlichen Hauptachsen der Wanderungsbewegungen nach Europa in der Folge der Vertreibungen aus Israel beziehungsweise Babylonien und der daraus entstandenen Niederlassungsgebiete in Europa. Der Gegensatz Ostjude – Westjude hingegen bezieht sich auf verschiedenartig verlaufene sozio-ökonomische, kulturelle und religiöse Prozesse, die sich besonders im 18. und 19. Jahrhundert in den jeweiligen Siedlungsräumen festmachen lassen. Aufgrund wiederholter Progrome in Russland und anderen osteuropäischen Staaten und grosser wirtschaftlicher Not verliessen zwischen 1880 und 1930 ca. drei Millionen Juden Osteuropa. Vgl.: Neues Lexikon des Judentums, S. 350 f, Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, München 19913, S. 56.

22 Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, S. 173 ff.

sonderlich tief. Dies obwohl die Integration der Konservativen in die politische Verantwortung bei gleichzeitiger Erstarkung sozialdemokratischer Kräfte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu politischen Differenzen zwischen den Parteien der Rechten und der Linken in der Schweiz geführt hatten. Die Zunahme der Spannungen zwischen der deutschen und welschen Schweiz während und die grossen sozialen Krisen nach dem Ersten Weltkrieg vertieften in der Folge die Gräben zwischen sozialen Schichten, Milieus und Parteien. Auf den Ersten Weltkrieg und dem Landesgeneralstreik folgte eine Phase, während der diese Grenzen im Innern neu ausgehandelt wurden. Bei dieser *Grenzziehung zweiter Ordnung* wurde der Raum für Ausländerinnen und Ausländer enger. Die Koppelung von antisemitischen Traditionen und xenophoben Reflexen wirkte besonders nach.

Das Verhältnis zwischen Schweizern und Juden umschrieb Eduard Blocher im dritten Band seines Werkes „Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart“ aus dem Jahre 1923 folgendermassen: „Der Schweizer hat zu sehr das Gefühl, dass sie [die Juden] Fremde seien. Die einheimischen Aargauer Juden, meistens wohl gelittene Kaufleute, sind verhältnismässig wenig zahlreich; die seit zwei Menschenaltern aus Deutschland (meist Baden und Elsass) eingewanderten Juden werden schon ihrer süddeutschen Sprache wegen auch nach ihrer Einbürgerung nur als halbe Schweizer angesehen, und auf eigentlichen Widerwillen stossen die Ostjuden. Es ist sehr zu wünschen, namentlich auch zum Vorteil der alteingesessenen Israeliten selbst, dass die jüdische Zuwanderung aufhöre, damit nicht, wie in den Nachbarländern, eine antisemitische Kampfpartei entstehe, die zu unfruchtbarem Streit Anlass gibt. Hat es sich doch gezeigt, dass die den Schweizern in Fleisch und Blut übergegangene unbedingte Duldsamkeit in Dingen der Religion im Grunde nur für Gesinnungen und Überzeugungen gemeint war, und Religionsbräuchen gegenüber, wie die Juden sie pflegen, versagt.“<sup>23</sup> Dass es sich bei Eduard Blochers rhetorisch gekonnt kaschierter Geringschätzung religiöser jüdischer Praktiken um eine der Argumentationsweisen handelte, denen sich die Schächtsverbotbefürworter bedienten, sei hier nur am Rande vermerkt. Als erstes Volksbegehren der Schweiz überhaupt war im Jahre 1893 die sogenannte „Schächtsverbotsinitiative“ von der Bevölkerungs- und Kantonsmehrheit angenommen worden. Ein Verbot notabene das bis heute in Kraft ist. Besonders erwähnenswert ist die ausgesprochen negative Haltung gegenüber Ostjuden sowie die implizite Hierarchisierung, die hier zum Ausdruck kommt.

Das zuweilen schwierige Verhältnis zwischen Schweizern und grenznahen Ausländern, insbesondere Italienern, kann man zur Zeit des Ersten Weltkriegs

23 Eduard Blocher, Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart 1923, S. 162.

als vertraut und fremd zugleich bezeichnen. Spannungen konnten sich zwar, wie beispielsweise die sogenannten Italienerkrawalle von Zürich 1896 zeigen, durchaus gewalttätig entladen, doch es gab auch kulturelle und religiöse Gemeinsamkeiten. Ähnlich könnte man das damalige Verhältnis zwischen Schweizern und ihren jüdischen Mitbürgern bezeichnen. Gegenüber der verbindenden Staatszugehörigkeit und vielen kulturellen Gemeinsamkeiten stellte die Religion das trennende Element dar. Dies zu einem Zeitpunkt als das Bekenntnis zum Christentum noch integraler Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses war. Vertraut und fremd zugleich war auch das innerjüdische Verhältnis zwischen den Schweizer Juden und den zugewanderten Ostjuden. Das Verhältnis zwischen Ostjuden und christlichen Schweizern könnte man hingegen als *doppelt fremd* bezeichnen.<sup>24</sup>

Doch welcher Erkenntnisgewinn verbindet sich mit diesem Befund der *doppelten Fremdheit*? In Anlehnung an die Gesellschaftstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe kann Gesellschaft als rein „symbolische Ordnung“ verstanden werden.<sup>25</sup> „Die Gesellschaft hat kein ‚Wesen‘, das von ihrer Imagination, ihrer ‚Erfindung‘ verschieden wäre, keine ‚Identität‘, die sich auf einen ‚nationalen Kern‘, auf ‚Interessen‘ auf eine ‚ethnische Substanz‘ zurückführen liesse.“<sup>26</sup> Dieser radikal dekonstruktivistische oder besser gesagt antiessentialistische Ansatz versteht das Führen von Identitätsdebatten als unablässiges Aushandeln sprachlicher Zeichen.

Zwischen der Jahrhundertwende und den zwanziger Jahren wurde in der Schweiz verstärkt versucht, das Wesen, den *nationalen Kern* – meist ex negativo – zu umschreiben. Es wurde verstärkt versucht Zeichen zu setzen. In der Schweiz mit ihren grossen konfessionellen, kulturellen und sprachlichen Heterogenitäten war dies kein leichtes Unterfangen. Ziel war es – und ist es in gewandelter Form auch noch heute –, mittels des „antagonistischen Aussen“ die internen Differenzen zu überdecken. Dabei bezeichnet der Begriff „Antagonismus“ „dasjenige, was nicht Teil des Feldes der Differenzen ist, sondern als ganz Anderes, als Gegenteil schlechthin das Feld insgesamt begrenzt.“<sup>27</sup>

24 Den Begriff der doppelten Fremdheit verdanke ich Heiko Haumann, der ihn in seinen Lehrveranstaltungen verwendete.

25 Philipp Sarasin, Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft, in: R. Keller/A. Hirsland u. a. (Hrsg.). Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen 2001, S. 53-79, hier S. 67. Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2002, S. 127 ff.

26 Philipp Sarasin, Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft (Anm. 25), S. 68.

27 Sarasin, Die Wirklichkeit der Fiktion (Anm. ##), S. 36. Vgl. auch Laclau/ Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie (Anm. ##), S. 161–187.

Versucht man, die Identitätszuschreibungen in den Texten zusammenzufassen, so zeichnet sich der „helvetische Volkskörper“, um bei den damaligen Begrifflichkeiten zu bleiben, durch folgende Merkmale aus: Er hat ein dominantes Geschlecht, das männlich ist, er ist christlich – durch die Landesflagge ist dies in beinahe einzigartiger heraldischer und ikonographischer Klarheit verdeutlicht –, er hat einen bevorzugten Beruf, den des Bauern oder des Handwerkers, der ländliche Raum wird als Wohnort privilegiert, sein politisches Spektrum schwankt zwischen konservativ und liberal, jedoch ist er dezidiert antisozialistisch.

Aus diesem skizzierten Raster liesse sich nun ebenfalls ein antagonistisches Aussen des „ganz Anderen“ skizzieren. Im Kontext von Ein- und Ausschlussprozessen könnte es sich um das vermeintlich „nicht Assimilierbare“, um das „Nicht-Integrierbare“ handeln.

Genau dies haben die Überfremdungsverfechter der Jahrhundertwende unablässig getan:

Noch „weit unerwünschter und schädlicher“ als Deserteure und Refraktäre es seien, bezeichnete im Jahr 1919 Hans Frey, der Leiter der Fremdenpolizei des Kantons Zürich, die Ostjuden. Sie seien die,

„unsere Volkswirtschaft aufs schwerste schädigende[...] fremde[...] Schieber und Wucherer, die sich durch skrupellose Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Konjunkturen Riesengewinne zu sichern wussten, die die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln [...] aufs äusserste erschwerten, den Wohnungsmarkt zu beherrschen suchten und unser Volk auf die schamloseste Weise ausbeuteten. Dazu kam die Invasion von politischen Indésirables, welche durch bolschewistische Propaganda die Klassengegensätze verschärften und auf den Umsturz hinarbeiteten.“<sup>28</sup>

Zweifellos brachte der Erste Weltkrieg Schweizer und ausländische „Kriegsgewinnler“ hervor, die auf unterschiedlichste Art und Weise Profite erzielten. Der ukrainische Schriftsteller Schemarya Gorelik, der die Kriegsjahre in der Schweiz verbracht hatte, erinnerte sich 1919 nicht ohne Ironie der Stimmung in Zürich:

„Über die fremden Eindringlinge aber ärgerte sich der Zürcher um so mehr, als sie doch zugleich mit der peinlichen Stilverletzung materielle Vorteile brachten, die nicht verschmäht werden konnten. [...] Das Herz empörte sich, aber die Taschen wurden in Ausübung äusserster Toleranz immer voller. Diese gewisse Inkonzsequenz brachte eine Gereiztheit mit sich, die der sonstigen Ausgeglichenheit

28 Bundesratsbeschluss über Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Ausweisung von Ausländern. Text der bundesrätlichen Verordnung über die Kontrolle der Ausländer vom 17. November 1919, mit einer Einführung von Dr. Hans Frey, Chef der Fremdenpolizei des Kantons Zürich. Zürich 1919. S. 5 f.

des Schweizers nicht entsprach. In der Schweizer Presse erschienen öfters spitze und ätzende Notizen über Leute ohne Heimat, die wie Heuschrecken das ruhige Schweizerland überfluteten. Um deutlich zu machen, wer mit diesen Leuten (ohne Heimat) gemeint war, machte man Anspielungen auf Besonderheiten, die keinen Zweifel mehr übrig liessen, dass als die Stilverderber die Juden aus Galizien, Polen, Ungarn und Russland betrachtet wurden. Überhaupt die Juden.<sup>29</sup>

Gorelik bestätigte die Existenz ausländischer Kriegsprofiteure, mit denen die Schweizer Geschäfte tätigten. Gleichzeitig prangerte er den Sachverhalt an, dass in der öffentlichen Meinung die Ostjuden und in einem zweiten Schritt alle Juden für die negativen Folgen verantwortlich waren. Nur kurz davor wurde in der innerjüdischen Debatte in der Schweiz davor gewarnt, sich an der Stimmungsmache gegen Ostjuden zu beteiligen:

„Die Westjuden vergessen, oder scheinen vergessen zu wollen, dass aus der Verallgemeinerung des ‚polnischen Juden‘ zum ‚Ostjuden‘, die sie durchführten, eine Verallgemeinerung des ‚Ostjuden‘ zum ‚Juden im allgemeinen‘ folgen wird, die die Nichtjuden durchführen werden. Sie, die Westjuden, tragen selbst in diesen Artikeln die Steine zusammen, die die Nichtjuden allen Juden, auch den Westjuden entgegenschleudern werden; [...]“<sup>30</sup>

Gorelik musste diese Negativstimmung selbst erfahren. Nach der grössten sozialen und politischen Krise der Schweiz im 20. Jahrhundert, dem Landesgeneralstreik vom Herbst 1918, war die Bundesanwaltschaft von einer eigentlichen „judeo-bolschewistischen“ Phobie getrieben. Die Verquickung von Versatzstücken der Wirklichkeit, Gerüchten und Verschwörungspubien wurden zahlreichen Ostjuden zum Verhängnis. Zahlreiche Personen wurden beschuldigt, bolschewistische Agitatoren zu sein, einige wurden verhaftet und schliesslich des Landes verwiesen. Im November 1918 legte der Bundesanwalt für die Westschweiz seinen ersten Bericht über die Situation in der Romandie vor. Darin wurde vermerkt, dass den Angeschuldigten „strafbare Handlungen im Sinne der Artikel 36 und ff. des Bundesstrafrechts wohl kaum nachgewiesen werden können“. Dennoch kommt der Bundesanwalt zum Schluss:

„J'envisage que dans les circonstances politiques actuelles, leur présence en Suisse n'est plus désirable. Ils se rattachent en effet de près ou de loin à des or-

29 Schemarya Gorelik, Fünf Jahre im Lande Neutralien. Schweizer Kriegserlebnisse eines jüdischen Schriftstellers, Berlin 1919, S. 81.

30 M. W. Rapaport, Ostjudentum - Westjudentum, in: Jüdisches Jahrbuch für die Schweiz, 5677, 1916/17, S. 76–85, hier S. 80.

ganisations qui pourraient à un moment donné constituer un véritable danger pour le pays.“<sup>31</sup>

Entsprechend lapidar lautete auch das polizeiliche Verdikt, das selbst im November 1918 keinem juristischen Delikt entsprach: „Délit: bolchevik“.<sup>32</sup> Im Befragungsprotokoll vermerkte aber der ukrainische Schriftsteller Gorelik:

„Je ne suis pas bolchevik et n'appartiens à aucun parti révolutionnaire, ce qui peut d'ailleurs être prouvé par mes écrits, dans lesquels je me suis élevé contre la tendance bolchevik.“<sup>33</sup>

Mehr Wehmut als Verbitterung ist den Zeilen Goreliks zu entnehmen, als er nach wochenlanger Inhaftierung aus der Schweiz ausgewiesen wurde.

„Leb' wohl, Schweiz, und auf ein baldiges Wiedersehen. Du hast hart gegen einen Menschen gehandelt, der dich aufrichtig liebte, deine Berge, deine Sonnenuntergänge, deine Stille und einige deiner Schriftsteller. Du hast grundlos jemanden deiner Grenzen verwiesen, der innerlich an dir hing.“<sup>34</sup>

Gorelik hatte allen Grund zur Verbitterung. Haltlose Vermutungen hatten zu seiner Ausweisung geführt. Gorelik dürfte seine Herkunft zum Verhängnis geworden sein: Als ostjüdischer Autor mit geringem Vermögen zählte er seit Ende des Ersten Weltkrieg zu den „unerwünschten Elementen“. Für Behördenvertreter vereinigte er geradezu idealtypisch all jene imaginierten Feindbilder, die es zu bekämpfen galt. „Ostjuden“ wurden so zum Zeichen des politisch „ganz Anderen“ gemacht.

Laclau und Mouffe sehen in „Synonymie, Metonymie und Metapher keine Gedankenformen, die einer ursprünglichen, konstitutiven Buchstäblichkeit sozialer Verhältnisse einen zweiten Sinn hinzufügen; vielmehr sind sie selbst Teil des ursprünglichen Terrains, auf dem das Soziale konstituiert wird“.<sup>35</sup> Dies meint, dass die Zeichen nicht nur einen Abbildcharakter besitzen, sondern eine eigene Realität schaffen. Aus dem beschränkten realen Angebot von Ausländerinnen und Ausländern zur Zeit des Ersten Weltkriegs boten sich die Ostjuden aufgrund der *doppelten Fremdheit* an. Über die unablässigen Negativzuschreibungen wurden sie selbst zum Zeichen, wurden sie zu „Ostjuden“. „Die Ostjuden“ wurden zur Metapher des ganz Anderen im ethnisch-religiösen, im ökonomischen und auch im politischen Sinn ge-

31 BAR, E 21 10565, Die Schweizerische Bundesanwaltschaft an das EJPD, 30. Nov. 1918, Ausweisung Ganchtack und Konsorten.

32 BAR, E 21 10603, Signalement

33 BAR, E 21 10603, Procès-verbal d'interrogatoire, 22. Novembre 1918.

34 Schemarya Gorelik, Fünf Jahre im Lande Neutralien, S. 133.

35 Philipp Sarasin, Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft, S. 67.

macht. Sie wurden zum Signum des „Auszugrenzenden“. Dieses von den schweizerischen Behörden geschaffene Zeichen sollte während des Zweiten Weltkriegs allen ausländischen Juden anhaften. Auch dann, als die Nationalsozialisten einen Vernichtungskrieg gegen europäische Minderheiten führten. Durch den Zweiten Weltkrieg verlagerten sich die Maximen der Überfremdungsbekämpfung, die sich gegen Zuwanderinnen und Zuwanderer richteten, auf Flüchtlinge. Das Ausgrenzen und der Ausschluss von sogenannten „unerwünschten Elementen“ setzten sich im teilweise praktizierten Aussperren „unerwünschter“ Flüchtlinge fort. Erst spät, zu spät, im Juli 1944 hoben die Bundesbehörden ihre eigenen Vorgaben, „Flüchtlinge nur aus Rassen Gründen z. B. Juden“ an der Grenze zurückzuweisen, auf.

**Dieter Koop**

## **Zur Verbesserung des „demographischen Klimas“. Volk zwischen Repräsentation und Reproduktion**

Im folgenden Beitrag sollen nicht die verschiedenen Komposita mit *Volk* aufgezeigt und ihre semantische Verwendung in der sprachlichen Praxis der DDR analysiert werden. Vielmehr besteht die Absicht darin, den Begriff *Volk* zwischen staatsrechtlichen Erörterungen und der Rationalisierung des Sozialen zu fixieren. Als staatsrechtlicher Begriff umfasst *Volk* sowohl das Subjekt der Staatsgewalt als auch das Objekt staatlicher Tätigkeit. Letzteres führt dazu, dass das Volk zum Gegenstand des Regierens und Verwaltens und normativ zum Maßstab erfolgreicher staatlicher Intervention wird. Das empirische Volk, verstanden als Anzahl der Einwohner eines bestimmten Territoriums, wird zur Bevölkerung, indem Regierung und Sozialwissenschaften mit ihrem eingetübten „Tatsachenblick“ es zu ihrem Gegenstand machen, analysieren, bearbeiten, in Form bringen. Diese Techniken der Macht folgen einer Logik, die sich konsequent im Rahmen des neuzeitlichen Verständnisses von Politik, Staat und Regierung bewegt und entsprechen einer Rationalität der Herrschaft an den Schnittstellen von Macht, Wissen und Subjektivität.

Die Argumentation wird in drei Schritten vorgetragen. Ausgehend von der Bestimmung der „Kunst des Regierens“ bei Foucault erfolgt eine begriffliche Differenzierung von *Volk* und *Bevölkerung* durch Verweise auf Jean-Jacques Rousseau und Robert von Mohl (1), dem schließt sich eine Betrachtung der verfassungsrechtlichen Einordnung von *Volk* bei Karl Polak, dem „Verfassungsvater“ der ersten DDR-Verfassung an (2), um dann *Bevölkerung* als Leitbegriff in den Debatten zur Sozial- und Bevölkerungspolitik, der Soziologie und Demografie der siebziger und achtziger Jahre zu analysieren (3).

I.

Nach Foucault besteht in der Neuzeit die „Kunst des Regierens“ darin, „die Macht in der Form und nach dem Vorbild der Ökonomie auszuüben.“<sup>1</sup> Dem gehen eine Veränderung im Gebrauch des Begriffs *Ökonomie* und eine neue Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie voraus, die sich

---

1 Michel Foucault, Die Gouvernementalität, in: Thomas Lemke/Susanne Krasemann/ Ulrich Bröckling, Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a. M. 2000, 49.

beide zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert vollzogen haben.<sup>2</sup> Bezeichnet der Ausdruck *Ökonomie* zunächst eine „Regierungsform“, so charakterisiert er im folgenden „ein Realitätsniveau“ und „ein Interventionsfeld“ für das Regieren. Parallel zu diesen Veränderungen findet ein grundlegender Wandel im Modell und Gegenstand des Regierens statt – von der Familie hin zur Bevölkerung.<sup>3</sup> Die Regierung von Menschen tritt an die Stelle der „Pastoralmacht“; ihre Ziele, Mittel und Gegenstände lösen sich von der Souveränität des Fürsten und weiten sich auf alle denkbaren Aktivitäten und Handlungsfelder aus.<sup>4</sup> Der „Blick auf die Bevölkerung“ mit ihren „eigenen Regelmäßigkeiten“ führt zu einer Aufhebung der „Blockierung der Regierungskunst“.<sup>5</sup> Am deutlichsten wird dieser Sachverhalt in der Ausrichtung des Regierungszwecks auf das Wohlergehen der Bevölkerung, was zu einer Pluralisierung „spezifischer Ziele“ des Regierens führt. „Statt als Ausdruck der Macht des Souveräns tritt die Bevölkerung vielmehr als Zweck und Instrument der Regierung hervor“, als „Subjekt von Bedürfnissen und Bestrebungen“ aber auch als „Objekt in den Händen der Regierung“.<sup>6</sup> Resultat dieser Entwicklung ist die klare Differenzierung zwischen dem Ziel der Souveränität, Gehorsam vor dem Gesetz und absolute Unterwerfung zu erlangen und dem der Regierungskunst, die „richtige Verfügung über die Dinge“ für „angemessene Zwecke“ zu realisieren. Damit besteht für Foucault die Möglichkeit, dass „das Problem der Regierung endlich außerhalb des juristischen Rahmens der Souveränität gedacht, reflektiert und erwogen werden konnte.“<sup>7</sup> Politik kann so als ein eigenständiges, prospektives Feld ohne rechtliche Normierung, aber mit einer Vielzahl von Handlungsalternativen konstituiert werden, Handlungen, die sich auf beliebige Gegenstände, auf unterschiedliche Reichweiten und auf verschiedene Praktiken beziehen. Foucault illustriert das Auseinandertreten von Souveräni-

2 Zum begriffsgeschichtlichen Wandel von „Ökonomik“ als die geschlossene Wirtschaft des „ganzen Hauses“ und der „Ökonomie“ als neuzeitliche Verkehrswirtschaft und der Betrachtung des Staates als „Superoikos“ mit einer Neujustierung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik vgl. auch die Arbeiten von Brunner und Landshut. Otto Brunner, *Das „ganze Haus“ und die alteuropäische Ökonomik*, in: ders., *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte*, Göttingen 1968, 103ff.; Sigfried Landshut, *Der Begriff des Ökonomischen*, in: ders., *Kritik der Soziologie und andere Schriften zur Politik*, Neuwied 1969, 131ff.

3 „Der Blick auf die Bevölkerung und die Wirklichkeit der für die Bevölkerung eigentümlichen Phänomene erlauben es, das Modell der Familie endgültig beiseite zu schieben und jenes Verständnis auf etwas anderes hin neu auszurichten.“ Foucault, *Gouvernementalität* (Anm. 1), 60

4 Vgl. Thomas Lemke/Susanne Krasmann/ Ulrich Bröckling *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. Eine Einleitung*, in: dies., *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M. 2000, 12.

5 Foucault, *Gouvernementalität* (Anm. 1), 60.

6 Ebenda, 61.

7 Ebenda, 59.

tät und Regierung in den Arbeiten von Rousseau, besonders anhand des Enzyklopädie-Artikels *Abhandlungen über die Politische Ökonomie* und des *Contrat sociale*. Rousseau zeigt, wie man „mit Begriffen wie ‚Natur‘, ‚Vertrag‘ und ‚allgemeiner Wille‘ ein allgemeines Prinzip des Regierens aufstellen kann, das sowohl dem juristischen Prinzip der Souveränität als auch den Elementen, durch die man eine Regierungskunst definieren und charakterisieren kann, einen Platz lässt.“<sup>8</sup>

An dieser Stelle kommt wieder die Differenzierung von Volk und Bevölkerung ins Spiel. Es geht um die These, dass die Betrachtung der Regierung außerhalb des ‚juristischen Rahmens‘, eine begriffliche Unterscheidung von Volk und Bevölkerung ermöglicht und zugleich erzwingt, gerade auch angesichts der Versuche, die Souveränität des Monarchen durch die des Volkes zu ersetzen.

*Volk* und Volkssouveränität als verfassungs- und staatsrechtliche Begriffe, formal oder material bestimmt, begründen den institutionellen Aufbau und vor allem die Legitimation des Staates. Indem der Begriff durch Mythenbildung symbolisch aufgeladen und überhöht wird, steht *Volk* für Ursprung, Einheit, Homogenität, Totalität und bietet erst dadurch die Voraussetzung für den Gedanken der Repräsentation. Als *Bevölkerung* gerät Volk zum „Adressaten“<sup>9</sup> des Staatsapparats zu einem Gegenstand des Interventionsstaates, der nicht nur Bevölkerung zum Objekt des Regierens macht, sondern gleichzeitig durch eine aktive Bevölkerungspolitik sich seine Bevölkerung schaffen möchte und dazu „politisches Wissen“ benötigt. Bevölkerung wird hier in der Heterogenität von Gruppen, Vermögen, Positionen, Alter und Geschlechterdifferenz wahrgenommen und erst dann unter dem Aspekt der Vereinheitlichung, Gleichartigkeit, des Ein- oder Ausschlusses. Die analytische Trennung der beiden Begriffe kann in dieser Strenge nicht aufrecht erhalten werden. Die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien des Regierens lösen sich nicht ab, sondern bleiben aufeinander bezogen. „Somit wird die Souveränität durch das Auftauchen einer neuartigen Kunst des Regierens ... keineswegs eliminiert; das Problem der Souveränität ist... im Gegenteil akuter geworden denn je.“<sup>10</sup>

Als Beispiel für diese Überlagerung von Souveränität und Regierungskunst greifen wir auf eine Argumentation von Rousseau zurück. Im *Contrat sociale* stellt er die Frage nach den Merkmalen einer guten Regierung. Moralische Maßstäbe verwirft er, da sie kein „genaues Maß“ enthalten und damit subjektiv beliebig bleiben. Über den Zweck der „politischen Assoziation“, der in Erhaltung und dem Wohl der Mitglieder bestehe, kommt er zur Bestimmung

8 Ebenda, 63.

9 Friedrich Müller, *Wer ist das Volk? Die Grundfragen der Demokratie – Elemente einer Verfassungstheorie VI*, Berlin 1997, 27.

10 Foucault, *Die Gouvernementalität* (Anm. 1), 63.

eines messbaren Kriteriums, das er in „Anzahl und Zunahme der Bevölkerung“ findet. „Bei Gleichheit aller übrigen Dinge ist unfehlbar die Regierung die beste, unter der sich ohne fremde Mittel, ohne Einbürgerungen und ohne Kolonien die Zahl der Bürger am stärksten vermehrt. Die Regierung dagegen, unter der ein Volk abnimmt und dahinschwindet, ist die schlechteste.“<sup>11</sup> In dem Enzyklopädie-Artikel über *Politische Ökonomie* von 1755 war ursprünglich am Ende eine kurze Abhandlung über die Bevölkerung vorgesehen. Rousseau entwickelt hier den Gedanken, den er dann später im *Gesellschaftsvertrag* wiederholen wird. Die politische Ökonomie ist „öffentliche Ökonomie“, ist Regierung und Verwaltung. Eine „gute Verwaltung“ ist auf das „Gemeinwohl der menschlichen Gattung“ gerichtet und hat „die Vermehrung des Volkes, die unerlässliche Folge seiner Wohlfahrt“ zum Zweck.<sup>12</sup>

„Bei Gleichheit aller übrigen Dinge ist es offensichtlich, dass die Menschen sich in dem Land am wohlsten fühlen, das eine verhältnismäßig größere Zahl von ihnen ernährt und am Leben erhält, denn zu Recht beurteilt man die Sorgfalt des Schäfers nach dem Anwachsen der Herde.“<sup>13</sup>

Die Unterscheidung zwischen politischer Ökonomie und Souveränität zwischen Regierung bzw. Verwaltung und gesetzgebender Macht führt dazu, dass das Volk unterschiedlich in den Blick kommt. Die „Schäfer-Herde“-Metapher ist nicht geeignet, die Bildung der *volonté générale* zu beschreiben, wohl aber das administrative Verhältnis von Regierung und Bevölkerung.<sup>14</sup> Rousseau unterscheidet zwischen dem „ganzen Volk“ im Kontext des legislativen Rechts und dem Volk als Adressaten der exekutiven Gewalt, das sich auch auf unterschiedliche „Privatpersonen“ und damit auf Bevölkerung bezieht.<sup>15</sup> In

11 Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, in: ders., Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden, hrsg. von Martin Fontius, 1. Band, Berlin 1989, 453. Dort findet sich auch die Aufforderung an die Statistiker: „Jetzt ihr Rechenkünstler, macht euch ans Werk; zählt, messt und vergleicht!“

12 „Dann wird der Staat so reich wie möglich sein, denn er wird die kostbarste Ware, nämlich Menschen, im Überfluß besitzen, und die Menschen, die er haben wird, wird er ganz und gar besitzen.“ Jean-Jacques Rousseau, Politische Fragmente, in: ders., Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden, hrsg. von Martin Fontius, 1. Band, Berlin 1989, 563.

13 Ebenda.

14 „Wenn das Volk also einfach zu gehorchen verspricht, löst es sich mit diesem Akt selbst auf und verliert die Qualität eines Volkes; sobald ein Herrscher da ist, gibt es keinen Souverän mehr, und damit ist der politische Körper vernichtet.“ Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag (Anm. 11), 401.

15 Jean-Jacques Rousseau, Abhandlung über die Politische Ökonomie, in: ders., Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden, hrsg. von Martin Fontius, 1. Band, Berlin 1989, 338f. Dort heißt es: „Ich bitte meine Leser des weiteren, wohl zu unterscheiden zwischen der öffentlichen Ökonomie, von der ich zu sprechen habe und die ich Regierung nenne, und der höchsten Autorität, die ich Souveränität nenne; die Unterscheidung besteht darin, dass die eine das legislative Recht besitzt und in bestimmten

der Wahrnehmung der Differenziertheit von Menschen mit ihren unterschiedlichen partikularen Interessen kann Bevölkerung aber auch wieder zum Gegenstand staatsrechtlicher Erörterungen werden, die damit der Bildung des allgemeinen Willens unterworfen sind und der Regierung etwa eine erzieherische Dimension zubilligen. Die Formung des Staates als *corps politique* macht in der Maschinenmetapher den Gesetzgeber zum „Mechaniker, der die Maschine erfindet“ und die Einzelteile formt, d.h. die „menschliche Natur“ umwandelt, ihr die „eigenen Kräfte“ nimmt und durch „fremde“ ersetzt, die die Menschen aber nur kollektiv gebrauchen können, um der Verfassung Vollkommenheit und Stabilität zu geben.<sup>16</sup>

Bei Robert von Mohl wird die *Bevölkerung* zu einem eigenständigen Bereich des Regierens und zu einem disziplinären Gegenstand der Wissenschaften. Er resümiert damit in seinen Arbeiten die zurückliegende Praxis des merkantilistischen Staates und der „guten“ *Policey*, die begonnen hatten „ein als Taktik des Regierens einsetzbares Wissen vom Staat aufzubauen.“<sup>17</sup> In seiner *Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften*, die ab 1855 publiziert wird, behandelt er auch die „Geschichte und Literatur der Bevölkerungslehre“, die er in *Bevölkerungsstatistik*, *Populationistik* und *Bevölkerungspolitik* gliedert.

„Erstens in die Aufsuchung, gründliche Erforschung und übersichtliche Ordnung der Thatsachen, also der Erscheinungen, welche eine gewisse Menschenmenge hinsichtlich des Verlaufs des Lebensprocesses darbietet. [Bevölkerungsstatistik] – Zweitens, in die Erforschung und Formulierung der allgemeinen Naturgesetze, durch welche die verschiedenen Erscheinungen der menschlichen Bevölkerung hervorgerufen werden; Gesetze, welche allein oder doch am richtigsten durch Induction aus den Erscheinungen selbst zu finden sind. [Populationistik] – Endlich, drittens, in der Darlegung der Verhältnisse, welche in der bürgerlichen Gesellschaft und im Staate durch die natürlichen Gesetze der Bevölkerung entstehen, und in der Entwicklung derselben Massregeln, welche zur Erlangung wünschenswerther und zur Beseitigung schädlicher Zustände erforderlich erscheinen. [Bevölkerungspolitik]“<sup>18</sup>

Die Bevölkerungsstatistik erfasst Stand und Bewegung der Bevölkerung und befasst sich mit deren Schätzung. Im Zentrum steht dabei immer „die Kraft des Staates“. Mohl argumentiert in eine Richtung, die den politischen Nutzen der theoretischen Arbeit hervorhebt. Die Berechnung der „natürlichen Gesetze der Bevölkerung“ ist nicht eine Aufgabe für „müßigen wissenschaftlichen

---

Fällen dem ganzen Volk Pflichten auferlegt, während die andere nur die exekutive Gewalt besitzt und nur Privatpersonen Pflichten auferlegen kann.“

16 Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag (Anm. 11), 413f.

17 Foucault, Die Gouvernamentalität (Anm. 1), 57.

18 Robert von Mohl, Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften, in Monographien dargestellt, Dritter Band, Erlangen 1858, 414.

Scharfsinn“, sondern unerlässlich für staatliches Handeln. Vom Auffinden und Anwenden der Gesetze „hängt eine Menge nützlicher und einflussreicher Einrichtungen ab, wie z. B. die Einrichtung der Lebensversicherung, Pensions- und Wittwenkassen, Leibrenten u. dgl.“<sup>19</sup> Bevölkerungsstatistik dient dem Staatszweck und hat Beziehungen zu einer Vielzahl staatlicher Aktivitäten und Institutionen, wie Lebensmittelproduktion, Heer, Wahlen, Wahlbezirke, Räumlichkeiten der Schule, Steuer, Aus- und Einwanderung, Land- und Stadtbevölkerung. Allein die Erkenntnis der Tatsachen über Stand und Bewegung der Bevölkerung reiche nicht aus. Ihre „wissenschaftliche Bearbeitung“ sei notwendig,

„nämlich eine Auffindung der natürlichen Gesetze, nach welchen sich die Bevölkerungsverhältnisse gestalten, und welche, entdeckt, als kürzester Ausdruck der Thatsachen benützt und als deren regelmässiges Vorkommen betrachtet werden können.“<sup>20</sup>

Es handele sich dabei um Gesetze im Sinne des Auffindens „regelmässig, d. h. durchschnittlich zu Tage tretende Erscheinung“. Für die Staatswissenschaften genüge es, dass

„ein bestimmter Zustand in den Bevölkerungsverhältnissen als Regel betrachtet werden kann; und ein Gesetz ist diese Erscheinung für sie in so ferne, als dieselbe unwandelbar und durch menschliche Willkür nicht bestimmbar ist.“<sup>21</sup>

Das Auffinden natürlicher Gesetze der menschlichen Bevölkerung sei notwendig, wenn der Staat regeln will und er will es, wie die Geschichte zeigt. Es handele sich also nicht um ein „für das tägliche Leben unfruchtbares Wissen“, sondern es gehe darum „Übel“ zu vermeiden und „wirklichen Nutzen“ zu schaffen. Das Wechselverhältnis zwischen Wohlstand und Menschenzahl lasse zwei Betrachtungen zu,

„entweder erzeugt der vorhandene Reichthum eine entsprechende grosse Bevölkerung; oder aber rief, umgekehrt, die Bevölkerungsgrösse ein gleichlaufendes Reichthumsmaass hervor.“<sup>22</sup>

Diese Erkenntnis galt nach dem Bevölkerungsgesetz von Malthus so nicht mehr. Die Bevölkerungslehre wird nach seinen Veröffentlichungen zu einem Paradebeispiel der Diskussion um die Anwendung von Sozialwissenschaften und die Gestaltung der Bevölkerungspolitik in Abhängigkeit von diesem Wissen.<sup>23</sup> Die Auseinandersetzung betrifft solche Topoi wie gesellschaftliches Gleich-

19 Ebenda, 421.

20 Ebenda, 443.

21 Ebenda, 442.

22 Ebenda, 463.

23 Die Behandlung von Malthus erfolgt daher nicht zufällig im Abschnitt Bevölkerungspolitik. Ebenda, 480ff.

gewicht, natürliche Harmonie und menschlicher Fortschritt, die plötzlich als problematisch galten, und führt im Kern zur Frage nach der Rationalisierung gesellschaftlicher Prozesse und der Rationalität des Staates. Es sind dies keine rein intellektuellen Fragestellungen, sondern Probleme, die zu einem integralen Bestandteil des Regierens geworden waren oder werden sollten.

Mohl sieht sich mit sozialen Tatsachen konfrontiert, die nicht mehr in Bezug zur Moral, Tugend und freiem Willen stehen, aber deren Kenntnis gerade deshalb in einer Weise wichtig werde, da sie zur Grundlage für erfolgreiches staatliches Handeln gehöre.<sup>24</sup> Die Lehre von der Bevölkerung im Staate findet er hauptsächlich aus gesellschaftstheoretischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen „ansprechend und durchgreifend“. Es sei keine Übertreibung, „wenn man in den Bevölkerungsgesetzen und ihren Folgen den eigentlichen Mittelpunkt der Volks- und Staatswirtschaft“, also der politischen Ökonomie, finde. Auch bestehe ein großes Interesse festzustellen, welche Folgen der Wohlstand für die Bevölkerung habe und umgekehrt wie die Bevölkerung auf die Wirtschaft zurückwirke, wie also „der Zustand der Bevölkerung im

24 Es gehöre „zu jener merkwürdigen Gattung von Verhältnissen, in welchen sich die Naturgesetze und freies menschliches Handeln auf eine geheimnisvolle Weise zu regelmässigen und sich beständig wiederholenden Ergebnissen verbinden.“ Obwohl der Mensch „nach seinem Belieben zu handeln...glaubt“, ist er in Wahrheit doch lediglich „ein bewusstloses Werkzeug der Naturkraft“. Die Betrachtung „lange[r] Zeitfolgen“ führe zu einer größten „Gleichförmigkeit des Handelns“ und zu beständigen Zahlenverhältnissen. „Ebenso ist es mit der Zahl der Kinder in den Ehen. Obgleich deren Erzeugung lediglich ein freier Willensakt der Eltern zu sein scheint; und obgleich im einzelnen dieser Wille auch anormale Folgen wirklich hat: bleibt sich doch im grossen Ganzen bei jedem Volksstamme diese Zahl vollkommen gleich, so dass also im schliesslichen Ergebnisse die gesammte verheirathete Bevölkerung eines Landes doch nur einem Naturgesetze zur Erscheinung verhilft.“ Mohl hält diese Tatsachen für „fast erschreckend“, das ganze für ein „grosses Räthsel unseres Daseins“. Und er verstärkt diesen Eindruck. Sofern man die „Gleichförmigkeit“ in Verhältnissen findet, die sich auf den physischen Organismus des Menschen zurückführen lassen, kann dies noch als ein bemerkenswertes Phänomen der Naturgeschichte angesehen werden, nicht aber wenn es um die geistigen Qualitäten des Menschen geht. Allein „das eigentlich Räthelhafte, um nicht zu sagen, Grauenvolle, tritt da ein, wo nach dem Bewusstsein jedes Einzelnen freier Wille ist und wirkt, und dessen Folge doch mit einem ausser und über dem Menschen stehenden Gesetze vollständig zusammenfällt. Hier ist doppelter Anlass zum ernstesten Nachdenken.“ Zunächst einmal gilt das Interesse dem Menschenbild. Handeln, das auf dem freien Willen beruht aber zu Ergebnissen führt, die scheinbar völlig davon abweichen, Gesetze, die sich hinter dem Rücken der Handelnden reproduzieren, aber um zu wirken der individuellen Handlungen bedürfen, all das wirft neue Fragen nach dem Verhältnis von Staat und bürgerlicher Gesellschaft auf und damit Fragen, die die politische Ordnung als Ganzes, ihre Gestaltbarkeit im Hinblick auf Zukünftiges betreffen. Mohl spricht vom „Verhältnis des Menschen zum Kosmos“ und seinen „geistigen und sittlichen Kräften“ in ihrer Bedeutung für das „allgemeine System der Weltordnung“. Es geht um den „Einfluss auf das künftige Dasein“, zumal der Staat „durch absichtliche Bestimmungen auf die Bevölkerungsverhältnisse einwirkt“, er sich zu diesem „grossen Räthsel in unmittelbare Beziehung“ setzt. Ebenda, 412f.

Vortheile des öffentlichen Wohlstandes gewünscht, vielleicht gestaltet werden muss.“<sup>25</sup> Kenntnisse der Tatsachen und Naturgesetze sind die Voraussetzung für die „Ziehung richtiger Schlüsse“. Dagegen können

„Unwissenheit oder falsche Auffassung ... zu sehr üblen Folgen führen, indem sie leicht weitgreifende falsche Massregeln veranlassen. Glücklich noch, wenn der Fehler nur das Güterwesen trifft, und nicht auch unmittelbar menschliches Leben in unrichtiger Weise hervorruft oder abkürzt.“<sup>26</sup>

Bevölkerungspolitik und deren Verwissenschaftlichung, verstanden als Reflexion über Ziele, Mittel und Methoden der Bevölkerungspolitik, deren Voraussetzungen und Bedingungen, konstituieren *Bevölkerung*. Als „Interventionsfeld“ von Regierung und Wissenschaft bestimmt sie wiederum den „Inhalt und die Form mancher und wichtiger Staatseinrichtungen“. Bevölkerung ist zu einem „Hauptinhalt“ des Staates und der Macht geworden. Die Feststellung etwa von „Untervölkerung“ oder „Uebervölkerung“ und deren Auswirkungen, die sich in ökonomischen Kategorien beschreiben lassen, zeigen, wie sensibel alle Phänomene miteinander verbunden sind.<sup>27</sup> Richtige oder falsche Bevölkerungspolitik findet nicht mehr im Kontext naturrechtlicher Betrachtungen statt, sondern folgt den „Naturgesetzen“ der Bevölkerung und der adäquaten instrumentellen Handhabung derselben. Dabei geht das Machbare so weit, dass Leben selbst zur Disposition stehen kann.

## II.

Volk und Bevölkerung sind nicht deckungsgleiche Begriffe. Volk beansprucht eine gewisse Exklusivität und kann Teile der Bevölkerung vom „Status“ Volk ausschließen. Das korrespondiert zum Teil auch mit der Konnotation der Begriffe im juristischen oder sozial-ökonomischen Kontext. Dabei gibt es eine Vielzahl von Methoden, *Volk* ungleich *Bevölkerung* zu setzen.

In der SBZ/DDR hatte der Gebrauch von Wortverbindungen mit *Volk* durchaus Konjunktur, trotz der inflationären Verwendung in der nationalsozialistischen Ideologie. Die Begriffe *Volk*, *Nation* und *Staat* wurden teilweise synonym gebraucht, zum Teil aus Verlegenheit, um der Situation nach dem Ende des II. Weltkriegs irgendwie gerecht zu werden: Besatzungsstatus, Verlust der staatlichen Souveränität, Teilung Deutschlands, Neuordnung der politischen Landschaft. Daneben war *Volk* als Appellationsinstanz bzw. als Adressat unverzichtbar, zumal in der Unübersichtlichkeit und Unbestimmtheit der damaligen Öffentlichkeit. Insofern sind Titel wie *Manifest an das deut-*

<sup>25</sup> Ebenda, 413.

<sup>26</sup> Ebenda, 413.

<sup>27</sup> Ebenda, 514.

*sche Volk* gängige Sprachpraxis.<sup>28</sup> Das *Volk* wird zur Ikone<sup>29</sup> und erfährt eine voluntaristische „Aufladung“: „das deutsche Volk wünscht“, „es ist der Wille des deutschen Volkes“, Ereignisse „erfüllen das deutsche Volk mit großer Besorgnis“. Gleichzeitig ist es um die Artikulationsfähigkeit des Volkes nicht weit bestellt. Denn „antifaschistisch-demokratische Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen“ sollen „ihre Stimme gemeinsam für das deutsche Volk erheben.“<sup>30</sup> Daraus werden Repräsentationsvorstellungen abgeleitet und damit die Praxis der Legitimation sichtbar. Parteien – und zwar bestimmte – seien geeignet, als „berufenste Vertreter“ den „Willen des Volkes“ zu repräsentieren. Und gleichzeitig wird gegenüber gegnerischen Parteien argumentiert: „Es geht nicht um Parteien, sondern um unser Volk!“

Inhaltlich ist der Begriff *Volk* zunächst unbestimmt, und funktional dient er zur Begründung von politischen Ansprüchen. Ihm kommt aber auch eine selektive Funktion zu. Politisch aufgeladen wird er zu einem Kampfbegriff. Das *Manifest an das deutsche Volk* wendet sich nicht an *das Volk* sondern an das „gesamte schaffende Volk“, an „alle gesunden demokratischen Kräfte unseres Volkes“, es geht um ein Bündnis „mit allen fortschrittlichen Deutschen“. Je mehr die politische Macht der SED gefestigt schien, um so energischer die Ausgrenzung. Unter dem Stichwort Volkssouveränität bietet das „Wörterbuch zum sozialistischen Staat“ eine Definition von *Volk*.

„Der Begriff Volk als politisch-soziale Kategorie umfasst alle jene Klassen und sozialen Schichten der Gesellschaft, die daran interessiert und (oder) objektiv dazu fähig sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu verwirklichen. Die Klassen und Schichten, deren Interessen sich gegen den gesellschaftlichen Fortschritt richten, sind Feinde des Volkes; daher ist die Volkssouveränität stets gegen sie und ihre Herrschaft gerichtet.“<sup>31</sup>

Daneben gibt es weitere Bedeutungen, als „vornationale menschliche Gemeinschaftsbildung“ und als „Gesamtbevölkerung“ eines Staates, einer Nation.<sup>32</sup> *Volk* wird hier nicht als ein formal staatsrechtlicher Begriff verwendet, sondern als Kategorie des Historischen Materialismus. Das Fortschrittskriterium, das aus der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und damit aus den ökonomischen Bewegungsgesetzen abgeleitet wird, dient der Feststellung des Antagonismus zwischen dem Volk und den Volksfeinden. Die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und befreundeten Schichten steht den Volksfeinden „unversöhnlich“ gegenüber. Damit ist der Weg

28 Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band I, Berlin 1952, 24ff., 254ff.

29 Müller, Wer ist das Volk? (Anm. 9), 31ff.

30 Dokumente (Anm. 28), 260.

31 Wörterbuch zum sozialistischen Staat, Berlin 1974, 397.

32 Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1973, 908.

frei, den Begriff *Volk* nach den Vorstellungen der SED und des Marxismus-Leninismus inhaltlich aufzuladen, ihn zur Stigmatisierung der politischen Gegner als Volksfeinde zu benutzen und nach dieser Exklusion das Volk zum Träger der Souveränität zu machen.

In der Diskussion zur ersten Verfassung der DDR bekam der Begriff verfassungsrechtliche Konturen. „Alles durch das Volk! – Alles für das Volk! – Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz!“<sup>33</sup> Der Jurist Karl Polak<sup>34</sup> hatte wesentlichen Anteil am Verfassungstext<sup>35</sup>, und sein Konzept von Volk und seine Interpretation der Verfassung erscheinen deshalb für eine Analyse besonders geeignet. Im Artikel 3 wird ein Bekenntnis zur Volkssouveränität abgegeben und die Feststellung: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus ... und hat dem Wohl des Volkes zu dienen“, begründet einen „Kreislauf von Legitimationsakten“, die nicht, oder nur durch Verweis auf das Volk unterbrochen werden dürfen.<sup>36</sup> Das Volk zeichne sich durch das „lebendige Streben nach Freiheit und nach Abschüttelung aller fremden Mächte“ aus und wirke dadurch identitätsstiftend. Im Sozialismus käme es dazu, dass „Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum eins“ werden.<sup>37</sup> Insofern bedarf es keiner vermittelnden Institutionen zwischen Staat und Gesellschaft und keiner Gewaltenteilung, die nach Polak immer Ausdruck der Entfremdung von der Macht ist. Rousseau erhält den Vorzug vor Montesquieu, der mit seiner Theorie „das Volk nicht in die Staatsmacht“ führt, sondern es „vor den Toren des Staates halt machen“ lässt.<sup>38</sup>

Polak bindet die Diagnose der deutschen Fehlentwicklung seit der gescheiterten Revolution von 1848 an die nicht eingelöste Rolle des Volkes als politisches Subjekt. „Das Volk wurde nicht Subjekt seiner Politik, es wurde nicht Träger der Staatsgewalt, sondern es blieb willenloses Objekt der Politik der Machthaber im Staate, ein Volk staatsunterworfenen Untertanen.“<sup>39</sup>

Diese Konstellation ordnet Polak ideengeschichtlich ein und weist ihr politische Vorbilder zu. Man folgte eher, so sein Urteil, Montesquieu und den Girondisten als Rousseau und den Jakobinern.

Bei Montesquieu wird die Macht zwar zugunsten des Volkes beschränkt, es hat aber über die Gesetzgebung Einfluss auf den Staat, dagegen existiert keine

33 Dokumente (Anm. 28), 97.

34 Michael Stolleis (Hrsg.), Juristen. Ein biographisches Lexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1995, 491f.

35 Horst Hildebrandt (Hrsg.), Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. 14. Auflage, Paderborn 1992, 198ff.

36 Vgl. Müller, Wer ist das Volk? (Anm. 9), 27.

37 Karl Polak, Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin 1963, 252.

38 Karl Polak, Volk und Verfassung, in: ders., Zur Entwicklung der Arbeiter- und Bauernmacht. Reden und Aufsätze, Berlin 1968, 239.

39 Ebenda, 236.

unmittelbare Volksherrschaft. Anders bei Rousseau, dort ist die Entfremdung des Staates vom Volk durch die Durchsetzung des Volkswillens in Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Justiz aufgehoben.<sup>40</sup> Die Zusammenführung der drei Gewalten entspreche dem „Grundsatz der Parlamentsherrschaft“ und sei der verfassungsrechtliche Ausdruck der Volkssouveränität. Das Volk muss sich als politisches Subjekt konstituieren, um als „deutsches“ Volk überleben zu können. Demokratie und Nation sind existenziell aufeinander bezogen. Die „staats- und wirtschaftsgestaltenden Kräfte in unserem Volk zu wecken“ und ein Gemeinwesen in „demokratischer Selbstbestimmung“ aufzubauen, sei zugleich die einzige Chance auch als Nation zu überleben. Daher müssen die „breiten Schichten unseres Volke, die Staatsgeschäfte selbst in die Hand“ nehmen und „sich zu Herren der Verwaltung, der Rechtspflege und der Wirtschaft“ machen. Der Verfassungsentwurf „baut die Staatsgewalt ganz neu von unten aus dem Volk selbst auf.“<sup>41</sup> Daher lehnt Polak auch das Berufsbeamtentum und bürokratische Strukturen ab. „Der Wille des Volkes wird in den Volksvertretungen zum staatsgestaltenden Willen. Nur so können Staatswille und Wille des Volkes eins werden.“<sup>42</sup> Die Überführung des Volkswillens in Staatswillen beruht auf Verfahren und auf die Qualifikation des Volkes zu Staatsbürgern. Dazu gehören neben der Aufhebung der Gewaltenteilung, die Unterordnung, Überwachung und Kontrolle der Regierung, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft durch die Volksvertretung und der Volksentscheid. Keine Partei in bestimmter Fraktionsstärke darf in „billige und verantwortungslose Opposition verfallen“. Deshalb besteht die „Verpflichtung zur Mitarbeit in der Regierung“.<sup>43</sup>

Über die Grundrechte, die in Freiheitsrechte zum Schutz des Bürgers gegen staatliche Willkür und Gestaltungsrechte unterschieden werden, erfolgt ein Argumentationswechsel.<sup>44</sup>

Der bestehende Zustand der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird also nicht als der unabdingbare Rahmen des staatlichen Zusammenlebens hingenommen. Die Bürger können vielmehr die Verhältnisse nach ihren Bedürfnissen gestalten; Staat, Gesellschaft und Wirtschaft haben „im Dienst des Volksganzen“ zu stehen. „Formale Gesetzlichkeit“ und „juristische Gleichheit“ sagen noch nichts über reale Unterschiede der Menschen über ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage aus. Daher müsse

---

40 Ebenda, 241.

41 Ebenda, 257.

42 Ebenda, 259.

43 Ebenda, 261.

44 Grundrechte besitzen für Polak transitorischen Charakter, da sie Ausdruck der Differenz von Volk und Staat sind und nach Aufhebung dieses Gegensatzes selbst überflüssig werden.

es das Ziel der Menschen sein, „auch die Ökonomie zu beherrschen und ihren Bedürfnissen zu unterwerfen.“<sup>45</sup> Dazu gehört auch „der Schutz des wertvollsten, über das ein Volk verfügt, die Arbeitskraft seiner Bürger“.<sup>46</sup> Artikel 16 der Verfassung erklärt ausdrücklich die „arbeitende Bevölkerung“ zu einem Interventionsfeld des Regierens. Begriffe wie Alter, Krankheit, Gesundheit, Arbeitsfähigkeit, Invalidität, Vorsorge, Arbeitslosigkeit, Schutz der Mutterschaft, die im Verfassungstext stehen, erzwingen eine Staatsintervention und erfordern eine differenzierte Sicht auf das Volk, das als Adressat von Maßnahmen eben zur „arbeitenden Bevölkerung“ wird.

Dieses Interventionsfeld vergrößert sich durch die enge Verbindung von Staat und Wirtschaft und der dadurch entstehenden Regelungsdichte der Politik. So heißt es im Artikel 16: „Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt“. Menschen sollen nicht „unter die Herrschaft der bestehenden Zustände“ gestellt werden, sondern diese Zustände entsprechend ihren Bedürfnissen verändern. „Darum kann und darf die Berufung auf die bestehenden Zustände als die Grenzen der Rechte und Freiheiten der Bürger und die Wirkungsmöglichkeiten des Volkes keinen Platz haben. Eine solche Berufung ist nichts anderes als die Verneinung des Rechts eines Volkes, die Verhältnisse nach seinem Willen und seinen Notwendigkeiten zu gestalten. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen für das Volk da sein und nicht umgekehrt. Ohne das Recht und die Macht der Gestaltung des Ganzen der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse kann keine Demokratie sein. Denn was heißt Volksherrschaft anderes als das Recht und die Macht des Volkes, sein Haus, in dem es lebt, so auszubauen, wie es seinen Interessen und Bedürfnissen, seinem Willen und seinen Wünschen entspricht.“<sup>47</sup>

Der allgemeine Wille des Volkes lässt sich nicht vollständig verfassungsrechtlich normieren. Als Instrument gesellschaftlicher Veränderungen muss das Recht offen gegenüber zukünftigen Entwicklungen sein, d. h. aber in Wirklichkeit offen gegenüber den voluntaristischen Zugriffen der SED, die diese Entwicklung bestimmt. Polak argumentiert mit der Unterordnung des Staates unter das Volk und entwickelt daraus seine Angriffe gegen den Rechtsformalismus, gegen eine Unterscheidung von Staat und Recht und gegen die Konstituierung von Individualrechten als Grundlage des Staatsrechts.<sup>48</sup> Die Suche nach „festen juristischen Formen“ waren für ihn Ausdruck einer rechtspositivistischen Haltung, die er bekämpfte. Der gesellschaftliche Entwicklungsprozess dürfe sich durch ein Rechtssystem nicht binden lassen.

45 Polak, Volk und Verfassung (Anm. 38), 268.

46 Ebenda, 269.

47 Ebenda, 271.

48 Polak, Zur Dialektik in der Staatslehre (Anm. 37), 252.

„Es geht in der sozialistischen Leitungstätigkeit – wie im Recht – um den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß“ und „nicht um ein entworfenes und akzeptiertes System von Rechtsnormen und Rechtsbeziehungen, die von diesem Entwicklungsprozeß selbst verschieden wären.“<sup>49</sup> Damit „verflüssigt“ sich das Recht, und da Recht durch die ökonomischen Verhältnisse determiniert sei, bedeutet dies in Wirklichkeit seine Ersetzung durch die ökonomischen Entwicklungszusammenhänge, die im Sozialismus zu einer Identität von individuellen und gesellschaftlichen Interessen führen. Auf diese Weise wird „das Denken und Handeln auf den Boden der objektiven Gesetzmäßigkeit gestellt“ und „der enge Kerker der Individualität, der Subjektivität gesprengt.“<sup>50</sup> Der „Sprengmeister“ entstammt aber, solange das Volk durch Parteien im Parlament organisiert ist, nicht der Sphäre des Rechts, sondern der Ökonomie. Er ist der „pädagogische Staat“.

### III.

In den sechziger Jahren finden wir neben der Sprache des Klassenkampfes eine Sprache der Verwissenschaftlichung der Politik. Der Sozialismus soll als „Gesamtsystem“ betrachtet werden, die ökonomische Politik beruht auf „Gesellschaftsprognostik“ und „planmäßiger Strukturpolitik“. Wissenschaftlich-technische Revolution und das gesellschaftliche System des Sozialismus „setzen auch für das ‚Regieren‘ neue Maßstäbe“.<sup>51</sup> Gleichzeitig blickt die Parteilührung auf ein sich veränderndes Volk.

„Ich habe vorhin gesagt, daß sich das Volk der DDR gewandelt hat. Also haben sich auch seine einzelnen Glieder gewandelt. In der Tat, die Bürger der DDR, besonders die Werktätigen, sind reifer, klüger, erfahrener, selbständiger und selbstbewußter geworden. Arbeitskollektive, die aus solchen Menschen bestehen, kann man nicht mit den alten Methoden leiten.“<sup>52</sup>

Mit der Fixierung der Politik auf die „wachsende Komplexität von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verstärkt die Tendenz zur Rationalisierung. Es werden sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen und Koordinierungsstellen gegründet, die die Politik wissenschaftlich begleiten und beraten. Ohne Statistik, Soziologie und verwandte Disziplinen ist eine moderne staatliche Sozialpolitik undenkbar. Das gilt ebenso für die Demografie, deren erste Lehrstühle an der Hochschule für Ökonomie 1969 und der Humboldt-Universität 1972 in Ost-Berlin entstehen.<sup>53</sup> Im Tätigkeitsbericht des „Wissen-

49 Zitiert nach Uwe-Jens Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989, 451

50 Polak, *Zur Dialektik in der Staatslehre* (Anm. 37), 256.

51 Walter Ulbricht, *Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik*, Band 1, Berlin 1968, 9ff.

52 Ebenda, 607.

schaftlichen Rats für Sozialpolitik und Demografie“ wird auf die Bedingungen für die „Sicherung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hingewiesen und daraus die Ansprüche an die Forschung abgeleitet, die sich auf die Bevölkerungsentwicklung zu konzentrieren habe.

„Die Bevölkerungsentwicklung ist für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung. Demographische Verhältnisse, Prozesse und Strukturen sind ein entwickelter Bestandteil gesellschaftlicher Komplexität, Proportionalität und Optimalität. Sie sind zugleich ein entscheidender Ausgangspunkt aller auf die Herstellung und Sicherung dieser Erfordernisse ... gerichteten Aktivitäten der Gesellschaft.“<sup>54</sup>

Es geht um die „wissenschaftlichen Grundlagen“ der Sozialpolitik im einzelnen. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften bestehe in der „weiteren Erforschung der Bedingungen zur Durchsetzung der sozialen Strategie unserer Partei, zur weiteren Gestaltung der Leitung und Planung sozialer Prozesse.“<sup>55</sup> Die Entwicklung der wissenschaftlichen Disziplinen und die Formierung von Forschungspotenzialen stehen hier ganz im Dienst der Verwissenschaftlichung des Sozialen; die Gesellschaft wird zur Experimentierfläche und nimmt den Charakter eines soziologischen Großlabors an. Die Bevölkerungswissenschaft in der DDR begreift sich als Teil der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften, ist methodologisch dem Historischen Materialismus verpflichtet, das heißt sie versteht sich als Gesetzeswissenschaft und folgt einem bestimmten Verständnis von Theorie und Praxis. Bereits in den siebziger Jahren macht Jürgen Kuczynski auf das Dilemma der marxistisch-leninistischen Demografie aufmerksam. Sozialismus verlange „Planung auf lange Sicht“. Dem stehe unsere Unfähigkeit, die Entwicklung der Bevölkerung eine Generation vorauszusehen, entgegen.

„Eine planmäßige Bevölkerungspolitik, eine ihr zugrunde liegende Bevölkerungsprognose verlangen vor allem eine Theorie. Eine marxistische Theorie ... der Politischen Demographie... gibt es noch nicht... Und solange ... werden wir pragmatisch handwerkeln müssen.“<sup>56</sup>

53 Parviz Khalatbari (Hrsg.), Zu Problemen der Demographie. Materialien des Internationalen Demographischen Symposiums Berlin, 16. bis 18. Dezember 1974, Berlin 1975, 9ff. Zur Gründung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften mit dem „Bereich Frauen/Familie/Demographie“ kommt es 1978, später entsteht noch der „Wissenschaftliche Rat für Soziologie und Demografie“.

54 Reinhard Liebscher, Aus der Tätigkeit des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Sozialpolitik und Demografie, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1983, 228.

55 Gunnar Winkler, Soziale Entwicklung – Soziologie – Sozialpolitik, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1987, 27.

56 Jürgen Kuczynski, Prognosen der Bevölkerungsentwicklung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil I, Berlin 1974, 18.

Bevölkerungspolitik bedurfte in der DDR keiner besonderen Legitimation. In einer Gesellschaft, in der alles Gegenstand von Politik und Planung sein konnte, stellt sich nicht die Fragen nach Grenzbereichen, die davon ausgenommen werden sollten und existiert auch keine rechtliche Trennlinie zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten. Das „Hauptanliegen des Systems der Bevölkerungswissenschaften ist es, eine Bevölkerungspolitik auszuarbeiten und zu begründen“, die in der „Steuerung der Reproduktion und Entwicklung der Bevölkerung“ besteht.<sup>57</sup> Diese Steuerung bezieht sich nicht auf Strukturen, sondern auf Verhalten und zwar im Kern auf sehr individuelles Verhalten.

„Ohne gesellschaftliche Regulierung der Produktion läßt sich keine Form menschlicher Tätigkeit steuern, auch nicht die ‚Produktion des Menschen selbst‘.“<sup>58</sup> Gleichzeitig muss auch anerkannt werden, dass sich noch „wesentliche Teile der Bevölkerungsproduktion“ der gesellschaftlichen Regulierung entziehen. In diesem Dilemma stellt sich überhaupt die Frage nach dem „Objekt der Steuerung“ und der Möglichkeit zu steuern, bei gleichzeitiger Betonung, dass es keine Prozesse gebe, „die im Prinzip nicht steuerbar sind.“ Trotz nicht eindeutiger rechtlicher Normierungen sei klar, dass die Bevölkerungsentwicklung „nicht Objekt direkter, unmittelbarer, ‚frontaler‘ Eingriffe sein“ könne.<sup>59</sup>

Stößt man hier an die Grenzen politischer Steuerung, bleibt nur die Hoffnung auf Selbstregulierungspotenziale der Individuen. „Eine hocheffektive Regulierung der Prozesse der Bevölkerungsentwicklung besteht darin, dass ständig die Bedingungen hergestellt werden, unter denen sich jedes Individuum allseitig entfalten, in allen Sphären frei und in völliger Übereinstimmung mit seinen Interessen wirken kann, die zugleich auch die Interessen der Gesellschaft sind.“<sup>60</sup>

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft und dem Auffinden von demografischen Gesetzen des Sozialismus erhält die Bestimmung der Kategorie Bevölkerung eine Schlüsselfunktion. Diese erweist sich als nicht unproblematisch, da eine Abgrenzung zwischen „Einwohner“ und „Bevölkerung“ hinsichtlich eines Territoriums und den ihnen bzw. ihr zukommenden biologischen und sozialen Aspekten erfolgen muss. „Unter ‚Bevölkerung‘ ist in der allgemeinen Bevölkerungstheorie eine sich selbst reproduzierende, selbst entwickelnde Gesamtheit von Menschen, von Subjekten der sozialen Bindungen zu verstehen. ‚Einwohner‘ ist ein Terminus, der den

57 Das System der Wissenschaften von der Bevölkerung, Autorenkollektiv unter Leitung von D. I. Valentej, Berlin 1979, 105.

58 Ebenda, 106.

59 Ebenda, 108f.

60 Ebenda, 110.

Begriff ‚Bevölkerung‘ auf der Ebene des Sichtbaren, der Erscheinungsform wiedergibt. Sie bildet eine nach einem bestimmten (nicht unbedingt wesentlichen) Merkmal ausgewählte Gesamtheit von Menschen (hier kann auch das Territorium Hauptmerkmal sein).<sup>61</sup> Die begriffliche Unterscheidung von Einwohner und Bevölkerung dient dazu, *Bevölkerung* als etwas qualitatives hervorzuheben. Die Bevölkerungsforschung soll sich orientieren an der Bevölkerung als „Hauptproduktivkraft der Gesellschaft“ und die Bevölkerungspolitik an ihrer ökonomischen Funktion. „Die Bevölkerungsqualität drückt sich darin aus, wie die Arbeitsfähigkeiten des Menschen in Übereinstimmung gebracht werden mit den Bedingungen für ihre Wirksamkeit und Entwicklung.“<sup>62</sup> Bevölkerungsqualität umfasst ein „ganzes System von Merkmalen der Bevölkerung und ihres wichtigsten Teils – der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter.“ Sie „umfasst bestimmte Eigenschaften der Bevölkerung“, die aber nicht „gleichmäßig“ verteilt sind, „sondern sich auf bestimmte Individuen konzentrieren, so dass man nach entsprechenden typologischen Gruppen unterscheiden muß.“ Bevölkerungsentwicklung bezieht sich auf die „Verbesserung der qualitativen Merkmale der Bevölkerung“.<sup>63</sup>

Alle wissenschaftlichen Betrachtungen erscheinen hier nur unter dem Aspekt des Machbaren und der Umsetzung. Die Politik wäre auf dem Feld der Bevölkerungspolitik ohne dieses Wissen nahezu handlungsunfähig. Auf der anderen Seite verdankt es der Politik seine Existenz. Eine wichtige Frage bezog sich auf das Verhältnis von Bevölkerungspolitik und Sozialpolitik. Rational sei „demographische Politik“ nur, wenn sie die Lenkung der Geburtenrate zum Ziel hat.<sup>64</sup> Damit erfolgt eine spezifische Ausrichtung auf volkswirtschaftliche Belange. Das Einwirken auf die Entwicklung der Bevölkerung erweist sich als eine „komplexe Aufgabe“ und zeigt sich besonders bei der Frage nach der Geburtenrate. Spezielle Konzepte und Kategorien waren notwendig, um ein breites Untersuchungsfeld abstecken zu können.

Mit dem Begriff „demographisches Klima“ soll die in einer Gesellschaft „herrschende soziale Atmosphäre zur Zeugung und Geburt von Kindern sowie zum Zusammenleben mit ihnen in der Familie“ charakterisiert werden.<sup>65</sup> Die Feststellung des Grades der Kinderfreundlichkeit<sup>66</sup> drückt sich in „gesell-

---

61 Ebenda, 63.

62 Ebenda, 65.

63 Ebenda, 66.

64 Jakob I. Rubin, Zu theoretischen Grundlagen der Bevölkerungspolitik, in: P. Khalatbari, Zu Problemen der Demographie, Berlin 1975, 39.

65 Kind und Gesellschaft, Autorenkollektiv unter der Leitung von Wulfram Speigner, Berlin 1987, 166.

66 „Eine Gesellschaft ist kinderfreundlich, wenn die Bedingungen zur Erfüllung des Kinderwunsches ein Niveau erreicht haben, das es den Frauen bzw. Familien ermöglicht, ihr Bedürfnis, Kinder zu haben, in Vereinbarung mit allen anderen sozialen

schaftlichen Werten und Leitbildern“ aus, an denen sich das reproduktive Verhalten orientiert. Es ist damit ein „geistiges Produkt der sozialen Aneignung der Wirklichkeit“ und ein Zusammenspiel von Lebensbedingungen, Bedürfnissen, Wertorientierungen und Motivationen, also objektiven und subjektiven Faktoren. Um Einfluss auf das reproduktive Verhalten der Bevölkerung zu erhalten, sind ökonomistische und monokausale Betrachtungen ungeeignet und müssen einem differenzierenden Blick weichen. Die „Reproduktion des kollektiven Subjekts Bevölkerung“ erfolgt durch das individuell-reproduktive Verhalten der Mitglieder der Gesamtpopulation. Um einen Einfluss auf die Geburtenrate ausüben zu können, kann man an unterschiedlichen Stellschrauben ansetzen.

Ausgehend von der Situation, dass die einfache demografische Reproduktion der Bevölkerung in den siebziger Jahren nicht mehr gesichert war, wurde das bevölkerungspolitische Ziel propagiert, „das Ersatzniveau langfristig wieder zu erreichen.“<sup>67</sup> Das ginge nur, wenn über einen längeren Zeitraum die Erhöhung der Geburtenrate und eine weitere Stabilisierung des Bedürfnisses nach Kindern erreicht werde. Die Effekte der Sozialpolitik führten dazu, dass eine große Übereinstimmung zwischen Kinderwunsch und seiner Realisierung da war. Der Kinderwunsch, der als „Hauptdeterminante des Fertilitätsniveaus“ betrachtet wird, orientiert als Durchschnittsgröße auf die Geburt von 1,9 Kindern.<sup>68</sup> Soziologische Erhebungen Anfang der achtziger Jahre zeigten, dass zwischen Kinderzahl und -wunsch ein Erfüllungsgrad von 93 Prozent und damit ein hohes Grundniveau bestand.<sup>69</sup> Damit war aber die einfache Reproduktion zum Erreichen des Ersatzniveaus der Bevölkerung, das zugleich ein Optimum darstellte, nicht gegeben. Die dem entsprechende Nettoerproduktionsrate von 1,0 wird in den achtziger Jahren um 15 Prozent unterschritten. Seit 1971 war die einfache Reproduktion der Bevölkerung in der DDR nicht mehr gesichert.<sup>70</sup>

Eine wirkungsvolle Bevölkerungspolitik müsse auf einer stärkeren Differenzierung der Sozialstruktur und auf einem mikroskopischen Erfassen des reproduktiven Verhaltens der Menschen beruhen. Der soziologische Forschungsschwerpunkt habe daher „verstärkt den tatsächlichen Motiven zur Geburt von Kindern unterschiedlicher Ordnungszahl oder aber zur Unterbre-

---

ihr Bedürfnis, Kinder zu haben, in Vereinbarung mit allen anderen sozialen Grundbedürfnissen zu erfüllen.“ Ebenda, 167f.

67 Thomas Büttner, Erstes internationales Demographie-Seminar, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1985, 324.

68 Jürgen Dorbritz, Sozialpolitik in der DDR und ihre Widerspiegelung in der Reproduktion der Bevölkerung, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1987, 195.

69 Ebenda, 193.

70 Kind und Gesellschaft (Anm. 65), 156.

chung von Schwangerschaften“ zu gelten.<sup>71</sup> Unter anderem wurde die Forschung auf die Frage orientiert, was denn ein „Wunschkind“ sei.

Gleichzeitig erfolgt eine Rückbindung an die Familie. Es müsse die „komplizierte Dialektik zwischen bewußtem Handeln in der Familie und Bewußtheit der sozialistischen Gesellschaft auf dem Gebiet der demographischen Reproduktion“ beachtet werden.<sup>72</sup> Das familiäre Interesse nach Kindern muss dem gesellschaftlichen nicht entsprechen. Die Ein- oder Zwei-Kind-Familie sichert eben nicht die einfache Reproduktion, und die Orientierung auf eine Drei-Kind-Familie war realistischerweise nicht durchzusetzen. Den Kinderwunsch höherer Ordnungszahl kann man aber nicht erzwingen. Kuczynski meinte bereits in den siebziger Jahren mit ironischem Unterton, dass man mit Sicherheit annehmen könne, dass die Menschen im allgemeinen nicht sterben wollen und diese berechnete Abneigung gegen den Tod auch in Zukunft stabil bleibe, dagegen das Bedürfnis nach ein, zwei oder mehreren Kindern, Geburtenverhütung vorausgesetzt, von Zeit zu Zeit schwanke und auch keine gravierenden Unterschiede zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern festzustellen seien.<sup>73</sup>

Wer die Bevölkerungsreproduktion beeinflussen will, entdeckt zwangsläufig die Familie.

„Eine wirklich wissenschaftliche Grundlage für eine effektive Sozialpolitik erreichen wir nur dann, wenn wir uns kleinere Elemente der Sozialstruktur zuwenden, als es die sozialen Gruppen und Klassen sind.“<sup>74</sup> Familie zu stärken heißt – neben den sozialpolitischen Maßnahmen<sup>75</sup> –, auf die „Denkweisen der Jugend in Schule und Elternhaus, Jugendverband, Berufsausbildung und Studium Einfluß“ zu nehmen. Am Ende möchte man Zugriff auf die Motivationsstruktur erlangen, die Kinderwünsche beeinflussen.<sup>76</sup> Die Zusammenführung von Bevölkerungs- und Familienpolitik ist aus dieser Sicht nur konsequent. Familie wird so, trotz aller Beteuerungen ihres Eigenwerts als Teil der sozialistischen Lebensweise, zu einem Instrument der Bevölkerungsentwicklung, die ökonomischen Parametern verpflichtet bleibt. Bezogen auf unser Beispiel erweist sich das Regieren im sozialistischen Staat als eine Ensemble subtiler, keinen Bereich menschlicher Bedürfnisse auslassender Strategien und Techniken, die auf der Ebene von Großstrukturen und Ideologien nicht

71 Büttner, Erstes internationales Demographie-Seminar (Anm. 67), 325.

72 Gerhard Manz/Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik, Berlin 1985, 79.

73 Kuczynski, Prognosen (Anm. 56), 11.

74 Kind und Gesellschaft (Anm. 65), 78.

75 Ebenda, 159ff.

76 Dagmar Meyer/Wulfram Speigner, Bedürfnisse und Lebensbedingungen in der Entscheidung der Frau über ein drittes Kind, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1981, 139.

hinreichend erfasst werden können, da die in diesem Kraftfeld der Macht produzierte Subjektivität nicht gesehen oder aber als bloßes Anpassungs- oder Widerstandspotenzial zur Kenntnis genommen wird. Die Intensivierung der Bevölkerungspolitik führte zu einer Ausweitung der Lenkung, Leitung und Kontrolle der Individuen und der Familien und zu einer detaillierten Beschreibung der Bevölkerung in einer Vielzahl von Regungen und Lebensäußerungen, alles zum Zweck einer „guten“ Regierung des Volkes. Sie wurde begleitet von differenzierten sozialpolitischen Maßnahmen, die am Ende aber auch nicht ausreichten, um als „Kunst des Regierens“ bestehen zu können. Die Bevölkerung der DDR nahm für kurze Zeit wieder die souveräne Rolle des Volkes an.

---

## Buchbesprechungen

**Claire Gantet, *La paix de Westphalie (1648). Une histoire sociale, XVIIe-XVIIIe siècles*, Belin, Paris 2001, 448 S.**

Der Westfälische Friede ist ein traditionelles Sujet der Geschichtswissenschaft, die sich zunächst mit dem Handeln der großen Staatsmänner und der Verwirklichung bzw. dem Scheitern außenpolitischer Konzepte beschäftigte. In jüngster Zeit ist das Verhandlungspaket von Münster und Osnabrück wieder ins Bewußtsein der Bevölkerung gerückt – zunächst anlässlich der ausgiebig begangenen Dreihundertjahrfeiern, dann aber, weil das „Westfälische System“ in der Diskussion um Globalisierung, neue Kriege und die nachlassende Ordnungsmacht den Nationalstaates mit beinahe nostalgischen Gefühlen beschworen wird. Die Sehnsucht nach einem Gewaltmonopol angesichts des Leids, das Warlords, plündernde Landsknechte, die sich aus dem Kriegszustand ernähren, und die unkontrollierte Proliferation von Waffen über die Zivilbevölkerung bringen, ähnelt in manchem der Stimmungslage um 1648, als die dreißigjährige Zerstörungsarbeit Mitteleuropas in eine tiefe Depression geführt hatte.

Die Pariser Historikerin *Claire Gantet* hat ihre Darstellung der Jahre 1618 bis 1660 um die schwierige Suche nach einem Frieden zentriert und damit den entgegengesetzten Ausgangspunkt zu jenen Darstellungen gewählt, bei denen der Frieden als glückliches Ende einer langen Kriegszeit lediglich das Schlußkapitel ziert. Die um Bibliogra-

phie und einige detaillierte Beweisführungen gekürzte Dissertation von 1999 ist ein schönes Beispiel für einen Typus historischer Arbeiten, der sich langsam durchsetzt. Die Geschichte des Vorgangs selbst wird mit einer genauen Untersuchung der Konstruktion seiner Erinnerung verbunden. Auf diese Weise kann sichtbar gemacht werden, wie ein Ereignis entsteht, wer die Akteure dieses Entstehungsprozesses sind und an welchen Punkten die Entscheidungen fallen, die ein Ereignis konstituieren, indem sie ihm Zäsurcharakter und Bedeutung für eine neue Geschichte zuweisen.

Zweifellos inspiriert sowohl von der kommemorativen Energie, die das Jubiläum des Westfälischen Friedens von 1998 verströmte, als auch von der Quellenerfahrung ihres Betreuers Etienne François, der selbst zur Bikonfessionalität Augsburgs eine bahnbrechende Studie vorgelegt hat, macht sich *Claire Gantet* ans Werk, die Vorstellungen vom Frieden zwischen 1618 und 1648, aber insbesondere nach 1635, als der Krieg immer mehr als monströs evoziert wurde, als Voraussetzungen für den Friedensschluß und für seine nachfolgende Verwandlung im Rahmen von Feiern, Festen, Gedenkveranstaltungen und anderen Ritualisierungen zu beschreiben. Hieran schließt sich ein dritter Teil an, in dem die Verf. ein weiteres anderthalbes Jahrhundert bis zum Ende des sog. Alten Reiches unter dem Stichwort der Institutionalisierung des Friedens unter die Lupe nimmt. Sie arbeitet die zentrale Rolle des Friedensschlusses für

die Verrechtlichung des multikonfessionellen Kompromisses heraus, der das Reich von anderen europäischen Regionen unterschied, die das spätestens seit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert virulente Problem der konkurrierenden Konfessionen gewaltsam zugunsten der einen oder anderen entschieden hatten. Wer heute nach den mentalen Fundamenten des „alten Europa“ sucht, darf offenkundig nicht nur bis zur traumatisierenden Erfahrung des Zweiten Weltkrieges zurückgehen, sondern sollte sich von *Claire Gantets* Arbeit in die Formation eines Diskurses einführen lassen, der eine Disqualifikation des (Bürger-)Krieges notwendig zur Voraussetzung hatte und in einer reichen Symbolsprache Ausdruck suchte, die auch vor der Evozierung des Kannibalismus nicht halt machte.

Über den konkreten Gegenstand ihrer Studie hinausreichend trägt aber die Autorin auch zur Weiterführung der Diskussion um Formen und Reichweiten des kollektiven Gedächtnisses bei: „Certes, la mémoire n'enregistre pas la durée concrète; on ne peut que penser les durées abolies sur la ligne d'un temps abstrait privé de toute épaisseur. C'est donc plutôt l'espace qui anime la mémoire.“ Der Gedanke erscheint abstrakt, aber er kann leicht durch eine Untersuchung der Attraktivität einzelner Erinnerungs-orte operationalisiert werden. So ließe sich anhand von Topographien der Aufmerksamkeit über die ex-post-Charakterisierung von lieux de mémoire als nationale, regionale usw. hinauskommen. *Gantets* Analyse der Augsburger Friedensfeste kann dafür als hochinteressante Pilotstudie gelten.

Matthias Middell

**Geneviève Roche, Les traductions-relais en Allemagne au XVIII<sup>e</sup> siècle. Des lettres aux sciences (=De l'Allemagne), Editions du CNRS, Paris 2001, 301 S.**

*Geneviève Roche* hat ein für die Kulturtransferforschung besonders ergiebiges Korpus von Texten untersucht. Es handelt sich um insgesamt 222 selbstständige Veröffentlichungen, für die sich eine Übersetzung aus dem Englischen über eine französische Zwischenstufe nachweisen ließ. 56 Prozent dieser Werke erschienen in der ersten Hälfte des 18. Jh.s, die übrigen nach 1750. Trotz dieses leichten Übergewichts der Zeit vor allem zwischen 1730 und der Mitte des Jahrhunderts kann die Autorin der in Philosophiegeschichte, Literatur- und Kunstwissenschaft geläufigen These von der Ablösung einer französischen Referenz deutscher Veröffentlichungen und Theoriebildung durch die Öffnung zum englischen Pragmatismus und Sensualismus entgegenhalten, daß die Befunde weit weniger eindeutig sind. Das Französische behielt zu einem guten Teil seine zentrale Position und diente, wie *Roche* überzeugend und detailliert darlegen kann, auch als Mittler zwischen den deutschsprachigen Buchmarkt und anderen Staaten. Eine Besonderheit ist dabei zweifellos die Internationale der aus Frankreich geflohenen Protestanten, die über die Hauptumschlagsplätze Amsterdam und Genf europaweit in französischer Sprache (und Übersetzung) kommunizierten. Der hohe Anteil von Publikationen zu Religion und Philosophie in der untersuchten Bibliothek der *traductions-relais*, der vermittelten Doppel-Übersetzungen, läßt sich auf die Aktivität dieser Gruppe zurückführen, der

Rückgang solcher Übersetzungen verweist auf die erfolgreiche Einpassung in die jeweiligen kulturellen Kontexte und die nachlassende Wirkung einer hugenottischen Internationale.

Weiterhin kann die Arbeit belegen, wie das Vorurteil, französische Werke zeichne eine besondere *clarté* aus, dazu führt, daß naturwissenschaftliche, ökonomische und medizinische Schriften sogar in wachsendem Maße aus dem Englischen über das Französische übersetzt wurden. Dies führt schließlich zu der Frage nach dem eigenständigen Transferbeitrag der „Zwischen“-Übersetzer: Das in Frankreich herrschende Muster der „belle infidèle“, einer aneignenden und in die eigene Kultur integrierenden Übersetzung, wurde von den deutschen Übersetzern zwar umfangreich problematisiert, aber von der scharfen Entgegensetzung einer deutschen Übersetzungspraxis größtmöglicher Originaltreue zu einem französischen freien Übersetzen kann keine Rede sein, vielmehr finden sich die Produkte der Übersetzung auf allen Punkten der Skala zwischen Anlehnung an das Original und phantasiereicher Adaption einschließlich des Auswegs ausführlich kommentierter Übersetzungen.

Der aus einem Sonderforschungsbe reich in Göttingen hervorgegangene Beitrag der französischen Wissenschaftlerin ist selbst ein Stück Transfer zwischen den beiden akademischen Kulturen und verbindet genaueste Korpuskonstruktion mit Raffinesse bei der statistischen Auswertung und bei der Interpretation der Resultate. Im Anhang zeigen Beispiele die Muster, nach denen die Übersetzer bei der Übertragung aus dem Englischen bzw. aus dem Französischen vorgegangen sind

und machen so das Analyseinstrumentarium der Verf. transparent.

Matthias Middell

**Martina Winkler, Karel Kramář (1860–1937): Selbstbild, Fremdwahrnehmungen und Modernisierungsverständnis eines tschechischen Politikers (= Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 10), Oldenbourg-Verlag, München 2002, 413 S.**

„... nur im Rückblick können gut gepflasterte Wege dargestellt werden, welche mit der Zeit gingen oder in die entgegengesetzte Richtung führten. Die Zeitgenossen aber mußten ihre Schritte in einem labyrinthartigen Gelände tun, in dem die Pfade verschlungen, parallel, weit voneinander entfernt oder auch kaum sichtbar waren.“ (S. 385–386) Dies gibt die Verf. abschließend als Forderung an den Biographen zu bedenken, und zugleich stellt es eine Einsicht des vorliegenden Buches dar.

Der Untersuchungsgegenstand, der tschechische Politiker und Staatsmann Karel Kramář, ist von Zeitgenossen wie Biografen mit durchaus kontroversen Einschätzungen bedacht worden. Nach längerem, politisch motivierten Desinteresse an Person und Werk entstanden seit den siebziger Jahren und zumal im Kontext einer Renaissance des Interesses nach 1989 etliche biographische und politikhistorische Studien, auf deren faktografischen Rekonstruktionen die Untersuchung aufbauen kann. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die vorliegende Arbeit unter breiter Einbeziehung nunmehr zugänglicher Quellen auf das Denken Kramářs,

dessen Voraussetzungen und Entwicklung im Spannungsfeld sozialstruktureller, persönlich-biographischer und kulturgeschichtlicher Voraussetzungen. Ausgehend von einem eingestandenen Interesse nicht am Besonderen, sondern an der „Normalität der Vergangenheit“ (11), ist der so widersprüchliche und Denken wie Politik seiner Zeit letztendlich eben nicht entscheidend prägende tschechische Politiker ein besonders geeignetes Untersuchungsobjekt, interessant „nicht als herausragender, sondern als in vieler Hinsicht typischer – nicht repräsentativer – Vertreter seiner Zeit“ (10).

Die Verf. folgt damit grundsätzlichen Anliegen und Fragestellungen einer Neuen Kulturgeschichte. Aus den Konzepten von deren Theoretikern wie Vorläufern entwickelt sie ein begriffliches Instrumentarium, das dann weniger nach starren definitorischen Festlegungen als vielmehr im Verfolgen ihres rekonstruktiven und analytischen Ansatzes in der Untersuchung genutzt und fortgeschrieben wird. Zentrale Bedeutung gewinnt insbesondere das Konzept des Diskurses, verstanden als „intellektuelle Strömung, Ideenkomplex, Debatte“, als „offenes, sich ständig änderndes Gespräch“. Einander überschneidend und sich hinsichtlich der Teilnahme an ihnen nicht ausschließend, sind solche Diskurse „im Ergebnis offen, jedoch keineswegs frei“. Ihre Voraussetzungen haben sie u. a. in „sozialökonomischen Verhältnissen, intellektuellen Traditionen, sprachlichen Strukturen und Machtverhältnissen“, in Denkstrukturen, Paradigmen und Lebenswelten, die sie umgekehrt umformen, auf die sie einwirken, reproduzieren und umgestalten (19-20). Unter diesen Voraussetzungen richtet sich der Blick

schließlich nicht mehr auf das „Individuum im traditionellen Sinne, nur wissendes, bewußtes, intentional agierendes Subjekt“, sondern auf „Kramář [...] als [...] Text, der aus einem Gesamtkontext herausgegriffen wurde und dessen einzelne Stränge wiederum analysiert werden sollen.“ (21)

In bewundernswerter Komplexität gelingt es der Verf., dieses Voraussetzungenfeld in Gestalt lebensweltlicher Strukturen und persönlicher Lebenslagen, in Zusammenwirken und Überschneidung tschechischer und europäischer Diskurse, dieses „Gewebe in seiner Gesamtheit“ (21) in der Dynamik seiner zeitlichen Veränderung aufzugreifen und in diesem Kontext zentrale Felder von Kramářs Deutungssystem vorzustellen. Insbesondere die Vorstellung deutscher, französischer, englischer wie auch russischer Diskurse und Ordnungssysteme in ihren unvereinbaren Annahmen wie ähnlichen Strukturen, ihrer Ausgestaltung in Abgrenzung voneinander wie wechselseitiger Entlehnung, in ihrem Einfluß auf miteinander konkurrierende tschechische Diskurse und Konzepte, nicht zuletzt eben aufgenommen und geformt, repetiert und abgewandelt durch Kramář, macht die Untersuchung über das engere Interesse an dem tschechischen Politiker hinaus zu einer anregenden Lektüre. Akribische Quellen-sichtung verbindet sich mit Kenntnis der Geistesgeschichte des Untersuchungszeitraumes und der aktuellen theoretischen Diskussionen. Die auf dieser Grundlage gewonnenen Ergebnisse sind in einer unpräntiösen, erfrischend lebendigen Sprache vorge-tragen; knappe Kommentare in den Fußnoten machen die jeweiligen Quellengrundlagen und Kontexte gut nachvollziehbar.

Vier zentrale, entsprechend umfangreiche Kapitel verfolgen Kramárs Blick auf „Eigenes“ und „Fremdes“ und führen vor, wie sich daraus Ordnungsmuster seines Denkens gestalten. Kap. II untersucht seine Stellung im Diskurs des Nationalen, seine Vorstellungen von Gemeinschaft und Gesellschaft, Klasseninteressen und nationalem Interesse, sowie zum Verhältnis von Nation und Staat. Kap. IV rekonstruiert und analysiert Kramárs Bild von der „Welt“, von deren grundlegenden Koordinaten und ihren zentralen staatlichen bzw. kulturellen Komponenten, in ihrem Verhältnis zu seiner Konstruktion tschechischer Identität wie zu seinen jeweiligen politischen Lagebeurteilungen und Zielen. Kap. VI bilanziert auf dieser Grundlage das Demokratieverständnis des Politikers in der Spannung von nationalem Interesse und bürgerlicher Freiheit, im Widerstreit „realistischer“ bzw. „rationalistischer“ Betrachtungsweisen, Kap. VII seine Deutung der Moderne. Dazwischen stehen zwei kürzere Betrachtungen zu zwei wichtigen Generationsergebnissen, zum fin-de-siècle (III., 125-142) und zum Ersten Weltkrieg (V., 271-286), die die vorangehenden Analysen deutlicher auf die Biographie des Politikers und seine Persönlichkeitsentwicklung zurückbeziehen. Eine kurze Schlußbetrachtung (VIII., 379-386) resümiert die problematische Stellung des Politikers in seiner Zeit – „Kramář – ein Fremder im 20. Jahrhundert?“

Angehend zu lesen und zumal aus vergleichender Sicht interessant ist die Dynamisierung und Fortentwicklung des Kategoriensystems in seiner Anbindung an die Analyse des Gegenstands. Kap. II vollzieht zunächst nach, wie sich der tschechische Diskurs des Nationalen des späten 19. Jh.s gegen

andere Möglichkeiten durchsetzte. Soziale Strukturen, politische Ereignisse, einzelne Akteure, nicht zuletzt aber auch die – sich verändernde – soziale Zusammensetzung der diese Konstruktionen codierenden Elite prägten diese Entwicklung. Vom Bezug auf die Sprache geprägt, verließ die teilweise sprachliche Assimilation der Eliten der Berufung auf die Geschichte als gemeinsame Vergangenheit besonderes Gewicht. Das Defizit der geringen Zahl, mit Blick auf die eigene kulturelle Leistung aus der Problematisierung in die Idealisierung gewendet, verleiht der „kleinen Nation“ eine besondere Qualität. Auch in Kramárs Denken war diese tschechische Nation vorrangige strukturierende Idee. Auch ihn prägte die Herdersche Tradition der kulturellen Bestimmung der Nation, ein Konzept, von dem schnell zur Naturalisierung der Nation und ihrer primordialen Codierung übergegangen werden konnte. Nationale Geschichte garantierte als Dauer wie als Berufungsinstanz den Anspruch dieser Nation. Die allen anderen Bezügen vorrangige Orientierung an ihr hatte auch Folgen für Staatsverständnis und sozial- bzw. wirtschaftspolitisches Denken. Die kleine tschechische Nation erschien als Rahmen einer grundsätzlichen Interessenidentität aller ihr angehörigen Individuen und Gruppen, so auch von Arbeit und Kapital. Dem Wohl der Nation war der Anspruch des Arbeiters untergeordnet, dessen Verelendung wie dessen revolutionäre Bestrebungen die Einheit des Ganzen gefährden würden, und dessen Ansprüche umgekehrt als die eines Teils des Ganzen in harmonischer Weise ausgleichbar schienen. Das Konzept der Ausbeutung fand dagegen Anwendung auf die Nation als ganze, mit der sich der Bürgersohn

Kramář zu Beginn seiner Laufbahn als mit dem Volk und der Arbeiternation identifizierte – angesichts wachsender Herausforderung durch sozialistische Parteien trat später das Bild der ideellen Einheit der sozial denkenden Nation in den Vordergrund. Innerhalb einer idealistischen Gemeinschaft wiederum sollte sich eine moderne Wirtschaft entfalten. – Der Staat stand in Kramářs Denken letztlich als Rahmen der und als Chiffre für die Nation. Unter diesen Voraussetzungen waren für den ‚leidenschaftlichen Staatsmann, aber nur sehr widerwilligen Staatstheoretiker‘ Kramář (103) im Laufe seiner Karriere, unter den unterschiedlichen jeweiligen Handlungsoptionen und außenpolitischen Bedingungen durchaus von einander divergierende politische Lösungen möglich, durchaus auch im Rahmen Österreichs, wenn denn die Lage der Tschechen befriedigend ausfiel, bald aber, und zwar schon vor 1914, auch außerhalb dieses staatlichen Rahmens. Da er sich eben nicht an einer tragfähigen staatlichen Lösung, sondern an einem auf eine primordiale, je nach Lage und aktuellen Zielen kulturell wie staatsrechtlich begründete tschechische Nation zugeschnittenen Programm orientierte, waren ihm – angesichts der mitteleuropäischen Bevölkerungszusammensetzung zwangsläufige – Spannungen zu anderen Bevölkerungsgruppen, einschließlich zu den 1918 in den neuen Staat mit einbezogenen Slowaken, zweitrangig und vernachlässigbar.

Die Abschnitte, die auf Kramářs tagespolitische Bindungen und Vorstellungen eingehen, sind auch diejenigen, in denen die Wirkung des eingangs erwähnten „Denkkollektivs“, bzw. die Effekte der Abgrenzung von derartigen Gruppen am deutlichsten greifbar wer-

den. Generell wird der eingangs reklamierte mikrohistorische Blick eher in der Mikroebene der Betrachtung, in der Konzentration auf die Person Kramářs umgesetzt, denn in der durchgängigen Untersuchung derartiger Strukturzusammenhänge. Freilich sind mindestens einige wichtige Quellen dazu verloren (23). Ferner muß der Verf. konzediert werden, daß eine andere Lösung ihre so gut lesbare Untersuchung schnell auf einen mehrfachen Umfang anschwellen lassen und zudem leicht ihrer in der vorliegenden Form so klaren Linienführung beraubt hätte.

Julia Brandt

**Stefan Breuer, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2001, 424 S.**

Die Unübersichtlichkeit der politischen Sphäre, die Jürgen Habermas vor einigen Jahren konstatierte, kennzeichnet nicht nur die jüngere Gegenwart. Blickt man auf die Jahrzehnte zwischen der Nationalstaatsgründung 1871 und der nationalsozialistischen Gleichschaltung nach 1933, dann gliedern Zuordnungen wie rechts, links oder Mitte das vielfältige Spektrum an politischen Parteien und Organisationen nur begrenzt. Meist erweisen sich Begriffe wie „die Rechte“ oder „die Linke“ als ideologische Kampfformeln, die der polemischen Fremd- oder emphatischen Selbstbezeichnung dienen, nicht aber als sinnvolle Analysekategorien.

Daß man vor dieser Vielfalt der politischen Wirklichkeit nicht kapitulieren und in bloße Deskription flüchten

muß, zeigt *Stefan Breuers* brillante Analyse. Als einer der besten Kenner des konservativen und rechten Lagers zwischen 1870 und 1945 seit langem ausgewiesen, „ordnet“ er hier das schillernde und wabernde Ideenspektrum der rechten Radikalen. Als Ergebnis liegt ein an der Weberschen verstehenden Soziologie und ihrem Ordnungsbegriff angelehnter Überblick über die Grundideen der Rechten vor – eine Ideengeschichte, die die meisten Darbietungen der „neuen Kulturgeschichte“ weit überbietet.

Gemeinsam war allen Rechten die Vorstellung einer natürlichen Ordnung, die immer als ungleich gedacht war. Darin lag der fundamentale Bruch gegenüber Liberalismus und Sozialismus. Daß daraus ganz unterschiedliche und sich meist extrem feindlich gegenüberstehende politische Gruppchen entstanden, ist kein Widerspruch. *Breuers* Leistung besteht erstens darin, diese Variationen von Ungleichheit zu systematisieren, indem er ein „Set von Optionen und Präferenzen“ beschreibt. Gliedert in zehn inhaltliche Problemfelder, angefangen von Boden, Blut und Volk, bis hin zu Religion und Antisemitismus, beschreibt er die verschiedenen Deutungsfiguren der Rechten und konstruiert idealtypische Ordnungen. Darin liegt der theoretische Pfiff der Arbeit: die Vielfalt des rechten Spektrums nicht auszublenden, aber diese Heterogenität der Ideen und Werte dennoch in einen systematischen Zusammenhang bringen zu können.

Der zweite große Gewinn seiner Studie liegt darin, sowohl die Rechte vor 1933 als auch den Nationalsozialismus zu behandeln. Das völkische Gebräu, das seit den 1870er Jahren mehr und mehr am Köcheln war, wird damit weder zur bloßen Vorgeschichte,

zum linearen Vorlauf des Ideenhaushalts des „Dritten Reiches“, noch wird dadurch der Nationalsozialismus säuberlich und strikt von früheren Erscheinungsformen rechten Denkens getrennt. Die Frage nach Kontinuität und Bruch zwischen Traditionen und nationalsozialistischem Gegenentwurf läßt sich damit neu und weit gründlicher stellen als bisher. Auch die Frage etwa, ob der Nationalsozialismus als extremer Nationalismus hinreichend klassifiziert ist oder gerade als Bruch mit allen vorhergehenden Varianten des deutschen Nationalismus zu verstehen ist, kann auf dieser Grundlage erst richtig diskutiert werden. Zukünftig wird keine Debatte über die Einbettung des Nationalsozialismus in deutsche Vorgeschichten ohne *Breuers* Studie geführt werden können.

Manfred Hettling

**Birgit Kletzin, Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung, LIT-Verlag, Münster/Hamburg/London 2000, 242 S.**

Die vorliegende Arbeit stellt sich als ein ernstzunehmender Versuch dar, der politischen Rolle von „Wissenschaftlern“ im Aufbau Europas im Nationalsozialismus nachzugehen. Bekanntlich liegt der Teufel einer wissenschaftshistorischen Untersuchung weniger im empirischen Detail als im eigenen wissenschaftshistorischen Zugriff. Reflektiert die Autorin die unterschiedliche Rolle ihrer Hauptuntersuchungsgegenstände: der Europapolitik im NS einerseits und der wissenschaftlichen Forschung andererseits? Sie arbeitet die Stationen des deutschen Europa-

Gedankens in vier Kapiteln auf. Im ersten Kapitel schildert sie die Entstehung der wichtigen Europa-Visionen so konträrer Denker wie Coudenhove-Kallerghi, des Erfinders des friedlichen Pan-Europagedankens, und Karl Haushofer, des Urhebers der „Blut-und-Boden-Lehre“. Allerdings bringt sie kaum Neues, wenn sie auf die persönliche Bekanntschaft zwischen Karl Haushofer und seinem Schüler Rudolf Hess zu sprechen kommt, um den Einfluß der Lebensraum-Doktrin auf Hitler nachzuweisen. Auch die dargestellte Wirksamkeit des Großdeutschland-Gedankens als Motor für die „Neuordnung Europas“ ist seit Franz Neumanns herausragender NS-Analyse „Behemoth“ Allgemeingut der Forschung. Dort, wo *Birgit Kletz* „strukturelle“ Probleme definieren müßte, weicht sie auf alte intentionalistische Paradigmen aus. Ihre analytische Landkarte geht unhinterfragt von der außenpolitischen Doktrin Hitlers in „Mein Kampf“ und den kaum als Quellengrundlage benutzbaren „Tischgesprächen“ aus. Demnach ist für sie an der nationalsozialistischen Außenpolitik in erster Linie das maßgeblich, was Adolf Hitler doktrinär ausgab: Deutschland sollte als Kern mit Hilfe seiner angegliederten Satelliten Kontinentaleuropa neu ordnen, wozu Bündnisse zwischen Deutschland und den Staaten im Westen als „Westzonen“ und in Ostmitteleuropa als „Ostzonen“ gebildet werden müßten. Bereits im ersten Kapitel zeigt sich das Problem dieser Herangehensweise. Solche Sätze wie „Nachdem Deutschland 1938/39 einen erheblichen Teil seiner ‚großdeutschen‘ Ambitionen bereits auf friedlichem Weg durchgesetzt hatte, brachten die militärischen Erfolge bis zum Sommer 1940 durchaus die Chance für eine echte

europäische Lösung unter deutscher Führung, die allerdings nicht den Vorstellungen Hitlers entsprach“, sind bar jeder Kenntnis. Die Autorin geht offenbar von einer „echten“ Europa-Konzeption vermeintlich deutscher Provenienz als positive Alternative zu Hitlers Lebensraum-Politik aus. Zudem hält sie an der Legende einer friedlichen deutschen Außenpolitik für 1938/1939 fest. De facto kam es 1938 zu einer Annexion Österreichs. Europa befand sich seit 1938 im Krieg, und die Nationalsozialisten setzten umgehend ihre Ordnung durch. Die Auflösung der Tschechoslowakischen Republik endete 1939 nicht friedlich, sondern mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag. Als wichtigstes Neuordnungsziel folgte umgehend die harte Entrechtungs- und Vertreibungsstrategie gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Wien und Prag. Die Problematik des Vernichtungskrieges und der dazugehörigen Paradigmen wird von der Verf. gänzlich ausgeklammert, obwohl die „Befreiung“ Europas von der jüdischen Bevölkerung ein Hauptkriegsziel des Deutschen Reiches und seiner Funktionselemente im Nationalsozialismus war.

Interessant wirkt die Arbeit nur in den letzten zwei Kapiteln, wo die Autorin auf die Kernfragen ihrer Arbeit zu sprechen kommt: die Nachweise, daß Hitler erstens einen imperialen Krieg führte, an dessen Ende das Deutsche Reich in Anknüpfung an den Ersten Weltkrieg endlich seine Kolonien in Afrika zu arrondieren vermochte, und zweitens, daß Hitler mittels der zweiten Kontinentalperre seit Napoleon Europa von der übrigen Welt wirtschaftlich isolieren und gewaltsam in den deutschen „Großwirtschaftsraum“ integrieren wollte. Die Autorin geht im zweiten Fall offenbar davon aus, daß

die Doktrin Herbert Backes, die europäischen Staaten in die Autarkiepolitik im Großwirtschaftsraum zu zwingen, kriegsbedingt und zweckrational war. Das Denkmodell, Europa durch eine autarke Wirtschaftspolitik unter deutscher Führung zu überformen, war zwar vermessen und aggressiv, wie die Autorin richtig festhält. Es ist in diesem Zusammenhang aber kaum ausreichend, das Großraum-Modell als rationale Option zur „Neuordnung Europas“ auszuweisen, ohne den politischen Kontext einzuarbeiten. Herbert Backe reflektierte als Nachfolger von Walter Darré eine ganz konkrete Ordnung, die realiter umgesetzt wurde. Seine Hungerpolitik gegen die osteuropäischen Völker und gegen die Juden folgte dem rationalen Kalkül, daß sich der Krieg aus dem Krieg ernähren müsse. Was für die einen rational und „vernünftig“ erschien, bedeutete für die anderen den kalkulierten Tod.

Weitere wichtige Ordnungsmodelle arbeitet *Birgit Kletzin* nicht heraus, obwohl sie die Urheber samt ihrer Institutionen mehrfach zitiert: So bleibt das Modell des Volksgruppen-Rechts ausgeklammert, das eigentliche Kernziel der deutschen Außenpolitik seit dem Münchener Abkommen. Es eröffnete dem Reich die Möglichkeit, seine Schutzmachtinteressen auf die deutschen Minderheiten im Ausland auszuweiten. Karl C. von Loesch, der Vordenker dieses Modells, wird bar jeden Kontextes in andere Zusammenhänge eingeordnet, nur um die bloße Existenz eines völkischen Europa-Bildes im NS zu verdeutlichen. Was nützen aber diese Zitate, wenn der Aktionsradius dieses agilen bevölkerungspolitischen Experten innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes und seiner ganz konkreten Aufgabenfelder in der Minder-

heitenpolitik nicht geklärt wird? Selbst die „Endlösung der Judenfrage“ findet als Exportmodell der deutschen Bevölkerungswissenschaft keine Erwähnung, obwohl die Autorin mehrfach auf die Europa-Visionen von Franz Alfred Six zu sprechen kommt. Dieser war zeitweise Vorgesetzter von Adolf Eichmann. Zudem unterstand ihm als Leiter der Gegnerforschung auch das Wannsee-Institut, was die Autorin trotz reichen Forschungsstandes ebenfalls nicht ausführt. Solche einzelnen Mängel stehen nur als Beispiele für das insgesamt anzuzeigende Problem eines ungenügenden analytischen Rahmens in der Ideologiekritik. Die Problematik der historisch-politischen Semantik des Europa-Begriffs im Nationalsozialismus ist ohne die Einbeziehung einer differenzierten Politikfeld- und Netzwerkanalyse oder biographischer Studien nicht mehr zu betreiben.

Ingo Haar

**Laura Engelstein/Stephanie Sandler (Hrsg.), *Self and Story in Russian History*. Cornell University Press, Ithaca/London 2000, 363 S.**

Eines der wichtigsten Schlagworte in den Geistes- und Sozialwissenschaften der letzten Jahre, mittlerweile wohl schon Jahrzehnte, bildet der Begriff der „Identität“. Sonderforschungsbereiche, Dissertationen und Bücher schmücken sich im Titel mit der schillernden Implikationsvielfalt des Wortes, das kulturhistorische Methodik und neuartige Einsichten verheißt. Indes ist es schon längst nicht mehr unumstritten: als „Plastikwort“ gescholten (Lutz Niethammer), erscheint der Begriff leerer und leerer, und so manche Diskussion

fragt nicht mehr nur nach den geeigneten Methoden, sondern viel grundsätzlicher nach dem eigentlichen Sinn: Können wir „Identität“ tatsächlich erforschen, oder machen wir uns hier nur etwas vor? Wie nah kann man an die Menschen der Vergangenheit herankommen?

Ziemlich nah, das zeigen die in diesem Band versammelten Aufsätze, die eine Auswahl aus Vorträgen einer Tagung von 1996 repräsentieren. In einer ausführlichen Einleitung stecken die Herausgeberinnen ehrgeizige Ziele und formulieren komplexe Fragen und Hypothesen, die in den folgenden Texten möglicherweise nicht immer beantwortet oder verifiziert, aber doch intensiv diskutiert und auf faszinierende Weise illustriert werden.

Dabei wird die Vokabel „Identität“ eher selten verwendet, möglicherweise tatsächlich vermieden. Statt dessen wird die Problematik konkretisiert mit dem Begriffspaar von „Self and Story“. Verschiedene Erzählungen vom „Selbst“ werden problematisiert, und die erste und wichtigste ist diejenige der westlichen Moderne: Die moderne Idee vom eigenständigen Individuum ist längst den Darstellungen eines fragmentierten Selbst gewichen, gebrochen entsprechend den verschiedensten Faktoren der sich konstruierenden Gesellschaft. Zwischen diesen Faktoren – sei es Geschlecht, Nation, Klasse – sucht der Einzelne nach Geschichten, die das Selbst erzählen und die Illusion vom Individuum aufrechterhalten.

Wie nun beteiligt sich Rußland an diesem im Westen entwickelten Gespräch? Die Moderne und damit die Idee des Selbst ist der russischen Kultur nicht fremd, doch ist sie auch nicht – dies ist die Grundidee und Legitimation des gesamten Bandes – selbstver-

ständig. Das Selbst wird hier auf häufig andere, besondere Weise erzählt, in den verschiedensten Quellen, die in diesem Buch untersucht werden. „Together“, so lautet die These und gleichzeitig wohl ein ambitioniertes Ziel der Herausgeberinnen, „they provide the material of Russian history itself, a story that identifies the personality of the nation.“

Diese Geschichten und die durch sie möglicherweise geformte *eine* russische Geschichte sind bestimmt durch verschiedenartige Spannungen. Peters Reformen werden als eine Art ursprüngliche Identitätskrise betrachtet, welche die Suche von Russen nach einem Ich zwischen Tradition und Moderne, Eigenem und Fremdem, Individuum und Gesellschaft bestimmte. *Engelstein* und *Sandler* stellen die weit führende Frage „Was selfhood a necessary attribute of civilization?“ und leiten mit einigen Hinweisen auf die Vorstellung vom Mangel an Individualität in der russischen Kultur – von frühmoderner Geschichte bis hin zur Sowjetkultur – über zu den Aufsätzen.

Der Band wird eröffnet mit einem Text von *Caryl Emerson* über „Bakhtin, Lotman, Vygotsky, and Lydia Ginzburg on Types of Selves: A Tribute“. Diese Theoretiker, die sich alle in der Zeit sowjetischer Unterdrückung individuellen Denkens auf bemerkenswert freie und originelle Weise gerade mit dem Wesen und den Möglichkeiten des Selbst beschäftigt haben, werden hier gewissermaßen als Psychologen der literarischen Kreativität vorgestellt. Lernen, Schreiben, Schaffen, Entwickeln sind für sie alle Elemente eines – durchaus möglichen – gesunden Selbst. Dabei konzentrieren sich Ginzburg und Bakhtin stärker auf das Wort und die Erzählung als Macht, während für Vy-

gotsky und Lotman das soziale Umfeld, Dialoge und Zeichen die entscheidende Rolle spielen. *Emerson* schließt ihren Aufsatz mit der Frage, ob es sich hier um eine „Russische Schule“ handele und zieht das Fazit, man könne tatsächlich von einer russischen Eigentümlichkeit sprechen: Das Vertrauen in das Wort, in die Chance der Entwicklung und die eigene Disziplin machten diese Autoren von Welt-rang so besonders.

*Emersons* Text eröffnet die Ordnung des Buches, die rückwärts chronologisch organisiert ist und vom 20. Jahrhundert zum 18. Jahrhundert zurückführt. Abgesehen von dieser formalen Ordnung aber ist ihr Artikel hier auch deshalb richtig plaziert, weil er ein Paradigma zeichnet, innerhalb dessen sich viele der folgenden Texte bewegen werden. Nicht nur die auffällig häufige Erwähnung von Bakhtin in den späteren Artikeln – angesichts der Prominenz von Literaturwissenschaftlern und der Beschäftigung mit russischen literarischen Texten nicht weiter verwunderlich – ist hier bezeichnend. Die Dynamik und die Kreativität des Selbst wird in diesem ersten Aufsatz ebenso dargelegt wie die verschiedenen Spannungsverhältnisse, die es aushalten muß. Eine „Russische Schule“ wird hier beschrieben und – vorsichtig – definiert. Sie steht am Ende des hier gezogenen zeitlichen Rahmens, doch am Beginn des Buches: Die antichronologische Ordnung geht auf, sie ermöglicht es, einen kulturellen Rahmen zu sehen, Zusammenhänge über die Jahrhunderte zu erkennen, ohne jedoch eine klare Entwicklungslinie von Kausalitäten zu ziehen.

Entsprechend dieser Ordnung folgen Texte zur Zeit des Stalinismus: *Alexander Zholkovsky* beschreibt Anna

Achmatovas Selbstmythologisierung, die aktive, bewußte und häufig aggressive Konstruktion ihres Bildes als Schriftstellerin. In einen Band über das „Selbst“ gehört natürlich auch ein Text von *Jochen Hellbeck*, der die Idee von einer tatsächlich wirksamen und damit nicht nur an der Oberfläche des politischen Terror verbleibenden sowjetischen Zivilisation oder Kultur mit seiner Lesart von Tagebüchern aus der Zeit der „Großen Säuberungen“ untermauert und illustriert. Die fast Borges-hafte Figur des Alexander Afinogenov, der Autor und Objekt zugleich ist, sein Dasein und sein Werk als Schriftsteller in seinen Tagebuchaufzeichnungen vorwegnimmt und spiegelt und den staatlichen Terror für sich selbst annimmt und in den Notizen als Selbstkasteiung und Selbstreinigung durchlebt, wird zu einem Beispiel für die Macht des Terror auf das Selbst.

*Richard Wortman* publiziert hier einen Teil seines Buches „Scenarios of Power“, in dem er die Problematik der Selbstdarstellung Nikolaus II. diskutiert. Der Versuch, den Monarchen mit modernen Mitteln wie Film, aber auch Briefmarken und Souvenirartikeln ins tägliche Bewußtsein der Menschen zu bringen, kollidierte häufig mit der Vorstellung von der besonderen Würde des Zaren – dessen Gesicht auf einem Taschentuch eben nicht denkbar war.

Die Ära der Jahrhundertwende nimmt in diesem Buch, nicht besonders überraschend, eine prominente Stelle ein; ebensowenig überraschend ist, wie wichtig die Faktoren des gender und der Sexualität in dieser Zeit für die Problematik des Selbst wird. *Louise McReynolds* beginnt diesen Abschnitt mit ihrem Aufsatz über die Filmkultur zwischen den Revolutionen 1905 und 1917 und konzentriert sich dabei be-

sonders auf Evgenii Bauer und seine Konzeptualisierung einer weiblichen Heldin. Das Private wird auf die Leinwand gebracht, den Zuschauerinnen werden verschiedene Vorschläge zur Formung eines eigenen Selbst gemacht: „Neue“ Frauen, modern, städtisch geprägt, mit größeren Chancen als je zuvor, weniger von sozialen Konflikten und den gesellschaftlichen Ambitionen der Intelligentsia-Tradition bestimmt als vielmehr von den neuen Versprechungen einer modernen, sehr materialistischen Massenkultur.

*Susan Larsen* beschreibt dann in einem wunderbar klar argumentierenden Artikel „Girl Talk“: die Konstruktion des Selbst für und durch junge Mädchen anhand der Romane der Erfolgsautorin Lydia Charskaia. Trivilliteratur hat große Bedeutung für die Herausformung eines Selbst gerade junger Menschen, diese fast schon banale und dennoch in der Forschung oft ignorierte Feststellung wird hier aufs Beste herausgearbeitet. Freundschaft und Sexualität spielen im Diskurs „Charskaia“ nicht nur für die Autorin und Leserinnen eine große Rolle, sondern vor allem für die vielen Kritiker, welche die Romane für gefährlich, weil voller homoerotischer Implikationen hielten. Für die Identifikation der jungen Leserinnen mit den Heldinnen spielte aber vor allem der Gegensatz von Bekanntem und Fremdem eine Rolle: Die „Wildheit“ der Protagonistinnen, verknüpft mit den Stereotypen des „Kaukasus“ und ihr Wunsch, die Freiheiten der Männer genießen zu können, werden gefeiert und eröffnen neue Perspektiven, finden sich schließlich aber doch gezähmt im braven Internatsleben: Hier sind es Mädchenfreundschaften, die große Gefühle – Ehrgefühl, Loyalität, weniger Erotik –

ermöglichen und dem Selbst den Rahmen geben.

Homosexualität dagegen ist das explizite Thema des Diskurses, den *Evgenii Bershtein* beschreibt: „The Russian Myth of Oscar Wilde“. Wilde, bis heute einer der meistgelesenen ausländischen Autoren in Rußland, wurde um die Jahrhundertwende weniger mit seinen Werken identifiziert als mit der Vorstellung von einem „Nietzscheanischen Leben“. Fin-de-siècle-Kultur, Dekadenzdenken, Dandyhaftigkeit und Radikalismus waren die Zutaten des konstruierten „Russischen Wilde“, der in persönlichen und publizistischen Kämpfen ein geeignetes Instrument abgab. Der Skandal von Wildes Homosexualität wurde zu einem paradoxen, weil zentralen und doch niemals ausgesprochenen (weil nicht für die „Ohren der Damen geeigneten“) Element dieses Diskurses. Wildes Leben wurde betrachtet als der gescheiterte Versuch, in einem übermenschlichen – eben Nietzscheanischen – Leben die herrschende Moral zu überwinden. Die Diskussionen machten Wilde für die russische Elite schließlich zu *dem* Homosexuellen, in dem sich die verschiedenen Diskurse des 19. Jahrhunderts wie Medizin und Psychiatrie, Recht und Kultur verbanden. Wenn der Homosexuelle nun ein Typus war, so war dieser in Rußland durch Wilde verkörpert. Wildes Leben, so Bershtein, eignete sich besonders für solche Einschreibungen, weil die in der russischen Kultur so wichtigen Elemente des Leidens und der Katharsis in seiner Geschichte so prominent waren. Die Vorstellung, Wilde habe „sich selbst in die Zwangsarbeit geschickt“, entsprach einer Mixtur der Vorstellungen von Nietzscheanischer Radikalität und fast religiöser Selbstkasteiung und

Reinigung. „Through it“, so endet *Bershtein*, „the all-European modern theme of homosexuality received its Russian interpretation, in which the symbolic meaning of ‘Oscar Wilde’ was preserved, although this symbol was loaded with specifically Russian cultural meanings.“

Ein nicht weit entferntes Thema wird von *Cathy Popkin* in ihrer Beschreibung des russischen Hysterie-Diskurses untersucht: Während der Klassiker Freud die Erzählung in den Mittelpunkt seiner Arbeit gerückt hatte, gingen die russischen Psychiater vorsichtiger und gleichzeitig radikaler mit den Schilderungen ihrer Patienten um: Die Erlebnisse der Patienten waren Mittel zum Zweck im Prozeß der Entwicklung einer russischen psychiatrischen Wissenschaft und Profession. Das Selbst des Patienten spielte dabei eine deutlich geringere Rolle als der Nutzen, den seine Erzählung für die Definition von Syndromen und Krankheiten und damit für die Erfolge und Legitimation der Psychiatrie bedeutete: Foucaultsche Moderne pur im rückständigen Rußland.

Ein ganz anderer Diskurs dagegen wird von *Reginald Zelnik* beschrieben: die Übersetzung, oder besser: Übertragung der Hauptmannschen „Weber“ in ein für die Bedürfnisse der russischen Arbeiterbewegung brauchbares Stück. Abgesehen von einfachen Veränderungen wie Namenstranslation und die Übertragung von Institutionen und Orten auf russische Verhältnisse bildete vor allem die wenig heroische Darstellung der Hauptmannschen Weber ein Problem: passiv, oft feige, abergläubisch und vor allem dem Schnaps zugeeignet – dies war kein geeignetes Bild, das man von marxistischer Seite russischen Arbeitern vorsetzen konnte

und wollte. *Zelnik* fächert hier ein Bild der Konstruktion von Arbeiteridentität im Rußland der Jahrhundertwende auf, in dem man „Weber“ in arbeiterbewegungsgerechte „Tkachi“ umwandeln konnte, in dem aber die Forderungen der ideologiebewußten Marxisten mit der Darstellung eines unorganisierten Aufstandes von 1844 nicht in Einklang zu bringen waren.

Auf diese eher diskursorientierten Texte folgen stärker literaturwissenschaftlich orientierte Aufsätze, so der von *Irina Paperno* über Tolstois Versuche, in Tagebuchaufzeichnungen ein Gestern, Heute und Morgen zu konzipieren und zu beschreiben. Ähnlich wie in *Hellbecks* Tagebuchuntersuchung, wenn auch viel expliziter, wird auch hier der Spagat eines Selbst zwischen Autor und Objekt, Beschreibendem und Beschriebenem deutlich.

*William Mills Todd III* analysiert Dostojewskis Strategien zur Darstellung verschiedener Persönlichkeitsentwürfe in „Die Brüder Karamasov“. Was bereits vorher, bei *Bershtein* und *Popkin*, konzeptualisiert worden war, die an Foucaultschen Maßstäben orientierte Lesart russischer Diskurse, wird hier auf ein literarisches Werk angewandt. Dostojewskis Buch erscheint dann als ein vielschichtiges Bild, in dem eine Person durch die Erzählungen des Rechts, der Medizin und der Psychiatrie sowie sozialer Beziehungen definiert wird.

*Andrew Kahn* hat ebenfalls ein vielgelesenes Werk neu betrachtet: Radiščevs „Reise von St. Petersburg nach Moskau“. Im Kern des Buches, so *Kahn*, „lies an attempt to problematize the representation of sensibility and the self“. Als zentrales Problem des Buches definiert er das Fehlen eines Erzählers oder gar Heiden und die anti-

sentimentalistische Schaffung eines Erzählers, dessen Sensibilität isoliert und fehlplaziert ist in einer rauen Welt. Die Spannung zwischen Selbst und Gesellschaft wird hier zum entscheidenden Punkt und zur Quelle für ästhetischen Wert des literarisch so häufig niedrig eingeschätzten Buches.

Und noch ein Tagebuch: *David Ransel* untersucht die Selbstbeschreibung und Selbstästhetisierung eines russischen Händlers im 18. Jh., in denen die Kontakte des sozialen Aufstiegers und die Begeisterung für aufgeklärt-rationale kulturelle Errungenschaften wie Orangerien und Uhren einen immer stärkeren Gegensatz entwickeln zum wirtschaftlichen Abstieg und schließlich Ruin. Aus detaillierten Tagesbeschreibungen und jährlichen Bilanzen des Händlers entwickelt *Ransel* eine überzeugende Beschreibung der Orientierung Ivan Tolchenovs in Zeit und Raum, zwischen Tradition und Aufklärung, zwischen Konsumblüte und wirtschaftlicher Katastrophe.

Der Band endet mit einem Aufsatz von *Laura Engelstein*, in dem sie einige Aspekte ihrer Forschungen zu den Skoptsy zusammenfaßt: Die religiöse Sekte der Skoptsy, die ihre Kultur des Vegetarismus, der sexuellen Enthaltsamkeit und Selbstkastrierung trotz staatlicher und kirchlicher Verfolgung bis in die 1920er Jahre leben konnte, entwickelte Strategien des Erzählens und Verschweigens, die ein Überleben ermöglichten.

Es ist ein allgemeines Problem von Sammelbänden, insbesondere, wenn sie aus Tagungen hervorgehen, daß die Verbindung der einzelnen Texte untereinander nicht deutlich wird: Es sind mehr *Sammelbände* als Bücher. In „Self and Story“ haben die Herausgeberinnen nicht nur mit der Auswahl der

Texte, sondern vor allem mit ihrem ausführlichen Vorwort genau dieses Problem sehr eindrucksvoll vermieden. Auch der Satz „Vieles hat man an anderer Stelle schon gesehen“ ist, so zu treffend er hier ist, in diesem Falle keinesfalls als Kritik zu verstehen: Die meisten Autoren haben Kapitel oder Thesen aus ihren Dissertationen und Büchern herausgefiltert, so daß Erkenntnisse aus größeren Forschungszusammenhängen erfolgreich auf das Thema des Bandes hin zugeschnitten und pointiert zusammengeführt wurden. Das Problem des Selbst wird so in den verschiedensten Kontexten untersucht: ein breiter zeitlicher Rahmen ist ebenso gegeben wie die Berücksichtigung verschiedener sozialer Ebenen, die Kategorien des gender, des Sozialen und des Politischen werden beachtet, diverse Quellen und Diskurse wie Tagebücher, Literatur, Populärkultur, Film, Kulturdebatten, Medizin und Recht werden aus den zwei unterschiedlichen Perspektiven der Literaturwissenschaft und der Geschichtswissenschaft betrachtet.

Besonders hervorzuheben ist die prominente Einbeziehung von Populärkultur und bisher weniger erforschter sozialen Gruppen. Das aktive Nachdenken über „Selbst“, das Erzählen von Geschichten, die Konstruktion eines Ortes zwischen Moderne und Tradition sowie individuellem oder kollektivem Selbstverständnis und staatlicher Bevormundung sind keine Angelegenheit der gebildeten Eliten, sondern können auch bei verschiedenen anderen sozialen Gruppen erkannt und beschrieben werden. Die Spannungen, die das Selbst aushalten muß, werden in verschiedenen Konstellationen erörtert, doch werden ähnliche Probleme immer wieder aufgegriffen:

das Verhältnis von Einzelem und Gesellschaft und das Neben- und Gegen-einander von Eigenem und Fremdem. Die alte Frage nach der Position der russischen Gesellschaft in der Moderne und in Europa erhält so neue Anregungen und, ja, Antworten. Das „Plastikwort“ der Identität ist überführt worden in einen konkreteren, wenn auch keinesfalls einfachen Begriff. Die Möglichkeiten, wenn vielleicht nicht Identität, so doch das Leben, das Eigenverständnis, das Wesen, das Selbst von Menschen in der Vergangenheit zu erforschen, sind hier auf fesselnde Weise ausgelotet worden.

Martina Winkler

**Gilbert M. Khadiagala/Terence Lyons (eds.), African Foreign Policies. Power and Process, Lynne Rienner Publishers, Boulder/CO, London 2001, 184 S.**

Die Staaten des subsaharischen Afrika gelten gemeinhin als Verlierer der Globalisierung. Sie verfügen weder über die Möglichkeiten noch die Instrumente, ihre Interessen international artikulieren oder gar umsetzen zu können. Das akademische Interesse an den Außenpolitiken dieser Staaten ist in der Vergangenheit denn auch sehr begrenzt gewesen. Allein deshalb ist das Bemühen der Herausgeber – *Gilbert M. Khadiagala* von der Johns Hopkins School of Advanced International Studies (SAIS) und *Terry Lyons* von der George Madison University – zu loben. Der anzuzeigende Sammelband basiert auf einer SAIS African Studies Conference. Im Zentrum des Interesses stehen regionale Außenpolitikansätze und Regionalisierung als Subtext der Glo-

balisierung, nicht jedoch ausführliche Würdigungen regionalen Strategien oder deren Reichweite. Eine Mischung aus Landeskennern und Außenpolitikexperten thematisiert vielmehr dominante Trends in den Außenbeziehungen afrikanischer Kernregionen: *Clement Adibe* befaßt sich mit dem anglophonen Westafrika (bzw. dem Kern der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS), *Peter J. Schraeder* mit dem frankophonen Westafrika, *René Lemarchand* mit dem Gebiet der Großen Seen, *Ruth Lyob* mit dem Horn von Afrika, *Khadiagala* mit dem südlichen Afrika und *Denis Venter* mit Südafrika. Hinzu kommt *William Reno*, dessen Artikel nach der Außenpolitik „schwacher Staaten“ bzw. staatenloser Regionen fragt. Die Herausgeber haben zur Strukturierung einen Kanon vorgegeben, der das koloniale Erbe und die gemeinsame Kultur, Ideologie und Prinzipien, das Ergebnis neuer Orientierungen und neue Akteure sowie Perspektiven umfaßt. Das Ende des Kalten Krieges und die Neuordnung der internationalen Beziehungen wird durchweg als erhebliche Veränderung der Rahmenbedingungen afrikanischer Außenpolitiken verstanden. Lediglich *Clark* argumentiert, dass sich an den außenpolitischen Prioritäten und Mitteln kaum etwas verändert habe (S. 77). Alle Autoren hegen Zweifel ob der vermeintlich „guten Absichten“ der „internationalen Gemeinschaft“ (S. 90). Idiosynkratische Faktoren – die „neuen Führer“ Afrikas – werden allerdings ebenso gering geschätzt. Zentral seien vielmehr die soziale und historische Dimension von Außenpolitik, also gegenseitige Abhängigkeit und Loyalität (z. B. *Lemarchand*, S. 89). Die Autoren betonen die Relevanz neuer Trends, sei es die Erosion der

internationalen Norm der Nichtintervention, die Verschiebung des außenpolitischen Interesses der Region Zentralafrika zum Gebiet der Großen Seen oder die Relevanz neuer, im Verlauf der so genannten dritten Welle der Demokratisierung ab 1990 entstandener Institutionen. „Zivilgesellschaft“ wird als Herausforderung staatlicher Prärogative diskutiert, die die traditionelle *domaine réserve* des Staatsoberhauptes in Frage stellen. Ein weiteres, regionenübergreifendes Phänomen der 1990er Jahre ist die Transnationalisierung von Gewalt und Gewaltakteuren wie Waffenhändlern, Schmugglern, privaten Sicherheitsfirmen sowie die Verwischung der Grenze zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren (vgl. den Beitrag von *Reno*). Vor diesem Hintergrund faßt *Clark* die veränderten Ausgangsbedingungen des Kontinents zutreffend zusammen, wenn er formuliert: „Whereas the imperative of regime preservation has not changed, the environment for accomplishing this task has become more difficult“ (S. 83). Die Stärken des Sammelbandes liegen denn auch in der Darstellung und Diskussion phänomenologischer Neuerungen in Afrikas internationalen Beziehungen. Schwächen sind hingegen in der theoretischen Durchdringung dieses Wandels auszumachen. So reduzieren die Herausgeber den Kernbegriff des „foreign policy decision-making“ auf „policy outcomes“. Statt sich also der gewaltigen Forschungslücke anzunehmen, die sich hinsichtlich der Frage auf tut, wie denn eigentlich Außenpolitik in Afrika gemacht wird (wer? wie? auf welcher Basis? usw.) und wie sich darüber theoretisieren ließe, bleiben die Beiträge auf die Darstellung der internationalen und regionalen Außenbeziehungen

beschränkt. Auf die entscheidenden Fragen der politikwissenschaftlichen Forschung im Bereich internationale Beziehungen bleiben Antworten dieses klassisch regionalwissenschaftlichen Sammelbandes somit aus. Wie genau funktioniert Außenpolitik? Wie stellt sich das Verhältnis zwischen Struktur und Akteur dar? Wie positioniert sich die Regionalwissenschaft also zu den aktuellen epistemologischen Diskursen der Fachdisziplin? Wie wird die zentrale Kategorie des außenpolitischen Interesses letztlich konstituiert?

Dem Band fehlt eine Einbettung in den Forschungsstand sowie ein systematischer Bezug zur Diskussion über die Natur des Staates in Afrika und dessen Bedeutung für die Fähigkeit und Grenzen, Außenpolitik gestalten zu können. Diese Defizite sind keineswegs außergewöhnlich, kennzeichnen sie doch den überwiegenden Teil der regionalwissenschaftlichen Außenpolitikforschung zu Afrika. Dieser ist nach wie vor durch ein zweifaches Defizit ausgezeichnet: Erstens fehlen mit Ausnahme von Nigeria, Südafrika und Ägypten methodisch saubere und empirisch gesättigte Studien, zweitens ist die Diskussion in der Regel durch das Fehlen systematischer Rückbezüge zur „Mutterdisziplin“ gekennzeichnet. Deutlich wird dies z. B. an *Adibes* kurzer und im Kontext unmotivierten, Bemerkung zu Rational Choice-Theorien (S. 16), die den einzigen Bezug zur Fachdiskussion darstellt, und nicht wieder aufgegriffen wird. So teilen die Autoren des Sammelbandes denn auch eine, meist implizite, Verankerung in traditionellen strukturalistischen Theoriediskursen, mit Ausnahme von *Iyob*. Sie bemüht unter Verweis auf Foucault eine diskursanalytische Interpretation, in deren Zentrum

informelle Arrangements stehen, die auf gemeinsamen Symbolen, geteilten historischen Erfahrungen und soziokulturellen Affinitäten basieren (S. 109). So begrüßenswert der Band mit seiner Beschreibung neuer Realitäten also ist, so bedauernswert ist es, dass er den selbstgewählten Untertitel – *Power & Process* – nicht systematisch in den Kontext aktueller Theoriediskussionen stellt.

Ulf Engel

**1900–2000. Cent ans de regard français sur l'Allemagne**, hrsg. v. **François Genton** (= *Cronique allemande. Revue du CERAAC* 9/2001-2002), Grenoble 2002, 322 S.

Die Zeitschrift des Forschungszentrums für Studien über das gegenwärtige Deutschland und Österreich an der Universität Grenoble III wird seit dem Jahr 2000 von *François Genton* geleitet, der die Nachfolge des nach Toulouse gewechselten *Lucien Calvié* angetreten hat. Mit dem hier publizierten Kolloquium wurden gleichzeitig ein institutioneller Einschnitt und eine intellektuelle Kontinuität markiert. Studien, die auf das 20. Jh. konzentriert sind und neben politischen vor allem ideengeschichtliche Beziehungen zwischen Frankreich und dem deutschsprachigen Raum ins Auge fassen, bilden den Schwerpunkt des Periodikums.

Mit Aufsätzen zu „Jaurès und Deutschland“ (*Madeleine Reberieux*) oder zur „Rezeption Nietzsches in Frankreich“ (*Jacques Le Rider*) wird der Band eingeleitet. Es handelt sich um Themen, die im letzten Jahrzehnt oder sogar schon früher den guten Ruf einer umsichtigen text- und kontext-

rekonstruierenden französischen Germanistik bestätigt haben. Daneben treten Gegenstände, die in allerletzter Zeit in den Mittelpunkt des Interesses getreten sind, wie der reichlich verzögert wissenschaftlich wahrgenommene Historikerstreit der achtziger Jahre in der Bundesrepublik.

Auf eine ganz andere Weise bestätigt auch Gilbert Badias Bilanz des französischen Umgangs mit dem „anderen Deutschland“ seit dem Zweiten Weltkrieg einen Umbruch: Deutschland hat sich 1989 nachhaltig verändert und zwingt zur Neuorientierung auch das Blickes aus Westen auf das vereinigte Land. Während die einen angesichts dieser Herausforderung auf konventionellen Perspektiven zu beharren scheinen, beschreiben andere den Orientierungsbedarf nach dem Wegfall von Koordinaten einer definitiv zu Ende gegangenen Nachkriegsära und auf dem Weg in das sich neu konstruierende Europa. Aus dieser Spannung bezieht der Band seinen Reiz als seismographische Anzeige für langsame Verschiebungen.

Worin die Aufgaben einer französischen Germanistik in dieser neuen Epoche bestünden, erfährt man jedoch vorläufig noch nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit. Das Themenheft dokumentiert eher eine flächendeckende Zuständigkeit der Germanistik für die Beobachtung deutscher Kultur über das vergangene Jahrhundert als den Anspruch, Prioritäten zu diskutieren. Eingespielte Kooperationen werden weiter verfolgt, die Hierarchien der für das Deutschlandbild in Frankreich Verantwortlichen ändern sich nur langsam, und neue Themen geraten nur zögerlich auf die Tagesordnung. Erstaunlicherweise erfährt man in diesem Band über einhun-

dert Jahre französische Perspektiven auf Deutschland auch nichts über die Ursachen der gegenwärtigen Krise des Deutschlandinteresses in unserem Nachbarland. So beschleicht einen das klamme Gefühl, der viel beschworene deutsch-französische Motor könnte vielleicht zuweilen nur im Leerlauf schnurren.

Matthias Middell

**May T. Yeung/Nicholas Perdikis/William A. Kerr, Regional Trading Blocks in the Global Economy. The EU and ASEAN, Edward Elgar: Cheltenham/Northampton, Mass. 1999, 163 S.**

Der Ausgangspunkt für die drei Autoren dieses Essays, *M. T. Yeung* von der University of Lethbridge in Kanada, *N. Perdikis* von der University of Wales at Aberystwyth und *W. A. Kerr* von der University of Calgary in Kanada, ist erstens die Beobachtung zunehmender protektionistischer Argumente in Asien nach der Krise seit Mitte der 90er Jahre, und zweitens die Verlangsamung der Liberalisierung des Handels im Rahmen von GATT, wo die Interessendivergenz der teilnehmenden Nationen zu mehrjährigen Verhandlungen und Formelkompromissen führten, die dem Wunsch nach völligem Freihandel als notwendigem Charakteristikum prosperierender Länder in der globalisierten Wirtschaft des 21. Jh.s nicht entsprechen. Einen Ausweg sehen die Verf. in der Formierung regionaler Blöcke, die einerseits Interessen zusammenfassen und Verhandlungen vereinfachen könnten, und andererseits durch direkte Beziehungen einen genügend großen Teil der Weltwirtschaft

von der Verlangsamung der als Handelsliberalisierung interpretierten Globalisierung abkoppeln könnten. Hieraus ergibt sich die Untersuchung der Beziehungen zwischen den ASEAN-Staaten als Zone der größten Zuwachsraten an Produktivität und der EU als dem am dynamischsten wachsenden Markt. Die Autoren sind von der steigenden Bedeutung der regionalen Handelsorganisation überzeugt, auch wenn sie konzedieren, daß diesen Blöcken ebenfalls Tendenzen zur Abschließung eigen sein können, und sie sich durch interne Konflikte (wie sie sich aktuell etwa zwischen Malaysia, Indonesien und Singapur abzeichnen) teilweise lähmen.

Der Aufstieg von NAFTA, ANZ-CERTA, MERCOSUR usw. wird von den Verfassern als Zeichen für die langsame Ablösung des GATT der WTO interpretiert, das zunächst nach dem Zweiten Weltkrieg eine Homogenität der zugrunde liegenden (westlichen) marktwirtschaftlichen Orientierung sicherte, aber mit der immer weitergehenden Einbeziehung von Teilnehmern aus Afrika, Osteuropa und Asien uneinheitlicher und handlungsschwächer wurde. Zum zweiten gewinnen gegenüber dem ursprünglichen Gegenstand der GATT-Runden – dem Abbau von Handelshindernissen im Gütertausch – neuere Themen an Bedeutung (der Handel mit Dienstleistungen, Fragen des geistigen Eigentums), für die GATT nur wenige Instrumente bereit hält.

Die Schwäche der (gerade von den USA) nur teilweise ratifizierten Strukturen einer International Trade Organisation, die nach 1945 nur eine geringe Rolle spielte, wird immer sichtbarer. Nachdem Wachstumsraten, die auf Produktionssteigerungen beruhen, in

den entwickelten Ökonomien der Industrieländer abflauen, wurde die Ausweitung der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung als neue Quelle von Prosperität ermittelt und trieb regionale Wirtschaftsorganisationen voran. Schließlich trug die Enttäuschung über die geringen Ergebnisse von Importsubstitutionsstrategien in vielen Entwicklungsländern zur Suche nach neuen Lösungen bei. Der Sturz der Kosten für Information und Kommunikation im Zuge der technologischen Revolution beim Eintritt in jenes Computerzeitalter, das manche Autoren die „vernetzte Welt“ nennen, trug gleichfalls zur Erleichterung ökonomischer Strukturen bei, die die Vorteile grenzübergreifender Firmenstrategien für die jeweiligen Volkswirtschaften zu nutzen suchten.

All diese Vorgänge können, wie im vorliegenden Band, allein unter ökonomischen Gesichtspunkten analysiert werden, aber in einer weiteren Perspektive haben wir es zweifellos mit einer Re-Konfiguration der maßgeblichen Raumstrukturen zu tun, die in der Welt der Globalisierung zählen. An die Stelle einer simplen Opposition der Nationalstaaten und der sog. Weltwirtschaft treten zunächst handelspolitisch und zunehmend im breiteren Sinne politische Organisationen, die eine Homogenisierung ihrer Haltungen zur Globalisierung anstreben, und deren Mitglieder sich zugleich nicht mit Ausschließlichkeit an eine solche Struktur binden, sondern mehrere Chancen auf Zugänge zu den ökonomischen und kulturell prosperierenden Teilen der Welt behalten wollen.

ASEAN und EU waren lange durch Osteuropa, den Nahen Osten und den indischen Subkontinent voneinander getrennt, aber mit der Verringerung

von Kommunikations- und Transportkosten verlieren diese geographischen Hindernisse zunehmend an Gewicht. Das Interesse am Pacific Rim wächst demzufolge in Europa, doch noch immer lastet die über Jahrhunderte etablierte Fremdheitskonstruktion, in der Asien das andere Europa ist (Jürgen Osterhammel) und die „great diversion“ beider welthistorischer Entwicklungen das zu Erklärende für makrosoziologische Theorien bildet, auf den Pragmatismus der Ökonomen.

Der außerordentlich optimistische Blick der Verf. auf die Vorteile von regionalen Handelsorganisationen und ökonomischen Blöcken gegenüber dem GATT bestätigt sich denn auch nicht für die EU-ASEAN Beziehungen: Fortschritte in der Handelsliberalisierung sind eher unabhängig von diesen Beziehungen erzielt worden bzw. eben Effekte der geschmähten GATT-Runden. Eine tatsächliche Kultur der Kooperation ist trotz der allgemeinen Euphorie für die Potentiale beider Organisationen und trotz des Fehlens von Argumenten, die einen Protektionismus ermutigen könnten (etwa die Denunziation neokolonialer Praktiken oder umgekehrt der billigen Konkurrenzwaren), nicht entstanden (S. 143). Ein Grund dafür sind die Strukturunterschiede bei der Organisation. Die EU benötigt relativ lange, um eine einheitliche Position zu finden, kann diese dann aber durch die Kommission konzentriert im Außenkontakt vertreten. Die ASEAN bietet als „Konsensklub“, der nach Innen als Interessenausgleich funktioniert, keinen solchen Mechanismus für internationale Verhandlungen. Die Autoren empfehlen der ASEAN demzufolge die Annahme einer Technik, die in den USA zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß als

„fast-track authority“ vereinbart wurde: Verhandelt der Präsident, kann der Kongreß im Falle einer solchen Beauftragung das Ergebnis nur im ganzen annehmen oder ablehnen, nicht aber einzelne Gesichtspunkte herausgreifen und positiv würdigen, während er die Verhandlungsführung des Präsidenten in anderen Punkten delegitimiert. Im Vergleich mit dem in der NAFTA bevorzugten Modell bilateraler Verträge der USA mit Kanada, bzw. Mexiko und künftig eventuell Chile, das ausgeweitet auf weitere Länder der Hemisphäre immer den USA nicht nur die ökonomisch mächtigste Position garantiert, sondern auch alle Handlungsfreiheiten bilateraler Vereinbarungen überläßt, schlagen die Verfasser mithin für die ASEAN eher den Anschluß an das multilaterale Organisationsmodell Europas vor, da es den kleinen „Tigerstaaten“ eine gewisse Handlungsmacht gegenüber den ökonomischen Riesen EU, China und USA bietet. Ein Gegenmodell, das auf die Vermittlungstätigkeit einzelner Staaten setzt, die gleichzeitig Angehörige beider ökonomischer Großregionen sind, verliert immer mehr an Attraktivität, denn die EU hat mit ihrer weitgehenden Integration eine solche Sogwirkung entfaltet, daß eine reine Freihandelszone (wie zuvor die EFTA) kaum noch Bedeutung hat.

Im Ergebnis erweist sich das von der EU gewählte Modell einer vertieften Integration im Rahmen eines solchen Denkmodells der globalisierten Welt, die sich in regionale Handelsblöcke aufteilt, als das offenkundig attraktivere und weiterführende. Ob diese Botschaft des Bandes von *Yeung*, *Perdikis* und *Kerr* tatsächlich die Veränderungen in der Weltpolitik in den nächsten Jahren überleben wird, bleibt

abzuwarten. Es lohnt sich auf jeden Fall, sie in eine Geschichte der Transnationalisierung der zweiten Hälfte des 20. Jhs einzubeziehen.

Matthias Middell

**Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden (Hrsg.), Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland (= Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V.“ Berlin, hrsg. von Helmut Meier und Karin Kulow, Band 24), trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2002, 262 S.**

Es fällt schwer, unvoreingenommen und unparteiisch ein Buch zu besprechen, das den Elitenwechsel und die Zerschlagung der ostdeutschen Geisteswissenschaften beschreibt. Den Herausgebern *Stefan Bollinger* und *Ulrich van der Heyden* sowie den Autoren geht es um Faktensicherung, vor allem um das Anliegen, die deutsche Öffentlichkeit auf diesen kaum noch korrigierbaren Umstand aufmerksam zu machen. „Der Sammelband soll deutlich machen: Der Osten Deutschlands braucht ein neues geistiges Klima. Ohne in der Region verwurzelte und aus ihr kommende Intellektuelle wird es das jedoch nicht geben. Hält die gegenwärtige Entwicklung an – und dies ist zu befürchten – wird es in absehbarer Zeit kaum noch einheimische Wissenschaftler geben.“ (Einbandrückseite) In der Einleitung „Wider die geistige Ödnis“ (7-13) betonen die Herausgeber, daß sie den Verdrängungsprozeß der nicht in der Partihierarchie involvierten DDR-Eliten, insbesondere in der Wissenschaft,

„aber auch darüber hinaus, in Querschnittssichten und in einigen exemplarischen Beispielen aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, der die Autoren und Herausgeber als Betroffene besonders berührt“ (7f.) darstellen wollen. Dies gelingt den Autoren in einem sehr sachlichen, fast emotionslos gehaltenen Buch trotz beträchtlicher Schwierigkeiten mit dem unzulänglichen statistischen Material ausgezeichnet. Ihr Ziel ist, die in Bezug auf die Schaffung einer ostdeutschen Zivilgesellschaft wichtige „Reintegration zumindest eines aktiven Teils der ostdeutschen Wissenschaftler“ (9) anzustoßen. *Stefan Bollinger* untersucht in seinem Aufsatz „Revolutionsopfer, Kolonialisierungsverluste, Modernisierungsverlierer. Die Vielschichtigkeit eines Systemwechsels – Anmerkungen zum Elitenwechsel nach der Wende 1989/90“ (15-100) die soziale Liquidation oder Diskriminierung erheblicher Teile der ostdeutschen Eliten und zieht zum Vergleich die Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg heran. Detailliert listet er die verschiedenen Berufsgruppen auf und läßt Zahlen sprechen: „Nur noch ein Drittel aller heute im Erwerbsleben Stehenden hat noch die gleiche Tätigkeit wie vor 1990.“ (29) Die Substitution von Akademikern an den ostdeutschen Hochschulen beschreibt der Autor wie folgt: „Von 39.000 Mitarbeitern 1989/90 sind 11.700 im Mittelbau vorhanden, 5.000 auf gesplitteten und 3.000 auf Kurzarbeitsplätzen tätig. Insgesamt wurden 10.000 Personen entlassen (abgesehen von den Regelungen zum vorzeitigen Altersübergang oder den eigenen Kündigungen).“ (33) Je nach Institution und Fachrichtung verblieben zehn bis 40 Prozent des einstigen DDR-Personals. *Bollinger* geht auf die sozia-

le Deklassierung der DDR-Funktionseliten und die Besonderheiten des Eliten austausches im geeinten Deutschland ein. Insbesondere die Evaluation der Wissenschaftler geriet oft zur Farce: „Denn Publikations- und Reisetätigkeit waren z.B. in der DDR systembedingt und mangelwirtschaftlich vertieft eben nicht vergleichbar mit der bundesdeutschen Praxis.“ (44) Ein weiterer Schwerpunkt der exzellenten Darstellung ist die Zerschlagung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft sowie eine eher sich historisch begreifende Schilderung der Entwicklungsprobleme der DDR-Eliten. In einer Art Resümee „Der gesamtdeutsche Verlust“ konstatiert er, daß Fachkompetenz im diplomatischen Dienst, in der Wissenschaft, „in der Regel schnell (absinkt)“. (75) Er schreibt den verantwortlichen Politikern ins Stammbuch: „Das Kapitel DDR ist mit der Ausschaltung seiner Funktionseliten keineswegs geschlossen. ... Fortgesetzte Benachteiligungen und eine weitere Unterrepräsentanz wird das Auseinanderleben im gleichen Land noch verstärken. Letztlich wird es wohl erst ein gemeinsames Reformprojekt ermöglichen, die Erfahrungen, die Ideale für eine sozial gerechte Gesellschaft, der sich wahrlich nicht nur ein großer Teil der Ostdeutschen verpflichtet fühlt, umzusetzen.“ (82)

Unter der Überschrift „Über 50 Jahre ostdeutscher Elitenentwicklung seit 1945 – Einige Thesen“ (101-112) formuliert *Helmut Steiner* nach einer Definition des Elitebegriffs knapp und präzise Entwicklungsrichtungen der ostdeutschen Eliten, auch im Unterschied zu Westdeutschland. Der Autor stellt fest: „Die durch Antifaschismus und soziale Öffnung veränderten Rekrutierungsmuster gesellschaftlicher

Führungsgruppen waren ein wesentliches Demokratisierungs- und Stabilisierungspotential für die DDR-Gesellschaft. Für mehrere Generationen – auf jedem Fall für die heranwachsenden Generationen bis weit in die sechziger Jahre – wurde das persönlich erlebt und schuf (...) verschiedene Ausdrucksformen von DDR-Identität.“ (105) Der zweite radikale Elitenwechsel in Ostdeutschland nach 1989/90 resultiert nach Meinung des Autors neben einer fehlenden intellektuellen und politischen Vorbereitung auf den Zusammenbruch der DDR durch die politischen und wissenschaftlichen Eliten auf ihrer damit verbundenen Lähmung und Hilflosigkeit sowie der von Westdeutschland organisierten Übernahme der DDR mit allen Entscheidungskompetenzen. Die sehr prägnanten, einleuchtenden Thesen zeigen Entwicklung und Defizite der DDR-Eliten anschaulich auf.

*Ulrich van der Heyden* erörtert in seinem Beitrag „Wie die Afrikawissenschaft in Ostdeutschland durch eine ‚späte Abwicklung‘ beseitigt wurde“ (113-194) die Liquidierung der Afrika-Wissenschaften am Forschungsschwerpunkt (im folgenden: FSP) Moderner Orient und geht hier sehr detailliert auf das Dilemma der Namensgebung ein. *van der Heyden*, streitbarer Kämpfer und eines der prominentesten Opfer der Abwicklung der ostdeutschen Afrika-Wissenschaften, schlüsselt Voraussetzungen und Methoden der Ausschaltung ostdeutscher Wissenschaftler minutiös auf, ohne es zu einer persönlichen Abrechnung kommen zu lassen. Der Autor stellt zu Recht in den Raum, daß die gut ausgestatteten Stellen des FSP Begehrlichkeiten bei vielen westdeutschen Professoren weckten, um deren Klientel zu

bedienen. Zutreffend merkt er an, daß bei der Evaluation der Wissenschaftler des FSP „keine schriftliche Begründung (erfolgte)“. (139) Das von *Ulrich van der Heyden* gezogene Fazit ist erntenernd: „Nicht einmal ein Prozent der neu ausgeschriebenen Lehrstühle im geisteswissenschaftlichen Bereich der Bundesrepublik sind in den vergangenen Jahren mit Professoren besetzt worden, die aus dem Osten kamen.“ (140f.) Offenkundig wird in seinem Beitrag, daß die Geisteswissenschaften eindeutig die Verlierer der Einheit sind. Eine kurze Chronologie des FSP beschließt den detailreichen Aufsatz.

Unter dem Titel „Autonome Erneuerung der Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität – Ein gescheiterter Versuch“ (155-166) referiert *Fritz Vilmar* ein Gespräch mit *Heinz Niemann* über dessen Versuch, im Jahr 1990 ein Seminar über die „Theorie der Wirtschaftsdemokratie“ anzubieten. Dieses reform-sozialistische Zentralkonzept sollte bei der Neuorientierung der Kollegen des „Instituts für Politikwissenschaft“ eine zentrale Rolle spielen. Beide Gesprächspartner dokumentieren dann das „Plattmachen“ dieses autonomen Neuordnungsversuchs. In dem Gespräch bezeichnet *Niemann* als eines der entscheidenden „Defizite des DDR-Systems ... die mangelnde Demokratie in der Wirtschaft“. (165)

*Wolfgang Dümcke* glossiert unter der Überschrift „Für Innovationen keine Chance – Einige Bemerkungen zur ‚Abwicklung‘ der ostdeutschen Sozialwissenschaften im deutschen Einigungsprozeß“ den weitgehend unwidersprochenen Institutionentransfer von West nach Ost im Bereich der ostdeutschen Sozialwissenschaften. „Das

Resultat der [...] Wandlungsprozesse ist lediglich eine Konservierung des status quo der Hochschullandschaft der alten Bundesrepublik für Ostdeutschland“, welche alles andere als optimal sei. *Dümcke* geht dann auf makrogesellschaftliche Aspekte der ostdeutschen Transformation ein und verdeutlicht die positiven Aspekte des grundlegenden Bruchs mit den staatssozialistischen Strukturen. Am Beispiel der Humboldt-Universität zeigt *Dümcke* mögliche Alternativen zum Verlauf der sogenannten Hochschulreform zu DDR-Zeiten auf. Der Autor schildert die Erneuerungsansätze der marxistischen Sozialwissenschaften und die Entwicklung hin zum westdeutschen Hochschulmodell. Er stellt dennoch 1996 fest: „Trotzdem arbeitet das Institut, oft auf der Basis von Selbstaussbeutung, auch heute weiter. Der Mehrzahl der ostdeutschen Sozialwissenschaftler [...] bleibt nur der Seiteneinstieg in andere Branchen oder die Dauerarbeitslosigkeit“ (182).

*Ingrid Matschenz* beschreibt, wie „68 Historiker der Berliner Humboldt-Universität ihren Job verloren“ (197-212). In einem Interview erläutert *Ulrich Busch* unter der programmatischen Überschrift „... Abwicklung... Kündigung... Deklassierung“ seine sehr persönliche und von verständlicher Bitterkeit geprägte Sicht auf die Arbeit der Struktur- und Berufungskommission mit der damit fast vollständig verbundenen Auswechslung des Lehrkörpers (213-244). Kurzlebensläufe der Herausgeber und Autoren schließen sich diesen Aufsätzen an.

Alles in allem eine sehr sachliche Darstellung der in Ostdeutschland historisch einmaligen Transformationsprozesse, deren Dimension und

menschliche Tragik diese ausführliche Besprechung zweifellos rechtfertigen.

Uwe Pfullmann

**Heidemarie Salevsky, Translationswissenschaft. Ein Kompendium. Unter Mitarbeit von Ina Müller und Bernd Salevsky, Peter Lang, Frankfurt am Main 2002, 660 S.**

**Willy Sanders, Gutes Deutsch. Stil nach allen Regeln der Kunst, Verlag C. H. Beck, München 2002, 189 S.**

Weltgeschichte lebt von der Kenntnis fremder Sprachen und der eigenen Mundart, kurzum vom Übersetzen.

Wie stand es darum an der Karl-Marx-Universität? Wer dort in Leipzig zum Beispiel Arabistik und Ökonomie studierte, erlernte eine Sprache des Orients und drei europäische Sprachen. Dabei hatte Russisch die Stelle der zweiten orientalischen Sprache ersetzt, wie sie vor 1945 geboten war. Manche füllten die Lücke eigenständig, etwa durch Hebräisch. Doch der Akzent in jener Fächerkombination lag nicht nur in den 70er Jahren auf der Arabischausbildung. Sie hatte in den ersten vier Semestern mit zwei vollen Wochentagen viel mit dem Training von Dolmetschern gemein. Studierende gingen ab dem 5. Semester zu Dolmetscheinsätzen. Zwar gab es eine große Nachfrage, doch lief dies an der Wende zu den 80er Jahren kaum im Nahen Orient ab, sondern „hinter der Mauer“ bei der Betreuung von Delegationen und Parteikongressen. Mithin kamen die Anfänger in das Vergnügen, sich vom Start einer sogenannten Nullsprache her, bei der es weder Vorkenntnis noch

Verwandtschaft zur Ausgangsprache gab, öffentlich artikulieren zu dürfen.

Solche Gelegenheiten waren meist politischer, ökonomischer und kultureller Art. Darauf zielte das Lehrbuch von Günther Krahl, Wolfgang Reuschel und Abed Samarraie 1974 ab, das Eckehard Schulz und Monem Jumaili gut zwei Jahrzehnte später bei Langenscheidt in neuer Ausgabe weiter entwickelt haben. Sprachmuster im modernen Hocharabisch waren und sind gefragt: Die Mediensprache, weniger die klassische Sprache des Korans, obwohl alles auf ihr beruht, vor allem schöne Regeln und Ausnahmen der Grammatik. So erlebten manche der Studierenden ihre Feuertaufe auf der Leipziger Messe oder auf dem Flughafen Schönefeld mit Nagelproben im Alltagswortschatz wie die Beschreibung des Inhaltes eines vermissten Koffers.

Bis zum 5. Studienjahr professionalisierten sich Studierende auf ihren Einsätzen, so im Lauscha der Glasbläser, im Klingenthaler Musikinstrumentenmuseum, in Werner Tübkes Monument des Bauernkriegs, im Dresdner Zwinger, bei Nachtwäsche-Modenschauen von Adam und Eva bis zur Minne in sächsischen Textilfirmen, bei Skispringern Oberhofs, am Brandenburger Tor, auf Berlins Fernsehturm, auf Empfängen und in Windmühlen an der Ostsee. Einen Arabisten, einst zehn Semestern entronnen, aber weiter als Dolmetschender Betreuer gefragt, sah man gar für den Außenminister und den Generalsekretär der Arabischen Liga sowie beim Empfang Erich Honeckers für Michail Gorbatschow übersetzen, Russisch-Arabisch. Sicher, diese Reden waren, von Witzen und Smalltalk abgesehen, vorgestanzte. Studierende haben aber auch schriftlich

übersetzt, vom Gästebuch über den Kaufvertrag einer Sternwarte bis zur Konferenzrede. Intuitiv wählten sie Übersetzungsmethoden aus. Welche? *Heidemarie Salevsky*, die dies an Magdeburgs Hochschule lehrt, stellt allgemeine und spezielle Translationstheorien anhand europäischer Sprachen dar.

Gewiß, Leipzigs Arabistik gedieh modern, aber ihre Grundidee war nicht neu, denn als sie Johann Jakob Reiske 1748 begründete, war sie nicht minder philologisch angelegt. Mit dem Unterschied, dass die Lernenden bis zur zweiten Hälfte des 20. Jh.s bald in den Basar eingetaucht waren, um sich einzuhören und zu erproben. Freilich gab es immer Sonderlinge, die diese Grunderfahrung mieden und dem Orient entsagten. Neu an Leipzigs Arabistik war die vielseitige Ausrichtung für die Zwecke einer modernen Kommunikation, obgleich das wegen der Abschottung für im Inland wirkende Studierende einer grotesken Trockenübung gleich: Ohne „sprachlichen Urknall“ in der Hochsprache zu übersetzen, ohne im eigentlichen Sprachraum die Alltagssprache mit den dialektalen Varianten praktiziert zu haben.

Wer nach dem Studium im Fach blieb, stand weiterhin vor dieser Herausforderung. Drei Beispiele mögen dieses Spektrum erhellen, zu dem Heidemarie Salevskys Werk hilfreiche Übersichten liefert. Dresdens Unternehmer Otto Lindemann ging im Jahr des deutschen Gründerkraches als Baumwollhändler nach Alexandria. Sein Sohn und Nachfolger Hugo Lindemann sprach daher Arabisch so gut, dass er, wohl noch vor 1914, Goethes Erbkönig in den ägyptischen Dialekt übersetzt hat. Mir liegt die von Georg Krotkoff (Mitte der siebziger Jahre Autor von Langenscheidts Taschen-

wörterbuch Arabisch) entdeckte und überprüfte Fassung vor. Wie wäre dies theoretisch einzuordnen? Zumal die poetischen Traditionen in der Ausgangs- und Zielsprache verschieden sind; man stelle sich nur die Rückübersetzung vor. Antworten gibt *Salevskys* Kapitel sechs zu den Lyrikübertragungen von Herder über Goethe bis Shakespeare. Allerdings erweisen ihre dargestellten sprachenpaarspezifischen Probleme Englisch-Deutsch, dass ein solches Kompendium, wenn nicht gar für semitische Sprachen, so doch zumindest für das Arabische allerhand Abwandlungen und Eigenheiten haben würde.

Das Beispiel zwei. Heute sind im Bundesarchiv viele deutsch-arabische Dokumente und Vertragstexte zu finden. Für die Ära nach 1945 liegt ihr Übersetzungstechnischer Schlüssel in einem mehrsprachigen politischen Code: Abgesehen vom obwaltenden arabischen Zeitgeist, sind Kenntnisse der Ideologien des Kalten Kriegs und des Russischen geboten, gab es doch so manche Interferenzen aus „Freundschaftsverträgen“ der UdSSR mit Entwicklungsländern, die bei den ostdeutschen Abkommen Pate standen. Im Ernstfall, bedeutete ein sowjetisch-irakischer Vertrag 1972, konsultieren sich die Seiten (etwa *concert their positions*): Wie einst Bernard Lewis aufzeigte, weichen das russische *soglasovanie svoikh pozitsii* und das arabische *tansiq mauqifayhima* voneinander ab, ersteres ist unverbindlicher, letzteres auch im osmanischen Türkisch autoritärer gefärbt. Konsultiert man zu solchen Texten parallele Bonner Analysen, die ostdeutsche Geheimdienste besorgt haben, lautete die worst-case-Interpretation der NATO zu dieser Passage: Anders als Verträge mit Indien

und Ägypten, löse dieser Vertrag mit Irak schon bei der Bedrohung einer Seite den Mechanismus der Konsultation mit der Koordinationsklausel aus. Nimmt man Hans G. Hönigs idealtypisches Modell des Übersetzungsprozesses“, wie ihn das Kompendium nun vorstellt, so folgte die russisch-arabische Fehlübersetzung aus einer mentalen Divergenz; und deren eben berührte Bonner Ausdeutung der einst typischen westdeutschen Vorbefasstheit. Diese mehrseitigen Sprachanalysen sind auch bei Bonner Beobachtungen über ostdeutsche Einflüsse im Süden Jemens erforderlich.

Das dritte Beispiel betrifft arabische Sprachentwicklungen und deren Übersetzungen aus Aufrufen zum islamischen Heiligen Krieg im 20. Jh., vom Sultan Abdülhamid im Ersten Weltkrieg über Jerusalems Mufti Amin al-Husaini im Zweiten Weltkrieg bis Usama bin Ladin und Saddam Husain Ende des Kalten Kriegs. Hier bedarf es der guten Wahl von Translationsarten, wie sie im Kompendium umrissen sind. Denn viele Jihad-Übersetzungen in den Medien halten dem Vergleich mit ihren arabischen Ursprungstexten nicht stand, so daß eine Willkür in Wortwahl und im Kontext aufscheint. Doch bei dem saudischen und dem irakischen Jihad-Verkünder erlauben heute die Videos, dies mit dem übersetzten Text zu vergleichen.

Wer nach Leipziger Traditionen in der Ära des Kalten Krieges gegenüber Deutsch fragt, findet besser Eigenheiten heraus, wenn er Willy Sanders neueste Stillehre heranzieht. Der Berner Emeritus für Deutsche Sprache und Germanistische Linguistik ging gleichwohl auf akademische Texte ein. Prüft man dies, so herrschte der hölzerne und substantivierte Stil vor:

Knarrende Nominal-Komposita, sperriger Satzbau, viele Hilfsverben, blasse Verben. Kurz, viele der dabei sozialisierten Menschen vermochten sich dieser polit-bürokratischen Formelsprache mit ihrem kollektivistischen Anklang nicht zu entziehen. Noch heute lassen manche Texte auf die Herkunft ihrer Verfasser schließen; wie eben dieser Teilsatz erhellt, denn „Gender-Deutsch“, müsste hier „Verfasserinnen und Verfasser“ lauten. Das ging an einigen ostdeutschen Generationen völlig vorbei. Dies trifft übrigens nicht minder auf die Westdeutschen ostdeutscher Herkunft zu, die vor 1945 ihre Laufbahn begonnen und das typisch orientalistische Wanderleben führten, bei dem sie eher länger im Aus- als im Inland lehrten. Wer zum Beispiel Annemarie Schimmels „Mein westöstliches Leben“ betrachtet, findet bei der Meisterin orientalischer Lyrik-Übersetzungen den kräftigen Verbalstil ohne übertriebene *gender correctness*.

Dennoch weisen sogar ostdeutsch-arabische Übersetzungen viele sprachliche Merkmale der vergangenen Perioden auf. Ein fruchtbares Feld für sprachwissenschaftliche Analysen, die jene durchführen können, die um den mehrsprachigen Code des Kalten Krieges wissen. Ferner lugt aus vielen Texten die Scheu vor der Subjektivität und dem Ich hervor, wobei man-Konstruktionen alles langatmiger gemacht haben. Als ob es jemals eine vom Standort wie von der Persönlichkeit unabhängige Geistes- und Sozialwissenschaft geben könnte. Wie sehr es umgekehrt der Fall ist, verraten auch Überschriften vor und nach den Zeiten des Umbruchs. Waren zuvor noch Texte, die sich um scheinbar ferne wie konkrete Fragen der Geschichte Indiens drehten, mit „Im Strom der Epo-

che“ betitelt, so kamen hinterher Überschriften wie „Von der Geschichte benachteiligt?“ oder „Zwischen allen Fronten“ auf. Freilich bedurfte es immer des Muts zum Ich. Nun war jenes Unpersönliche sicher keine ostdeutsche Erfindung, sondern ein alter Zopf aus der Gelehrtenwelt. Aber im deutschen Osten ist dieser überfällige Hang noch durch einen „polit-deutschen Dissertationsstil unter besonderer Beachtung der Traditionen vor 1945 und des zentral-mental-Parteirusisch“ kultiviert worden. Es war das Gegenteil von dem, was Willy Sanders eine „halbpopuläre“ Schreibart nennt. Jene goldene Mitte also zwischen dem filigranem Akademikertum und der schnoddrigen Publizistik, die eine persönliche wie bildhafte Darstellung ist, wie sie einst schon marktgerecht gerade französische und angelsächsische Fachleute meisterlich entwickelt haben. Dafür blieben Ostdeutsche vor den Lawinen an schreienden Anglizismen bewahrt.

Willy Sanders Werk hat zwei Vorteile: Es ist vergnüglich und kurzweilig. Aber es hat gegenüber vergleichbaren Büchern, darunter Klassikern wie Ludwig Reiners Stilfibel, den kleinen Schönheitsfehler, die dargestellten Regeln der Kunst nicht noch einmal gesondert auszuweisen. Zwar nennt er die Regeln Kernstück einer jeden Lehre, aber er verzichtete darauf, sie auch anschaulich aufzuführen. Damit ließen sich all die unvermeidlichen Moden und Veränderungen im Stil gleichwohl aus einer künftigen Rückschau prägnanter erfassen. Ob nun Texte aus der Fremde, die es zu übersetzen gilt, oder Stil in der eigenen Mundart, viel ist dem Geist der Zeit verhaftet. Ostdeutsche können darüber ein neues Lied singen.

Wolfgang G. Schwanitz

**Jörn Rüsen (Hrsg.), Geschichtsbe-  
wußtsein. Psychologische Grundla-  
gen, Entwicklungskonzepte, empiri-  
sche Befunde (= Beiträge zur  
Geschichtskultur, hrsg. von Jörn  
Rüsen, Band 21), Böhlau Verlag,  
Köln/Weimar/Wien 2001, 406 S.**

Zunächst interessierten sich Didaktiker für die Abläufe, Schwierigkeiten und Resultate des historischen Lernens. Aber erst mit der kulturalistischen oder narrativistischen Wende (oder ihrem Vordringen in den Rezeptionshorizont der Geschichtstheorie und Historiographieanalyse) gewann die Debatte über Kontextbedingtheit und Formen historischer Repräsentationen an Breite und Brisanz. *Jörn Rüsen* führt in seiner Einleitung zum vorliegenden Sammelband in die Vielfalt möglicher Differenzierungen nach individuellen und kollektiven Gedächtnisprozessen, Modi des Erinnerns oder Zeitstrukturen (die analog wichtigen Verräumlichungen sozialer Prozesse durch die Verortung von historischer Sinnstiftung bleibt unerwähnt, kann aber in diesem allumfassenden Horizont mühelos eingefügt werden) ein.

Daraus ergeben sich Typen der Sinnbildung und Konstellationen ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit. Von einer solchen Vorgabe bis zur Einsicht in die „massiven Defizite an empirischem Wissen über Geschichtsbewußtsein“ ist es wohl nur ein kleiner, aber entscheidender Schritt. Wie immer fasziniert *Rüsens* weit gespannte Vertrautheit mit unterschiedlichen Diskussionssträngen, die er brillant zusammenzufügen versucht. Das führt einerseits zu einem Plädoyer für die Großoffensive in Richtung empirischer Durchdringung des Phänomens Geschichtsbewußtsein, inklusive ihrer

praktischen Nutzenanwendung in der Methodik des Geschichtsunterrichtes in der Begründung einer neuartigen, verwissenschaftlichten Museologie und in einer theoretisch informierten „Rhetorik des Historischen in der Öffentlichkeit und in den Medien“ (S. 4).

Und andererseits soll das schnell dahinschießende Wasser der Kulturwissenschaften zur beschleunigten Anerkennung der Geschichtsdidaktik genutzt werden, denn eigentlich sei mit der Zentralkategorie Geschichtsbewußtsein alles, was die Wissenschaften vom Menschen Kultur nennen, exemplarisch eingefangen, nämlich die Stiftung von Sinn und Bedeutung einschließlich deren Ontogenese. (S. 11)

Wer die Projekte, die *Jörn Rüsen* mit Kollegen und Kolleginnen am Bielefelder Zentrum für Interdisziplinäre Forschung, am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen und im Rahmen der Körperstiftung betrieben hat, verfolgt, wird hier den Versuch einer Verklammerung vielfältiger und durchaus nicht parallel gedachter Bemühungen erkennen. Aus diesen Kontexten sind nun auch die übrigen Beiträge des Bandes hervorgegangen. *Jürgen Straub*, *Alexander Kochinka* und *Dagmar Wolf* wenden sich dem Erzählen in theoretischen Überlegungen und der Auswertung von Gruppengesprächen über die NS-Zeit sowie durch Vergleiche von Schülerkohorten und ihrer Fähigkeit zur narrativen Strukturierung von Erinnerung zu. *Bodo von Borris* liefert dagegen zusammen mit zahlreichen Mitarbeitern Ergebnisse aus langfristig angelegten Panelstudien zum Geschichtsbewußtsein von Jugendlichen vor allem in Bezug auf zeitgeschichtliche Themen und untermauert noch einmal den Anspruch der Geschichtsdidaktik, das aufregende The-

ma als erste entdeckt zu haben, womit sich der Bogen zu *Rüsens* Einleitung schließt. In *von Borris'* Beiträgen findet man am ehesten die einleitend versprochene empirische Einlösung des ambitionierten Programms. Aber von einer Selbstaufklärung der deutschen Gesellschaft über ihr Geschichtsbeußtsein sind wir wohl noch ein ganzes Stück entfernt.

Matthias Middell

**Susan A. Crane (Hrsg.), *Museums and Memory, Cultural Sitings. A series edited by Elazar Barkan, Stanford, California: Stanford University Press 2000, 272 S., 31 Abb.***

Museen erleben derzeit einen Aufschwung, der sich nicht nur in Neugründungen und steigenden Besucherzahlen manifestiert, sondern sich auch in einer Vielzahl museumswissenschaftlicher Publikationen niederschlägt. Diese Entwicklung spiegelt das wachsende gesellschaftliche Bedürfnis nach Erinnerung vor dem Erfahrungshorizont einer sich durch digitale Medien verändernden Welt. Der vorliegende Sammelband stellt Museen in den Kontext der Debatten um Erinnerungskulturen. Die Aufsatzsammlung ergänzt die gewohnte Sichtweise auf Museen als Kulturinstitutionen und Ausstellungsräume für Sammlungen um die facettenreiche Perspektive persönlicher und kollektiver Erinnerung.

Die Beiträge der neun Autoren und Autorinnen aus den Forschungsgebieten Anthropologie, Geschichte, Kunstgeschichte und Museumswissenschaften untersuchen Aspekte der Museums-geschichte und -praxis in den USA, Deutschland, Japan und China von der

Renaissance bis zum Ende des 20. Jh.s. *Crane* führt das Museum als Interaktionsfeld für Erinnerungsprozesse und Geschichtsbilder ein, und dementsprechend wendet sie den Museumsbegriff, auf Orte, Gebäude, Ausstellungen und Organisationsprinzipien an. Das ermöglicht Untersuchungen verschiedenster Museumstypen von der Kuriositätensammlung bis zum modernen Kunstmuseum und die Kritik unterschiedlicher Ausstellungsformen von der Fotoausstellung bis zur ironischen Museumsinstallation.

Der Band ist in drei Teile mit je drei Beiträgen gegliedert: „Das Museum durchdenken“, „Erinnerungen im Museum“ und „Sammler und Institutionen“. Der erste Themenblock befaßt sich mit der zeitgenössischen Reflexion zu Museen.

*Wolfgang Ernst* greift mit seinem Aufsatz „Archiv(v)turen der Museologie“ die Diskussion um das Museum als Medium auf und führt die Museologie in Bezug auf die Erinnerungsforschung als Medienwissenschaft ein. Die wissenschaftliche Reflexion wird durch die anschauliche Thematisierung von Museen in Ausstellungen ergänzt.

Zunächst stellt *Michael Fehr* in dem Essay „Ein Museum und seine Erinnerung: Die Kunst Geschichte zu entdecken“ das Karl Ernst Osthaus-Museum in Hagen und das Konzept des autopoietischen Museums vor. Die Dauerausstellung mit Objekten und Installationen von Gegenwartskünstlern zum Thema Museum und Gedächtnis soll auf ironische Weise dem Besucher als reflexiven Beobachter von Ordnungssystemen gerecht werden.

Die Installation einer Sammlung im Hagener Museum hat David Wilson nach dem Prinzip „Jurassic Technology“ gestaltet. Das von ihm gegründete

Museum of Jurassic Technology, ein modernes Kuriositätenmuseum in Los Angeles, bespricht *Crane* unter dem Titel „Kuriositätenkabinette und imaginäre Museen“ im Kontext seiner historischen Vorbilder und der Kulturgeschichte des Wunderbaren. Als illustrierendes Beispiel ist eine Museumspublikation zur Ausstellungseinheit über die Gedächtnistheorie des Neurophysiologen Geoffrey Sonnabend reproduziert. Der Auszug aus dessen dreibändigem Werk „Obliscene: Theories of Forgetting and the Problem of Matter“ (1946) kann als literarische Bezugsgröße des Museumsprojekts gelesen werden.

Der zweite Teil des Buches konkretisiert die Problematik der Musealisierung nationaler Geschichte und wird von *Julia Adeney Thomas* mit ihrem Artikel „Geschichte und Anti-Geschichte: Fotoausstellungen und nationale japanische Identität“ eröffnet. Anhand der 1995 in Tokioter Museen gezeigten Fotoausstellungen weist sie auf das Fehlen der Thematik Zweiter Weltkrieg hin und betont Japans Sonderweg im Umgang mit Kriegserinnerung und Repräsentation nationaler Identität.

Daran anschließend verdeutlicht *Diana Drake Wilson* in ihrer Abhandlung „Erinnerung realisieren, Geschichte transformieren: Euro/American/Indians“ die Differenz zwischen musealen Geschichtsbildern und Erinnerungspraktiken von Kulturgruppen. Im Gespräch mit amerikanischen Indianern diskutiert sie die Präsentation ihrer Geschichte in großen amerikanischen Museen und macht offensichtlich, wie diese bereits im nationalen Interesse vereinnahmt wurde. Auch *Tamara Hamlisch* fragt in ihrem Beitrag „Globale Kultur, modernes Denkmal-

wesen: Wieder-Erinnerung der kaiserlichen chinesischen Sammlungen“ nach dem staatlichen Interesse am Kaiserpalast als Zeichen politischer Macht und Legitimität und setzt dies in Kontrast zur Bedeutung des Denkmals und seiner Sammlungen als Weltkulturerbe.

Im dritten Abschnitt wird die Bedeutung von Sammlerpersönlichkeiten und Kuratoren für die Museums- und Wissenschaftsgeschichte thematisiert. *Paula Findlen* hebt in ihrer Studie „Die modernen Museen: Sammeln und Erinnerungskultur in der Renaissance“ hervor, wie bedeutend die sichtbare Referenz an die Sammler war und ist, um Auswahlkriterien und Ideen von Museen nachvollziehbar zu machen.

*Suzanne Marchand* und *Alexis Joachimides* schreiben die Institutionsgeschichte für das 19. Jh. fort. *Marchands* Artikel „Die Querelen der Antiken und Modernen in deutschen Museen“ stellt die durch neue Disziplinen wie Ethnologie, Kunstgeschichte und Archäologie ausgelöste Debatte um einen text- oder objektorientierten wissenschaftlichen Ansatz dar. Vergleichbar ist der Streit zwischen Kunstkennern im Museum und Kunsthistorikern an den Universitäten um Einfluß in der Kunstszene, den *Joachimides* in seinem Beitrag „Der Kunstdiskurs im Museum: Die Begründung der Kuratoren-Kunstgeschichte zur Zeit der Jahrhundertwende in Berlin“ in Hinblick auf die Auswirkungen auf die Museumspraxis untersucht.

Dass die Untersuchungen zu deutschen Museen einen der Schwerpunkte des Bandes bilden, erklärt sich durch *Crane's* persönliches Forschungsinteresse. Parallel zu dieser Thematik kann ihre im gleichen Jahr erschienene Monographie „Collecting and Historical Consciousness in early Nineteenth-

Century Germany“ gelesen werden, mit der sich die Historikerin für moderne europäische Geschichte einen Namen als Expertin für Sammlungsgeschichte gemacht hat.

Hilfreich für den Leser ist die klare Strukturierung des Bandes und die informative Einführung *Cranes* zum Leitthema und zu den Beiträgen. Statt für eine lückenlose chronologische und geographische Folge der Aufsätze hat sich *Crane* dafür entschieden, das Themenfeld weit zu fassen und fordert den Leser damit auf, wechselseitige Bezüge selbst herzustellen. Dazu sind

ihm Kurzbiographien der Autorinnen und Autoren sowie ein Index an die Hand gegeben.

Die Aufsatzsammlung eröffnet aus der Perspektive der Erinnerungsthematik und mit seinen interdisziplinären und kontroversen Beiträgen einen weiteren Zugang zur Museumswissenschaft. In der Heterogenität der Ansätze stellt der Band eine Ergänzung zu bisherigen Museumsstudien und einen gelungenen Brückenschlag zwischen den Forschungsfeldern Museum und Erinnerung dar.

Anke Hollwedel

---

## Autorinnen und Autoren

*Julia Brandt*, Dr. phil., Berlin

*Alain Deneault*, Doktorand, Universität Paris VIII und Centre Marc Bloch Berlin (alain.deneault@cm.hu-berlin.de)

*Ulf Engel*, PD Dr. habil., Universität Leipzig, Institut für Afrikanistik (uengel@rz.uni-leipzig.de)

*Wolfgang Fach*, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft (wfach@uni-leipzig.de)

*Ingo Haar*, Dr. phil., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Bevölkerungswissenschaften (IngoHaar@aol.com)

*Manfred Hettling*, Prof. Dr., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geschichte (mhetting@aol.com)

*Anke Hollwedel*, Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien (hollwedel@rz.uni-leipzig.de)

*Dieter Koop*, Dr. phil., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft (koop@uni-leipzig.de)

*Patrick Kury*, Dr. phil., Universität Zürich, Historisches Seminar (patrick.kury@unibas.ch)

*Matthias Middell*, PD Dr. habil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien (middell@rz.uni-leipzig.de)

*Petra Overath*, Dr. phil., Centre Marc Bloch Berlin (op@cmb.hu-berlin.de)

*Rebecca Pates*, Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft  
Universität Leipzig (pates@uni-leipzig.de)

*Uwe Pfullmann*, Dr. phil., Gornsdorf

*Alexander Pinwinkler*, Dr. phil., Universität Salzburg, Institut für Geschichte (alexander.pinwinkler@sbg.ac.at)

*Daniel Schmidt*, M.A., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft (dschmidt@uni-leipzig.de)

*Wolfgang Schwanitz*, Prof. Dr. sc., Princeton (wgs130@juno.com)

*Martina Winkler*, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar (martina-winkler@web.de)

# Aus dem Inhalt

## Aufsätze

*Petra Overath*  
*Daniel Schmidt*

Einleitung

*Wolfgang Fach*  
*Rebecca Pates*

Die drei Körper des Volks

*Alexander Pinwinkler*

„Grenze“ als soziales Konzept. Historisch-demographische Konstrukte des „Eigenen“ und des „Fremden“

*Daniel Schmidt*

„Volk“ und „Bevölkerung“

*Petra Overath*

Zwischen Kriegsdeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Deutschland und Frankreich (1870-1918)

*Alain Deneault*

Die demografische Ordnung und die Frage des Volks. Philosophische Elemente für eine Geschichte der Bevölkerungspolitik

*Patrick Kury*

Der „Ostjude“ als Zeichen des „ganz Anderen“. Ausschlussprozesse in der Schweiz der Zwischenkriegszeit

*Dieter Koop*

Umgang und Verwendung des Begriffs „Volk“ nach 1945 in der DDR